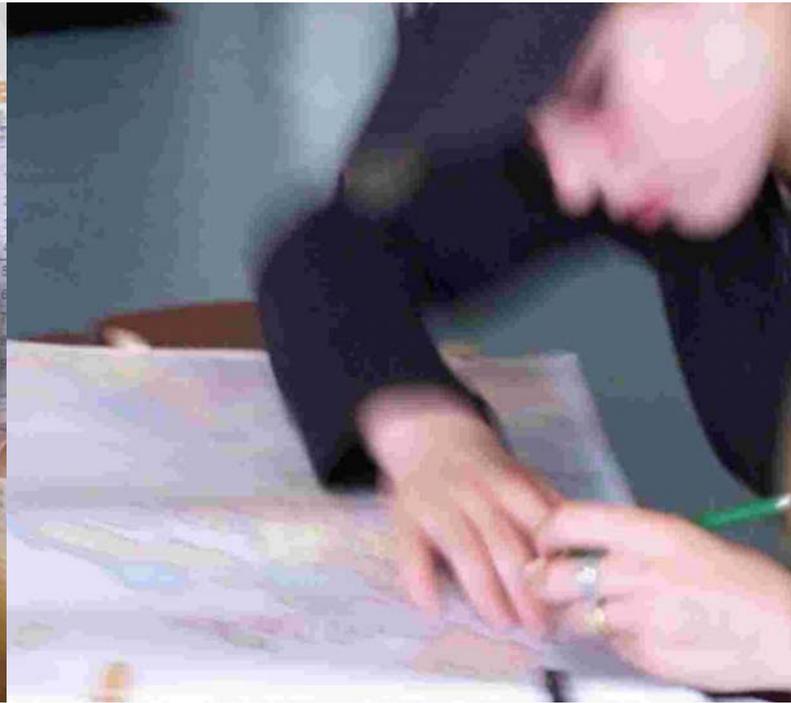
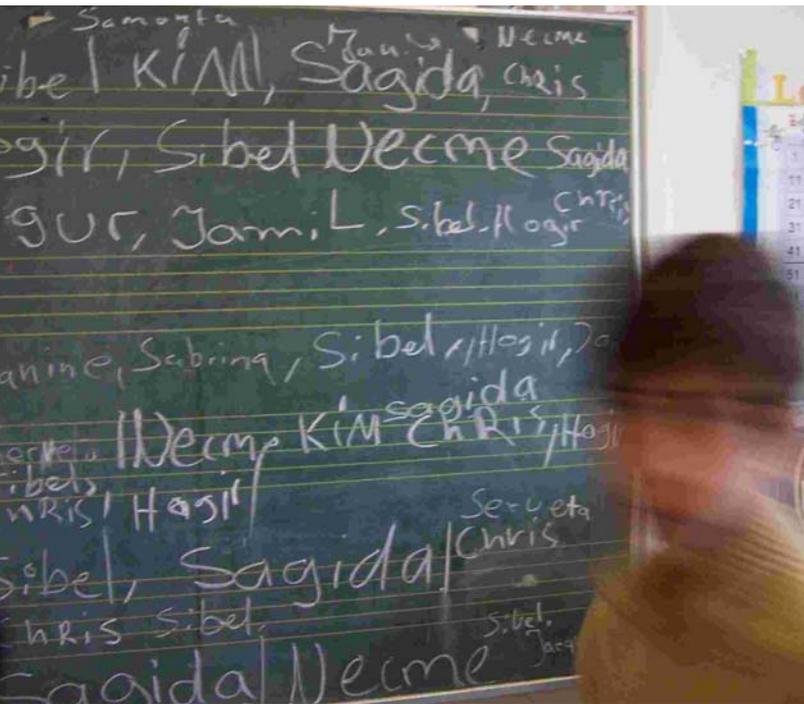


# Projektbericht



## Schule im Stadtteil

Fallstudie im Rahmen der Evaluation  
des integrierten Handlungsprogramms  
„Soziale Stadt NRW“

# Schule im Stadtteil

Fallstudie im Rahmen der Evaluation  
des integrierten Handlungsprogramms  
„Soziale Stadt NRW“

## **Auftraggeber**

Städtenetz Soziale Stadt NRW, ein Zusammenschluss von 26  
Städten in NRW im Programm Soziale Stadt, in Kooperation mit  
Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des  
Landes NRW und  
Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und  
Bauwesen des Landes NRW

## **Bearbeitung**

Dr. Claudia Olejniczak  
Maike Schaarschmidt

Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung GmbH  
an der Universität Hannover  
Abteilung 2 „Lebenslagen und Lebensphasen“  
Leitung: Dr. Andreas Borchers  
Lister Straße 15  
30163 Hannover  
[www.ies.uni-hannover.de](http://www.ies.uni-hannover.de)

Fotos: Holger Krüssmann

**ies**-Bericht 108.04

ISBN 3-933272-45-9

Hannover, Essen 2005

---

## Vorwort

Niemand wird heute - nach PISA – bestreiten wollen, dass den Schulen eine grundlegende Rolle für die Zukunft unserer Gesellschaft zukommt. Reformen werden gefordert.

PISA hat aber auch deutlich gemacht, dass der Bildungserfolg abhängig ist von der Herkunft der Schülerinnen und Schüler. Bereits vor diesem internationalen Vergleich wurde in den vom Strukturwandel betroffenen Stadtteilen schon die besondere Bedeutung der Schulen sowie der Kinder- und Jugendeinrichtungen für den Entwicklungsprozess der Stadtteile erkannt: mit der Durchführung von Modellprojekten und Initiativen wurde darauf reagiert.

Die vorliegende Fallstudie „Schule im Stadtteil“ wurde im Auftrag des Städteternetzes Soziale Stadt NRW erstellt, ein Zusammenschluss von derzeit 26 Städten in NRW, die in das Programm Soziale Stadt eingebunden sind.

In einer qualitativen Betrachtung von vier Stadtteilen sollte herausgefunden werden, wie die Impulse der Sozialen Stadt vor Ort aufgegriffen und in die Praxis umgesetzt werden können. Die Praxiserfahrungen aus den Untersuchungsgebieten sollen Anregungen für konkrete Handlungsvorschläge erbringen.

Die Fallstudie macht die Bedeutung von Schule als Schlüsselthema der Stadtentwicklung deutlich.

In enger Zusammenarbeit mit dem Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes NRW (ILS NRW), dem Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport NRW sowie dem Ministerium für Schule, Jugend und Kinder NRW wurde die Studie begleitet. Die Bearbeitung der Studie erfolgte durch das Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung GmbH an der Universität Hannover. Die Studie ist Baustein einer umfangreichen landesweiten Evaluierung des Programms Soziale Stadt.

Duisburg-Hochfeld, Essen-Katernberg, Gelsenkirchen–Bismarck/Schalke-Nord und Oberhausen-Knappenviertel haben ihre Schulen in den Programmgebieten der Sozialen Stadt untersuchen lassen. Den vier beteiligten Städten ist für die organisatorische und inhaltliche Begleitung zu danken. Hauptakteure waren aber Schulen sowie Einrichtungen für Kinder und Jugendarbeit in den Stadtteilen, die in Workshops und Fragebögen bereitwillig Auskunft gegeben und ihre Ideen zur Verfügung gestellt haben. Es ist so ein Bild entstanden, das zeigt, welche besonderen Herausforderungen an Schulen in Kooperation mit den Trägern der Jugendhilfe in einem benachteiligten Quartier bestehen und welche gegenseitigen Rückwirkungen zwischen diesen beiden Bereichen bestehen.



## Vorwort

---

Die Studie hat gezeigt, dass Konzeptionen, Projekte und Förderstrategien in den Stadtteilen der Sozialen Stadt mit vielen Beteiligten und mit Kreativität entwickelt wurden. Diese Impulse gilt es zu stärken und zu verstetigen, um Kindern und Jugendlichen Chancen in dieser Gesellschaft – unabhängig von ihrer Herkunft – zu verschaffen.

Und es gilt, von diesen Erfahrungen zu lernen. In der Studie wurde herausgearbeitet, welche Rolle dabei das Programm Soziale Stadt gespielt hat und spielen kann. Unabdingbar ist aber, dass den Schulen, aber auch den Trägern der Kinder- und Jugendhilfe in schwierigen Stadtteilen auch politisch – und finanziell! - mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Wir hoffen, dass diese Studie wahrgenommen wird und Schule als „Keimzelle“ für die Entwicklung der jungen Generation in den Stadtteilen stärker in den Blick rückt.

Über eine intensive Diskussion dieser Thematik würden wir uns sehr freuen!



---

Klaus Wermker  
Städtenetz Soziale Stadt NRW



---

Prof. Dr. Rainer Danielzyk  
Institut für Landes- und Stadtent-  
wicklungsforschung und Bauwesen  
des Landes NRW

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	3
Kurzfassung .....	9
<b>1. Einleitung</b> .....	<b>15</b>
1.1 Zielsetzung und Fragestellungen .....	16
1.2 Methodische Anforderungen und Vorgehensweise .....	17
1.3 Untersuchungsgegenstand .....	19
1.3.1 Programmgebiete .....	19
1.3.2 Schulen, Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe und weitere Stadtteilakteure .....	21
1.3.3 Analyseebene .....	22
1.4 Aufbau des Berichts .....	22
<b>2. Analyserahmen und Methodik</b> .....	<b>23</b>
2.1 Analyserahmen .....	26
2.1.1 Exkurs: Handlungsfeld „Schule im Stadtteil/Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe“ aus Bundes- und Landesperspektive .....	27
2.1.2 Hauptziel: Verbesserung der Bildungsvoraussetzungen .....	28
2.1.3 Hauptziel: Verbesserung der sozialen Infrastruktur für Kinder und Jugendliche .....	29
2.1.4 Hauptziel: Vernetzung und Kooperation/Bündelung von Ressourcen .....	30
2.1.5 Hauptziel: Beteiligung .....	31
2.2 Empirische Bausteine .....	32
<b>3. Programmgebiete</b> .....	<b>35</b>
3.1 Duisburg-Hochfeld .....	37
3.1.1 Räumlicher und sozio-demographischer Kontext .....	37
3.1.2 Programmatischer Kontext .....	38
3.1.3 Herausforderungen .....	40
3.1.4 Akteursgruppen .....	41
3.1.5 Spezifische Ergebnisse .....	44
3.1.6 Projektanalysen .....	51
3.1.7 Anregungen .....	55
3.2 Essen-Katernberg .....	57
3.2.1 Räumlicher und sozio-demographischer Kontext .....	57
3.2.2 Programmatischer Kontext .....	58
3.2.3 Herausforderungen .....	61
3.2.4 Akteursgruppen .....	62
3.2.5 Spezifische Ergebnisse .....	66

3.2.6	Projektanalysen .....	76
3.2.7	Anregungen .....	79
3.3	Gelsenkirchen Bismarck/Schalke-Nord .....	81
3.3.1	Räumlicher und sozio-demographischer Kontext .....	81
3.3.2	Programmatischer Kontext .....	82
3.3.3	Herausforderungen .....	84
3.3.4	Akteursgruppen .....	86
3.3.5	Spezifische Ergebnisse .....	89
3.3.6	Projektanalysen .....	97
3.3.7	Anregungen .....	101
3.4	Oberhausen-Knappenviertel .....	102
3.4.1	Räumlicher und sozio-demographischer Kontext .....	102
3.4.2	Programmatischer Kontext .....	102
3.4.3	Herausforderungen .....	104
3.4.4	Akteursgruppen .....	105
3.4.5	Spezifische Ergebnisse .....	108
3.4.6	Projektanalysen .....	116
3.4.7	Anregungen .....	120
<b>4.</b>	<b>Ergebnisse .....</b>	<b>123</b>
4.1	Ausgangssituation .....	123
4.1.1	Allgemeine Anforderungen .....	123
4.1.2	Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund .....	125
4.1.3	Eltern .....	126
4.1.4	Weitere spezifische Problempunkte .....	127
4.2	Verbesserung der Bildungsvoraussetzungen .....	128
4.2.1	Spezifische Förderangebote für Kinder aus sozial benachteiligten Familien mit und ohne Migrationshintergrund .....	129
4.2.2	Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur .....	135
4.2.3	Spiel- und Lernumgebung .....	137
4.2.4	Schulerfolg und berufliche Integration .....	138
4.2.5	Fazit .....	139
4.3	Verbesserung der sozialen Infrastruktur für Kinder und Jugendliche .....	139
4.3.1	Fazit .....	142
4.4	Vernetzung, Kooperation und Bündelung von Ressourcen .....	142
4.4.1	Öffnung von Schule .....	143
4.4.1.1	Engagement der Schule auf Stadtteilebene .....	143
4.4.1.2	Veränderte Unterrichtspraxis .....	146
4.4.2	Kooperationen zwischen Schulen und Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe sowie sonstigen Akteuren .....	149
4.4.3	Bündelung von Ressourcen .....	156
4.4.4	Entwicklung von selbsttragenden Strukturen und Netzwerken .....	160
4.4.5	Fazit .....	163

4.5	Beteiligung .....	164
4.5.1	Kinder und Jugendliche .....	164
4.5.2	Elternarbeit .....	165
4.5.3	Migrantinnen/Migranten .....	166
4.5.4	Fazit .....	167
<b>5.</b>	<b>Gesamtfazit</b> .....	<b>169</b>
5.1	Wirkung des Programms .....	169
5.2	Sinnvolle Arbeitsansätze und Instrumente .....	170
5.3	Problemfelder und Handlungsanforderungen .....	173
<b>6.</b>	<b>Handlungsempfehlungen</b> .....	<b>177</b>
6.1	Land Nordrhein-Westfalen .....	177
6.2	Kommunen .....	180
6.3	Stadtteile .....	183
6.4	Städtenetz Soziale Stadt NRW .....	185
<b>7.</b>	<b>Anhang</b> .....	<b>187</b>
7.1	Literatur .....	189
7.2	Methodik .....	195
7.2.1	Forschungsverständnis .....	195
7.2.2	Methodisches Vorgehen .....	196
7.2.3	Begleitung der Fallstudie durch Expertinnen und Experten .....	197
7.2.4	Interviews mit Schulleitungen.....	198
7.2.5	Gruppeninterviews mit Akteurinnen/Akteuren der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe (Erhebungsphase).....	201
7.2.6	Teilstandardisierte schriftliche Befragung .....	203
7.2.7	Stadtteilgespräche mit Vertreterinnen/Vertreter aus Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe in der Rückkopplungsphase .....	209
7.2.8	Material- und Datenanalyse .....	212
7.2.9	Methodisches Fazit .....	214
7.3	Glossar der Förderprogramme im Kontext „Soziale Stadt NRW“ .....	217
7.4	Abbildungsverzeichnis .....	221
7.5	Tabellenverzeichnis .....	222



## Kurzfassung

Soziale Problemlagen von Kindern und Jugendlichen wie mangelnde Sprachkompetenzen, völlig unzureichende häusliche Versorgungsstrukturen, fehlende Unterstützung in schulischen Belangen durch das Elternhaus sind in den Programmgebieten der „Sozialen Stadt NRW“ deutlich sichtbar. Die Situation ist alarmierend, da sich der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungsstand von Kindern und Jugendlichen als räumlich konzentriertes Phänomen darstellt.

In den in der Studie „Schule im Stadtteil“ untersuchten Programmgebieten Duisburg-Hochfeld, Essen-Katernberg, Gelsenkirchen Bismarck/Schalke-Nord und Oberhausen-Knappenviertel zeigt sich ein hoher Problemdruck bei den Schulen, aber auch den Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe. Der hohe Anteil an Kindern und Jugendlichen in sozial prekären Lebenslagen stellt die Leitungen und Lehrkräfte in den Schulen vor extrem hohe Anforderungen. Der soziale und familiäre Hintergrund hat weitreichende Konsequenzen für den schulischen Auftrag, der in hohem Maße Erziehungs- und Versorgungsaufgaben umfasst.

Mit Mitteln des Landesprogramms „Soziale Stadt NRW“ sind Ansätze entwickelt und erprobt worden, die angesichts der schulpolitischen Entwicklung der letzten Jahre teilweise bereits erfolgreich in Regelstrukturen überführt wurden. In seiner Funktion als „Entwicklungsmotor“ hat sich das Landesprogramm „Soziale Stadt NRW“ für das Handlungsfeld „Schule im Stadtteil“ und ihre Kooperationen mit der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe bewährt.

Dem Handlungsfeld „Schule im Stadtteil“ ist seitens der Landespolitik eine noch größere Bedeutung für die Verbesserung der Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen in sozial benachteiligten Stadtteilen beizumessen. Auf der Basis der Ergebnisse wird die Ausweitung und Weiterentwicklung der Strategie einer stärkeren Einbeziehung von Schulen in Stadtteilentwicklungsprozesse empfohlen. Der Elementarbereich sowie die Träger der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe sind in diese Entwicklung einzubeziehen, da sie als strategische Partner im Feld von Bedeutung sind. Die Forcierung des Handlungsfelds ist nur integrativ durch die verschiedenen Ressorts der Landespolitik zu leisten.

## Zentrale Ergebnisse

Wirksame **Arbeitsansätze** zur Verbesserung der Bildungs- und Entwicklungsvoraussetzungen der Kinder und Jugendlichen in den sozial benachteiligten Stadtteilen liegen den Ergebnissen der Studie „Schule im Stadtteil“ zufolge in folgenden Bereichen:

- **Sprachförderung** für Kinder mit und ohne Migrationshintergrund, in den untersuchten Programmgebieten größtenteils als Bestandteil umfassender kommunaler Sprachförderkonzeptionen;



- **Nachmittagsangebote bzw. Ganztagsbetreuung**, die sowohl die Unterstützung in schulischen Belangen (z.B. durch gezielten Förderunterricht und Hausaufgabenhilfe) als auch Angebote der Freizeitgestaltung umfasst;
- Angebote im **musisch-kulturellen Bereich** („mus-e“, **Kunstpause**), in **Konfliktschlichtung und -prävention** sowie in der **Gesundheitsförderung**;
- **Verbesserung der Spiel- und Lernumgebung** (z.B. durch die Schulhofumgestaltung, Ausstattung der Schulen mit Büchereien und Internet-Cafés).

Projekte und Maßnahmen in diesen Bereichen haben sich in allen vier untersuchten Programmgebieten gleichermaßen als wirksam erwiesen und sind – sofern nicht bereits erfolgt – in eine **Regelförderung** zu überführen bzw. finanziell abzusichern (z.B. Instandhaltungskosten).

Die genannten Projekte haben sich auch unter dem Aspekt der **Mehrzielerreichung** bewährt. Sie stellen gelungene Beispiele für einen effektiven Mitteleinsatz mit weitreichender Wirkung dar: So führt beispielsweise die Sprachförderung von Kindern über das „Rucksack“-Konzept sowohl zur Verbesserung der Sprachkompetenzen der Kinder als auch zur verbesserten Ansprache und Mitwirkung von Eltern mit Migrationshintergrund an der Sprachförderung. Dies fördert das Verständnis für die Anforderungen und Belange des deutschen Schulsystems.

Es zeigen sich zwischen den **Programmgebieten keine Unterschiede bezogen auf die besonders erfolgreichen Förderansätze und Maßnahmen**. Programme und Maßnahmen zur Förderung der Sprachkompetenzen, der musisch-kulturellen Bildung, der Ganztagsbetreuung ließen sich gleichermaßen in die stadtteilbezogenen Handlungsansätze integrieren. Die Bewertungen der Impulse und Wirkungen dieser Ansätze ähneln sich in den untersuchten Programmgebieten. Während die genannten Förderansätze bereits eine relativ große Ausbreitung in den untersuchten Programmgebieten aufweisen, finden sich für andere Förderansätze nur vereinzelte positive Beispiele (z.B. Sport, Gesundheit).

Über die **Mitwirkung in Arbeits- und Steuerungsgremien und die gezielte Ansprache durch die Stadtteilmanagements** haben Schulen in den vier ausgewählten Stadtteilen Entwicklungsprozesse hin zu stadtteilorientierten Schulen vollzogen. Bei einzelnen Schulen befindet sich durch diese Neuorientierung der Arbeit das „Image“ der Schule im Wandel. Als sinnvoll erwiesen hat sich die gezielte Ansprache von Schulen mit konkreten Projektangeboten (v.a. Schulhofumgestaltung, Zeitbudgetstunden, Fördermittel für „mus-e“, Sprachförderung usw.) durch die Stadtteilkoordinierungen.

Neben der Öffnung der Schulen nach außen durch Mitwirkung in Stadtteilgremien und kooperative Angebotserbringung hat sich nach Auskunft eines Teils der Schulen auch die **Unterrichtspraxis verändert**. So beziehen nach eigenen Angaben zwei Drittel der schriftlich befragten Schulen Stadtteilthemen mit eigenen Mitteln in den Unterricht ein. Fast genau so viele Schulen binden Externe in den Unterricht ein oder engagieren sich außerhalb des Unterrichts in Projektvorhaben mit anderen Einrichtungen.

Die Entwicklung und Umsetzung der erfolgreichen Förderangebote sind das Ergebnis von kooperativen Formen der Zusammenarbeit. Schulen und Einrichtungen bestätigen in der schriftlichen Befragung die **Zunahme der Anzahl an Kooperationen und bewerten die Qualität der Kooperationen sehr positiv**. Es ist eine Ausweitung der Angebote für Kinder und Jugendliche durch Kooperationsprojekte gelungen. Dies bestätigen mehr als zwei Drittel der befragten Institutionen.

Die **Stadtteilmanagements** nehmen bei der Unterstützung in der Fördermittelakquisition und von Akteursnetzwerken auch im Handlungsfeld „Schule im Stadtteil“ eine bedeutende Rolle ein. Sie stellen zudem die Schnittstelle zur gesamtstädtischen Verwaltung her und sind auch in dieser Funktion für die Stadtteilnetzwerke von großer Bedeutung. Ihr Wegfall – wie z.B. im Programmgebiet OB-Knappenviertel – kann aus diesem Grund von den Akteurinnen/Akteuren vor Ort nicht kompensiert werden.

### Handlungsempfehlungen

Die politischen Anstrengungen zur Verbesserung der Bildungsvoraussetzungen in den Schulen sowie den Kinderbetreuungseinrichtungen der „Sozialen Stadt NRW“ sind weiter zu erhöhen. Eine **politische Weichenstellung** in dieser Hinsicht ist unerlässlich, um dem Trend der „Abkopplung“ ganzer Generationen von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozessen aufgrund einer völlig unzureichenden Bildung entgegen zu wirken.

Aufgrund der prekären Situation vieler Schulen in sozial benachteiligten Stadtteilen **müssen Landes- und Kommunalpolitik gleichermaßen dem Handlungsfeld die notwendige Priorität** einräumen. Schulleitungen, Lehrkräfte und Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe sind zu ermutigen und zu unterstützen, die begonnenen Entwicklungsprozesse fortzusetzen.

Für eine Verbesserung der Bildungsvoraussetzungen von Kindern aus sozial benachteiligten Familien ist eine **verstärkte finanzielle und personelle Förderung** der Schulen und der Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe notwendig. Es liegen erfolgreiche Konzepte zur Förderung der Kinder und Jugendlichen vor, die jedoch einen entsprechenden Ressourceneinsatz erfordern.

### Land Nordrhein-Westfalen

---

- ⇒ Das Handlungsfeld „Schule im Stadtteil“ muss den Rang einer **politischen Querschnittsaufgabe für die Stadt(teil)entwicklung** erhalten, weil Schulen mit einem hohen Anteil an Kindern und Jugendlichen in schwierigen Lebenslagen eine noch größere Unterstützung bei der Bewältigung der Anforderungen benötigen.
- ⇒ Ein erhöhter **finanzieller und personeller Ressourceneinsatz** ist in den Stadtteilen mit gravierenden sozialen Problemlagen erforderlich, um die Bildungsbenachteiligung zu verringern.

- ⇒ Die **erfolgreichen Projekt- und Arbeitsansätze** – Sprachförderung, Ganztagsbetreuung im Elementar- und Schulbereich, Elternarbeit/-bildung und musisch-kulturelle Bildung – **sind weiterzuführen, auszudehnen und zu verstetigen**. In der Gesundheitsförderung sowie im Bereich Sport/Bewegung sind positive Ansätze teilweise vorhanden, die verbreitert und optimiert werden müssen.
- ⇒ Akteure wie **weiterführende Schulen, Sportvereine, Betriebe, Kirchengemeinden und Migrantenorganisationen/Moscheevereine sollten verstärkt angesprochen** und für die kooperative Stadtteilarbeit gewonnen werden. Die Landespolitik sollte entsprechende Strategien auf der Ebene der Dachorganisationen und -zusammenschlüsse anregen und unterstützen.
- ⇒ Für die **Entwicklung und Erprobung innovativer Förderansätze sowie die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung unterschiedlicher Akteursnetzwerke** im Handlungsfeld „Schule im Stadtteil“ werden auch zukünftig Mittel aus den „Soziale-Stadt“-Programmen des Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen, Kultur und Sport (MSWKS) und aus korrespondierenden Programmen anderer Ressorts, insbesondere der Ministerien für Schule, Jugend und Kinder (MSJK) und für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie (MGSFF) benötigt. Diese sind politisch abzusichern. Der integrative Anspruch des Programms „Soziale Stadt NRW“ würde auf der landespolitischen Ebene durch die Querschnittsaufgabe „Schule im Stadtteil“ verstärkt.
- ⇒ Die Handlungsfelder **„Gesundheit und Ernährung“** sowie **„Sport und Bewegung“** haben eine große Bedeutung für die Verbesserung der Bildungs- und Entwicklungschancen von Kindern und Jugendlichen. Vereinzelt positive Ansätze sind politisch zu verstärken. Der Zugang zu Kindern und Jugendlichen (und ihren Eltern) über die Schulen und die Kindereinrichtungen gewährleistet eine gezielte und optimale Zielgruppenansprache.
- ⇒ **Weitere Empfehlungen** beziehen sich auf
  - Maßnahmen zur Stärkung der Erziehungskompetenzen von Eltern in sozial benachteiligten Stadtteilen,
  - die verstärkte Aktivierung und Beteiligung von Schülerinnen/Schülern und Eltern an der Gestaltung des Schulalltags,
  - die intensive Nutzung vorhandener Beratungs- und Fortbildungsangebote auf Landesebene für die Weiterentwicklung einer stadtteilbezogenen integrativen Bildungspolitik,
  - Personalentwicklungsmaßnahmen für die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter in sozial benachteiligten Stadtteilen.

### Kommunen

---

- ⇒ Auf der kommunalpolitischen Ebene sollte ein **Diskussionsprozess über Indikatoren zur Bewertung der Bildungsinfrastruktur und von Bildungsergebnissen initiiert werden**. Perspektivisch ermöglichen bessere statistische Grundlagen eine sozialräumlich differenzierte Bildungsberichterstattung und -planung.
- ⇒ Das **Stadtteilmanagement ist für die Koordinierung der Stadtteilarbeit zwingend erforderlich**. Das zeigen die Ergebnisse der Studie für das Handlungsfeld „Schule im Stadtteil“ eindeutig. Die durch die Mitwirkung eines Stadtteils am Programm „Soziale Stadt NRW“ geschaffenen Strukturen sind durch die Kommunen abzusichern.
- ⇒ Die **Einbindung bisher „fehlender Akteure“** wie Betriebe, Sportvereine, Migrantinnen/Migranten und ihre Organisationen ist auch auf der kommunalpolitischen Ebene voran zu treiben. Die Stadtteilmanagements sind bei Ansprache und Koordinierung ggf. zu unterstützen.
- ⇒ Die **Aufwertung und die Aufrechterhaltung einer bedarfsorientierten sozialen Infrastruktur** für Kinder und Jugendliche in den sozial benachteiligten Stadtteilen muss auch zukünftig zu den zentralen politischen Zielen für die Stadtteilentwicklung gehören. Die Arbeitsweisen der in die Studie einbezogenen Schulen und Einrichtungen zeigen häufig einen hohen Grad an Bedarfsorientierung. Die Sozialraumorientierung in der Kinder- und Jugendhilfeplanung gilt es weiterhin zu unterstützen und zu forcieren.
- ⇒ Weitere Empfehlungen zielen auf
  - die Absicherung der **Nachhaltigkeit der Entwicklungen** in den Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe durch tragfähige Strukturen und eine „nachhaltige“ Finanzplanung,
  - die **Einbindung von Migrantinnen/Migranten in die hauptamtlichen Strukturen der Stadtteilarbeit**,
  - eine möglichst langfristige Besetzung von Stellen, weil die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen von **personeller Kontinuität** profitiert,
  - die Verbesserung der räumlichen Bedingungen durch eine (ökologische) **Sanierung der Schulgebäude und -flächen** unter pädagogischen Gesichtspunkten.

### Stadtteile

---

- ⇒ Den Stadtteilmanagements wird empfohlen auch zukünftig **bisher weniger aktive Schulen mit Kindern/Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien in entsprechende Entwicklungsprozesse einzubeziehen**. Auch wenn teilweise negative Erfahrungen vorliegen, sollte die Ansprache immer wieder (z.B. mit verschiedenen Projektangeboten) erneuert werden.



- ⇒ „**Bildung**“ sollte in den „**Soziale-Stadt**“-**Stadtteilen auf öffentlichen Veranstaltungen** thematisiert werden, um die Bedeutung des Handlungsfelds zu erhöhen. Je nach Stadtteil und Anknüpfungspunkten bieten sich verschiedene Formen an (z.B. Lernfeste, Bildungskonferenzen).
- ⇒ Für die Einbindung von weiterführenden Schulen, deren Schülerinnen/Schüler aus unterschiedlichen Stadtteilen kommen, sind innovative Kooperationskonzepte mit der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe sowie sonstigen Partnern (Beratungsstellen, Betrieben, Vereinen usw.) erforderlich. Die **Öffnungsstrategien von Schulen können in räumlicher Perspektive die Einbeziehung verschiedener Lernorte** beinhalten.
- ⇒ Für den **Informationsfluss im Programmgebiet** haben sich zielgruppenorientierte Austauschgremien als effektiv erwiesen. Bereits in der Förderphase sollte die Fortführung der Austauschgremien im Handlungsfeld „Schule im Stadtteil/Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe“ vorbereitet werden.
- ⇒ Weitere Empfehlungen beziehen sich auf
  - die Entwicklung eines **Grundsatzkanons für Kooperationsprojekte auf Stadtteilebene**,
  - die Optimierung der **Steuerungsstrukturen für einzelne Maßnahmebereiche**,
  - die **Stärkung der „Netzwerkkompetenzen“** auf Seiten des Stadtteilmanagements,
  - die Professionalisierung der **Einbindung Ehrenamtlicher**.

## Städtenetz Soziale Stadt NRW

---

- ⇒ Die Formulierung von Zielen und die Planung von Maßnahmen auf den Ebenen Stadtteil, Kommune und Land müsste im Handlungsfeld „Schule im Stadtteil“ zuweilen konsequenter als **strategisches Gemeinschaftsprojekt** erfolgen und kommuniziert werden. Durch größtmögliche „Kompatibilität“ lassen sich Reibungsverluste minimieren. Das *Städtenetz Soziale Stadt NRW* ist für die Moderation dieses Dialogs prädestiniert.
- ⇒ Der **Steuerung des Handlungsfelds „Schule im Stadtteil“ über das Stadtteilmanagement** kommt eine entscheidende Bedeutung zu. Die Stadtteilkoordinierungen in allen Programmgebieten der „Sozialen Stadt NRW“ sind in ihrer Rolle für dieses Handlungsfeld zu stärken.
- ⇒ Aufgrund der vorhandenen Unsicherheiten und Defizite in der **Aktivierung und Beteiligung von Migrantinnen/Migranten auf Stadtteilebene** ist die Durchführung von Veranstaltungen und Fortbildungen zur Informationsbeschaffung und zum Erfahrungsaustausch angezeigt.
- ⇒ Eine weitere Aufgabe des *Städtenetz Soziale Stadt NRW* liegt in der Unterstützung der Stadtteilmanagements bei der **Analyse und Weiterentwicklung der Netzwerkstrukturen**, z.B. durch Angebote der Selbstevaluation und (wissenschaftlichen) Beratung.

## 1. Einleitung

Die Schulen in Deutschland erfahren aktuell angesichts des Abschneidens in den international vergleichenden Studien PISA 2000, IGLU und OECD 2004 eine deutlich erhöhte Aufmerksamkeit in der politischen Diskussion. Als besonders erschreckend wird einhellig die Tatsache bewertet, dass das insgesamt schlechte Abschneiden des deutschen Schulwesens daraus resultiert, dass Kinder aus sozial benachteiligten Familien schulisch deutlich schlechtere Ergebnisse erzielen als Kinder aus der Mittel- und Oberschicht. Empirisch belegt ist, dass materielle Armut Bildungsarmut der nachwachsenden Generationen nach sich zieht und die Voraussetzungen dieser Kinder für eine Beteiligung am sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben beeinträchtigt werden.

Nicht überrascht hat diesen Befund jene, die aus dem Blickwinkel der sozial benachteiligten Stadtteile die Entwicklungsperspektiven der Kinder und Jugendlichen aus nächster Nähe kennen. Schulleitungen und Lehrkräfte stehen in diesen städtischen Quartieren vor mannigfaltigen Herausforderungen und Aufgaben, die sich in zentralem Maße aus der Lebenssituation der Schülerinnen/Schüler ergeben. Von den im Rahmen dieser Studie befragten Schulleitungen wurde dieser Umstand in fast allen Interviews – unabhängig vom jeweiligen Stadtteil – ausführlich und eindringlich beschrieben. Kennzeichnend sind prekäre Lebenslagen der Familien (Armut, Arbeitslosigkeit, hoher Anteil Alleinerziehender), unzureichende Unterstützung der Kinder und Jugendlichen durch die Eltern (mangelnde Versorgung, fehlende Strukturierung des Tagesablaufs, unzureichende Erziehungskompetenz), sprachliche Defizite (in Familien mit, aber auch ohne Migrationshintergrund) usw. (vgl. auch: Deutsches Institut für Urbanistik 2003: 125). Nach Aussage der in dieser Studie Befragten hat sich der aus prekären Lebenslagen erwachsende Problemdruck verstärkt und wirkt sich auf die Aufgaben der Schule aus. Angesichts der Spannbreite der Lebenssituationen der Schülerinnen/Schüler gehören Erziehungs- und Versorgungsaufgaben neben dem herkömmlichen Bildungsauftrag zu den zu bewältigenden Anforderungen. Als besonders schwierig stellt sich die Situation für die Grundschulen sowie die Haupt- und Lernbehindertenschulen dar.

In Anbetracht der dargestellten Anforderungen erlangen Schulen als Akteure der Stadtteilentwicklung verstärkte Aufmerksamkeit im Kontext des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt NRW“<sup>1</sup>. Zur Bewältigung der genannten Herausforderungen sind sie aufgefordert, sich in die Stadtteilentwicklungsprozesse einzubinden und diese mitzugestalten. „Öffnung zum Stadtteil“ und (sozialraumorientierte) Kooperationen werden als mögliche Wege gesehen, die Bildungs- und Entwicklungsvoraussetzungen für Kinder und Jugendliche zu verbessern, auch wenn mit dem gebietsbezogenen Programm nicht der Anspruch verbunden wer-

<sup>1</sup> „Soziale Stadt NRW“ vormals „Landesprogramm für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“, in NRW seit 1993; als Bund-Länder-Programm seit 1998.



den kann, „Probleme wie Arbeitslosigkeit, Sozialhilfeabhängigkeit, Bildungs- und Ausbildungsdefizite ursächlich zu lösen.“ (Deutsches Institut für Urbanistik 2003: 7). Unterstützung erfahren die Schulen bei dieser Entwicklung durch das Programm „Soziale Stadt NRW“ und durch verschiedene Co-Programme, die in dieser Evaluationsstudie einer Analyse und Bewertung unterzogen werden.

## 1.1 Zielsetzung und Fragestellungen

Die Fallstudie „Schule im Stadtteil“ ist Bestandteil des Gesamtkonzepts für die prozessbegleitende Evaluation des integrierten Handlungsprogramms „Soziale Stadt NRW“, die insgesamt vier Bausteine umfasst (siehe: [www.soziale-stadt.nrw.de/praxis/evaluation.html](http://www.soziale-stadt.nrw.de/praxis/evaluation.html)). In den Fallstudien werden ausgewählte Handlungsfelder in drei bis vier Programmgebieten vertiefend untersucht. Neben den für die einzelnen Programmgebiete gültigen Ergebnissen werden darüber hinaus in der vergleichend angelegten Untersuchung Wirkungszusammenhänge und wichtige Rahmenbedingungen herausgearbeitet und allgemeingültige Aussagen für eine erfolgreiche Umsetzung abgeleitet.

Die leitende Fragestellung der Fallstudie „Schule im Stadtteil“ lautet: Welche Impulse gehen vom Programm „Soziale Stadt NRW“ für die Verbesserung der Bildungsvoraussetzungen in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf aus? Im Mittelpunkt stehen die Schulen sowie ihre Verbindungen zu Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe. Die Studie zielt darauf, Strategien und Projekte für den Themenkontext „Schule im Stadtteil“ sowie relevante Kooperationsansätze zwischen Schule und Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe im Rahmen der örtlichen integrierten Handlungskonzepte zu systematisieren, vergleichend zu analysieren und erkennbare Wirkungszusammenhänge zu untersuchen und zu bewerten. Die Erhebung und Analyse der Erfahrungen mündet in Handlungsempfehlungen für die unterschiedlichen Ebenen (Land, Kommunen und Stadtteile).

Diesem Erkenntnisinteresse entsprechend will die Fallstudie Antworten auf folgende zentrale Fragestellungen finden:

- Hat das Programm „Soziale Stadt NRW“ Einfluss auf die Entwicklung von Schulen in Programmgebieten der Sozialen Stadt genommen?
- Welche konkreten Entwicklungen haben sich vollzogen und welche neuen Angebote und Arbeitsformen haben sich entfaltet (z.B. personell, spezielle Förderung, „atmosphärisch“)? Inwieweit greifen die durch das Programm initiierten Strategien und Projekte?
- Welche Kooperationsbeziehungen und -potenziale sind zwischen Schulen und Einrichtungen/Akteuren im Stadtteil erkennbar? Wie sind Kooperationen konkret ausgestaltet (z.B. Leitbilder, Zielvorstellungen)?

# 1. Einleitung

---

17

- Welche Effekte gehen durch die zusätzliche Förderung des Programms „Soziale Stadt NRW“ von Schulen auf das Schulumfeld bzw. die Stadtteilentwicklung aus?
- Welchen Beitrag leisten Schulen zur Stabilisierung des Stadtteils und/oder zur Stadtteilentwicklung bzw. welchen Beitrag können sie leisten?
- Wie werden die erreichten Ergebnisse verstetigt? Welche Ressourcen (materiell, personell, steuernd) sind dafür erforderlich?
- Was bedeuten die Ergebnisse im Hinblick auf die weitere Entwicklung in den Soziale-Stadt-Gebieten sowie das Programm „Soziale Stadt“?

## 1.2 Methodische Anforderungen und Vorgehensweise

Das Handlungsfeld „Schule im Stadtteil“ nimmt innerhalb des Programms „Soziale Stadt NRW“ bisher eine eher nachgeordnete Stellung ein (Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen 1998: 66 f.). Erklärlich ist dies in Anbetracht der Federführung des Städtebauressorts für die soziale Stadterneuerung und die geregelte Zuständigkeit des Schul- und Jugendressorts in einem eigenständigen Ministerium. Anzumerken ist außerdem, dass erst in den letzten drei bis vier Jahren eine bildungs- und schulpolitische Debatte in Gang gekommen ist, die auch die schulischen Voraussetzungen in den sozial benachteiligten Stadtteilen stärker beachtet. Aus diesen Gründen fehlte für das Handlungsfeld „Schule im Stadtteil“ eine detaillierte Zielformulierung anhand derer eine Maßnahmenplanung und schließlich auch Erfolgskontrolle in idealtypischer Weise hätte erfolgen können.

Aufgrund der fehlenden konkreten Zielformulierung für das Handlungsfeld wurde für die Herausarbeitung der zu bewertenden Wirkungen des Landesprogramms in dieser Evaluationsstudie eine „induktive“ Vorgehensweise gewählt:<sup>2</sup> Anhand vorliegender Handlungsprogramme (Programmgebietsebene) und Materialien (Konzeptpapiere, Projektberichte, Auswertungen der Stadtteilmanagements) aus den vier Programmgebieten sowie auf der Basis der Vorgespräche mit den Stadtteilkoordinatorinnen/-koordinatoren wurde ein Katalog der im Handlungsfeld „Schule im Stadtteil“ intendierten Ziele zusammengestellt (Hauptziele und teilweise spezifizierte Unterziele). Den Zielen wurden qualitative und quantitative Kriterien zur Überprüfung der Zielerreichung zugeordnet, die in der die Studie begleitenden Steuerungsgruppe beraten und modifiziert wurden. Der Messbarkeit „harter Fakten“ sind aufgrund nicht vorhandener und nicht zu erhebender Daten deutliche Grenzen gesetzt. Die sich daraus ergebenden Einschränkungen wurden ebenfalls in der Steuerungsgruppe besprochen. Im weiteren Verlauf

<sup>2</sup> Für das zu Grunde liegende Evaluations- und Methodenverständnis siehe Kardorff 2003; Zimmer-Hegmann 2002.



diente der abgestimmte Ziel- und Kriterienrahmen als Basis für die Entwicklung der Erhebungsschritte und Instrumente.<sup>3</sup>

In der Evaluationsstudie werden die strukturellen Bildungsvoraussetzungen einer Bewertung unterzogen. Eine quantifizierende Bewertung der Wirkungen des Landesprogramms auf die Bildungsergebnisse – im Sinne einer Kosten-Nutzen-Analyse einzelner Förderprogramme und -ansätze – ist hingegen im Rahmen dieser Fallstudie nicht leistbar. Die fehlende konkrete Zielbestimmung des Landesprogramms „Soziale Stadt NRW“ für das Handlungsfeld, die ressourcenbündelnde Ausrichtung, eine unzureichende Datenqualität sowie der Umstand, dass es sich um eine punktuelle Erhebung handelt, sind als maßgebliche Begründungen anzuführen. Der Aspekt der ungenauen Zielbestimmung des Programms „Soziale Stadt NRW“ soll dabei keineswegs einer grundsätzlichen Kritik unterzogen werden. Im Gegenteil liegt in dem offenen und flexiblen Charakter des Programms (und teilweise auch der Co-Programme) ein strategischer Vorteil dieses Förderansatzes. Gerade die Möglichkeit, die Landesmittel experimentell einzusetzen, hat innovative Projekte durch die Akteurinnen/Akteure vor Ort entstehen lassen. Insofern wird auch für die zukünftige Ausrichtung die Abwägung zwischen konkreter Zielformulierung/Maßnahmenplanung/Erfolgskontrolle und experimenteller Offenheit eine programmatische Anforderung darstellen. Gleichwohl stellte die weitgehend fehlende Beschreibung von Zielen und Operationalisierung von Indikatoren bezogen auf Handlungsstrategien wie auch auf einzelne Projektansätze sowohl für die wissenschaftliche Bearbeitung als auch für die befragten Expertinnen/Experten im Verlauf der Studie eine besondere Herausforderung für die Bewertung dar.

Während des gesamten Forschungsprojekts wurde das **ies** Hannover von einer Steuerungsgruppe in folgender Zusammensetzung begleitet:

- Klaus **Austermann**, Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (MSWKS)
- Reinhard **Gerd**, Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes Nordrhein-Westfalen (MSJK)
- Brigitte **Grandt**, Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH
- Margarete **Meyer**, Büro Stadtentwicklung der Stadt Essen
- Irmgard **Schiller**, Stadtteilbüro Gelsenkirchen Bismarck/Schalke-Nord
- Evelyn **Sucato**, Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen (ILS NRW)
- Uwe **Wilzewski**, (vormals) Stadtteilbüro Oberhausen-Knappenviertel
- Ralf **Zimmer-Hegmann**, Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen (ILS NRW)

<sup>3</sup> Der zugrundeliegende Analyserahmen der Evaluationsstudie und die methodische Vorgehensweise werden in Kapitel 2 „Analyserahmen und Methodik“ dargestellt.

## 1.3 Untersuchungsgegenstand

### 1.3.1 Programmgebiete

Die Untersuchung wurde in den vier Programmgebieten Duisburg-Hochfeld, Essen-Katernberg, Gelsenkirchen Bismarck/Schalke-Nord und Oberhausen-Knappenviertel durchgeführt. Mit dieser Gebietsauswahl sind unterschiedliche Ausgangssituationen, Struktur- bzw. Steuerungsmodelle, Größen der Akteursnetzwerke und Förderzeiträume repräsentiert. Das Sample der Untersuchungsgebiete weist eine große Bandbreite auf, über die vorhandene Unterschiede und Ähnlichkeiten entsprechend gut erschlossen werden können (vgl. Flick 2002: 108 ff.). Die Teilnahme erfolgte freiwillig durch die vier Programmgebiete nach einem Aufruf durch das Städtenetzwerk Soziale Stadt NRW.<sup>4</sup>

- **Duisburg-Hochfeld**

In Hochfeld, das südwestlich der Duisburger Stadtmitte entlang der von der Industrie geprägten Rheinfront liegt, leben ca. 22.000 Menschen. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts bildete Hochfeld eine Einheit aus industrieller Produktion mit reichhaltigem Arbeitsplatzangebot sowie dem Wohnraum der arbeitenden Bevölkerung. Aus dieser extremen Verzahnung von Wohnen und Arbeiten resultierten räumliche Enge sowie übermäßige Lärm- und Luftbelastung. Der wirtschaftliche Niedergang der Hochfelder Schwerindustrie führte zu einem Wegfall von annähernd 20.000 Arbeitsplätzen. In den letzten 40 Jahren ist als eine Folge daraus ein Bevölkerungsrückgang von fast 50% zu verzeichnen, überwiegend einkommensstärkere deutsche Familien verlassen den Stadtteil. Hochfeld büßte so einen großen Teil seiner Kaufkraft ein. Bereits Mitte der 1970er Jahre wurden umfangreiche Sanierungsmaßnahmen in Hochfeld begonnen. Mitte der 1990er Jahre wurde die „Entwicklungskonzeption Hochfeld-West“ verabschiedet, in der erste integrierte Maßnahmen festgelegt wurden. Die Förderung mit Mitteln aus dem Programm „Soziale Stadt NRW“ erfolgt seit dem Jahr 2000.

Die Steuerung der Erneuerungsaktivitäten erfolgt in Duisburg seit 1999 zentral durch die Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH (EG DU), eine eigenständige städtische Tochtergesellschaft. Erste Anlaufstelle für Ideen, Wünsche, Verbesserungsvorschläge und Kritik in Hochfeld ist ein Stadtteilbüro. Neben Information über Maßnahmen der Stadtteilerneuerung und der Beratung über Förderprogramme erfolgt hier u.a. die Unterstützung von Vereinen und Initiativen, z.B. bei Stadtteilfesten, Ausstellungen und Sportveranstaltungen sowie Hilfestellung bei Behördenangelegenheiten und Beratung bei Wohnungs- und Mietangelegenheiten. Mit dem „Runden Tisch für Hochfeld“ – 1997 von aktiven Hochfelder Bürgerinnen/Bürgern, Vereinen, Institutionen und Geschäftsleuten ins Leben gerufen – besteht ein bürgerschaftliches Entwicklungsforum.

<sup>4</sup> Die Beschreibung der Programmgebiete folgt den Darstellungen unter <http://www.soziale-stadt.nrw.de/stadtteile/index.html> [Stand: Oktober 2004].

- **Essen-Katernberg**

In Katernberg leben etwa 23.800 Menschen. Die Geschichte des Stadtteils ist vom Bergbau geprägt. Die Schachtanlage Zollverein entwickelte sich nach 1850 zum ökonomischen Mittelpunkt Katernbergs und beeinflusst seine Siedlungsstruktur bis heute: Zahlreiche Bergarbeitersiedlungen, Halden und Bahnanlagen bestimmen noch immer das Ortsbild. Mit dem Rückzug des Bergbaus begann im Stadtteil eine Umbruchsituation: Die Schließungen der Zeche Zollverein (1986) und der Kokerei (1993) führten zu massiven Arbeitsplatzverlusten und erheblichen sozialen Problemen. Sie hinterließen zudem großflächige Industriebrachen. Durch gezielte Aufwertungsstrategien konnte die Bewohnerschaft inzwischen im Stadtteil gehalten und das Image deutlich verbessert werden.

Die Stadt Essen entwickelt seit Ende der 1980er Jahre gebiets- und sachbezogene Stadterneuerungsprogramme für Katernberg, 1993 wurde Katernberg in die Landesförderung „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ aufgenommen. Im Rahmen des Konzepts „Ansätze integrierter Kommunalpolitik“ werden seit 1994 verstärkt integrierte Projektansätze verfolgt. Das „Integrative Entwicklungskonzept“ von Oktober 1995 und seine Fortschreibungen 1997 und 1999 sind die konsequente Weiterentwicklung vorhandener Planungs- und Handlungsprozesse. Das Entwicklungskonzept für Katernberg bezieht die benachbarten Stadtteile Schonnebeck und Stoppenberg mit ein.

Die Steuerung der Stadtteilentwicklungsplanung erfolgt in der Lenkungsgruppe Katernberg: Die Federführung obliegt dem Büro Stadtentwicklung der Stadt Essen. Mitglieder sind Vertreterinnen/Vertreter aller Geschäftsbereiche der Verwaltung sowie Bezirksvertretung und Promotoren aus dem Stadtteil. Im Stadtteilprojekt Katernberg arbeiten die Stadt Essen, die Universität Essen mit dem Institut für Stadtteilbezogene Soziale Arbeit und Beratung (ISSAB), die Arbeiterwohlfahrt (AWO) und die Evangelische Kirchengemeinde seit Jahren auf Grundlage einer Kooperationsvereinbarung zusammen.

- **Gelsenkirchen Bismarck/Schalke-Nord**

Die beiden Gelsenkirchener Ortsteile Bismarck und Schalke-Nord, in denen ca. 19.000 Menschen leben, verdanken ihre Entstehungsgeschichte dem Bergbau und der Stahlindustrie. Durch die stufenweise Stilllegung des Bergwerks Consolidation bis 1995 gingen etwa 4.000 Arbeitsplätze verloren und es blieb eine 25 Hektar große Industriebrache. Die Bevölkerung weist die typischen sozialstrukturellen Merkmale auf, die in altindustriellen Quartieren anzutreffen sind (z.B. hohe Arbeitslosigkeit). Die Autobahn A 42 und eine parallel verlaufende Schienens Strecke sowie die viel befahrene Verkehrsachse B 227 entlang des Consol-Geländes teilen den Stadtteil in Ost-West-Richtung und wirken als Barrieren im Gebiet.

Das Handlungskonzept für das Stadtteilprogramm wird seit 1995 entwickelt und umgesetzt. Die Wiedernutzung des Bergwerksgeländes als zugängliche Mitte des Ortsteiles sowie Bau und Betrieb der Evangelischen Gesamtschule haben

sich als Leitprojekte der Stadtteilentwicklung herauskristallisiert, in deren Umfeld sich viele weitere soziale und kulturelle Projekte und Initiativen entwickeln.

Das Referat Stadtplanung ist federführend für den Erneuerungsprozess zuständig. Gemeinsam mit dem Stadtteilbüro vor Ort wird das Stadtteilprogramm umgesetzt und fortgeschrieben. Das Stadtteilmanagement wird ergänzt durch JULIUS B. im Bereich der Jugendarbeit und das Büro für lokale Wirtschaftsentwicklung. Zentrales Stadtteilgremium ist der Arbeitskreis Bismarck/Schalke-Nord, ein Stadtteilforum mit Vertreterinnen/Vertretern der Institutionen, Vereinen und Trägern der Sozialarbeit sowie Politikerinnen/Politikern. Die Landesförderung wird Ende 2004 auslaufen. Zurzeit werden Wege zur Sicherung und Verstetigung der Stadtteilentwicklung erarbeitet.

- **Oberhausen-Knappenviertel**

Im Knappenviertel leben etwa 7.400 Menschen in einem baulich vielfältigen Gebiet, das aus Blockrandbebauung (größtenteils aus der Jahrhundertwende), zwei- bis viergeschossiger Zeilenbebauung der 1950er und 1960er Jahre sowie aus bis zu zwölfgeschossigen Hochhäusern besteht. Das Gebiet wurde im Mai 1996 in die Förderung des Programms „Soziale Stadt NRW“ aufgenommen und ist mittlerweile nicht mehr in der Förderung des Landesprogramms.

Für das Stadtteilprojekt Knappenviertel lag die kommunale Federführung beim Planungsamt der Stadt Oberhausen. Dem Stadtteilbüro oblag die Aktivierung und Vernetzung der Akteure vor Ort. Ein Beirat mit Vertreterinnen/Vertretern aus Politik und Initiativen hatte entscheidende Lenkungs- und Kontrollfunktion und erarbeitete Empfehlungen für Projekte und Maßnahmen für die Bezirksvertretung, dem beschlussfassenden politischen Gremium für das Stadtteilprojekt. Im November 2002 wurde die Förderung des Stadtteilprojekts Knappenviertel mit einem Abschlussworkshop beendet, wenngleich noch bis ins Jahr 2004 aus Programmmitteln geförderte bauliche Maßnahmen beendet wurden. Seitdem steht der Stadtteil und seine Akteurinnen/Akteure vor der Herausforderung, die aufgebauten Strukturen ohne diese Förderung abzusichern und weiter zu entwickeln.

### **1.3.2 Schulen, Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe und weitere Stadtteilakteure**

Um die Wirkungen des Programms „Soziale Stadt NRW“ für die Schulen, ihre Kooperationen und ihr Umfeld in den ausgewählten Programmgebieten möglichst umfassend zu untersuchen, wurden verschiedene Schulformen sowie Schulen mit unterschiedlich intensiver Stadtteilorientierung in die Studie einbezogen (Grund-, Haupt-, Real- und Gesamtschulen, Gymnasien sowie auch Schulen für Lernbehinderte). Nicht berücksichtigt wurden weitere besondere Schulformen wie Schulen für körperlich und geistig behinderte Kinder oder auch Freie Schulen sowie berufliche Schulen.

Für die Analyse der Kooperationen von Schulen mit Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe/-arbeit wurden Kinderbetreuungseinrichtungen (Kindergärten und -tagesstätten) sowie Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit als Stadt-

teilakteure angesprochen und einbezogen. Andere für die Schulen relevante Kooperationspartner wurden soweit möglich erfasst (z.B. Jugendämter, RAAs, spezielle Beratungsstellen), sofern ein Zusammenhang mit dem Programm „Soziale Stadt NRW“ hergestellt werden konnte. Die Auswahl der Schulen sowie der Träger/Akteure der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe erfolgte in Absprache mit den für die Stadtteilkoordinierung zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die teilweise auf der gesamtstädtischen Ebene und teilweise im Stadtteil selbst koordinierend tätig sind. Als schwierig erwies sich die Einbeziehung von an der Stadtteilarbeit gänzlich uninteressierten Schulen, deren Mitwirkung in keinem Programmgebiet erreicht werden konnte.

Die Evaluation fokussiert ihr Erkenntnisinteresse auf den Aspekt „Schule im Stadtteil“ und ihre relevanten Kooperationen. Unter Kooperationen werden alle Formen der konkreten projekt- oder maßnahmenbezogenen Zusammenarbeit verstanden. Es kann sich um formal vereinbarte Formen wie auch informelle Formen der Zusammenarbeit handeln.

### 1.3.3 Analyseebene

Die Betrachtungsebene der Untersuchung ist der Stadtteil bezogen auf das Handlungsfeld „Schule im Stadtteil“. Die vier ausgewählten Programmgebiete werden vergleichend analysiert, so dass strukturelle Ähnlichkeiten und Unterschiede zwischen den Stadtteilentwicklungen im Handlungsfeld herausgearbeitet werden können. Einblicke in ausgewählte Projektbereiche ermöglichen einzelne Projektbeschreibungen.

Wie vorgesehen stehen bei der vorliegenden Evaluationsstudie die Wirkungen von Maßnahmen und Projekten im Kontext des Programms „Soziale Stadt NRW“ im Vergleich zwischen den ausgewählten Programmgebieten im Mittelpunkt. Sie gibt somit Hinweise auf im Kontext des Landesprogramms entwickelte Handlungsstrategien, die zu einer Verbesserung der Bildungsvoraussetzungen führen und die sich im Sinne von „best practice“ bewährt haben. Die Studie erhebt nicht den Anspruch einer Bildungsstudie und kann kein umfassendes Bild über die Bildungsinfrastruktur und -ergebnisse in den sozial benachteiligten Stadtteilen geben.

### 1.4 Aufbau des Berichts

In Kapitel 2 werden Analyserahmen und Methodik der Evaluationsstudie ausführlich vorgestellt. Die programmgebietsspezifische Aufbereitung der Ergebnisse enthält Kapitel 3. Kapitel 4 ist der Darstellung der programmgebietsübergreifenden Ergebnisse entlang der programmatischen Ziele im Handlungsfeld „Schule im Stadtteil“ vorbehalten. In Kapitel 5 schließlich sind die Handlungsempfehlungen für die Ebenen Land, Kommunen und Stadtteile vorzufinden.

## 2. Analyserahmen und Methodik

„Ziel einer Evaluationsstudie ist die Ermittlung der Wirksamkeit oder Unwirksamkeit praktisch-politischer oder sozialplanerischer Maßnahmen bezüglich eines oder mehrerer Erfolgskriterien.“ (Diekmann 1995: 33) Eine „lehrbuchmäßige“ Untersuchung bezieht sich u.a. auf eine Beschreibung der Ausgangssituation vor Maßnahmebeginn, klar definierte Interventionen bzw. Maßnahmen, einen festgelegten zeitlichen Rahmen, z.B. eindeutigen Beginn des Maßnahmeinsatzes, in Kriterien gefasste vorformulierte (beabsichtigte und nicht beabsichtigte) Wirkungen im Sinne von Zielgrößen sowie einen weitgehend von sonstigen Umfeldeinflüssen getrennt beobachtbaren Raum und dadurch eine mögliche Zuordnung der Wirkungen zu den untersuchten Maßnahmen. „Selbstverständlich ist eine Evaluation in so umfassender Weise, daß sie alle bisher angesprochenen Aspekte vollständig berücksichtigt, in keinem Projekt realisierbar.“ (Kromrey 1998: 99) Diese Aussage trifft auch auf die Aufgabenstellung der Fallstudie zu, die gekennzeichnet ist durch:

- komplizierte Ursache-Wirkungs-Zusammenhänge in einem sozialen Umfeld mit vielfältigen Einflüssen;
- ein differenziertes Geflecht von Einzelprogrammen, Akteuren und Maßnahmen im Kontext des zu evaluierenden Programms mit ergänzenden Co-Programmen;
- keine einheitliche Zeitstruktur der Maßnahmenstarts sowie einen zeitlich vom Start der Maßnahmen unabhängigen Untersuchungsbeginn der Fallstudie;
- fehlende differenzierte Beschreibungen der Lebens- und Bildungssituation von Kindern und Jugendlichen in den Gebieten des Programms „Soziale Stadt“ vor dem Beginn der Förderung (Ausgangssituation);
- fehlende Beschreibungen der Ziele auf den unterschiedlichen Ebenen (Programmgebiet, Schule/Einrichtung, Projekt/Maßnahme usw.) und der damit intendierten Wirkungen bzw. möglicher „Nebenwirkungen“.

Vor dem Hintergrund, dass quasi-experimentelle Ansätze im Sinne von Vorher-Nachher-Messungen im Kontext dieser Wirkungsanalyse nicht realisiert werden können, orientiert sich die Fallstudie am Modell der qualitativen Evaluationsforschung. „Qualitative Evaluation versteht sich als gemeinsame Unternehmung einer zugleich soziale Wirklichkeit entdeckenden, ihre Veränderungspotenziale erprobenden und Grenzen testenden sowie soziale Realität verändernden und gestaltenden Sozialforschung. Damit muss sie sich auch mit ihrer sozialen Verantwortung („social accountability“) auseinander setzen.“ (Kardorff 2003: 249)

Die Fallstudie „Schule im Stadtteil“ bedient sich eines prozessorientierten Evaluationsansatzes, der die Akteure vor Ort als Expertinnen/Experten bzw. als Subjekte in die Erhebung und Auswertung einbezieht. Aufgrund der Erhebung und Erörterung von bisherigen Strategien und Projekten sowie einer fehlenden konti-

## 2. Analyserahmen und Methodik

---

nuierlichen Rückkopplung zum programmatischen Ansatz ist die Studie als **summative Evaluation mit formativen Anteilen** zu bezeichnen.<sup>1</sup>

Die Zusammenstellung der Untersuchungsgebiete der Fallstudie wurde wesentlich durch das Engagement der Stadtteilbüros der Soziale-Stadt-Gebiete beeinflusst, die sich im Rahmen einer Ausschreibung des *Städtenetz Soziale Stadt NRW* für die Teilnahme beworben hatten. Theoretische Vorüberlegungen hinsichtlich ggf. zu untersuchender Prototypen des Engagements der Stadtteile, für Schuldichte oder Anteile von Kindern und Jugendlichen wurden im Vorfeld nicht getroffen – alle vier eingegangenen Interessenbekundungen wurden in die Untersuchung einbezogen. Mit dieser **Auswahl** der zu untersuchenden Fälle<sup>2</sup> liegt ein Sample vor, das durch hinreichend unterschiedliche Ausgangssituationen in den Stadtteilen eine interessante Basis für eine qualitative Fallstudie darstellt. Nicht unbeachtet bleiben soll die Tatsache, dass die Untersuchungsgebiete vor dem Hintergrund ihres eigenen Interesses (Bewerbung um die Teilnahme an der Fallstudie) vermutlich zur Unterstützung der Untersuchung selbst bereit sind und damit ein mit vertretbarem Aufwand zugängliches Feld für die wissenschaftliche Bearbeitung bilden (zur Auswahl von Untersuchungseinheiten in der qualitativen Forschung vgl. Flick 2002: 108 ff.).<sup>3</sup>

Im Rahmen dieser durch Methodenvielfalt geprägten Evaluationsstudie werden die durch das Programm „Soziale Stadt NRW“ weiterentwickelten Bildungsvoraussetzungen in den vier beteiligten Programmgebieten einer Aus- und Bewertung unterzogen. Die Fallstudie liefert für das im Programmkontext relativ „junge“ Themen- und Handlungsfeld „Schule im Stadtteil“ eine grundlegende Analyse und damit vertiefende Erkenntnisse über (auch potenzielle) Akteure, ihre Strategien und deren Umsetzung vor dem Hintergrund unterschiedlicher Rahmenbedingungen. Sie bietet darüber hinaus Erkenntnisse über die Implementierung eines programmatischen Ansatzes in Richtung von Schulen und relevanten Kooperationspartnern. Die Ergebnisse der Fallstudie enthalten Handlungsempfehlungen für die Ebenen Land, Kommunen und Stadtteile; die Aufarbeitung von Beispielen ermöglicht konkrete Anregungen für Stadtteilakteure. Durch die kommunikations- und beteiligungsorientierte Vorgehensweise wurde das Thema „Schule im Stadtteil“ bei den Befragten in den beteiligten Programmgebieten

<sup>1</sup> *Summative* Evaluationen kennzeichnen sich durch einen ergebnisbezogenen Methodenansatz aus, die nachbetrachtend ein abschließendes Urteil umfassen. Im Gegensatz dazu wirken *formative* Analysen durch regelmäßige Rückkopplungen zwischen Ergebnissen und Maßnahmenkanon programmbegleitend bzw. -formend. Ausgangssituation, Auftrag und die Konzeption der Fallstudie erschweren hier eine eindeutige Zuordnung, da weder eine ausschließlich abschließende Bewertung von Ergebnissen noch eine Weiterentwicklung der Maßnahmen im Untersuchungsverlauf realisiert wurde.

<sup>2</sup> „Fälle“ sind im Rahmen der Fallstudie die Programmgebiete, in denen Schulen – ggf. in Kooperationen – ihre Aufgaben im Bildungsbereich wahrnehmen. Nicht als Fälle bezeichnet werden die einzelnen Schulen bzw. Einrichtungen.

<sup>3</sup> Im Anhang 7.2 „Methodik“ werden Forschungsverständnis, methodische Vorgehensweise, die einzelnen empirischen Bausteine ausführlich dargestellt und ein methodisches Fazit gezogen, das u.a. die mit der Auswahl der Fälle zusammenhängenden Effekte der Selbstrekrutierung thematisiert.

## 2. Analyserahmen und Methodik

---

verstärkt thematisiert und dabei möglicherweise zu Lernprozessen angeregt, die im weiteren Verlauf der Stadtteilarbeit zur Entwicklung neuer Ideen und Strategien führen können. Inwiefern ein Auseinandersetzungsprozess z.B. hinsichtlich der Effektivierung eigenen Handelns oder der Steigerung des Qualitätsbewusstseins tatsächlich initiiert wurden, wird sich in den vier Stadtteilen erst perspektivisch zeigen. Dies gilt auch für die Steuerungsebene der beteiligten Gebiete (Stadtteilbüros), die sich im Rahmen der Fallstudie intensiv mit der Thematik und ihrer (inhaltlichen, strategischen) Weiterentwicklung beschäftigen konnten.

Gleichzeitig steht die Evaluation eines inhaltlich wie finanziell integrativen Programmansatzes auch vor grundlegenden Herausforderungen. Als methodische Probleme können u.a. die Vielfalt von Ansätzen und Strategien mit ihren jeweiligen Wirkungen, die Bündelung von Förderprogrammen, die Komplexität des Gegenstands und die Multikausalität von Entwicklungen, die Operationalisierung von Zielen sowie eine fehlende kleinräumige Datenbasis benannt werden (vgl. Deutsches Institut für Urbanistik im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen 2003a: 210 ff.; Zimmer-Hegmann 2002: 84 f.).

Als wissenschaftliche Herausforderung bei der Erarbeitung dieser Evaluationsstudie erwies sich die Abgrenzung der Wirkungen des Programms „Soziale Stadt NRW“ von anderen landespolitischen, kommunalen und stadtteilbezogenen Entwicklungsprozessen. So wurden nach Auskunft der Interviewpartnerinnen/-partnern eine Reihe von Prozessen und Maßnahmen bereits vor dem Programm „Soziale Stadt NRW“ begonnen und können deshalb aus Sicht – zumindest eines Teils – der Akteurinnen/Akteure nicht in einen unmittelbaren Zusammenhang zu diesem gestellt werden. In der Erhebungsphase zeigte sich auch, dass die Ressourcenbündelung häufig dazu führt, dass die Akteurinnen/Akteure die Finanzstrukturen hinter den Projekten nicht (richtig) kennen. Aus diesem Grund umfasst die Frage nach dem „Landesprogramm“ im engeren (förderpolitischen und fiskalischen) Sinn zuweilen auch die Frage nach „stadtteilorientierten Ansätzen“ und nimmt Unschärfen im Hinblick auf die konkreten Förderstrukturen in Kauf.

Diese Unschärfen in der Wirkungserfassung sind auch Folge des integrativen Ansatzes des Programms „Soziale Stadt NRW“. Da das Programm explizit zur Ressourcenbündelung auffordert und die Co-Finanzierung mit anderen Förderprogrammen und sonstigen Mitteln ermöglicht, ist eine Überprüfung der Effektivität und Effizienz des Mitteleinsatzes dieses Programms mit einem vertretbaren Aufwand nicht zu leisten. „Blinde Flecken“ ergeben sich auch, wenn stadtteilbezogene Maßnahmen, Projekte und Kooperationen (bereits) zum Alltag gehören, aber nicht in den Kontext von Stadtteilentwicklungen und -programmen gerückt werden und dementsprechend in der Erhebungsphase nicht als zentraler Förderansatz benannt wurden. Teilweise werden von den Akteurinnen/Akteure Projekte nicht in den Zusammenhang mit dem Stadtteilprogramm gestellt, weil die Förderung bereits längere Zeit zurück liegt und/oder mittlerweile eine Finanzierung aus anderen Haushalten erfolgt. Das hat ggf. auch zur Folge, dass Angebote zur Verstärkung der Bildungsinfrastruktur in diesem Zusammenhang als

fehlend erscheinen mögen, wenngleich sie es, weil aus anderen Quellen finanziert, gar nicht sind (z.B. Leseförderung über Büchereien können dazu gehören).

Vor dem Hintergrund dieser Einschränkungen, des Arbeitsauftrags und der -ökonomie liefert die Fallstudie „Schule im Stadtteil“ keine Ergebnisse zur Entwicklung von Bildungsergebnissen, keine Fallanalysen einzelner Schulen, keine ausschließlich quantitativen Belege von Entwicklungstendenzen, sondern eine Analyse der Impulse und Wirkungen des Programms „Soziale Stadt NRW“ aus der Perspektive der Expertinnen/Experten des Handlungsfeldes sowie daraus abgeleitet Handlungsempfehlungen für Land, Kommunen und Stadtteile.

### 2.1 Analyserahmen

Mit Blick auf die Beantwortung der zentralen Fragestellung der Fallstudie „Welche Impulse gehen vom Programm ‚Soziale Stadt NRW‘ auf Schulen und ihre Kooperationen für die Verbesserung der Bildungsvoraussetzungen für Kinder und Jugendliche in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf aus?“, haben sich vier Themenfelder bzw. Hauptziele herauskristallisiert. Es handelt sich um:

- Verbesserung der Bildungsvoraussetzungen,
- Verbesserung der sozialen Infrastruktur,
- Vernetzung, Kooperation und Bündelung von Ressourcen,
- Beteiligung.

Im Rahmen der Material- und Datenanalyse sowie eines intensiven Austauschprozesses mit der Steuerungsgruppe und den Ansprechpersonen auf Programmgebietesebene wurden für die genannten Themenfelder Haupt- und Unterziele aus Materialien und Gesprächen der beteiligten Ebenen (Land, Kommune, Stadtteile, Akteure) extrahiert sowie Kriterien zur Prüfung der Zielerreichung bzw. Bewertung von Wirkungen zugeordnet. Auf diesem Zielsystem aufbauend wurden die Erhebungsschritte und -instrumente entwickelt. Mit dem Ziel, auch quantifizierbare Angaben in die Evaluation einzubeziehen, sollten die Kriterien neben den qualitativen Erhebungen (Interviews, Gruppeninterviews) durch Statistiken unterlegt werden. Aufgrund zeitlicher Verzögerungen bei der Erhebung der Kontextindikatoren als einem weiteren Baustein der Gesamtevaluation des Programms „Soziale Stadt NRW“ konnte im Rahmen der Fallstudie nicht – wie ursprünglich geplant – auf dieses Datenmaterial zurückgegriffen werden. Insgesamt muss auch der anschließend gestartete Versuch, die herausgearbeiteten Haupt- und Unterziele durch quantitative Daten zu überprüfen, weitgehend als nicht gelungen betrachtet werden. Die ermittelten Daten erwiesen sich von eingeschränkter Aussagekraft.

Das vorliegende statistische Material wird bei der Beschreibung der Programmgebiete einbezogen und im Anhang zur Verfügung gestellt. Die Ergebnisse und Handlungsempfehlungen der Fallstudie beziehen sich auf die (qualitativ wie quantitativ) erhobenen Aussagen der Akteure vor Ort, die Auswertung dieser

## 2. Analyserahmen und Methodik

---

Aussagen durch die Expertinnen/Experten der Steuerungsgruppe und die Analyse der wissenschaftlichen Bearbeitung durch die Mitarbeiterinnen des **ies**.

Nach einem Exkurs über die Bedeutung des Handlungsfeldes „Schule im Stadtteil“ auf Bundes- und Landesebene beschreiben die folgenden Abschnitte die Zielebene, Kriterien sowie die jeweiligen empirische Grundlagen (tabellarisch) in den vier Hauptzielebenen bzw. Themenfeldern und legen somit den Analyserahmen der Fallstudie dar.

### 2.1.1 Exkurs: Handlungsfeld „Schule im Stadtteil“ aus Bundes- und Landesperspektive

Die vom Deutschen Institut für Urbanistik bearbeitete **Programmauswertung des Bund-Länder-Programms „Soziale Stadt“** zeigt, dass der Bereich Schule bzw. Bildung von Kindern und Jugendlichen eine eher nachrangige Bedeutung bei der Strategieplanung für sozial benachteiligte Gebiete hat. Das Handlungsfeld „Schulen und Bildung im Stadtteil“ wurde nach Auskunft der bundesweit Befragten zu 73% in das jeweilige Integrierte Handlungskonzept einbezogen und rangiert nach „Wohnumfeld und öffentlicher Raum“, „Soziale Aktivitäten und soziale Infrastruktur“, „Image und Öffentlichkeitsarbeit“, „Kinder- und Jugendhilfe“, „Sport und Freizeit“ und „Zusammenleben unterschiedlicher sozialer und ethnischer Gruppen“ auf Platz sieben. Die Ermittlung der Wichtigkeit aus Perspektive der Befragten lässt das Handlungsfeld geringfügig auf den sechsten Rang steigen (Deutsches Institut für Urbanistik 2003a: 79 ff.). Als Schlüsselstrategie wird die Öffnung von Schule hervorgehoben (z.B. durch das Programm GÖS – Gestaltung und Öffnung des Schullebens<sup>4</sup>, sozialraumorientierte Schulprogrammarbeit, Schulsozialarbeit, Nachmittagsangebote, Gesundheitsförderung, Gewaltprävention, Sprachförderung, Angebote im sportlichen und kulturellen Bereich und die Nutzung von Räumlichkeiten und Schulhof durch andere Stadtteilakteure) (ebd.: 126 ff.). Als weitere stadtteilbezogene Strategien werden die Sprachförderung in Kindergarten und Schule, auch unter Einbindung von Eltern und die Verbesserung des Übergangs von der Schule in die Arbeitswelt z.B. durch Vermittlung von Schlüsselqualifikationen, Berufsinformation und -orientierung genannt (ebd.: 128 ff.). In weiteren Handlungsfeldern tauchen die Kulturelle Kinder- und Jugendarbeit, z.B. durch „mus-e“, sowie die Gesundheitsförderung von Kindern und Jugendlichen auf (ebd.: 135 f. bzw. 139 f.).

Das ressortübergreifende **Handlungsprogramm „Soziale Stadt NRW“** setzt sich mit der Situation von Kindern und Jugendlichen in unterschiedlichen Handlungsfeldern auseinander; Strategien für „Schule im Stadtteil“ werden im neunten von dreizehn Bereichen behandelt. „Schule kann viel mehr sein als eine Lehranstalt, die vormittags nur von Schülern und abends allenfalls von Freizeitsportlern genutzt wird. In den Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf können die Schulen über ihre Zweckbestimmung hinaus zu Orten der Kommunikation und

<sup>4</sup> Ein Förderansatz, der explizit aus der Untersuchung der Fallstudie herausgenommen wurde.

## 2. Analyserahmen und Methodik

---

Integration werden. Auf der Tagesordnung steht die ‚Öffnung von Schule‘. [...] Wenn Schule zum Kristallisationspunkt des Lebens im Stadtteil wird, so setzen die Aktivitäten genau dort an, wo sich Benachteiligung zuerst manifestiert: in den unterschiedlichen Bildungschancen unterschiedlicher sozialer Gruppen. Eine ‚offene Schule‘ bietet mehr Chancengleichheit, sie ist aber auch ein symbolischer Ort für das vorurteilsfreie Zusammenleben im Stadtteil.“ (Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen 1998: 66) Neben Schulen wird auch in Richtung von Begegnungsstätten, Kinder-, Jugend- und Alteneinrichtungen der Anspruch formuliert, die eigene Rolle als Kommunikationsstelle von zentraler Bedeutung für die Stadtteilarbeit auszugestalten (ebd.: 57). Später konstatiert das Programm: „Die Zukunft der Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf ist eng verknüpft mit den Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten der Kinder und Jugendlichen.“ (ebd.: 68) Aufgrund der benachteiligenden Situation in den Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf nehmen Orientierungs- und Perspektivlosigkeit bei Kindern und Jugendlichen zu. Zur Prävention, Partizipation und Integration sind unterschiedliche Maßnahmen erforderlich (u.a. Ganztagsbetreuung, Schulsozialarbeit, Sprachförderung, Angebote der [offenen] Jugendarbeit, Sport- und Freizeitflächen, Unterstützung beim Übergang von Schule und Beruf). Das Programm setzt dabei auf die Kooperation von Stadtteilakteuren (Schulen, Kindergärten, Jugendeinrichtungen) und die Einbindung von Eltern.

### 2.1.2 Hauptziel: Verbesserung der Bildungsvoraussetzungen

Das Hauptziel der Verbesserung der Bildungsvoraussetzungen nimmt sich insbesondere dem Zusammenhang von benachteiligender Familien- bzw. Lebenssituation und Bildungschancen an. Es gilt, für die betreffenden Kinder und Jugendlichen Möglichkeiten zu schaffen, an Ausbildung und damit perspektivisch durch Bildung, Berufstätigkeit usw. an Gesellschaft teilzuhaben. „Unter Bildungsbeteiligung wird [...] der Zugang und die Option zu institutionalisierten Bildungsangeboten, das Engagement bei der Wahrnehmung von Bildungsangeboten und die Erfolge im Bildungssystem verstanden.“ (Projekt Ruhr 2003: 2)

Dieser Zielbereich umfasst u.a. infrastrukturelle, maßnahmenbezogene wie personelle und qualitative Weiterentwicklungen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen im Programmkontext. Wie die Interviews mit den Schulleitungen in Bezug auf die Problemsituation in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf gezeigt haben, fällt hierunter auch eine entsprechende Berücksichtigung der Lebenssituation von Familien, um angemessene Grundlagen für Lernen und Bildung zu schaffen (z.B. durch Versorgungsangebote und Hausaufgabenhilfe).

Unterziele und Kriterien für das Ziel „Verbesserung der Bildungsvoraussetzungen“ zeigt Tab. 1.

## 2. Analyserahmen und Methodik

Tab. 1: Hauptziel „Verbesserung der Bildungsvoraussetzungen“

Unterziele	Kriterien
Entwicklung und Umsetzung von Förderangeboten für Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Familien mit und ohne Migrationshintergrund bzw. zur <ul style="list-style-type: none"><li>• Sprachförderung</li><li>• Steigerung der Sozialkompetenz</li><li>• Konfliktprävention</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Entwicklung von erfolgreichen Konzepten</li><li>• Quantitative Zunahme entsprechender Angebote im Programmverlauf (*)</li><li>• Qualität der Angebote</li><li>• Erkennbare Verbesserung der Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen</li></ul>
Schaffung bzw. Verbesserung von Angeboten an Schulen zur <ul style="list-style-type: none"><li>• Betreuung</li><li>• Versorgung</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Quantitative Zunahme entsprechender Angebote im Programmverlauf (*)</li><li>• Nutzung der Angebote durch Kinder/Jugendliche (Nachfrage vorhanden)</li><li>• Qualität der Angebote</li><li>• Erkennbare Verbesserung der Kompetenzen von Kindern und Jugendlichen</li></ul>
Schaffung einer vielseitigen Spiel- und Lernumgebung	<ul style="list-style-type: none"><li>• Ausreichende Angebote im Stadtteil, z.B. Spielplätze, Schulhöfe, Freiflächen</li><li>• Qualität der Angebote</li><li>• Erkennbare Verbesserung der Entwicklungs- und Bildungsvoraussetzungen von Kindern/Jugendlichen</li></ul>
Erhöhung des Schulerfolgs und Verbesserung der beruflichen Integration	<ul style="list-style-type: none"><li>• Positive Entwicklung der schulische Leistungen von Kindern/Jugendlichen</li><li>• Erhöhung der Übergangszahlen zu weiterführenden Schulen (**)</li><li>• Erhöhung der Schulabschlussquoten (**)</li><li>• Entwicklung von Angeboten zur beruflichen Integration</li><li>• Verbesserung der beruflichen Perspektiven und der Chancen auf dem Arbeitsmarkt</li></ul>

(\*) Entsprechende Daten für Programmgebiete nicht vorhanden.

(\*\*) Entsprechende Daten der Schulverwaltung nicht in ausreichender Qualität vorhanden.

### 2.1.3 Hauptziel: Verbesserung der sozialen Infrastruktur für Kinder und Jugendliche

Nicht nur die konkreten Bildungsangebote, sondern auch die weitere soziale Infrastruktur spielen bei der Entwicklung von Chancengleichheit eine wesentliche Rolle, um auch im Bereich der Freizeitgestaltung und Betreuung z.B. über spezielle Angebote Sozial- und Konfliktlösungskompetenz zu vermitteln. Neben



## 2. Analyserahmen und Methodik

Qualifizierungsmaßnahmen werden z.B. Freizeit- und Sportangebote für Kinder und Jugendliche als erforderliche Maßnahmen zur Kriminalprävention genannt (Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen 1998: 72).

Unterziele und Kriterien für das Ziel „Verbesserung der sozialen Infrastruktur für Kinder und Jugendliche“ sind in Tab. 2 dargestellt.

**Tab. 2: Hauptziel „Verbesserung der sozialen Infrastruktur für Kinder und Jugendliche“**

Unterziele	Kriterien
Schaffung und Verbesserung von Freizeit- und Kulturangeboten in Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe	<ul style="list-style-type: none"><li>• Entwicklung von erfolgreichen Konzepten</li><li>• Qualität der Angebote</li><li>• Nutzung der Angebote durch Kinder/Jugendliche (Nachfrage vorhanden)</li><li>• Quantitative Zunahme entsprechender Angebote im Programmverlauf (*)</li><li>• Erkennbare Verbesserung der Situation für Kinder und Jugendliche</li></ul>
Attraktivierung der Frei- und Spielflächen im öffentlichen Raum	<ul style="list-style-type: none"><li>• Gestaltung von Schulen/Schulhöfen für Freizeitaktivitäten</li><li>• Nutzung der Angebote durch Kinder/Jugendliche (Nachfrage vorhanden)</li><li>• Qualität der Frei- und Spielflächen</li><li>• Erkennbare Verbesserung der Situation für Kinder und Jugendliche</li></ul>

(\*) Entsprechende Daten für Programmgebiete nicht vorhanden.

### 2.1.4 Hauptziel: Vernetzung, Kooperation und Bündelung von Ressourcen

Die grundlegende Idee der Integration unterschiedlicher Ressorts und Ressourcen des Programms „Soziale Stadt NRW“ als Basis für effektive Mehrzielprojekte und nachhaltige Entwicklungsprozesse spielt auch bei der Auseinandersetzung mit „Schule im Stadtteil“ eine zentrale Rolle. „In Zeiten knapper öffentlicher Haushalte sind die Stabilisierung und der Aufbau sozialer Netze nur durch Kooperation und Vernetzung der lokalen Akteure erreichbar. Denn nur im Miteinander können die Qualität der Maßnahmen gesteigert, menschliche, fachliche und finanzielle Ressourcen gebündelt und gemeinsame Projekte in Angriff genommen werden.“ (Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen 1998: 61)

Unterziele und Kriterien des Ziels „Vernetzung, Kooperation und Bündelung von Ressourcen“ zeigt Tab. 3.

## 2. Analyserahmen und Methodik

Tab. 3: Ziel „Vernetzung, Kooperation und Bündelung von Ressourcen“

Unterziele	Kriterien
Öffnung der Schulen durch <ul style="list-style-type: none"><li>• Engagement der Schulen auf Stadtteilebene</li><li>• veränderte Unterrichtspraxis</li></ul>	<ul style="list-style-type: none"><li>• Beteiligung und Mitwirkung von Schulen in stadtteilbezogenen Arbeitsgremien und Steuerungsstrukturen (Beteiligungsquote, Intensität der Mitwirkung)</li><li>• Beteiligung der Schulen an Stadtteilaktivitäten</li><li>• Öffnung für die Belange des Quartiers, z.B. durch die Bereitstellung von Schulräumlichkeiten bzw. -infrastruktur für die außerschulische Nutzung</li><li>• Einbindung von Stadtteilthemen in den Unterricht</li><li>• Kooperative Angebote mit Vereinen und Trägern im Schulalltag</li><li>• Attraktivität der Schulen durch Öffnungsstrategien</li></ul>
(Weiter-)Entwicklung und Verbesserung der Kooperation von Schule und Jugendarbeit/-hilfe	<ul style="list-style-type: none"><li>• Entwicklung von kooperativen Angeboten und Projekten</li><li>• Gemeinsame Bedarfsanalyse, Maßnahmenplanung, -umsetzung</li><li>• Erhöhung der Anzahl an Kooperationen sowie austauschfördernder (informeller) Strukturen</li><li>• Qualität der Kooperationsbeziehungen</li><li>• Erfolge der kooperativen Angebotserbringung</li></ul>
Ressourcenbündelung	<ul style="list-style-type: none"><li>• Kenntnis und Nutzung von Förderansätzen durch die Akteure</li><li>• Kombination unterschiedlicher Fördertöpfe (*)</li><li>• Akquisition von Drittmitteln</li><li>• Mehrzielprojekte</li></ul>
Entwicklung belastbarer und selbsttragender/nachhaltiger Kooperationsstrukturen mit Beteiligung von Schulen, relevanten Kooperationspartnern der Kinder- und Jugendhilfe sowie ggf. von Politik und Verwaltung	<ul style="list-style-type: none"><li>• Entwicklung von Akteursnetzwerken im Handlungsfeld</li><li>• Fortbestand des Netzwerks nach Ende der Programmförderung</li><li>• Gesicherte Strukturen der Zusammenarbeit</li><li>• Beteiligung von Politik und Verwaltung</li></ul>

(\*) Entsprechende Daten für Programmgebiete nicht vorhanden.

### 2.1.5 Hauptziel: Beteiligung

In Richtung unterschiedlicher Akteure wird im Kontext der „Sozialen Stadt NRW“ der Anspruch der Beteiligung und Aktivierung formuliert. Mit Blick auf das Themenfeld „Schule im Stadtteil“ sind in diesem Zusammenhang Kinder, Jugendliche und Eltern (insbesondere mit Migrationshintergrund) zu nennen. Insgesamt geht es um die Förderung von Beteiligungsstrukturen in schulischen bzw. stadtteilbezogenen Maßnahmen und Projekten, die insbesondere Schülerinnen-



## 2. Analyserahmen und Methodik

nen/Schülern Demokratieverständnis, Mitbestimmungsmöglichkeiten und Aushandlungskompetenzen vermitteln. Darüber hinaus kann eine ehrliche Beteiligungskultur langfristig die Identifikation der jungen Bewohnerinnen/Bewohner mit „ihrem“ Stadtteil stärken und dadurch u.a. zum Abbau von Vandalismus (vgl. auch Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen 1998: 76) und zur Förderung von Selbsthilfepotenzialen beitragen. Die Beteiligung von Eltern wirkt sich positiv auf eine gemeinsam mit der Schule erfolgende Strategieentwicklung und -umsetzung und damit auf die Förderung der Kinder und Jugendlichen aus. Unter dem Aspekt „Beteiligung“ sind im weiteren Kontext Akteure zu erwähnen, die für eine umfassende Entwicklung und Umsetzung stadtteilbezogener Maßnahmen von Bedeutung sind, bei der bisherigen Stadtteilentwicklung jedoch (noch) nicht eingebunden werden konnten.

Unterziele und Kriterien für das Ziel „Beteiligung“ sind in Tab. 4 dargestellt.

**Tab. 4: Hauptziel „Beteiligung“**

Unterziele	Kriterien
Einbindung von	
• Kindern/Jugendlichen bei Projekten im schulischen Kontext	• Formulierter Anspruch von Schulen
• Eltern (insbesondere mit Migrationshintergrund)	• Entwicklung entsprechender Ansätze
• Ehrenamtlichen	• Erfolgreiche Ansätze
	• Umsetzung
	• Wirkungen
Entwicklung einer Beteiligungskultur	
	• Programmatischer Anspruch an Schulen
	• Anzahl an entsprechenden Projektansätzen (*)
	• Erfolgreiche Ansätze
	• Gestaltung und Umsetzung von Beteiligungsprojekten
	• Wirkung von Beteiligungsprojekten
	• Einbindung wenig aktiver Akteure

(\*) Entsprechende Daten für Programmgebiete nicht vorhanden.

### 2.2 Empirische Bausteine

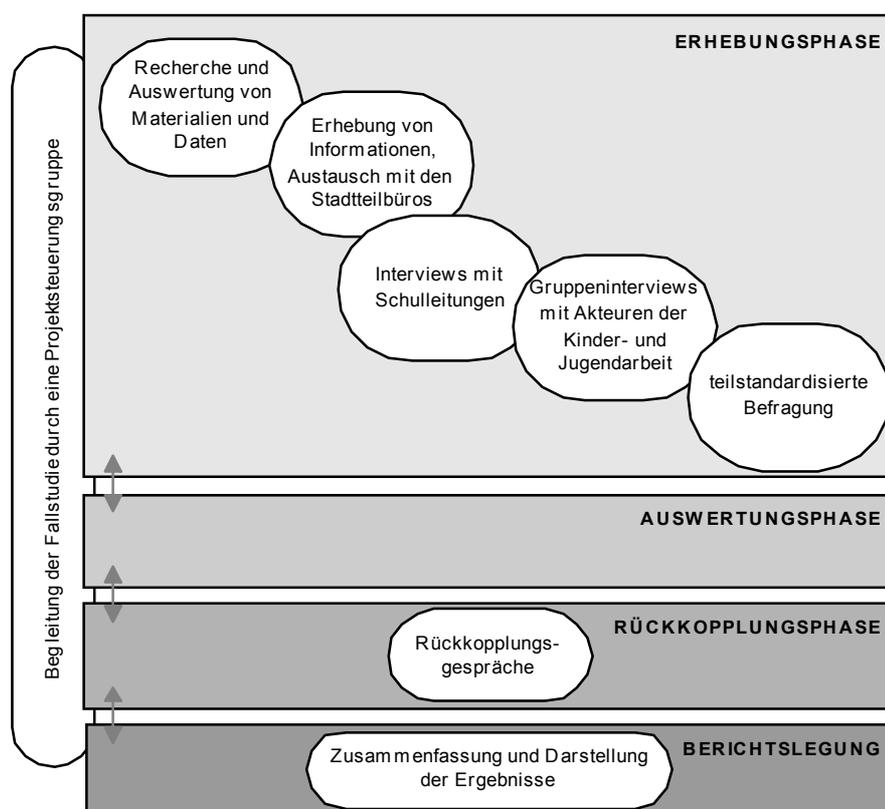
Vor dem Hintergrund der beschriebenen Grundsätze kombiniert die Fallstudie „Schule im Stadtteil“, die sich aus einer Erhebungs- und einer Rückkopplungsphase zusammensetzt, qualitative und quantitative Methoden der empirischen Sozialforschung.

Im ersten Schritt der Untersuchung wurden in qualitativen (Gruppen-)Interviews die Perspektive der Schulen aufgenommen und durch Sichtweisen relevanter Kooperationspartner ergänzt. Die anschließende schriftliche Befragung diente dazu, die aus den beiden vorangehenden qualitativen Bausteinen herausge-

## 2. Analyserahmen und Methodik

arbeiteten Ergebnisse und Hypothesen innerhalb einer größeren Untersuchungseinheit abzusichern bzw. zu überprüfen (Erhebungsphase). Die so ermittelten Einschätzungen und Tendenzen wurden schließlich den Akteuren vor Ort vorgestellt und mit Blick auf die Entwicklung von Handlungsempfehlungen für die Ebenen Stadtteil, Kommune, Land diskutiert (Rückkopplungsphase). Weitere Erörterungen der Gesamtergebnisse und Handlungsempfehlungen fanden abschließend mit der Steuerungsgruppe und Vertreterinnen/Vertretern des *Städtenetz Soziale Stadt NRW* statt (siehe Abb. 1).

**Abb. 1:** Übersicht zur methodischen Gesamtgestaltung



Die Untersuchung wurde im Zeitraum von Sommer 2003 bis zum Herbst 2004 in vier Programmgebieten durchgeführt:

- Duisburg-Hochfeld (DU-Hochfeld),
- Essen-Katernberg (E-Katernberg),
- Gelsenkirchen Bismarck/Schalke-Nord (GE-Bismarck/Schalke-Nord) und
- Oberhausen-Knappenviertel (OB-Knappenviertel).

Sie bezieht in den Programmgebieten verschiedene Akteursgruppen ein:

- Schulen,
- Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe wie Kinderbetreuungseinrichtungen und Träger von Angeboten,
- sonstige Akteure mit ausgewiesenem Expertenstatus im Themenfeld und für den jeweiligen Stadtteil wie Polizei, RAAs.



### 3. Programmgebiete

Im folgenden Kapitel werden die vier ausgewählten Programmgebiete auf Basis der Informationen aus den unterschiedlichen Erhebungsbausteinen und den jeweils zur Verfügung stehenden Materialien beschrieben. Dem Überblick über den räumlichen und sozio-demographischen Kontext folgt die Darstellung der programmatischen Ausrichtung sowie der zentralen Herausforderungen im Handlungsfeld „Schule im Stadtteil“. Abschließend wird auf die Akteursgruppen wie Schulen, Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe sowie Arbeitsgremien und Steuerungsstrukturen eingegangen. In den weiteren Abschnitten werden jeweils spezifische Ergebnisse und Projektanalysen dargestellt sowie Anregungen für die weitere Entwicklung im Handlungsfeld formuliert. Da eine eingehende Analyse aller Projekte der vier beteiligten Programmgebiete im Themenfeld im Rahmen dieser Untersuchung nicht leistbar ist, gleichzeitig die Ebene der Projektplanung und -umsetzung aufgrund ihrer zentralen Bedeutung im Kontext des Programms „Soziale Stadt“ (z.B. aufgrund der Förderstruktur und damit gängige Arbeitspraxis) nicht unbeachtet bleiben soll, werden in Abstimmung mit der Steuerungsgruppe ausgewählte positive Beispielprojekten dargestellt (Projektanalysen).<sup>1</sup>

**Tab. 5:** Programmgebiete – Übersicht

	<b>Struktur</b>	<b>Stadtteil- management</b>	<b>Schulen</b>
DU-Hochfeld Förderung „Soziale Stadt NRW“ seit 03/2000	<ul style="list-style-type: none"> <li>• EW, Fläche, EW-Dichte, Anteil 0-21-Jähriger</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Stadtteilbüro: EG DU</li> <li>• gesamtstädtische Koordinierung: EG DU</li> <li>• Ansprechperson: Brigitte Grandt, EG DU</li> </ul>	6 Schulen: <ul style="list-style-type: none"> <li>• 3 Grundschulen</li> <li>• 1 Hauptschule</li> <li>• 1 Gymnasium</li> <li>• 1 LB-Schule (außerhalb des Programmgebiets)</li> </ul>

<sup>1</sup> Zentrales Anliegen ist es, auf Basis einer umfassenden Analyse ausgewählter konkreter Vorgehensweisen Handlungsempfehlungen für die zielgerichtete und effektive Gestaltung von Projekten zur Förderung von Kindern und Jugendlichen in den Programmgebieten abzuleiten. Die Projektanalysen basieren auf einer eingehenden Auswertung von Informationen der Quartiersmanagements, Interviewprotokollen, Materialien und einzelnen vertiefenden Telefoninterviews. Die wissenschaftliche Begleitung bezieht die ihr vorliegenden Materialien ein; gleichzeitig kann kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben werden.

### 3. Programmgebiete

36

	<b>Struktur</b>	<b>Stadtteil- management</b>	<b>Schulen</b>
Katernberg  Förderung „Soziale Stadt NRW“ seit 1993	<ul style="list-style-type: none"> <li>• EW, Fläche, EW-Dichte, Anteil 0-21-Jähriger</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Stadteitarbeit in den beiden Stadtteilbüros: durch Jugendamt, Jahrespraktikanten des ISSAB, einzelne Studenten</li> <li>• Stadtteilmoderation: feste Mitarbeiter/in des ISSAB / Uni Duisburg / Essen</li> <li>• Gebietsbeauftragte in der Verwaltung: Büro Stadtentwicklung</li> <li>• Ansprechperson: Margarete Meyer, Büro Stadtentwicklung der Stadt Essen</li> </ul>	10 Schulen: <ul style="list-style-type: none"> <li>• 6 Grundschulen</li> <li>• 1 Schule für Lern- und Erziehungshilfe</li> <li>• 1 Hauptschule</li> <li>• 1 Realschule</li> <li>• 1 Gesamtschule</li> </ul>
GE-Bismarck/ Schalke-Nord  Förderung „Soziale Stadt NRW“ seit 11/1994 bis Ende 2004	<ul style="list-style-type: none"> <li>• 17.879 (Stand: 2003)</li> <li>• 520 ha</li> <li>• 34 EW/ha</li> <li>• 25%</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Stadtteilbüro des Referat Stadtplanung, Quartiersmanagement für Schalke-Nord durch JULIUS B. des Jugendamtes</li> <li>• Gesamtkoordination: Referat Stadtplanung</li> <li>• Ansprechperson: Irmgard Schiller, Stadtteilbüro</li> </ul>	7 Schulen: <ul style="list-style-type: none"> <li>• 5 Grundschulen</li> <li>• 1 Realschule</li> <li>• 1 Gesamtschule</li> <li>• (bis 2000 1 Hauptschule)</li> </ul>

### 3. Programmgebiete

37

	<b>Struktur</b>	<b>Stadtteil- management</b>	<b>Schulen</b>
	<ul style="list-style-type: none"> <li>• EW, Fläche, EW-Dichte, Anteil 0-21-Jähriger</li> </ul>		
Knappenviertel	<ul style="list-style-type: none"> <li>• 6.825 (Stand: 2003)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• dt.-türkisch besetztes Stadtteilbüro</li> </ul>	6 Schulen:
Förderung „Soziale Stadt NRW“ von 05/1996 bis 11/2002	<ul style="list-style-type: none"> <li>• 126 ha</li> <li>• 54 EW/ha</li> <li>• 23%</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Koordinierung: Fachbereich Stadtentwicklung</li> <li>• Ansprechperson: Uwe Wilzewski, Stadtteilbüro Lirich</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• 2 Grundschulen</li> <li>• 2 Hauptschule (1 angrenzend Programmgebiet)</li> <li>• 1 Schule für Lernbehinderte (angrenzend Programmgebiet)</li> <li>• 1 Gymnasium (angrenzend Programmgebiet)</li> </ul>

[Quellen: Interviews mit Stadtteilbüros, Material- und Datenanalyse, *ies*-Berechnungen]

#### 3.1 Duisburg-Hochfeld

##### 3.1.1 Räumlicher und sozio-demographischer Kontext

„Der Stadtteil Hochfeld liegt südwestlich der Duisburger Stadtmitte entlang der von der Industrie geprägten Rheinfront. Das Programmgebiet umfasst eine Fläche von 457 ha mit ca. 22.000 Einwohnern. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts bildete Hochfeld eine Einheit aus industrieller Produktion mit reichhaltigem Arbeitsplatzangebot sowie dem Wohnraum der arbeitenden Bevölkerung. Aus dieser extremen Verzahnung von Wohnen und Arbeiten resultierten räumliche Enge sowie übermäßige Lärm- und Luftbelastung. Der wirtschaftliche Niedergang der Hochfelder Schwerindustrie führte zu einem Wegfall von annähernd 20.000 Arbeitsplätzen. In den letzten 40 Jahren ist als eine Folge daraus ein Bevölkerungsrückgang von fast 50% zu verzeichnen – überwiegend einkommensstärkere deutsche Familien. Hochfeld büßte so einen großen Teil seiner Kaufkraft ein. Zugezogen sind viele Nichtdeutsche, die jetzt einen Anteil von 36% an der Gesamtbevölkerung stellen. Der überwiegende Teil der Migranten kommt aus der Türkei (49%), gefolgt von Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien (15%) und Griechenland (12%). Die Altersstruktur der Wohnbevölkerung ist mit einem Durchschnitt von 38 Jahren ‚jung‘. Der Anteil der Kinder im Alter von bis zu zwei Jahren beträgt 4%, der Anteil der Einwohner über 60 ist mit 20% deutlich niedriger als im Duisburger Durchschnitt (26%). Ursache hierfür ist der im Vergleich zur deutschen Bevölkerung niedrige Altersdurchschnitt der ausländischen Einwohner.“ ([http://www.soziale-stadt.nrw.de/stadtteile/profil\\_du\\_hochfeld.html](http://www.soziale-stadt.nrw.de/stadtteile/profil_du_hochfeld.html); Stand: 23.08.04) „Die Sozialstruktur Hochfelds wird im Vergleich zu den übrigen 45 Duisburger Ortsteilen durch die Kumulation negativer Sozialindikatoren, z.B. der höchsten Arbeitslosigkeit, der zweithöchsten Anzahl von Haushalten mit



Sozialhilfebezug, einer erheblich überdurchschnittlichen Zahl von Haushalten mit Wohngeldbezug und einem weit unterdurchschnittlichen Bildungsniveau geprägt.“ (Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH o.J.: 2)

Das Programmgebiet, das sich aus zwei Quartieren zusammensetzt, wird durch eine Hauptverkehrsader (Heerstraße) unterteilt. Die Quartierszugehörigkeit zu Hochfeld-Ost bzw. Hochfeld-West spielt jedoch nach Auskunft des Stadtteilbüros für die Identifikation der Einwohnerinnen/Einwohner keine Rolle; dies bestätigt sich für die Thematik „Schule im Stadtteil“ auch durch die Erhebungsbausteine der Fallstudie.

Im Jahr 2003 lebten insgesamt 15.889 Menschen in DU-Hochfeld, etwa 2.400 weniger als im Jahr 1990. Bevölkerungsverluste in diesem Zeitraum können insbesondere auf Abwanderungen der Altersgruppe der 19- bis 21-Jährigen (-30 Prozentpunkte) und der 22- bis 29-Jährigen (-27 Prozentpunkte) zurückgeführt werden. Mit Ausnahme der Altersgruppe 3 bis 5 Jahre (+4 Prozentpunkte) haben die übrigen Kategorien rückläufige Tendenzen (zwischen -9 und -18 Prozentpunkte). 4.172 der Hochfelderinnen/Hochfelder im Jahr 2003 waren Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene (0-21 Jahre). Ihr Anteil an der Bevölkerung liegt seit 1990 stabil bei 27% bzw. 26%.

#### 3.1.2 Programmatischer Kontext

Die Wurzeln der Stadtteilarbeit in Hochfeld liegen in den 1970er Jahren, wo Sanierungs- und daran anknüpfend gebietsbezogene Wohnumfeldverbesserungsmaßnahmen umgesetzt wurden. Im Rahmen der „Entwicklungskonzeption Hochfeld-West“ wurden 1996 stadtökologische und in Richtung von Einwohnerinnen/Einwohnern wie Betrieben aktivierende Projekte zur Verbesserung der örtlichen Situation in Hochfeld durchgeführt. Die Aufnahme in die „Soziale Stadt“ erfolgte im Jahr 2000.

Auf Stadtteilebene wurden Ziele und Maßnahmen für Hochfeld im Kontext des „Runden Tisches“ und des Arbeitskreises „Kinder und Jugendliche“ erarbeitet. Das Handlungsprogramm für Hochfeld wurde schließlich in Absprache mit allen Fachämtern und der Gesellschaft für Beschäftigungsförderung erstellt und vom Rat der Stadt verabschiedet. Das Vorgehen der Maßnahmenentwicklung, -umsetzung und Weiterentwicklung im Zusammenhang mit dem Programm „Soziale Stadt“ soll durch folgende Abläufe strukturiert werden:

- Diskussion von Maßnahmen,
- Entwicklung von Handlungsfeldern,
- Abstraktion der Ziele,
- Festschreibung des Handlungsprogramms,
- Weiterentwicklung und Umsetzung von Maßnahmen mit Stadtteilakteuren unter Moderation durch die EG DU,
- Umsetzung durch die jeweiligen Träger,
- Wirksamkeitskontrolle durch Maßnahmegespräche zwischen Projektdurchführenden und EG DU.

### 3. Programmgebiete

---

39

Das Integrierte Handlungsprogramm umfasst Maßnahmen in vier Handlungsfeldern (Städtebauliche Entwicklung/Wohnen und Wohnumfeld, Lokale Ökonomie und Beschäftigung, Soziales Zusammenleben, Stadtteilmanagement und Erfolgskontrolle). Laut Programm folgt die Umsetzung der Maßnahmen u.a. den Maximen der Beteiligung der örtlichen „Experten“, des effizienten Mitteleinsatzes durch begleitende Evaluierungen sowie der Nutzung der Ressourcen des Stadtteils, dem Prinzip der Chancengleichheit von Männern und Frauen sowie der unterschiedlichen benachteiligten Bevölkerungsgruppen, der Sicherstellung der lokalen Nachhaltigkeit und der Verknüpfung von Stadterneuerungs- und Arbeitsmarktpolitik (Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH o.J.).

Das Handlungsfeld „Soziales Zusammenleben“ umfasst die Aspekte „Kinder- und Jugendarbeit“, „Bildung und Sprache“, „Gesundheit“ und „Sport“.

Unter dem Aspekt „**Kinder- und Jugendarbeit**“ wird formuliert: „Ziel ist es, unter Beteiligung aller relevanter Akteure, d.h. Kindern, Jugendlichen, Eltern, sozialen Einrichtungen und Arbeitskreisen vor Ort, Hochfeld zu einem kinder- und jugendfreundlichen Stadtteil zu entwickeln.“ (ebd.: 35) Als zugehörige Maßnahmen werden die Schaffung bzw. der Umbau von Spiel- und Bewegungsräumen für Kinder, die Durchführung von Kinderkulturprojekten, der Einsatz eines Spielmobils, die Schaffung von alternativen Betreuungsangeboten bzw. interkulturellen Treffpunkten, die Fortführung des Projekts „mus-e“ sowie der Aufbau von niederschweligen Beratungsangeboten genannt.

Im Bereich „**Bildung und Sprache**“ wird auf das in Bezug auf die Gesamtstadt wahrnehmbare Bildungsgefälle in Hochfeld sowie auf die hohen Anteile in der Stadtteilbevölkerung mit geringen Sprachkenntnissen reagiert. Um die Bildungschancen zu verbessern, sollen u.a. Qualifizierungs- und Bildungsangebote zur Stärkung der Erziehungskompetenz von Eltern und zur Sprachförderung durchgeführt sowie die Zugänge zu Informations- und Kommunikationstechnologien verbessert werden. Im schulischen Bereich bedeutet dies räumliche und inhaltliche Öffnung, Elternarbeit und Umsetzung von Maßnahmen zur Leseförderung.

Unter dem Stichwort „**Sicherheit/Prävention**“ wird das Ziel formuliert, ein „friedliches, interessiertes und tolerantes Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft zu fördern und andererseits die Sicherheit im öffentlichen Raum und das subjektive Sicherheitsgefühl zu verbessern.“ (ebd.: 39) Diesem Zweck soll u.a. eine Fortbildung von im Stadtteil tätigen Hauptamtlichen im Mediationsbereich dienen.

Im Handlungsfeld „**Städtebauliche Entwicklung, Wohnen und Wohnumfeld**“ taucht die Schaffung von Bewegungsräumen und Öffnung bzw. Umgestaltung der Schulhöfe auf. Beratungsangebote im Bereich der Jugendberufshilfe und Einrichtung zusätzlicher Ausbildungsplätze sind Thema unter der Überschrift „**Lokale Ökonomie und Beschäftigung**“.

Im Rahmen des Hochfelder **KuQ-Projekts** wird der Schwerpunkt auf den Bereich der Bildung von Kindern und Familien mit Migrationshintergrund gelegt (Wettbewerbsantrag für das KuQ-Programm für das E&C-Gebiet Duisburg-



### 3. Programmgebiete

---

Hochfeld 2002). Unter dem Stichwort „Lernbörse“ waren u.a. Projekte zur Leseförderung, Aufbau einer Bibliothek (mit Kinderbüchern, Sachbüchern, Lernmaterialien, Kinderbüchern in den Muttersprachen der stark vertretenen Sprachgruppen) samt Qualifizierungsveranstaltungen und die Einrichtung eines Internetcafés geplant. Für die als Kooperation von Akteuren aus Kindertagesstätten, Schulen, Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe, den Moscheevereinen sowie Kindern und Jugendlichen geplante Umsetzung sollten vorhandene Räumlichkeiten im Stadtteil genutzt werden, für die Betreuung waren ehrenamtliche Kräfte vorgesehen.

[Quellen: Interview mit Stadtteilmanagement, Material- und Datenanalyse]

#### 3.1.3 Herausforderungen

Neben häufig problematischen familiären Hintergründen von Kindern und Jugendlichen im Stadtteil, unzureichender Erziehungskompetenz von Eltern und mangelnden Sprachfähigkeiten sowohl bei nicht-deutschen als auch bei deutschen Kindern und Jugendlichen (siehe hierzu die Beschreibung für alle Programmgebiete in 4.1 Ausgangssituation) wurde von den Befragten und Beteiligten der Fallstudie auf weitere Hochfeld-spezifische Problemlagen hingewiesen.

**Fehlende bzw. unzureichende Angebote** insbesondere offene und Bildungsangebote sind ein Problem im Programmgebiet. Dieser Mangel wird u.a. darauf zurückgeführt, dass das vorhandene geringe Budget vor allem im Jugendbereich nicht ausreicht, um (qualifiziertes) Personal für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen einzustellen, dass Institutionen sich aus der jugendorientierten Arbeit zurückziehen und Kirchengemeinden z.B. ihr Angebot auf die gemeindeorientierte Kinderarbeit ausrichten. Dies bestätigt auch eine Befragung von Hochfelder Kindern und Jugendlichen, die der „Runde Tisch“ 2004 initiiert hat. So bemängeln ein knappes Drittel der Befragten, dass die Freiflächen im Stadtteil nicht für Spiele geeignet sind, u.a. weil Gerätschaften beschädigt sind oder fehlen. Städtische bzw. schulische Angebote für Kinder und Jugendliche (Spielplätze, Schulhöfe, Jugendtreffs) sind zwar bekannt, spielen bei den häufig aufgesuchten bzw. besonders beliebten Aufenthaltsorten eine untergeordnete Rolle.<sup>2</sup> Aufgrund finanzieller Einschnitte wird des Weiteren perspektivisch eine unzureichende Versorgung von Jugendlichen durch Angebote der Jugendberufshilfe gesehen.

Durch die kontaktierten Schulvertreterinnen/-vertreter wird auf **Selektionsprozesse** hingewiesen, von denen insbesondere Schülerinnen/Schüler Hochfelder

<sup>2</sup> Insgesamt haben 342 Kinder und Jugendliche im Alter von sieben bis siebzehn Jahren mitgemacht; etwa zwei Drittel von ihnen haben einen Migrationshintergrund. Auf die Frage was sie am Nachmittag und am Wochenende machen ist die häufigste Antwort: „zu Hause“ (n=117). Der Besuch von Angeboten im Stadtteil (Moscheeverein (n=13), Schulhof (n=3) und CaKaDu (n=3) und Falkenheim (n=1) wird insgesamt lediglich 20 mal genannt. Auch bei den beliebten Plätzen liegt „zu Hause“ vorn (n=71) gefolgt vom Park (n=60), näheres Wohnumfeld/Kleingartenanlage (n=44), Straße (n=34) Spielplätze (n=26) und Schulhöfe (n=25). Jugendtreffs werden von 15, Internetcafés (auch kommerzielle Angebote) von sechs und das Blaue Haus von zwei der Befragten genannt.

### 3. Programmgebiete

---

Grundschulen betroffen sind. Aufgrund ihrer Herkunft aus einem „schwierigen“ Stadtteil werden sie in ihrer Leistungsfähigkeit von weiterführenden Schulen außerhalb des Stadtteils offenbar kritisch bewertet. Nach Aussage der Hochfelder Lehrkräfte geschieht dies ungerechtfertigt und verstärkt auf Basis der Herkunft der Kinder.

Eine spezielle Problematik ergibt sich für eine Hochfelder Schule durch ihren **Schuleinzugsbereich**, in dem ein Frauenhaus und Heime für Asylantinnen/Asylanten liegen. Die extrem unbeständige Situation von hier lebenden Familien führt zu besonderen Anforderungen an die Schule, die auf die hohe und vor allem kurzfristige Fluktuation von Schülerinnen/Schülern zurück zu führen ist.

Mehrfach wird in den Erhebungssituationen auf die schwierige **Einbindung von in Hochfeld aktiven Migrant\*innenorganisationen** verwiesen. Im untersuchten Stadtteil gibt es mehrere Moscheevereine, die von unterschiedlichen Nationalitäten frequentiert werden. Das Stadtteilbüro versucht aktiv eine Beteiligung der (verfassungskonformen) Vereine an der Stadtteilarbeit zu initiieren; dabei richtet man sich an die organisierten Gruppen, da hier ein erster Zugang wahrscheinlicher ist. Schulen hingegen sehen Kooperationsmöglichkeiten für sich als nicht gegeben. Da die Vereine untereinander konkurrieren, ist es für Schulen nach eigener Auskunft geboten, grundsätzlich mit keinem der Vereine zusammenzuarbeiten, damit man sich „nicht auf eine Seite schlägt“. Gleichzeitig hat sich vielfach gezeigt, dass bei Schul- und Stadtteilakteuren Vorbehalte und Misstrauen insbesondere in Richtung des islamischen Schülerwohnheims/Internats des VIKZ e.V. für Jugendliche bestehen, das unterschiedliche Angebote für Jugendliche vorhält (u.a. Nachhilfe, religiöse Unterweisung). Angebote der Kooperation entsprechender Vereine, die sich nach Angaben der Akteure bisher nicht konkretisiert haben, werden als taktisch und nicht ehrlich wahrgenommen.

[Quellen: Interviews mit dem Stadtteilbüro, den Schulleitungen und den Akteuren der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe, Material- und Datenanalyse]

#### 3.1.4 Akteursgruppen

Im Programmgebiet liegen vier Schulen mit lokalem Bezug (Grundschulen Brückenstraße, Hochfelder Markt, Musfeldstraße und Hauptschule Emil-Rentmeister); im Rahmen der Erhebungen der Fallstudie wurden drei weitere Schulen mit Verbindungen zur Stadtteilentwicklung erwähnt, die streng genommen nicht im Programmgebiet liegen (Grundschule Klosterstraße, Globus-Gesamtschule, LB-Schule Eschenstraße).

**Tab. 6:** Schulen in DU-Hochfeld

	Schulform	Bezug zum Programmgebiet
GGs Brückenstraße	städtische Gemeinschaftsgrundschule	innerhalb



### 3. Programmgebiete

	Schulform	Bezug zum Programmgebiet
GGG Hochfelder Markt	städtische Gemeinschafts-grundschule	innerhalb
GGG Musfeldstraße (als Ersatz Neubau an der Friedenstraße)	städtische Gemeinschafts-grundschule	innerhalb
GGG Klosterstraße	städtische Grundschule	außerhalb, mit Engagement für den Stadtteil
GHS Emil-Rentmeister	städtische Gemeinschafts-hauptschule	innerhalb
Mercator-Gymnasium	städtisches Gymnasium	innerhalb
Gesamtschule „Globus am Dellplatz“	Gesamtschule	außerhalb
Schule Eschenstraße	Schule für Lernbehinderte	außerhalb
Rheinische Schule für Sehbehinderte	überregionale Schule für Sehbehinderte	innerhalb, aufgrund des über- regionalen Einzugsbereichs ohne Bedeutung für den Stadtteil

Im Kontext der Studie wurden von den beteiligten Akteuren mehrere **Einrichtungen bzw. Träger der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe** genannt, die in der folgenden Tabelle ohne Anspruch auf Vollständigkeit aufgelistet werden.<sup>3</sup>

**Tab. 7:** Ausgewählte Akteure bzw. Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe in DU-Hochfeld

	Art der Einrichtung	Bezug zum Programmgebiet
CaKaDu-Treff	Freier Träger: Caritas, Katho- lisches Jugendamt	im Programmgebiet
Container-Jugendtreff „Das Blaue Haus“	Städtisches Angebot (Träger: Verein für Kinderhilfe und Jugendarbeit Duisburg e.V.) für Kinder und Jugendliche unter Beteiligung des Vereins „Lebendiges Hochfeld“ e.V.	im Programmgebiet

<sup>3</sup> Die Angaben wurden aus dem der wissenschaftlichen Bearbeitung vorliegenden Wettbewerbsantrag für das KuQ-Programm für das E&C-Gebiet Duisburg-Hochfeld 2002 und Bürgerverein Lebendiges Hochfeld 2003 ergänzt.

### 3. Programmgebiete

	Art der Einrichtung	Bezug zum Programmgebiet
Falkenheim	Freier Träger: Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken	im Programmgebiet
Internationale Initiative Hochfeld e.V.	Freier Träger, u.a. Deutschförderung, Hausaufgabenhilfe, Einzelförderung, Spielgruppen, Ferienprogramme für Kinder	im Programmgebiet
Islamisches Schülerwohnheim	Träger: Verband der islamischen Kulturzentren e.V.	im Programmgebiet
„Lebendiges Hochfeld“ e.V.	Verein Beendigung der Tätigkeiten in Hochfeld zum 31.01.2004	u.a. Aufbau und Betreuung des Jugendtreffs „Das Blaue Haus“ durch Studentinnen/Studenten der Gerhard-Mercator-Universität Duisburg (bereits vor Programmförderung aktiv)
Stadtteiltreff Hochfeld	städtisch	im Programmgebiet
Einrichtungen der Kinderbetreuung	4 städtische Kindertageseinrichtungen und 5 nichtstädtische Kindergärten	im Programmgebiet

Neben Institutionen wurden auch **Arbeitsgremien und Steuerungsstrukturen** mit Bezug zum Themenfeld „Schule im Stadtteil“ betrachtet.

**Tab. 8:** Ausgewählte Arbeitsgremien und Steuerungsstrukturen in DU-Hochfeld

	Art des Gremiums	Bezug zum Programmgebiet
EG DU	Träger des Stadtteilbüros	Koordinierung und Unterstützung der Mittelakquisition und -verteilung (im Stadtteil und gesamtstädtisch); Koordinierung der Projektlandschaft (im Stadtteil und gesamtstädtisch); Zuarbeit für den „Runden Tisch“; weitere Angebote, wie z.B. Spielmobil
Stadtteilbüro	Stadtteilkoordinierung in Trägerschaft der EG DU (Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH; städtische Tochtergesellschaft)	Informationsschnittstelle für Institutionen; Anlaufstelle für Einwohnerinnen/Einwohner im Stadtteil; Koordinierung und Unterstützung der Mittelakquisition und -verteilung



### 3. Programmgebiete

44

AK Mediation	Zusammenschluss von Personen, die an der Meditationsfortbildung teilgenommen haben	lokal, thematisch auf Kinder und Jugendliche fokussiert
AK Kinder und Jugendliche in Hochfeld	Gremium mit Beteiligung von Schulen und lokalen Akteuren der Kinder-, Jugend- und Familienarbeit als Untergremium des „Runden Tisches“	lokal, thematisch auf Kinder und Jugendliche fokussiert
AK der Schulleitungen	Zwei Mal jährliches Treffen der Leitungen aller Schulen im Stadtteil, unabhängig vom Landesprogramm durch eine Schulleitung initiiert und organisiert	lokal, thematisch auf Kinder und Jugendliche bzw. Schülerinnen/Schüler fokussiert
AK KuQ in Hochfeld	Regelmäßige Treffen für die Laufzeit des KuQ-Projekts, u.a. zur Aufgabenkonkretisierung, Arbeitsverteilung	lokal, thematisch auf Kinder und Jugendliche fokussiert
„Runder Tisch“	Forum der Bürgerbeteiligung/-mitbestimmung (Stimm-berechtigung im Stadtteilausschuss); regelmäßige Treffen der Hochfelder Institutionen und Bürgerinnen/Bürger (Wohlfahrtsverbände, Religionsgemeinschaften, Vereinen, Parteien, Schulen)  Unterstützung der Organisation durch das Stadtteilbüro	lokal, thematisch übergeordnet; Gründung 1997 (vor Aufnahme des Stadtteils in das Programm) durch engagierte Akteure  Ideen- und Projektentwicklung, Vernetzung von Akteuren für die Umsetzung; Entwicklung von Empfehlungen für die Mittelbewilligungen im Stadtteilausschuss
Stadtteilausschuss	programmgebietsbezogenes, beratendes Gremium des Aufsichtsrates der EG DU aus vier Bezirksvertreterinnen/-vertretern, zwei Mitgliedern des Aufsichtsrates der EG DU sowie einer/einem Vertreterin/Vertreter des „Runden Tisches“	lokal, thematisch übergeordnet; Entscheidung u.a. über den Einsatz von Fördergeldern im Stadtteil  Beteiligung der lokalen Akteure durch die Vertretung des „Runden Tisches“ mit Stimm-berechtigung

[Quellen: Interviews mit dem Stadtteilbüro, den Schulleitungen und Akteuren der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe, Material- und Datenanalyse]

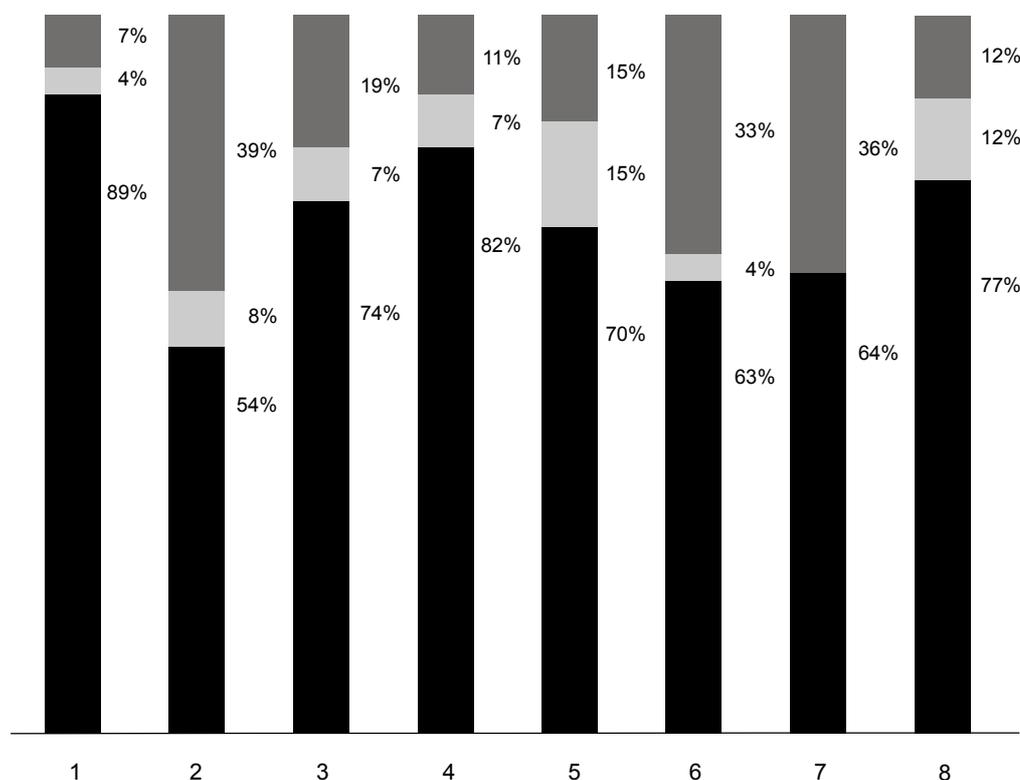
#### 3.1.5 Spezifische Ergebnisse

Die **Einbindung von Schulen** in die Stadtteilarbeit und Initiierung von Kooperationen mit ihnen hatte für das Handlungsprogramm und auch das Stadtteilmana-

### 3. Programmgebiete

gement von vornherein Priorität – wenngleich das Handlungsprogramm keinen eigenen Bildungsschwerpunkt setzt. Die Bedeutung von Schulen als zentrale Stadtteilakteure war und ist auf der Ebene konkreter Aktivitäten unstrittig. Auf der anderen Seite haben sich Schulen bzw. engagierte Kräfte an Schulen in Hochfeld – so die Aussage des Stadtteilbüros – überwiegend auch gut einbeziehen lassen. Die kooperative Grundhaltung von Schulen im Stadtteil Hochfeld wird von den schriftlich befragten Akteuren jedoch im Vergleich zum Gesamttrend (Auswertungen der vier Programmgebiete insgesamt) etwas kritischer gesehen; die Zustimmung zur Aussage, dass es eine kooperative Grundhaltung unter den Schulen im Stadtteil gibt, liegt um fünf Prozentpunkte niedriger als der Gesamttrend und 8% der Antworten äußern explizit ihre Nichtzustimmung zu dieser Aussage (siehe Abb. 2, S. 45).

**Abb. 2:** Bewertung von Kooperation und Vernetzung (DU-Hochfeld)



Antworten aller im Programmgebiet befragten Schulen und Einrichtungen

- 1 kooperative Grundhaltung unter Stadteinrichtungen vorhanden
- 2 kooperative Grundhaltung unter Schulen vorhanden
- 3 Bildung neuer Kooperationsstrukturen im Stadtteil gelungen
- 4 Austauschgremien arbeiten effektiv
- 5 Koordinierung der Arbeit durch Stadtteilbüro erfolgt effektiv
- 6 Einsatz der Ressourcen erfolgt effektiv
- 7 operative Ebene in Kooperationsprojekten ist effektiv
- 8 Ausweitung der Angebote durch Kooperationsprojekte ist gelungen

weiß nicht  
 keine Zustimmung  
 Zustimmung

N = 25 - 27

Quelle: ies Hannover 2004



### 3. Programmgebiete

---

Ein bedeutsames Potenzial von Hochfeld liegt in dem langjährigen **Engagement der Stadtteilakteure**. Bereits lange vor Aufnahme in das Landesprogramm „Soziale Stadt“ gab es Aktivitäten der Stadtteilerneuerung von „unten“ und entsprechende Netzwerkstrukturen, an denen auch Schulen beteiligt waren. So geht z.B. die Gründung des „Runden Tisches“ im Jahr 1997 auf die Initiative von Bürgerinnen/Bürgern zurück. Die Aktivitäten im Programmkontext konnten demnach auf ein bereits inhaltlich erprobtes und funktionierendes Netzwerk eines abgegrenzten Akteurskreises zurückgreifen. „Neben dem politischen existiert seit langem privates Engagement im Ortsteil, z.B. in Gestalt des ‚Vereins Lebendiges Hochfeld‘, des ‚Werberings Hochfeld‘ und des seit 1997 bestehenden ‚Runden Tisches für Hochfeld‘.“ (Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH 2001: 63) Eine entsprechende starke Initiative hat sich in dieser Untersuchung z.B. im Zusammenhang mit der Fortbildung im Bereich der Mediation gezeigt (siehe 3.1.6 Projektanalysen).

Das Mediationsnetzwerk konnte Motivation und Schubkraft für das gesamte **Stadtteilnetzwerk** entwickeln. Darüber hinaus hat die Fortbildung der engagierten Hauptamtlichen aus unterschiedlichen Institutionen und Einrichtungen bei den Beteiligten sehr zum Abbau gegenseitiger Vorurteile und Vorbehalte beigetragen und damit die Netzwerkqualität in diesem Bereich deutlich verbessert. Die Tatsache, dass während der Dauer der Weiterbildung aufgrund der „ausgereizten“ Kapazitäten der Beteiligten Arbeitskreise mit deckungsgleichem Teilnehmendenkreis ausfielen, zeigt jedoch die Gefahr der Überlastung kleinerer Akteursnetzwerke bzw. engagierter Personen. Die Termine der Fallstudie vor Ort zeigten weiter, dass es unter den langjährig aktiven Stadtteilakteuren auch Bedenken gegenüber „Neuen“ gibt, die sich mit Projektideen am Akteursnetz bzw. der Stadtteilarbeit beteiligen wollen. Diese Konkurrenzsituation insbesondere um finanzielle Förderung beeinträchtigt die Offenheit des Akteurskreises.

Die beiden erstgenannten Aspekte lassen die Schlussfolgerung zu, dass es unter den aktiven und engagierten Stadtteilakteuren (allerdings mehr oder weniger zufällig) einen breiten **Konsens über den Handlungsbedarf** zur Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen gibt, der die Basis für Maßnahmenentwicklung und -umsetzung bildet.

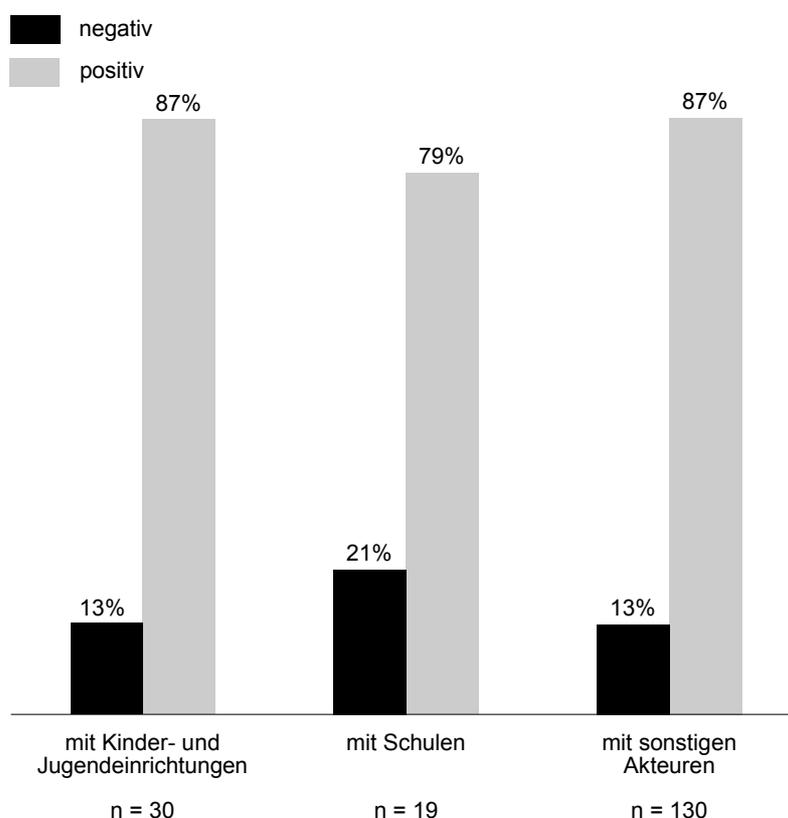
In der schriftlichen Befragung wurden die Akteure gebeten, auf Basis ihrer Erfahrungen unterschiedliche Aussagen zur Bedeutung von **Kooperation und Vernetzung** für die Verbesserung der Situation in sozial benachteiligten Stadtteilen einzuschätzen (zu den Gesamtergebnissen siehe auch 4.4 Vernetzung, Kooperation und Bündelung von Ressourcen). Sowohl die Antworten insgesamt als auch für das Programmgebiet Hochfeld belegen, dass es unter den Einrichtungen im Stadtteil eine kooperative Grundhaltung gibt (höchste Zustimmung); die Zustimmung im Duisburger Stadtteil übersteigt die Gesamtauszahlung sogar noch um sechs Prozentpunkte. Abweichungen zum Gesamttrend gibt es bei der Einschätzung der Arbeit der Austauschgremien; die Aussage, dass die Gremien effektiv arbeiten erhält in Hochfeld elf Prozentpunkte mehr Zustimmung als in der

### 3. Programmgebiete

Gesamtauszählung der vier Programmgebiete. Um sieben Prozentpunkte positiver bewertet wird auch die gelungene Ausweitung von Angeboten für Kinder und Jugendliche durch Kooperationsprojekte; 12% (N=3) der Antwortenden stimmen dieser Aussage nicht zu (siehe Abb. 2, S. 45).

Die Zufriedenheit der Hochfelder Befragten mit diesen Kooperationen zu den drei klassifizierten Einrichtungstypen ist – wie auch der Gesamttrend – positiv. Die am deutlichsten geäußerte Unzufriedenheit geht in Richtung der Schulen (21% der insgesamt 19 Nennungen) (siehe Abb. 3, S. 47).

**Abb. 3:** Zufriedenheit mit den Kooperationen (DU-Hochfeld)



Antworten aller im Programmgebiet befragten Schulen und Einrichtungen

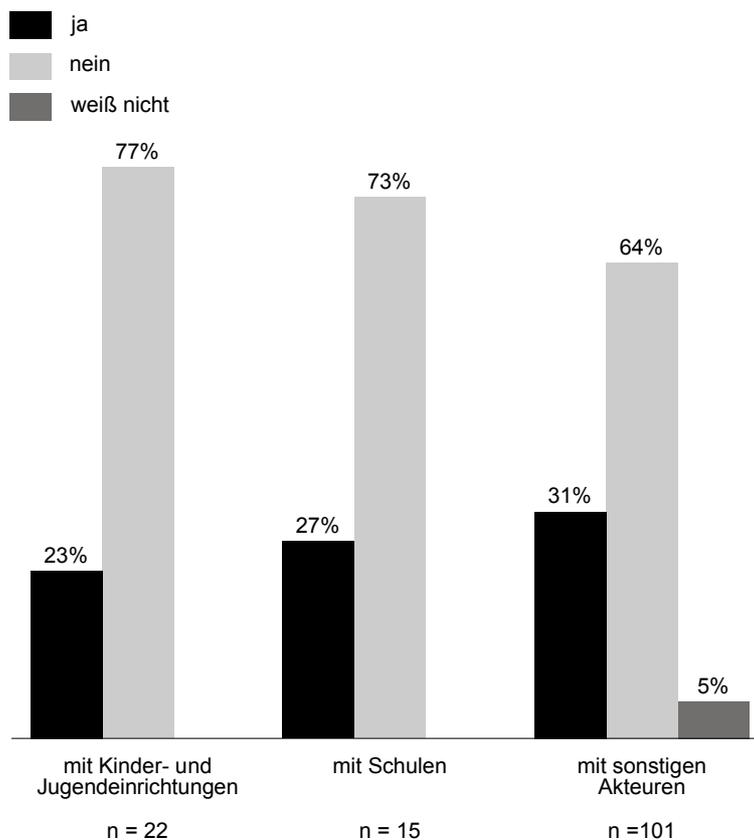
Quelle: *ies* Hannover 2004

Insgesamt 30% (n=40) der im Rahmen der Befragung angegebenen Kooperationen wurden in Hochfeld im Programmkontext initiiert. Die Betrachtung der im Programmkontext angestoßenen Kooperationen nach Einrichtungstypen zeigt für Hochfeld, dass Kooperationen mit Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe im Vergleich zum Gesamttrend tendenziell seltener und Verbindungen zu sonstigen Akteuren in etwa gleich stark angeregt werden konnten. Diese Angaben sind darauf zurückzuführen, dass in diesem Programmgebiet bereits vor Beginn der Förderung durch die „Soziale Stadt“ vernetzte Strukturen und Aktivitäten bestanden und keine nennenswerte konkrete Ausweitung im Programmkontext statt gefunden hat (siehe Abb. 4, S. 48).

### 3. Programmgebiete

Zugleich wird von den Duisburger Beteiligten/Befragten darauf hingewiesen, dass sie die im Zusammenhang mit dem Landesprogramm entstandenen koordinierenden und kooperativen Strukturen wie den „Runden Tisch“ und die Zusammenarbeit im Immendal aufgrund ihrer Potenziale als „Ideenschmiede“ sehr schätzen. So geben Hochfelder Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe in der schriftlichen Befragung an, dass sie ihre Mitwirkung in **Arbeits- und Steuerungsgremien** als produktiv für die eigene Arbeit bewerten

**Abb. 4:** Entstehung der Kooperationen im Programmkontext „Soziale Stadt“ (DU-Hochfeld)



Antworten aller im Programmgebiet befragten Schulen und Einrichtungen

Quelle: ies Hannover 2004

(71%, N=5 von sieben Schulen bzw. 83%, N=5 von sechs Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe). Die Befragten des dritten Einrichtungstyps der Expertinnen/Experten aus dem erweiterten Kreis äußern sich nur zu 50% zufrieden (N=7), 36% von ihnen halten die Beteiligung für wenig ergiebig (N=5 von 14 Einrichtungen diesen Typs).

Als **gelungene Projekte** wurden im Rahmen der unterschiedlichen Erhebungssituationen der Fallstudie die Ansätze der Sprach- und Leseförderung, die Mediationsfortbildung, „mus-e“/kunstpause, das Jugendcontainerprojekt „Das Blaue Haus“ (insbesondere unter dem Aspekt der Beteiligung), die beteiligungsorientierte Spielraumplanung mit Kindern und Jugendlichen (u.a. Neubau Grund-

### 3. Programmgebiete

---

schule Friedenstraße), die Bibliothek bzw. das Internetangebot sowie die Schulhofumgestaltung und Projekte zur beruflichen Integration ermittelt.<sup>4</sup> Bei der Befragung der Kinder und Jugendlichen zeigten sich neben „zuhause“ folgende beliebte Orte: Schulhöfe (n=30), Jugendtreff Paulus (n=24), CaKaDu-Treff (n=14), Falkenheim (n=10), „Das Blaue Haus“ (n=7), Moschee und Stadtteiltreff Immendal (je n=5).

Die schriftliche Befragung zeigt für den Stadtteil Hochfeld, dass die Akteure bei der Bereithaltung von Angeboten bzw. Bearbeitung von Projekten insbesondere Probleme in der fehlenden langfristigen Perspektive aufgrund der Projektförderung (32%, N=23), bei der Sicherstellung von Nachhaltigkeit aufgrund fehlender Sicherstellung finanzieller Kontinuität (25%, N =18) und erschwerte Absicherung der Regelangebote durch fest angestellte Beschäftigte (22%, N =16 bei insgesamt 73 Nennungen) sehen. Die vertiefende qualitative Beschäftigung mit konkreten **Projekten mit ungünstigem Verlauf** (z.B. die Sponsorsuche für ein Frühstücksangebot für Kinder an einer Grundschule, die nachhaltige Etablierung von Angeboten der Leseförderung zur Verbesserung sprachlicher Kompetenzen) weist auch auf Herausforderungen im finanziellen Bereich hin. Anschubfinanzierungen ermöglichen lediglich eine punktuelle Umsetzung dieser von Kindern und Eltern gut nachgefragten (kostenfreien) Angebote. Grenzen zeigen sich bei der Gewinnung und Aushandlung von langfristig qualitativ zufrieden stellendem Sponsoring, Einstellung von zeitlich knapp befristeten ABM-Kräften und der professionellen Einbindung von Ehrenamtlichen. Die eingeschränkten Möglichkeiten der Verstetigung von Angeboten ist in DU-Hochfeld sehr offensichtlich geworden. Die Einrichtungen/Träger sind stark auf Projektmittel angewiesen.

Um unzureichende Sprachkenntnisse und entsprechenden Sprachförderbedarf festzustellen (per Schulrechtsänderungsgesetz NRW seit August 2003 vorgeschrieben), wurde in Kooperation von der Stadt Duisburg, Schulaufsicht, Schulen, Jugendamt, Kindergärten, RAA und EG DU mit einem niederländischen Institut auf Ebene der Gesamtstadt ein Verfahren für eine flächendeckende **Sprachstandserhebung** (für die Sprachen Deutsch und Türkisch) entwickelt und durchgeführt.<sup>5</sup> Je nach Ausprägung des Bedarfs kann die anschließende Förderung variieren (z.B. Information und Förderung durch die Eltern, Sprachförderung durch Angebote und Maßnahmen). Über die individuellen Ergebnisse hinaus eignet sich der Test u.a. zur Beschreibung des Förderbedarfs von Kin-

<sup>4</sup> Am häufigsten wurden bei der schriftlichen Befragung Projekte im Bereich der beruflichen Integration, der Sprach- und Leseförderung sowie der Nachmittags- und Freizeitangebote genannt (8-10 Nennungen von insgesamt 40).

<sup>5</sup> „Cito International hat einen bilingualen Sprachtest für einzuschulende Kinder entwickelt. Vor dem Hintergrund der Erfahrungen bei der Entwicklung und Durchführung der PISA-Studie wird mit diesem Test das Sprachniveau der Muttersprache und das Sprachniveau der Schulsprache festgestellt. Damit können Defizite bei Vorschulkindern rechtzeitig entdeckt und ausgeglichen werden.“ ([http://www.citogroep.nl/d\\_st/info.htm](http://www.citogroep.nl/d_st/info.htm); Stand: 23.08.04) In den Bereichen passiver Wortschatz, kognitive Begriffe, phonologisches Bewusstsein und Textverständnis wird neben Art und Ausmaß von Mehrsprachigkeit ermittelt, welche Kinder vor dem Hintergrund der Einschulung in die Grundschule förderbedürftig sind.



### 3. Programmgebiete

---

dern der jeweiligen Ethnie. Damit wird die Basis für eine entsprechende Gestaltung der Förderansätze und -maßnahmen (Schwerpunkte, Fortbildungsbedarf usw.) und damit für einen zielgerichteten Mitteleinsatz gelegt. Durch die regelmäßige Durchführung des Tests ist auch die Möglichkeit für Wirkungsanalysen vorbereitet. Nach dem ersten Testdurchlauf im Sommer 2003 mit 4.600 zukünftigen Schulkindern finden derzeit sog. „Nachtests“ statt (Herbst 2004); eine Auswertung liegt voraussichtlich Ende des Jahres vor.

Im Programmgebiet DU-Hochfeld gehört die „**Sprachförderung und Elternarbeit im Elementarbereich und an Grundschulen**“ zu den zentralen Handlungsansätzen der Stadtteilarbeit. Die Sprachförderung ist in allen Kinderbetreuungseinrichtungen etabliert. Alle Kinder, die eine Sprachförderung benötigen, erhalten diese nach Auskunft der EG DU. Durch eine intensive Beratungsarbeit werden auch Eltern mit Migrationshintergrund erreicht, deren Kinder noch nicht den Kindergarten besuchen. Bei Bedarf wird auch ihnen ein Kurs zur Sprachförderung angeboten (z.B. einmal wöchentlicher Mutter-Kind-Treff). Die Angebote der Sprachberatung und -förderung werden nach Auskunft der EG DU von den Eltern mit Migrationshintergrund in den Einrichtungen rege nachgefragt. In jeder Einrichtung engagieren sich Eltern und findet umfangreiche Elternarbeit statt. Bewährt hat sich die Sprachberatung durch Fachkräfte mit Migrationshintergrund, weil diese Migrantinnen/Migranten sehr gut erreichen können. Die kommunalen Mittel zur Sprachförderung werden mit Mitteln aus dem Landessozialministerium aufgestockt. Dies ermöglicht seit 2002 diese notwendige umfassende Förderung.

Vor allem beim Rückkopplungsgespräch wird die **Einbindung von Migrantinnen/Migranten** allerdings von einigen Akteurinnen/Akteuren zurückhaltender dargestellt und bewertet. Von den teilnehmenden Schulleitungen und Lehrkräften werden beispielsweise begrenzte (personelle) Ressourcen als hemmender Faktor für die Ansprache und Einbindung der Eltern mit Migrationshintergrund angeführt. Die Motivation zur Ansprache von Migrantinnen/Migranten ist bei einem Teil der einbezogenen Akteurinnen/Akteure offensichtlich auch eingeschränkt, weil der Einblick in die personalen und organisationalen Netzwerke der Migrantinnen/Migranten gering ist. Die Abgrenzung zu allen Migrantenorganisationen (z.B. Moscheevereinen) wahrt die „neutrale“ Position der Schule/Einrichtung.

Die **Koordinierung** der Stadtteilarbeit für die drei im Kontext der „Sozialen Stadt NRW“ geförderten Stadtteile Duisburgs und der gesamtstädtischen Planung bei der **EG DU** birgt Erfolgsfaktoren. Zu nennen sind Gewinne aus z.B. der Möglichkeit der Auswertung von Erfahrungen der langjährigen Programmgebiete Bruckhausen und Marxloh, Ressourcen zu bündeln und Synergien zu erzielen. Es zeigte sich in DU-Hochfeld jedoch, dass die Potenziale eines verbindlichen Projektecontrollings und damit auch einer systematischen Evaluation der einzelnen Projekte noch nicht hinreichend ausgeschöpft werden. So beklagen Stadtteilakteure in den qualitativen Erhebungsphasen, dass das Fortschreiten von Projekten, auch von sog. Leichtturmprojekten (z.B. Umgestaltung Brückenplatz,

### 3. Programmgebiete

---

Feuerwache), von keiner Instanz verbindlich überwacht und eingefordert wird. Es besteht z.T. Unklarheit über die Verortung von Steuerung und Verantwortung für Projekte. Diese Aussage wird durch die Nichtzustimmung von 15% (N=4) der Antwortenden der schriftlichen Befragung zur Aussage „Die Koordinierung der Arbeit erfolgt effektiv und effizient durch das Stadtteilbüro.“ unterstrichen. Es handelt sich bei dem tendenziell positiv bewerteten Fragekomplex um die höchste Anzahl an Nichtzustimmungen im Duisburger Programmgebiet (siehe Abb. 2, S. 45).

Die **Wirkungen des Landesprogramms „Soziale Stadt NRW“** zur Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen generell werden in Hochfeld leicht positiver bewertet als der Gesamttrend (drei Prozentpunkte, N=21, schriftliche Befragung). Speziell in diesem Programmgebiet werden positive Entwicklungen im Bereich der Verbesserung sprachlicher Kompetenzen (56%, N=14 von 25 Angaben), der Stärkung von Konfliktlösungskompetenzen (50%, N=13 von 26) und der Persönlichkeitsentwicklung (46%, N=11 von 24) der Kinder und Jugendlichen beschrieben. Bezogen auf die Entwicklung der eigenen Schule/Einrichtung im Zusammenhang mit dem Förderprogramm „Soziale Stadt“ sehen die Hochfelder Befragten neben der bereits angesprochenen Verbesserung der Qualität der Kooperationen (82%, N=22 von 27), die Stärkung der eigenen Arbeit für die Verbesserung der Lebensbedingungen für Kinder in prekären Lebenslagen (77%, N=20 von 26), die Erweiterung der Kompetenzen der Beschäftigten (70%, N=19 von 27) sowie nachhaltige Veränderungen durch die finanzielle Förderung (61%, N=19 von 27).

[Quellen: Auswertungen der Interviews mit dem Stadtteilbüro, den Schulleitungen, Akteuren der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe und der schriftlichen Befragung]

#### 3.1.6 Projektanalysen

##### Mediationsnetzwerk

**Ausgangssituation:** „Von den lokalen Akteuren wird immer wieder angeführt, dass das subjektive Sicherheitsgefühl im Stadtteil Hochfeld sinkt und die Gewaltbereitschaft, insbesondere bei Jugendlichen und speziellen Migrantengruppen, steigt.“ (Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH o.J.: 39) Mit dem Ziel ein „friedliches, interessiertes und tolerantes Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft zu fördern und andererseits die Sicherheit im öffentlichen Raum und das subjektive Sicherheitsgefühl zu verbessern“ (ebd.) wurde das Projekt „Mediationsnetzwerk“ entwickelt. Erklärtes Ziel ist es, gemeinwesenorientiert sowohl einen konstruktiven Umgang mit Konflikten zu vermitteln als auch durch die Steigerung der kommunikativen Fähigkeiten gewaltpräventiv zu wirken. „Langfristiges Ziel: Mediation als Mittel der konstruktiven Konfliktlösung wird zu einem Teil des Miteinanders und der Kultur in Hochfeld.“ (Stadt Duisburg, die Oberbürgermeisterin – Jugendamt o.J.: 12)



### 3. Programmgebiete

---

**Projektansatz:** Die Grundidee des Projekts ist es, schrittweise ein Meditationsnetzwerk (durch qualifizierte Hauptamtliche sowie entsprechende Projekte für Kinder und Jugendliche) und damit u.a. einen stadtteilweit verbindlichen Regelkanon in Schulen und Einrichtungen zu implementieren. Nach mehreren kleineren Kooperationsprojekten zwischen dem Jugendamt und Hochfelder Schulen im Bereich Konfliktschlichtung wurde dieses stadtweite Projekt vom Jugendamt initiiert. Mit Blick auf die Verankerung eines Mediationsnetzwerks im Stadtteil wurde in der Zusammenarbeit mit Schulen insbesondere die Chance gesehen, die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen zu erreichen.<sup>6</sup>

Das Projekt begann im Jahr 1998 im Rahmen der insgesamt zweijährigen Fortbildung zur Vermittlung von Methodenkenntnissen von etwa 20 hauptamtlich Tätigen aus Hochfelder Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe. „Ihre unterschiedlichen Arbeitsbereiche in jeweils einem Kindergarten, drei Grundschulen, zwei weiterführenden Schulen, einem Hort und vier Stadtteilarbeitsprojekten schufen viele Standbeine für die Implementation von Mediation in Hochfeld.“ (ebd.) Im zweiten Schritt haben die Teilnehmenden nach erfolgter Qualifizierung Projektideen im Bereich Konfliktprävention und -schlichtung für ihre jeweilige Schule bzw. Einrichtungen entwickelt und umgesetzt. Diese Phase wurde durch Supervisionsgruppen begleitet. Mit einer öffentlichen Vorstellung der Praxisprojekte wurde die Ausbildungsreihe im Sommer 2002 abgeschlossen.

So wurden durch die Multiplikatorinnen/Multiplikatoren z.B. an Grundschulen Einführungen in das Thema Konfliktschlichtung für Lehrkräfte wie auch Weiterbildungen für Schülerinnen/Schüler angeboten. Die Streitschlichterinnen/-schlichter unter den Kindern und Jugendlichen fungieren nun als Ansprechpartner für andere Schülerinnen/Schüler. Z.T. werden so genannte Mediationsstunden von Lehrerinnen/Lehrern durchgeführt, in denen die Lehrkräfte für Konflikte und Probleme der Kinder und Jugendlichen zur Verfügung stehen.

Die Beteiligten aus der Fortbildung treffen sich als eigenständiger Arbeitskreis kontinuierlich und beschäftigen sich derzeit mit der Vernetzung von Mediation im Stadtteil (Stand: Herbst 2003). Eine enge Kooperation des Mediationsnetzwerks erfolgt mit dem Jugendamt (Koordinierung) und dem Stadtteilarbeitskreis. Die Finanzierung der Qualifikation der Hauptamtlichen setzt sich zusammen aus Mitteln der Kommune (Jugendamt), der EG DU (Mittel des Landes) sowie der Schulaufsicht und der Jugendheimstätten Niederrhein e.V. Einige Lehrkräfte, die an der Fortbildung teilgenommen haben, taten dies zur Hälfte im Rahmen der Unterrichtsfreistellung, zur anderen Hälfte durch Nutzung ihrer Freizeit.

Durch die mit der Fortbildung von Hauptamtlichen vorhandenen Kompetenzen sowie die auf dieser Basis fortgeführten schul- bzw. einrichtungsbezogenen Projekte und Maßnahmen (Vermittlung der Kompetenzen in Multiplikatorenfunk-

<sup>6</sup> Nach eigener Angabe auf der Internetseite macht das Jugendamt auf Stadtebene Angebote zur laufenden Qualifizierung und zum Austausch der fortgebildeten Multiplikatorinnen/Multiplikatoren (s. [www.duisburg.de/jugendamt/erwachsene/beratung/konfliktmanagement.de](http://www.duisburg.de/jugendamt/erwachsene/beratung/konfliktmanagement.de); Stand: 16.08.04).

### 3. Programmgebiete

---

tion) kann von einem auf Stadtteilebene verstetigten Projekt bzw. Ansatz gesprochen werden.

#### **Gewinne:**

- Die Initiativ- und Schubkraft des Projekts hängt damit zusammen, dass die Idee „von unten“ entstanden ist. Es handelt sich um eine Initiative der Hauptamtlichen aus dem Stadtteil DU-Hochfeld, die in enger Abstimmung und Kooperation mit dem Jugendamt realisiert wurde.
- Die kooperative Organisation und Finanzierung führt zu Ressourcenbündelung.
- Die Beteiligung erfolgte einrichtungsübergreifend. Die Teilnehmenden selbst berichten von Gewinnen durch die entstandenen und intensivierten Kontakte untereinander. In diesem Zusammenhang hervorgehoben wurde die Tatsache, dass Barrieren (bezogen auf Kontakte, Problemverständnis usw.) und auch Vorurteile zwischen Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe abgebaut werden konnten. Das „über den Tellerrand Schauen“ hat das Verständnis der Teilnehmenden füreinander verstärkt. Teilnahme an der Fortbildung und die Weiterführung des Austauschs haben auf die Beteiligten eine stark motivierende Wirkung.
- Die interviewten Schulleitungen berichten von Erfolgen unter den Schülerinnen/Schülern. Sie gehen bewusster mit Konflikten um, die Konfliktlösungskompetenz konnte gesteigert werden.
- Durch den Gewinn an Qualifikation unter Multiplikatorinnen/Multiplikatoren verstetigt sich der Projektansatz. Diesbezüglich ist man autark, wenn nicht eine hohe Fluktuation unter den Multiplikatorinnen/Multiplikatoren die Qualifikationen „abwandern“ lässt.

#### **Stolpersteine:**

- Unter den Teilnehmenden der Fortbildung waren keine Personen mit Migrationshintergrund vertreten. Diese Situation wird von den Stadtteilakteuren mit dem grundsätzlich niedrigen Anteil von Migrantinnen/Migranten an den hauptamtlich Tätigen im Stadtteil erklärt. Vor dem Hintergrund der Bedeutung der Brückenfunktion ist es gleichwohl ausgesprochen wichtig, entsprechende Schlüsselpersonen mit Migrationshintergrund zu gewinnen (siehe Olejniczak, Schaarschmidt, Tittel 2002). Gerade in Stadtteilen mit hohen Anteilen von Menschen mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung ist darauf zu achten, dass die Einbindung zentraler Akteure (in diesem Fall über die Qualifizierung) unterschiedliche Ethnien berücksichtigt und somit das Spektrum an (haupt- und ehrenamtlichen) Ansprechpersonen für die Bewohnerinnen/Bewohner verbreitert wird.
- Der Projektansatz stellt durch die starke Ausrichtung auf das Mediationsnetzwerk (gemeinsame Fortbildung, fortlaufender Austausch, Planung von Projekten für die eigene Einrichtung) hohe zeitliche und konzeptionelle Anforderungen an die Beteiligten. Z.T. wird die Arbeit ehrenamtlich geleistet. Da



das Akteursnetzwerk in Hochfeld personenmäßig klein ist, wurden Themen anderer Gremien in der Phase der Fortbildung nicht weitergeführt, da die Akteure über die Teilnahme an der Mediationsfortbildung keine weiteren Kapazitäten zur Verfügung stellen konnten.

- Im Bereich der Umsetzung von Folgeprojekten und -maßnahmen müssen, dort wo eine Überführung in das jeweilige Regelangebot nicht möglich ist, finanzielle Ressourcen akquiriert werden.

#### Kinder- und Jugendbücherei

**Ausgangssituation:** Für den Stadtteil Hochfeld werden ein im Vergleich zur Gesamtstadt niedrigeres Bildungsniveau und hohe Anteile an Personen mit wenig Deutschkenntnissen konstatiert. Um die Bildungschancen zu verbessern, sollen u.a. die Zugänge zu Informations- und Kommunikationstechnologien (z.B. durch Ausstattung, Schaffung von Einrichtungen) verbessert werden.

Im Stadtteil Hochfeld gibt es keine Stadtteilbibliothek und die Ausstattung der Tageseinrichtungen für Kinder sowie der Schulen mit Lernmedien wird von den Stadtteilakteuren als unzureichend beschrieben. Vor diesem Hintergrund entstand die Initiative zur Einrichtung einer Bibliothek und eines Internetcafés für Kinder bis zu zwölf Jahren aus einer Bedarfsabfrage von EG DU und Jugendamt.

**Projektansatz:** „Den Kindern Hochfelds soll der Zugang zu Büchern und Rechner/Internet erleichtert werden. In einem außerschulischen Bereich soll ihre Lust auf Lesen und Lernen geweckt werden. [...] Ein weiteres Ziel besteht darin, die pädagogischen Qualifikationen der Fachkräfte und der Eltern zu stärken und sie zu motivieren, in ihren Einrichtungen und zu Hause die Schlüsselqualifikation Lesen zu fördern.“ (<http://www.soziale-stadt.nrw.de/praxis/p01.html>; Stand: 17.08.04)

Die Konzeption von Bibliothek/Internetcafé fand unter Beteiligung der Stadtteilakteure statt, die mit Kindern und Jugendlichen arbeiten. Von vornherein war eine spätere Betreuung des Angebots durch Ehrenamtliche angedacht worden. In der 2003 eröffneten Bücherei stehen Bücher für Kinder bis 12 Jahren, Kassetten und sonstige Lernmedien sowie Erziehungsratgeber in den im Stadtteil am häufigsten vertretenen Muttersprachen (türkisch, serbo-kroatisch, griechisch, arabisch, englisch) zur Verfügung. Im Bereich des Internetcafés werden drei Rechnerarbeitsplätze mit Lernsoftware sowie Internetzugang und CD-Roms angeboten.

Bücherei und Internetcafé wurden in den seit Ende der 1990er Jahre bestehenden CaKaDu-Treff integriert. Als Träger fungierten anfänglich die EG DU und das Jugendamt der Stadt Duisburg, später ging die Trägerschaft auf den Caritasverband und das Katholisches Jugendamt der Stadt Duisburg über. Es konnten Mütter mit Migrationshintergrund für die ehrenamtliche Betreuung des Angebots gewonnen werden.

„Das Projekt wird maßgeblich über das Bundesprogramm ‚KuQ – Kompetenz und Qualifikation für junge Menschen in sozialen Brennpunkten‘ finanziert.

### 3. Programmgebiete

---

50.000 Euro wurden über KuQ erbracht (100 % Förderung des Bundes), ca. 7.000 Euro pauschale Mittel aus der Städtebauförderung werden zusätzlich eingesetzt (90 % Förderung des Landes). Die EG DU und die anderen Träger haben sämtliche Personalkosten für die Projektentwicklung und die Umsetzung übernommen. Die Träger stellen darüber hinaus Fachberatung, Software, vergünstigte Bücher, Qualifizierungen, Räumlichkeiten und Knowhow zur Verfügung.“ (<http://www.soziale-stadt.nrw.de/praxis/p01.html>; Stand: 17.08.04)

#### **Gewinne:**

- Von den Beteiligten der Fallstudie wird insbesondere die gelungene Einbindung von Eltern mit Migrationshintergrund positiv bewertet.
- Es ist anzunehmen, dass die Verbindung des neuen Angebots mit einer im Stadtteil bereits etablierten Räumlichkeit, sich positiv auf die Implementierung ausgewirkt hat.
- Die Beteiligung der hauptamtlichen Akteure der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe in der Konzeptionsphase gewährleistet eine nutzerorientierte Ausgestaltung des Angebots. Gleichzeitig legt diese Einbindung eines breiten Spektrums an Stadtteileinrichtungen eine Basis für vielfältige Möglichkeiten der Ansprache und Aktivitäten zur Werbung von Nutzerinnen/Nutzern in späteren Projektphasen.
- Die Bereitstellung von Materialien in unterschiedlichen Sprachen verdeutlicht Anerkennung der im Stadtteil vertretenen Nationalitäten.
- Durch die bereitstehenden Unterlagen erhält der Bereich der Leseförderung auch infrastrukturelle Unterstützung, die durch die unterschiedlichen Stadtteilakteure genutzt werden kann.

#### **Stolpersteine:**

- Es gibt im Stadtteil einzelne Bedenken hinsichtlich der Zukunftsfähigkeit einer ehrenamtlich betreuten Bibliothek. Ohne professionelles Management mit laufender Ansprache und Gewinnung von Ehrenamtlichen, Vorbereitungs- und Qualifizierungsangeboten müssen voraussichtlich Einschränkungen bei der Tragfähigkeit der Einrichtung gemacht werden.

[Quellen: Interviews mit Stadtteilbüro, Schulleitungen, Stadtteilakteuren, Materialanalyse]

#### **3.1.7 Anregungen**

Die **Stärken des Akteursnetzwerks** in Hochfeld sind zu unterstützen und in bestimmten Bereichen auszubauen, um nachhaltige Grundlagen für eine Offensive zur Verbesserung der Bildungsvoraussetzungen der Kinder und Jugendlichen im Stadtteil zu schaffen, entsprechende programmatische Ansätze und Projekte weiter zu entwickeln und – auch mit Blick auf die Realisierung in der Nachförderphase – umzusetzen. Unter Mitwirkung einer koordinierenden und weitgehend neutralen Stelle („Runder Tisch“, Stadtteilbüro) ist darauf zu achten, dass die sog. „neuen“ und „fehlenden“ Akteure (Kirchengemeinden, weiterführende Schulen, Personen mit Migrationshintergrund) hinreichend berücksichtigt bzw. ange-



### 3. Programmgebiete

---

sprochen werden.<sup>7</sup> Die aus dem gemeinsam festgestellten Handlungsbedarf (z.B. kooperative Elternarbeit durch Schulen und Einrichtungen) entwickelten Aufgaben werden in diesem Kreis verbunden mit entsprechenden finanziellen Ressourcen verbindlich verteilt. Die anschließende Bearbeitung der Aufgaben sollte einem transparenten Projektcontrolling der koordinierenden Stelle unterliegen, das die Akteure z.B. durch Beratung, Vermittlung von Informationen und Kontakten unterstützt. Dies dient sowohl der Effektivierung des Angebotsspektrums im Stadtteil für Kinder und Jugendliche als auch der einzelnen Angebote. Zu nutzen sind u.a. die positiven Erfahrungen des Mediationsnetzwerks, ein anspruchsvolles Projekt mit hohen Anforderungen an die Beteiligten mit gleichzeitig großem Erfolg. Die vorgeschlagene Weiterentwicklung verhindert durch eine langfristige und verbindliche Festlegung und damit verbundener Planungssicherheit möglicherweise die Überforderung oder auch Symptome des Burn-Out des aktiven Akteursnetzes an Schulen und Einrichtungen. Über die Weiterentwicklung bzw. Unterstützung des engagierten Netzwerkes von aktiven Personen in Hochfeld hinaus ist durch die Politik zu prüfen, ob die vielfältigen „freiwilligen Leistungen“ der Akteure und Träger sowie die zumeist projektbezogene Finanzierungen nachhaltig aufgestockt werden können. Gemeint ist in diesem Zusammenhang eine Realisierung von Angeboten für Kinder und Jugendliche durch verlässliche Strukturen, die unabhängig vom Engagement Einzelner und Projektfinanzierung auch nach der Förderphase Bestand haben.

In Anlehnung an die erarbeiteten Handlungsempfehlungen der Akteure (Stadtteilgespräch in der Rückkopplungsphase) lassen sich folgende weitere Ansätze bzw. Schwerpunkte ermitteln:

- Verbesserung des Informationsflusses zwischen Schulen und Einrichtungen, um Interessierten den Zugang zu erleichtern und Transparenz zu schaffen durch einen entsprechenden Ratgeber für die Hauptamtlichen mit Informationen zu
  - vorhandenen Ressourcen bzw. Räumlichkeiten der Stadtteilakteure (im Sinne einer einrichtungsinternen Ergänzung z.B. der Aufstellung „Was ist los in Hochfeld?“ des Bürgervereins Lebendiges Hochfeld e.V.),
  - Angeboten für Kinder und Jugendliche, um z.B. vernetzt zu möglichen Freizeit- und Ferienangeboten beraten zu können,
  - bestehenden Kooperationen.
- Weiterentwicklung der Angebote im Sportbereich in Kooperation mit dem Stadtsportbund und den lokalen Sportvereinen, um die Integrationsbemühungen in Richtung von Kindern mit Migrationshintergrund voran zu treiben

<sup>7</sup> Zu empfehlen ist in diesem Zusammenhang auch die Entwicklung und Umsetzung professioneller Strategien zur Einbindung von Ehrenamtlichen z.B. Gewinnung von Eltern oder auch Seniorinnen/Senioren für die Betreuung von Angeboten der Versorgung. Ein weiterer Schwerpunkt im Stadtteil sollte in der Fortsetzung der Ansprache von Moscheevereinen bzw. Migrantenorganisationen liegen. Die Position der Schulen respektierend, sich in Richtung der Migrantenorganisationen absolut neutral zu verhalten und mit keiner zu kooperieren, sollte dieses Arbeitsfeld prioritär vom Stadtteilbüro verfolgt werden.

### 3. Programmgebiete

---

57

und für Kinder aus sozial schwachen Familien die Möglichkeiten der Freizeitgestaltung zu erweitern. Die gewünschte Realisierung von Sportangeboten muss berücksichtigen, dass in DU-Hochfeld

- nur begrenzte Möglichkeiten vorhanden sind, Ehrenamtliche in die Sportförderung einzubeziehen (in Hochfeld kaum Tradition),
- Sponsoren für die Sportförderung kaum zu finden sind und
- die Eltern nur geringe Beiträge entrichten können.<sup>8</sup>

#### 3.2 Essen-Katernberg

##### 3.2.1 Räumlicher und sozio-demographischer Kontext

„Katernberg umfasst eine Fläche von ca. 477 ha. Rund 23.800 Menschen leben in diesem Stadtteil im Essener Norden, der zwischen den Autobahnen A 40 und A 42 liegt.

Die Geschichte des Stadtteils ist untrennbar mit dem Bergbau verbunden. Die Schachanlage Zollverein entwickelte sich nach 1850 zum ökonomischen Mittelpunkt Katernbergs und beeinflusst seine Siedlungsstruktur bis heute: Zahlreiche Bergarbeitersiedlungen, Halden und Bahnanlagen bestimmen noch immer das Ortsbild.

Mit dem Rückzug des Bergbaus begann im Stadtteil eine Umbruchsituation: Die Schließungen der Zeche Zollverein (1986) und der Kokerei (1993) führten zu massiven Arbeitsplatzverlusten und erheblichen sozialen Problemen. Sie hinterließen zudem großflächige Industriebrachen. Durch gezielte Aufwertungsstrategien konnte die Bewohnerschaft inzwischen im Stadtteil gehalten und das Image deutlich verbessert werden.“ ([http://www.soziale-stadt.nrw.de/stadtteile/profil\\_essen.html](http://www.soziale-stadt.nrw.de/stadtteile/profil_essen.html))

Das Programmgebiet E-Katernberg schließt neben dem Stadtteil Katernberg auch die benachbarten Stadtteile Schonnebeck und Stoppenberg mit ein, da auch diese beiden Stadtteile in ihrer Geschichte eng mit dem Bergbau im Essener Norden verbunden sind. Für das Programmgebiet von besonderer Bedeutung ist die Entwicklung auf dem Gelände der ehemaligen Zeche und Kokerei Zollverein. Im Jahr 2002 als UNESCO-Weltkulturerbe ausgezeichnet, entsteht dort ein überregional bedeutsames Zentrum für Kunst, Kultur, Ausstellungen, Design und Unternehmensansiedlungen. In der Abstimmung und in Nutzung der wechselseitigen Potenziale der beiden Planungsprozesse, dem „Stadtteilprojekt Katernberg“ zum einen und dem „überregional bedeutsamen „Kulturzentrum“ zum anderen, liegt für dieses Programmgebiet eine besondere Herausforderung.

Im Programmgebiet E-Katernberg ist ein Großteil des Wohnbestands (ca. 50%) in Besitz einer großen Wohnungsgesellschaft, der Viterra. Die Viterra ist bestrebt, den Wohnungsbestand zu privatisieren. Gleichzeitig engagiert sie sich bei

<sup>8</sup> Derzeit bemüht sich das Stadtteilbüro mit Sportvereinen Modelle der Subventionierung von Beiträgen von sozial schwachen Kindern und Jugendlichen auszuhandeln.



### 3. Programmgebiete

---

der Sanierung größerer öffentlicher Projekte (z.B. Renovierung einer Kirche), in sozial-integrativen Vorhaben (Aufwertung einer Wohnsiedlung, in der Sinti und Roma leben) und bei Bildungsprojekten (Bildungsoffensive für Migrantinnen/Migranten).

2003 leben im Programmgebiet E-Katernberg, dem statistischen Bezirk VI (einschließlich Schonnebeck und Stoppenberg), 52.352 Menschen. Die Bevölkerung ist insgesamt somit seit 1990 stabil.

Allerdings verändert sich die Bevölkerungsstruktur dahin gehend, dass die absolute Anzahl an Nichtdeutschen zunimmt (+22,4%), die der deutschen Bevölkerung leicht zurückgeht (-3,6%). Hinzu kommt, dass innerhalb der Gruppe der Deutschen ein Zuwachs an Personen festzustellen ist, die über einen zweiten Pass verfügen: Ihr Anteil lag 1990 bei 4,1% und 2003 bei immerhin 10,6%. Aufgrund der Größe des Programmgebiets E-Katernberg differenziert sich die Sozialstruktur kleinräumig weiter aus. In einigen kleinräumigen Bezirken konzentrieren sich beispielsweise Aussiedlerinnen/Aussiedler.

Im Bezirk VI leben 10,9% Personen von Hilfe zum Lebensunterhalt; zwischen 1991 und 2002 ist der Anteil um 2,1% zurückgegangen. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen bis zum 17. Lebensjahr an den Beziehern liegt bei 41,8%.

#### 3.2.2 Programmatrischer Kontext

Essen-Katernberg gehört zu jenen Programmgebieten der „Sozialen Stadt“, die bereits auf langjährige Erfahrungen in der gebiets- und sachbezogenen Stadtteil-erneuerung zurückgreifen. Seit Ende der 1980er Jahre forciert die Stadt Essen eine solche Arbeitsweise; Ende 1993 gehörte der Stadtteil zu den ersten, die in das Landesprogramm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ aufgenommen wurden.

Die Begründung für die Notwendigkeit sowie die Grundsätze der sozialraum-orientierten und integrierten Arbeit wurden 1994 in dem Konzept „Ansätze integrierter Kommunalpolitik“ festgehalten, das vom Rat der Stadt Essen verabschiedet wurde. „Der Schlüsselbegriff ‚integrierte Kommunalpolitik‘ beinhaltet ressortübergreifendes Planen und Umsetzen sowie Bündelung von Ressourcen und nicht zuletzt Handeln vor Ort in lokalen Partnerschaften.“ (Stadt Essen, ISSAB 1997: 37) Neben zentralen Handlungsfeldern (Förderung demokratischer Beteiligungsformen, lokaler Öffentlichkeit, örtlicher Partnerschaften und lokaler Ökonomie) enthält das Konzept auch das Organisations- und Kooperationsmodell, das im Wesentlichen unverändert Gültigkeit für das „**Stadtteilprojekt Katernberg**“ hat. Die Zusammenarbeit zwischen den Beteiligten (Verwaltung und Politik, zentral angesiedelte Institutionen und Unternehmen, im Ortsteil ansässige Organisationen und Unternehmen, Bewohnerinnen/Bewohner) basiert erstens auf Verträgen (zwischen der Stadt Essen und dem ISSAB sowie sonstigen Trägern), zweitens auf „Konzepten und Programmatiken in grundsätzlicher Übereinstimmung“ sowie drittens auf „einem ‚emotionalen Klima‘ zwischen den Akteuren, Akzeptanz gegenüber den beteiligten Personen und ihren einzubrin-

### 3. Programmgebiete

---

genden Funktionen, einer vertrauensvollen Umgangsweise, der Zuschreibung von Kompetenz sowie dem Willen, auch schwierige Konflikte in einem kooperativen Klima regeln zu wollen.“ (ebd.: 39 f.)

Mit dem „Integrativen Handlungskonzept“ von 1995 und seinen Fortschreibungen von 1997 und 1999 findet für das Programmgebiet E-Katernberg die integrierte Stadtteilentwicklung ihre Konkretisierung und Fortsetzung. Das Handlungskonzept beinhaltet keine festen Zielvereinbarungen, sondern vielmehr „offene Zielhorizonte“, die mit den Bewohnerinnen/Bewohnern ausgestaltet und dem entsprechend prozessorientiert durch Projekte konkretisiert werden (Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen 2001: 160). So begann die Arbeit im Kontext des Landesprogramms zunächst mit sechs Projekten, denen im Verlauf viele weitere folgten. An dieser projektorientierten Arbeitsweise hat sich seitdem nichts verändert. Die Fortschreibung erfolgt in den Berichten „Stand der Projekte“, die auch jeweils den Projektfortschritt und weitere Planungsschritte beinhalten.

In Katernberg gab es von Anfang an eine starke Ausrichtung des Programms auf Arbeitsförderung („Essener Konsens“). Dies zeigt sich u.a. an der vielfältigen Verknüpfung der investiven Projekte hauptsächlich im Bereich der Reaktivierung von städtebaulich bedeutsamen Gebäuden mit Qualifizierungs- und Beschäftigungsmaßnahmen (auch im Handlungsfeld „Schule im Stadtteil“). Neben diesem Handlungsfeld liegen Schwerpunkte der Stadtteilentwicklung in der Förderung des Zusammenlebens zwischen Deutschen und Nichtdeutschen sowie der Verbesserung der Infrastruktur, insbesondere für Kinder und Jugendliche.

Für das Handlungsfeld „Schule im Stadtteil/Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe“ wurde im Handlungskonzept 1995 unter der Überschrift „Öffnung von Schule“ als Ziel formuliert, dass sich die Schulen in ihrem Schulalltag stärker als bisher an dem sozialen, ökonomischen und kulturellen Umfeld orientieren, d.h. zum einen ihre Unterrichtspraxis an den Belangen des Quartiers ausrichten und zum anderen bereit sind, sich für die Belange des Quartiers zu öffnen und z.B. Räume und Ausstattung für eine außerschulische Nutzung zur Verfügung zu stellen. Auch die verstärkte Ansprache und Einbindung der Eltern zur Verbesserung der schulischen Leistungen wurde als Erfordernis gesehen (siehe Stadt Essen, Amt für Entwicklungsplanung, Statistik, Stadtforschung und Wahlen 1995: 13 f.). In der Folge begannen in Katernberg bereits die ersten Projekte in diesem Handlungsfeld, wie z.B. die „Einschulungshilfen zur vorschulischen Förderung ausländischer Kinder“, mit denen auf einen Mangel an Kindergartenplätzen im Programmgebiet reagiert wurde. Auch die „ökologische und pädagogische Umgestaltung von Schulhöfen“ gehört in Katernberg zu den ersten Projekten im Handlungsfeld (siehe Stadt Essen, Amt für Entwicklungsplanung, Statistik, Stadtforschung und Wahlen 1995: 58 ff.).

Die Relevanz des Themas Bildung war und ist für die Stadtteilakteurinnen/-akteure von Beginn an offensichtlich. Die Sozialstatistik belegte für den Stadtbezirk zum Zeitpunkt der Aufnahme in das Programm „Soziale Stadt NRW“ ein im



### 3. Programmgebiete

---

gesamtstädtischen Vergleich deutlich geringeres Bildungsniveau. Beispielsweise wechselten im Schuljahr 1994/95 19% der Schülerinnen/Schüler aus diesem Bezirk nach der Grundschule auf eine Hauptschule, während der gesamtstädtische Durchschnitt bei 10% lag. Eine deutlich höhere Bedeutung kam außerdem der Gesamtschule zu, auf die immerhin 42% der Kinder aus dem Programmgebiet gingen (Gesamtstadt: 30%), während nur ein unterdurchschnittlicher Anteil von 22% auf ein Gymnasium wechselte (Gesamtstadt: 37%) (siehe Stadt Essen, Amt für Entwicklungsplanung, Statistik, Stadtforschung und Wahlen 1994: 50 ff.). Auch wenn dem Thema Bildung im Programmgebiet E-Katernberg stets eine große Bedeutung beigemessen wurde, unterlag dieses Handlungsfeld wie auch andere wechselnden Akzentuierungen auf der Ebene der Projekte. Insgesamt aber – so die Einschätzung der für das Stadtteilmanagement zuständigen Personen – hat das Bildungsthema über die Jahre gesehen kontinuierlich an Bedeutung gewonnen.

Einen Bedeutungszuwachs erlebte das Handlungsfeld „Schule im Stadtteil“ in den Jahren 2000/01, ausgelöst durch die problematische Entwicklung an der Herbartschule, einer städtischen Grundschule mit einem kontinuierlich wachsenden Anteil nicht-deutscher Kinder. Diese Entwicklung verstärkte sich, weil deutsche Eltern die Schule zunehmend bewusst mieden und ihre Kinder an einer benachbarten konfessionellen Schule anmeldeten. Insgesamt nahmen die Schülerzahlen an der Herbartschule immer weiter ab, bis die Schule schließlich das erste Schuljahr nur noch einzügig beginnen konnte. Da ein entsprechender Bericht der (neuen) Schulleitung beim Schulverwaltungsamt ohne Folgen blieb, hat sich das Büro für Stadtentwicklung des Themas angenommen und im Frühjahr 2002 einen Experten-Workshop durchgeführt. Ausgehend von der Problemstellung an der Herbartschule wurde auf dem Workshop ein Entwicklungsprojekt zur systematischen Einbindung von Bildungsaufgaben in die Stadtteilentwicklung konzipiert. Dieses als „Lenkungs- und Interaktionsmodell“ bezeichnete Projekt sieht auf der inhaltlichen Ebene vor, dass in den vier Handlungsschwerpunkten Elternbildung, Kooperation KiTa und Grundschule, Bildungsoffensive für Migrantinnen/Migranten, Kooperation Grundschule und weiterführende Schule stadtteil- bzw. schulbezogene Strategien entwickelt und umgesetzt werden. Bei der Steuerung des Prozesses sollen – den inhaltlichen Dimensionen entsprechend – die verschiedenen Ebenen (Stadt, Stadtteil, Schule) miteinander verschränkt arbeiten. Auch sollen Synergien mit weiteren städtischen Akteuren (z.B. Betrieben, Weiterbildungsträgern) und Netzwerken (z.B. „Lernwelt Essen“ im Rahmen des EU-Programms „Lernende Region“) nutzbar gemacht werden. Diesem Modell entsprechend sollten an der Herbartschule „Best practice“-Beispiele entwickelt und erprobt werden, die auf andere Schulen und nach Möglichkeit den gesamten Stadtteil ausstrahlen (siehe Stadt Essen 2002). Unter anderem sollte eine „Bildungsoffensive Katernberg“ gestartet und eine Bildungskonferenz im Stadtteil durchgeführt werden, bei der ein Bildungsbericht für den Bezirk VI vorgestellt werden sollte.

### 3. Programmgebiete

---

Es ist in dieser Evaluationsstudie nicht möglich, die Entwicklung im Programmgebiet E-Katernberg über den gesamten Entwicklungszeitraum vollständig darzustellen. In Abstimmung mit dem Büro für Stadtentwicklung sollte sich die Evaluation auf die letzten fünf Jahre beschränken. In den Interviews und Stadtteilgesprächen fokussiert sich die Erhebung auf diesen Zeitraum. Im Ergebnisteil dieses Kapitels werden die wesentlichen Projekte der 1990er Jahre anhand der vorliegenden Materialien im Überblick dargestellt.

Die Durchführung der Studie stellte im Programmgebiet E-Katernberg eine besondere Herausforderung für die wissenschaftliche Bearbeitung dar. Akteurinnen/Akteure im Programmgebiet verwiesen immer wieder darauf, dass das „Stadtteilprojekt Katernberg“ nicht mit dem Programm „Soziale Stadt NRW“ gleichzusetzen ist. Diese Differenzierung ist in dem Umstand begründet, dass in Katernberg die Anfänge der sozialraumorientierten Stadteilerneuerung vor dem Start des Landesprogramms liegen. Aus der Betonung dieser „Wurzeln“ in der Eigeninitiative resultiert, dass das Programm „Soziale Stadt NRW“ eher unter der förderpolitischen und -praktischen Perspektive wahrgenommen wird. Die Frage nach „Wirkungen“ stellt sich für die Stadtteilakteurinnen/-akteure in E-Katernberg somit bezogen auf die finanzielle Förderung und die daraus resultierenden Wirkungen und nicht – wie in anderen Programmgebieten – auch im Hinblick auf die „weichen“ Aspekte wie inhaltliche Impulse, Kooperationsanregungen. Da eine trennscharfe Analyse für das Programmgebiet E-Katernberg nicht möglich erschien, nimmt die Studie für dieses Programmgebiet Unschärfen in Kauf. In der Darstellung der Entwicklung in Katernberg steht das „Stadtteilprojekt Katernberg“ im Mittelpunkt.

#### 3.2.3 Herausforderungen

In E-Katernberg werden die **geringen Bildungserfolge** der im Programmgebiet lebenden Schülerinnen/Schüler als ein zentrales Problem erachtet. Wie durch die Sozialstatistik belegt, wechseln die Schülerinnen/Schüler des Programmgebiets im gesamtstädtischen Vergleich seltener auf eine Realschule oder ein Gymnasium als im gesamtstädtischen Durchschnitt. Zudem wird im Programmgebiet beobachtet, dass bestimmte Schulen von Eltern gemieden werden. Bei Lehrkräften und Eltern mangelt es an Motivation, sich für die Verbesserung der Bildungschancen der Kinder zu engagieren.

Als ein weiteres Kennzeichen der Bildungssituation in E-Katernberg wird von den Akteurinnen/Akteuren der hohe Anteil an **Kindern mit Migrationshintergrund** in den Kinderbetreuungseinrichtungen angeführt. Diese Situation stellt besonders **hohe Anforderungen an die Fachkräfte** in den Einrichtungen, z.B. bei der Unterstützung des Spracherwerbs der Kinder. Die hohen Anforderungen an die Fachkräfte führen in den Einrichtungen der Kinderbetreuung, aber auch der Kinder- und Jugendarbeit zu einer hohen Fluktuation unter den Mitarbeiterinnen/Mitarbeitern.

### 3. Programmgebiete

---

Im Programmgebiet E-Katernberg liegen durch eine Reihe an Projekten bereits vielfältige Erfahrungen im Handlungsfeld vor. Zur Verbesserung der Ausgangssituation sollen die Schulen sowie die Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe im Rahmen der „**Bildungsoffensive Katernberg**“ für bildungsbezogene Aufgaben noch stärker sensibilisiert/mobilisiert werden. Sie sollen sich für Entwicklungsprozesse zum Stadtteil öffnen und langfristig die Bildungs- und Entwicklungsvoraussetzungen für die Kinder und Jugendlichen verbessern. Diese Strategie basiert auf dem „Lenkungs- und Interaktionsmodell“, das zur Verknüpfung einer breit angelegten Bildungsstrategie (unter Einbeziehung von Elternarbeit, Migrantenbildung usw.) mit der sozialraumorientierten Stadtteilarbeit beitragen soll.

Die Erhebungsphase der Fallstudie „Schule im Stadtteil“ fiel in eine Phase, in der erste Erfahrungen mit diesem Arbeitsansatz vorliegen sollten. Das Sammeln von ersten Eindrücken zur Umsetzung von konkreten Initiativen an der Herbartsschule – dem Gesamtkonzept entsprechend – sowie Fragen der Übertragbarkeit der Arbeitsweise auf andere Schulen galt es im Rahmen der Studie für das Programmgebiet E-Katernberg besonders in den Blick zu nehmen.

#### 3.2.4 Akteursgruppen

Im Programmgebiet E-Katernberg (Stadtbezirk VI) liegen zehn Schulen, davon sechs Grundschulen. Es gibt im Programmgebiet außerdem jeweils eine Haupt-, Real- und Gesamtschule und außerdem eine Schule für Lern- und Erziehungshilfe.

**Tab. 9:** Schulen in E-Katernberg

	Schulform	Bezug zum Programmgebiet
Bergschule	Kath. Grundschule	im Programmgebiet; Katernberg
Herbartsschule	Städt. Gemeinschaftsgrundschule	im Programmgebiet; Katernberg
Kantschule	Städt. Gemeinschaftsgrundschule	im Programmgebiet; Katernberg
Nikolausschule	Kath. Grundschule	im Programmgebiet; Stoppenberg
Schule an der Viktoriastraße	Städt. Gemeinschaftsgrundschule	im Programmgebiet; Katernberg
Zollvereinschule	Kath. Grundschule	im Programmgebiet; Katernberg

### 3. Programmgebiete

	Schulform	Bezug zum Programmgebiet
Kath. Hauptschule Katernberg	Kath. Hauptschule	im Programmgebiet; Katernberg (2 Standorte)
Gustav-Heinemann-Gesamtschule	Städtische Ganztagschule	im Programmgebiet; Schonnebeck
Carl-Meyer-Schule	Städtische Schule für Lern- und Erziehungshilfe	im Programmgebiet; Katernberg (2 Standorte)
Richard-Schirrmann-Schule	Städtische Realschule	im Programmgebiet; Stadtteil-dreieck Stoppenberg, Schonnebeck und Katernberg

Im Kontext der Studie wurden von den beteiligten Akteuren mehrere **Einrichtungen bzw. Träger der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe** genannt, die in der folgenden Tabelle ohne Anspruch auf Vollständigkeit aufgelistet werden.<sup>9</sup>

Im Programmgebiet E-Katernberg ist die Jugendhilfe bereits seit vielen Jahren Träger von sozialraumorientierter Projektarbeit. Damit haben sich die Träger der Jugendhilfe weitaus früher in diesem Feld engagiert als die Schulen. Für den Bereich der Jugendzentren fällt auf, dass sich diese „ethnisch spalten“, was von den Akteurinnen/Akteuren teilweise als problematisch angeführt wird. Nach Auskunft der Stadtteilakteure ist in den letzten Jahren zu beobachten, dass sich auch Moscheevereine im Feld der Kinder- und Jugendarbeit engagieren.

Es wird in Katernberg explizit auf positive Erfahrungen hingewiesen. Beispielsweise ist ein Moscheeverein im Norden des Programmgebiets zum Stadtteil geöffnet und kooperiert mit anderen Einrichtungen und Trägern im Stadtteil. Er ist inzwischen anerkannter Träger der Jugendarbeit. Mit anderen Moscheen bzw. Moscheevereinen gibt es zum Teil Probleme, z.B. wegen Lärmbelästigung in der Nachbarschaft durch ein erhöhtes Verkehrsaufkommen.

**Tab. 10:** Ausgewählte Akteure bzw. Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe in E-Katernberg

	Art der Einrichtung	Bezug zum Programmgebiet
Kinderbetreuungseinrichtungen	12 in Katernberg 7 in Schonnebeck 9 in Stoppenberg	im Programmgebiet

<sup>9</sup> Informationen des Büros für Stadtentwicklung der Stadt Essen; Ergänzung anhand der Karte „Stadtteilprojekt Katernberg. Stadtbezirk VI Katernberg, Schonnebeck, Stoppenberg. Ein Stadtteil macht sich auf den Weg“. Stand: 3/1999; Internet-Recherche über die Stadt Essen: [www.essen.de/Deutsch/Rathaus/Buergerservice/dienstleistungen/j\\_dl/Jugendzentren.htm](http://www.essen.de/Deutsch/Rathaus/Buergerservice/dienstleistungen/j_dl/Jugendzentren.htm); Stand: 31.10.04



### 3. Programmgebiete

64

	Art der Einrichtung	Bezug zum Programmgebiet
Kinder- und Jugendtreff Stoppenberg	Kommunales Jugendhaus	im Programmgebiet; Stoppenberg
Kinder- und Jugendzentrum Schonnebeck	Angebote für Kinder und Jugendliche (Jugendwerk der AWO)	im Programmgebiet; Schonnebeck
Kinder- und Jugendtreff St. Joseph	Angebote für Kinder und Jugendliche (Kath. Jugendamt der Stadt Essen)	im Programmgebiet; Katernberg
Jugendhäuser der Ev. Jugend Essen	Angebote für Kinder und Jugendliche	im Programmgebiet; Katernberg: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Katernberg Mitte</li> <li>• Katernberg Nord</li> <li>• Neuhof (Kooperation mit Herbartschule)</li> </ul> Stoppenberg: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Café Tresor</li> </ul>
Moscheevereine	Angebote für Kinder und Jugendliche	im Programmgebiet; verschiedene Standorte
Existenzgründerzentrum Triple Z AG (Schachtanlage 4/11 der Zeche Zollverein)	Förderung von Existenzgründungen – in Trägerschaft der ZukunftsZentrumZollverein Aktiengesellschaft	im Programmgebiet; Katernberg
Internet-Café am Katernerger Markt LOS-gefördert, bis 30.11.04	Niederschwelliges Angebot für Kinder und Jugendliche, Bezug zum Arbeitsmarkt	im Programmgebiet; Katernberg
Sportanlage Meerbruchstraße	Sporteinrichtung (DJK Essen-Katernberg 1919 e.V.)	im Programmgebiet; Katernberg
Schwimmbad Nord-Ost mit Initiative zur Selbstnutzung	Sporteinrichtung, z.B. Schwimmen für muslimische Frauen und Mädchen	im Programmgebiet; Schonnebeck
Turnhalle Hanielstraße	Schulsporthalle	im Programmgebiet; Katernberg

Neben Institutionen wurden auch **Arbeitsgremien und Steuerungsstrukturen** mit Bezug zum Themenfeld „Schule im Stadtteil“ im Rahmen dieser Studie betrachtet.

Im Stadtteilprojekt Katernberg (kein Gremium!) arbeiten die Stadt Essen, die Universität Essen mit dem Institut für Stadtteilbezogene Soziale Arbeit und Beratung (ISSAB), die Arbeiterwohlfahrt (AWO) und die Evangelischen Kirchen-

### 3. Programmgebiete

gemeinde auf der Grundlage einer Kooperationsvereinbarung zusammen, die bereits 1984 geschlossen wurde.

Die Steuerungsfunktion für das Programmgebiet liegt bei der **Lenkungsgruppe**.

Unter Federführung des Büros Stadtentwicklung sind alle Geschäftsbereiche der Verwaltung sowie die Bezirksvertretung und Promotoren ISSAB, AWO, Ev. Kirche u.a. aus dem Stadtteil Mitglieder.

Im Handlungsfeld „Schule im Stadtteil/Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe“ hat das **Jugendhilfenetzwerk** eine zentrale Vernetzungsfunktion vor Ort. Es bündelt im Programmgebiet Katernberg etwa 70 Personen/Institutionen, die sich in Sozialraumkonferenzen treffen, austauschen und gemeinsam Projekte entwickeln. Über die Sozialraumkonferenzen haben sich neue Kooperationen entwickelt, wie z.B. zwischen Trägern der Kinder- und Jugendhilfe und Polizei, Justiz und Bewährungshilfe.

**Tab. 11:** Ausgewählte Arbeitsgremien und Steuerungsstrukturen in E-Katernberg

	Art des Gremiums	Bezug zum Programmgebiet
Lenkungsgruppe Katernberg	Steuerungsgremium unter Federführung des Büros für Stadtentwicklung	Verwaltungsinterne Abstimmung und Abstimmung mit Politik und Trägern/Promotoren: Projektförderung der Projekte, die aus Pauschalmitteln finanziert werden.
Büro Stadtentwicklung	Koordination, Gebietsbeauftragte	Verwaltungsinterne Koordination, Steuerung, Ressourcenbündelung
ISSAB	Stadtteilmoderation	Moderationsaufgaben zwischen Bürgern und Stadt
Stadtteilbüros	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Holzhaus Beisen</li> <li>• Stadtteilladen Hanielstraße</li> </ul>	Stadtteilarbeit, Schnittstelle Bewohnerinnen/Bewohner
Jugendhilfe-Netzwerk Essen-Katernberg (Moderation/Trägerschaft: AWO)	Netzwerk	Durchführung von Sozialraumkonferenzen mit 70 Personen/Institutionen  Austausch über integrierte Stadteilerneuerung im Bereich Kinder und Jugendliche



### 3. Programmgebiete

	Art des Gremiums	Bezug zum Programmgebiet
Katernberg-Konferenz (organisiert von Werberingen)	Diskussionsforum zur Zukunft Katernbergs (eingerrichtet 1993 nach der SchlieÙung der Kokerei Zollverein)	Berichterstattung von im Stadtteil tâtigen Einrichtungen  Diskussionsforum der Ôffentlichkeit mit Vertretern aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft
Themenbezogene Projektgruppen, Arbeitskreise und Runde Tische, z.B. Schulhofumgestaltung, AK KiTa, AK Schule, AK Libanesen	Temporäre Arbeitsgremien zwischen Schule, ISSAB und Verwaltung	Entwicklung und teilweise Umsetzung von Projekten, Abstimmung, Information
Projektsteuerungsgruppe „Schulfrühstück“	Temporäres Arbeitsgremium auf gesamtstädtischer Ebene (Verwaltungsgremium)	Carl-Meyer-Schule aus E-Katernberg beteiligt
Koordinierungsgruppe Herbartschule	Steuerung der Schulentwicklung an der Herbartschule seit 1997 (RAA, Schulaufsicht, Büro Stadtentwicklung, Lehrerinnen/Lehrer)	im Programmgebiet tâtig

[Quellen: Interviews mit dem Stadtteilbüro, den Schulleitungen und Akteuren der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe, Material- und Datenanalyse]

#### 3.2.5 Spezifische Ergebnisse

Im Programmgebiet E-Katernberg waren aufgrund des langen Zeitraums der sozialräumlichen Stadtteilerneuerung bereits eine Reihe von Projekten und Maßnahmen im Handlungsfeld „Schule im Stadtteil/Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe“ zum Zeitpunkt des Beginns der Studie abgeschlossen. Da davon ausgegangen werden muss, dass die länger zurückliegenden Ereignisse weniger präsent sind bei Stadtteilakteurinnen/-akteuren und weil der zeitliche Rahmen für die einzelnen Erhebungsphasen beschränkt werden musste, wurde ein Teil der in E-Katernberg durchgeführten Projekte in den Interviews und Stadtteilgesprächen nicht thematisiert. Um diese (teilweise sehr erfolgreichen) Förderansätze und Projekte nicht als Desiderat erscheinen zu lassen, werden diese im Folgenden im Überblick dargestellt: (Überwiegende Finanzierung aus Mitteln der Sozialen Stadt)

- Einschulungshilfen zur vorschulischen Förderung ausländischer Kinder mit Landesmitteln und mit städtischen Mitteln (Stadt Essen 1995: 58)
- Jugendkunst-Workshop im Bürgerbegegnungszentrum Zeche Zollverein mit über 100 Schülerinnen/Schülern der Gustav-Heinemann-Gesamtschule, der

### 3. Programmgebiete

---

Richard-Schirrmann-Realschule und der Gesamtschule Nord (Stadt Essen 1997a: 68 f.)

- Durchführung des Programms Schulhofumgestaltung auf Anregung der Katernberg-Konferenz von 1995-1997 an allen Schulen im Programmgebiet mit Landesmitteln und Mitteln aus dem Bereich Arbeitsverwaltung (Stadt Essen 1997a: 83 f.)
- Jugendhalle Schonnebeck, Saatbruchstraße (Stadt Essen 1997a: 72) und Maßnahmen am Jugendzentrum Schonnebeck (Stadt Essen 1999: 83)
- Verbesserung des Erscheinungsbildes von Schulgebäuden an fünf Schulgebäuden durch Sanierung der Fassaden (Stadt Essen 1997a: 85 f.)
- Kunst-Projekt Kunst und Kohle mit Hauptschule an der Kapitelwiese, Gustav-Heinemann-Gesamtschule, Kath. Hauptschule Katernberg und diversen Trägern Jugendhilfe (Stadt Essen 1997a: 66 f.)
- Ausbau Schwimmbad Nord-Ost und Schaffung Sportgelegenheiten (Stadt Essen 1997a: 73 f.)
- Sport- und Begegnungsstätte für Jung und Alt auf der Sportanlage Meerbruchstraße, Ausbau von Treffmöglichkeiten (Stadt Essen 1997a: 75 f.)
- Turnhalle Hanielstraße (Fassadengestaltung) (Stadt Essen 1997a: 71)
- Interkulturelle Sprachförderung, z.B. Deutschkurse für Mütter an der Hauptschule an der Kapitelwiese 1997, Sprachfördermaßnahmen RAA aus Landesmitteln, Eigenmitteln der Stadt und Mitteln der Arbeitsverwaltung ab 1998 (Stadt Essen 1999: 76 f.)
- Präventive Jugendhilfe-Maßnahmen im Sozialraum im Rahmen des Jugendhilfe-Netzwerkes (Stadt Essen 1999: 84 f.)
- Organisationsentwicklungsprozess für die interkulturelle Kindertagesstätte Schalthaus Beisen (Stadt Essen 1999: 86 f.)
- Berufsorientierung im Wahlpflichtbereich II: Soziale Berufe und Handwerk, Kurse an der Gustav-Heinemann-Gesamtschule in den Jahren 1995-97 finanziert mit GÖS-Mitteln und Landesmitteln „Soziale Stadt“ (Stadt Essen 1999: 88 f.)

Nach Angaben des Büro für Stadtentwicklung wurden außerdem seit 1999 in folgende Maßnahmen und Projekte, ebenfalls überwiegend mit Mitteln aus „Soziale Stadt“ durchgeführt:

- Kunst-Veranstaltung mit ca. 200 Schülerinnen/Schülern aus verschiedenen Schulen – Serie von Veranstaltungen mit abschließender Präsentation auf dem Katernberger Markt (1999)
- Durchführung von „mus-e“ in der ersten Phase durch Fördermittel aus Pauschalmitteln, danach zentrale Förderung durch MSWKS (1999)
- Seminare und Mädchenförderung in der Gustav-Heinemann Gesamtschule (2000)
- Multiplikatoren-Schulungen an der Carl-Meyer (2000)
- Ausstattung aller Schulen mit PCs und Video-Systemen zur Verbindung mit der Arbeitswelt im Rahmen von „BliK – Beruf Life im Klassenzimmer“ Ausstattung (2001)



### 3. Programmgebiete

---

- Einstieg in systematische Zielfindung für das Entwicklungskonzept Bildung-Schule-Stadtentwicklung, Schwerpunkt auf die Karl-Meyer Schule (2002)
- Nachmittagsangebote an der Herbartschule durch städtische Mittel und Sponsoring (2002)
- Unterstützung für den Aufbau von Schülerwerkstätten im Bereich Hauptschule an der Kapitelwiese und Hauptschule Schettersbusch (2003ff.)

Unter Berücksichtigung, dass nicht alle Sprachfördermaßnahmen quantitativ erfasst sind, sowie die laufende Muse-Förderung ergeben sich allein für den Schulbereich eine Förderung, die bei deutlich über 1,2 Mio. € liegt.

Die Aufstellung veranschaulicht die vielfältigen Ansätze und damit die Bedeutung des Handlungsfelds „Schule im Stadtteil/Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe“ in E-Katernberg. Ein Projekt, auf das – obwohl bereits länger zurück liegend – mehrfach Bezug genommen wurde, ist das Schulhofprogramm. Es hatte in E-Katernberg eine „aufschließende“ Funktion zu Beginn der integrierten Stadteilerneuerung mit Mitteln aus dem Programm „Soziale Stadt NRW“. Es konnten fast alle Schulen im Stadtteil beteiligt werden und bei einigen wurden die Bereitschaft geweckt, sich für Nachmittagsangebote und innovative Sprachförderprogramme zu öffnen (z.B. Herbartschule, Grundschule an der Viktoriastraße). Diese Entwicklung wird von einem Großteil der befragten Akteurinnen/Akteure als kontinuierlicher Prozess gesehen und positiv bewertet. Die „Vorbildfunktion“ dieser Schulen wird hervorgehoben und vereinzelt darauf hingewiesen, dass eine Dynamik von diesen Schulen ausgeht, denen sich andere Schulen im Stadtteil nicht entziehen können.

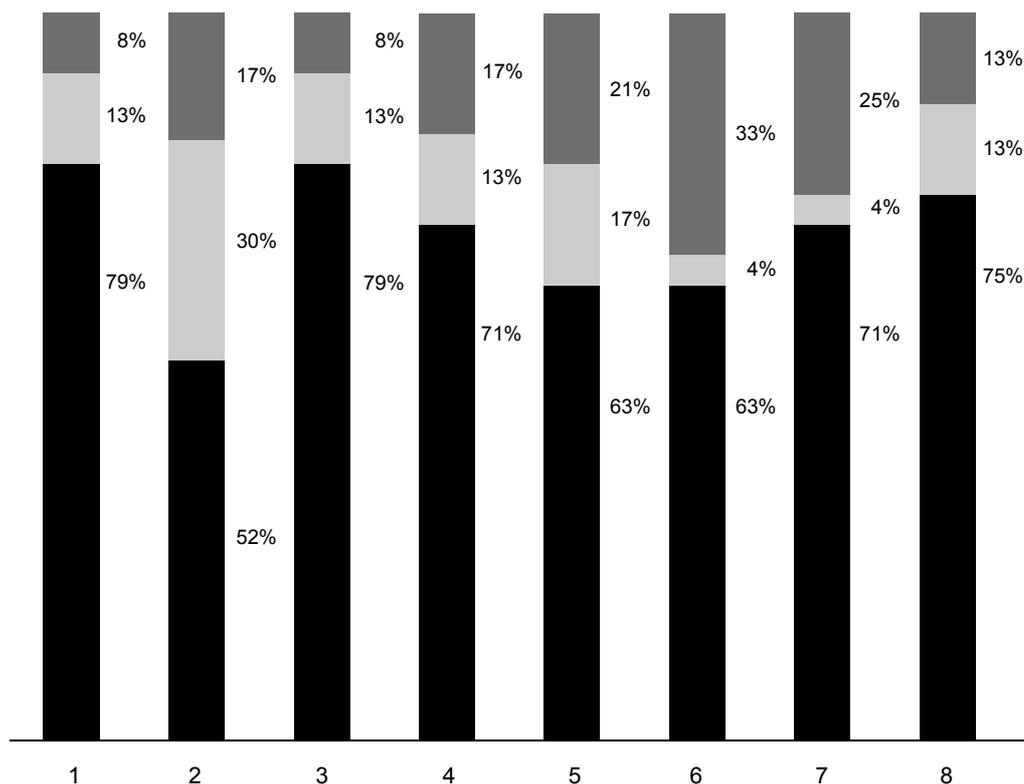
Allerdings haben sich nicht alle Schulen gleichermaßen für weitere Projekte und generell für eine Strategie der Öffnung gewinnen lassen. In der Diskussion beim Stadtteilgespräch treten in E-Katernberg deutlicher als in den anderen Programmgebieten **unterschiedliche Bewertungen des Engagements der Schulen** im Programmgebiet zu Tage. Während ein Teil der Akteurinnen/Akteure ein insgesamt gut entwickeltes schulisches Umfeld für das Programmgebiet sieht, betonen andere, dass sich „immer die Gleichen“ für den Stadtteil engagieren und nur einzelne Schulen einen Prozess der Öffnung vollzogen haben. Gründe für ein mangelndes stadtteilbezogenes Engagement werden in fehlenden schulpolitischen Vorgaben gesehen oder aber in dem Umstand, dass das Engagement von Personen abhängt (insbesondere den Schulleitungen, aber auch z.B. dem Hausmeister und seiner Bereitschaft, Schulräume zugänglich zu machen).

In der unterschiedlichen Bewertung der Schulen kommen verschiedene Blickwinkel zum Ausdruck: Engagement und Aktivität werden von den Stadtteilakteurinnen/-akteuren anders wahrgenommen als von Schulakteurinnen/-akteuren. Die in ihren Kooperationsbezügen weit entwickelte – und insofern auch „offene“ – Gustav-Heinemann-Gesamtschule wird aus der Stadtteilperspektive wenig wahrgenommen, da sie über die Teilnahme am AK Schule hinaus kaum sichtbar in Erscheinung tritt. Diese insgesamt „kritische“ Einschätzung der kooperativen

### 3. Programmgebiete

Grundhaltung der Schulen bestätigt sich in der schriftlichen Befragung: 52% der Antwortenden stimmen der entsprechenden Aussage „voll und ganz“/„eher“ zu; immerhin 30% sehen eine solche Grundhaltung „eher nicht“/„gar nicht“ (siehe Abb. 5, S. 69). Damit liegt die Bewertung in E-Katernberg deutlich unterhalb der Gesamtbewertung aller Programmgebiete.

**Abb. 5:** Bewertung von Kooperation und Vernetzung (E-Katernberg)



Antworten aller im Programmgebiet befragten Schulen und Einrichtungen

- 1 kooperative Grundhaltung unter Stadtteileinrichtungen vorhanden
  - 2 kooperative Grundhaltung unter Schulen vorhanden
  - 3 Bildung neuer Kooperationsstrukturen im Stadtteil gelungen
  - 4 Austauschgremien arbeiten effektiv
  - 5 Koordinierung der Arbeit durch Stadt erfolgt effektiv
  - 6 Einsatz der Ressourcen erfolgt effektiv
  - 7 operative Ebene in Kooperationsprojekten ist effektiv
  - 8 Ausweitung der Angebote durch Kooperationsprojekte ist gelungen
- N = 23 - 24

Quelle: **ies** Hannover 2004

Auch in E-Katernberg zählen die Schulleitungen und die anderen Akteure aus dem Bereich der Kinder- und Jugendarbeit die Projekte der **Sprachförderung** zu den wichtigsten Förderansätzen. Sie sind Bestandteil des durch die RAA/Büro für interkulturelle Arbeit in der Stadt Essen erarbeiteten differenzierten Sprachförderkonzepts mit den Bausteinen Elternbildung, Sprachförderung im Elementarbereich, Förderung in der Grundschule (SCHUBILE – Schulen fördern bilinguales Lernen in der Primarstufe) und interkulturelle Spiel- und Lerngruppen als



### 3. Programmgebiete

---

schulbegleitende Fördermaßnahmen (siehe 3.2.6 Projektanalysen). Die Sprachförderung ist ein positives Beispiel für die Bündelung von Ressourcen: Mit Landesmitteln wurden in E-Katernberg die ersten Maßnahmen durchgeführt. Die Sprachförderung ist im weiteren Verlauf mit kommunalen Mitteln ergänzt auf die Gesamtstadt ausgeweitet worden. In E-Katernberg werden die Maßnahmen zur Zeit mit kommunalen Mitteln durchgeführt und durch Landesmittel aufgestockt.

Auch für die Schulleitungen und die Stadtteilakteurinnen/-akteure in E-Katernberg zählen die **musisch-kulturellen Förderansätze** zu den besonders erfolgreichen und gelungenen Angeboten, die „in den normalen Schulalltag gehören“ und dementsprechend zu einem regelmäßigen Angebot ausgebaut werden sollen. Darüber hinaus werden positive Entwicklungen durch die Ausweitung der **Nachmittags- und Freizeitangebote** durch Schulen gesehen, die teilweise in Kooperation mit anderen Einrichtungen realisiert werden (siehe 3.2.6 Projektanalysen).

Bei der **Bewertung der bildungsbezogenen Aspekte** (z.B. sprachliche Kompetenzen, Konfliktlösungskompetenzen) sind die Befragten in E-Katernberg ähnlich zurückhaltend wie die Befragten in den anderen Programmgebieten. In dem Rückkopplungsgespräch heben die Anwesenden die Bedeutung einer kleinräumigen Bildungsstatistik zur Bewertung der Bildungsentwicklung hervor.

In anderen Förderbereichen fällt die Bilanz der Akteure u.a. wegen der wegbrechenden Förderung, aber auch mangelnden Inanspruchnahme ambivalent aus: Sowohl in den Interviews und den Stadtteilgesprächen als auch in der schriftlichen Befragung wird die Bedeutung von Projekten zur **Förderung der beruflichen Orientierung und Integration von Jugendlichen** hervorgehoben. Positive Beispiele werden angeführt. Allerdings sind gerade in diesem Bereich zum Zeitpunkt der Erhebung auch Projekte gefährdet, wie z.B. das Internet-Café am Katernberger Markt. Als niederschwelliges Angebot für Jugendliche, das auch Berufsberatung angeboten hat, hat sich die Einrichtung bewährt. Aufgrund der Änderungen in der Arbeitsmarktförderung musste die Agentur für Arbeit aus dem Projekt aussteigen, so dass keine niederschwellige Beratung an dem Standort mehr angeboten werden kann. Aus der Sicht der Expertinnen/Experten im Stadtteil wurden dort jedoch Jugendliche erreicht, die ansonsten kaum zu erreichen sind. Da die Berufsorientierung in einem Stadtteil wie Katernberg vor allem sozialräumlich orientiert ist, sind lokale Anlaufstellen notwendig, die die Jugendlichen in die zentralen Strukturen der Berufsvorbereitung und Arbeitsverwaltung einführen.

Als einen positiven Förderansatz beurteilen die Akteure in Katernberg auch das Projekt BliK („Berufe live im Klassenzimmer“), ein von der Stadt Essen gefördertes Projekt. Allerdings wird auch deutlich, dass nicht alle Potenziale ausgeschöpft wurden, weil die Schulen die Möglichkeiten des Projekts nicht entsprechend genutzt haben. Positive Erfahrungen im Feld der beruflichen Orientierung und Beratung liegen an der Gustav-Heinemann-Gesamtschule vor, die diese mit Unterstützung durch Landesmittel aufbauen konnte (siehe Stadt Essen

### 3. Programmgebiete

---

1999: 88 f.). Die Kooperationen mit dem Haus des Handwerks, der RAG-Bildung und Altenheimen der AWO werden auch im Stadtteilgespräch von den dort anwesenden Expertinnen/Experten als gelungenes Beispiel genannt.

In E-Katernberg baut die sozialräumliche Erneuerungsstrategie mit dem „Stadtteilprojekt Katernberg“ auf eine lange „Tradition des Miteinanders“ auf. Im Handlungsfeld „Schule im Stadtteil/Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe“ agiert als eine zentrale Vernetzungseinrichtung der **Arbeitskreis Schule**, an dem sich Vertreterinnen/Vertreter der Schulen sowie weitere Institutionen (Soziale Dienste, Erziehungsberatungsstellen, RAA, Ortspolitik) beteiligen, mit folgenden Funktionen:

- Informations- und Erfahrungsaustausch auf sozialräumlicher Ebene (Austausch über die Lebenssituation der Kinder/Jugendlichen und ihrer Familien);
- Lösungsorientierte Bearbeitung von Themen und Entwicklung von gemeinsamen Projekte und Initiativen;
- Ideenbörse (Anregungen aus den Schulen);
- Vermittlung von Informationen über Projekte und Ressourcen.

Darüber hinaus gibt es den **Arbeitskreis KiTa**, der zwei Mal jährlich zusammentritt. In dem Arbeitskreis kommen die KiTa-Leitungen zusammen und beraten z.B. über die Listen der angemeldeten Kinder, um eine möglichst optimale Unterbringung der Kinder zu erreichen. Auch in diesem Gremium werden die Situation der Kinder und ihrer Familien erörtert, Ideen ausgetauscht, über gemeinsame Projektstrategien beraten. Besonders wichtig ist den Beteiligten dabei der persönliche Kontakt zueinander. Vereinzelt entstehen auch Fortbildungen aus dem Zusammenhag des Arbeitskreises (z.B. Anti-Aggressions-Trainings).

Als dritten wichtigen Arbeitskreis nennen einzelne Akteure in den Schulinterviews den **Arbeitskreis Libanesen**, der sich anlässlich des beobachteten hohen Gewaltpotenzials dieser ethnischen Gruppe zeitweise gebildet hatte, zum Zeitpunkt der Erhebung der Studie jedoch als nicht mehr bedeutend erachtet wurde (siehe 3.2.6 Projektanalysen).

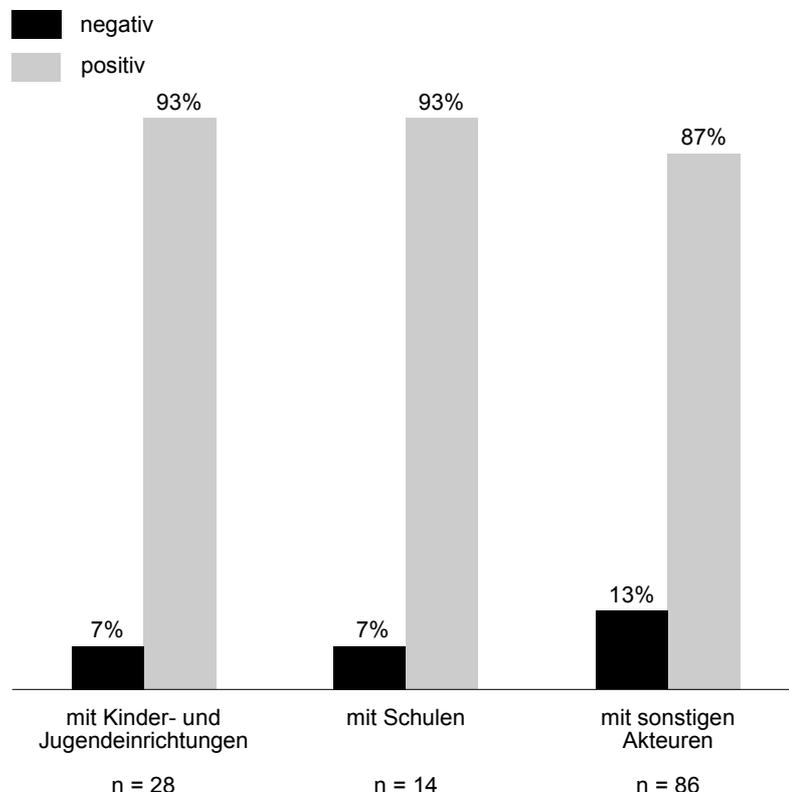
Über ihre interne Bedeutung hinaus, leisten die Arbeitskreise auch einen Beitrag zur Verbreitung kinder- und schulspezifischer Themen auf die Stadtteilebene. Als Beispiel führen die Stadtteilakteurinnen/-akteure in E-Katernberg die kritische Betrachtung des Verhältnisses in der Zusammenarbeit zwischen Schulen und Schulverwaltung an: Im „Auftrag“ des Arbeitskreises Schule wurde die Erhebung von einem Schulleiter durchgeführt und auf einer Katernberg-Konferenz vorgestellt. Die Aussprache über die Unzufriedenheit der Schulen mit der Schulverwaltung hat zu einer starken Kontroverse geführt. Es wird positiv bewertet, dass sich die Schulverwaltung auf der Katernberg-Konferenz der Diskussion gestellt hat. Bedauern äußern die Schulleitungen und Stadtteilakteurinnen/-akteuren beim Rückkopplungsgespräch darüber, dass sich kein „nachhaltiges“ Gespräch entwickelt hat.

### 3. Programmgebiete

Die Beteiligten des Arbeitskreises Schule, der Sozialraumkonferenz und der Katernberg-Konferenz erachten es als besonders wichtig, dass durch diese Gremien Transparenz über die Stadtteilarbeit und -entwicklung hergestellt wird. In der schriftlichen Befragung bestätigen sich die Ergebnisse der Interviews und Stadtteilgespräche dahingehend, dass die Arbeits- und Steuerungsstrukturen in E-Katernberg von einem Großteil der Antwortenden als „produktiv“ eingeschätzt werden (N=16 von 24; 67%), wobei die schulischen und die sonstigen Akteurinnen/Akteure positiver bewerten als die Befragten aus den Kinder- und Jugendeinrichtungen.

Diesem Ergebnis entspricht eine große Zufriedenheit der befragten Schulen und Einrichtungen mit den konkreten Kooperationen, die in E-Katernberg sogar leicht über der bereits positiven Gesamtbewertung aller Programmgebiete liegen. Insbesondere der Kooperationspartner „Schulen“ wird in E-Katernberg positiver bewertet als im Gesamtdurchschnitt (plus 12 Prozentpunkte) (siehe Abb. 6, S. 72), wobei am ehesten Schulen untereinander mit einzelnen Kooperationsbezügen unzufrieden sind. Ausschlaggebend für diese positive Bewertung dürfte sein, dass die Zusammenarbeit vielfach auf gemeinsam erarbeiteten Konzepten basiert. Auch die gute Kenntnis voneinander durch die Vernetzungsgremien stellt, so ist anzunehmen, eine gute Basis dar für die Zusammenarbeit auf der

**Abb. 6:** Zufriedenheit mit den Kooperationen (E-Katernberg)



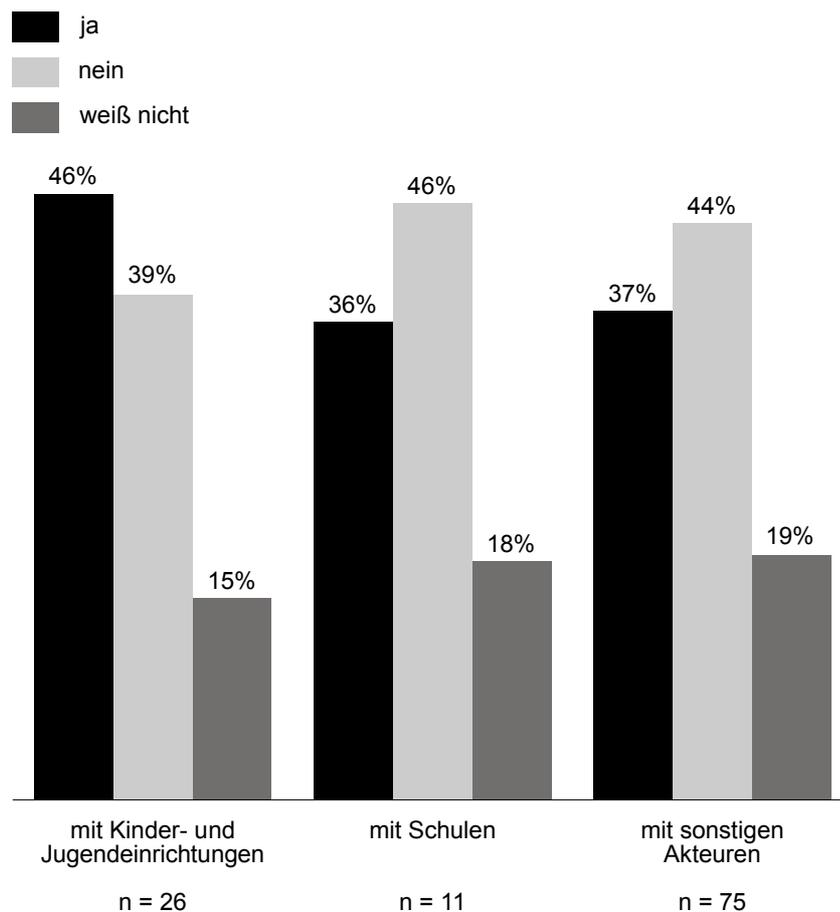
Antworten aller im Programmgebiet befragten Schulen und Einrichtungen

Quelle: *ies* Hannover 2004

### 3. Programmgebiete

operativen Ebene. Auch in E-Katernberg hat die Anzahl an konkreten Kooperationen durch den Programmkontext des „Stadtteilprojekts Katernberg“ zugenommen, wie die Antworten auf die Frage, ob die Zusammenarbeit auf den Programmkontext zurückzuführen ist, zeigt (siehe Abb. 7, S. 73).

**Abb. 7:** Entstehung der Kooperationen im Programmkontext „Soziale Stadt“ (E-Katernberg)



Antworten aller im Programmgebiet befragten Schulen und Einrichtungen

Quelle: *ies* Hannover 2004

Insgesamt sind vor allem Kooperationen mit Kinder- und Jugendeinrichtungen im Programmkontext entstanden (46%), aber immerhin jede dritte Kooperation mit einer Schule oder einem weiteren Akteur wird von den Befragten auch in den Kontext von „Soziale Stadt“ gerückt. Bei allen Einrichtungstypen liegen somit für E-Katernberg die Anteile der im Programmkontext entstandenen Kooperationen über dem Gesamttrend.

In die prinzipiell positive Bewertung der Vernetzungsstrukturen mischen sich jedoch auch einzelne kritische Äußerungen. So wird sowohl für die Sozialraumkonferenz als auch für den Arbeitskreis Schule verschiedentlich angemerkt, dass ein Teil der Teilnehmerinnen/Teilnehmer sich nur passiv beteiligt. Eine aktive

### 3. Programmgebiete

---

Mitarbeit wird nur von einem kleinen Kern gewährleistet und führt selbst in dem an Institutionen und Akteuren reichen Netzwerk in E-Katernberg zu „Ermüdungstendenzen“ bei den Aktiven.

Die **Steuerungsstrukturen** im Stadtteilprojekt Katernberg werden einerseits als sehr eingespielt und sinnvoll beschrieben. Andererseits werden aber auch kritische Punkte in der Programmstruktur und -steuerung deutlich. So werden von einem Teil der Akteurinnen/Akteure in E-Katernberg Wirkungen des Programms „Soziale Stadt NRW“ auf die Verbesserung der Bildungs- und Entwicklungsvoraussetzungen der Kinder und Jugendlichen bestritten, weil (angeblich) keine Mittel in die sozial-integrative Kinder- und Jugendarbeit und Bildungsarbeit fließen (können). Der integrative Anspruch des Programms wird – so die Kritikerinnen/Kritiker – auf der landespolitischen Ebene nicht eingelöst.

Kritisch bewertet wird zudem von Einzelnen der Informationsfluss zwischen Stadt und Stadtteil über die Förder- und Finanzstrukturen der Stadtteilarbeit in E-Katernberg. Bezogen auf die Förderprogrammatische des Landes sehen sich die Stadtteilakteurinnen/-akteure zuweilen nicht ausreichend informiert über die entsprechenden Programme und Fördermöglichkeiten (z.B. bezogen auf die Sportförderung) und investieren selbstständig Zeit in entsprechende Recherchen. Generell wird die Ebene der Lenkungsgruppe als zu weit vom Stadtteil entfernt empfunden und eine stärkere Beteiligung der Stadtteilebene an den relevanten Entscheidungen eingefordert. Der Aussage, dass die Koordinierung der Arbeit durch die Stadt effektiv und effizient ist,<sup>10</sup> stimmen allerdings immerhin 63% der Befragten „voll und ganz“/„eher“ zu, 17% sehen dies „eher nicht“/„gar nicht“ (siehe Abb. 5, S. 69). Damit liegt diese Bewertung für E-Katernberg nur unwesentlich unter dem Gesamttrend.

In den Interviews und den Stadtteilgesprächen treten einzelne sehr aktive Schulen zu Tage, die sich in der Stadtteilentwicklung engagieren und auch dementsprechend wahrgenommen werden. Andere Schulen sind weniger aktiv, beteiligen sich jedoch am Informations- und Erfahrungsaustausch. Die Akteurinnen/Akteure betonen die hohe Professionalität der Stadtteilerneuerung in E-Katernberg und bewerten diese als Ergebnis des „Stadtteilprojekts Katernberg“. Unter anderem wird auf dem Stadtteilgespräch hervorgehoben, dass durch die Arbeitsweise im „Stadtteilprojekt Katernberg“ sich der Druck auf die Schulen erhöht hat und eine Entwicklung zur Öffnung der Schulen begonnen hat. Gleichwohl wird die mit dem Workshop im Frühjahr 2002 begonnene „Bildungsinitiative Katernberg“ noch verhalten bewertet. Der beim Workshop entwickelte Ansatz wird zwar positiv gesehen, allerdings wird die zeitlich verzögerte Umsetzung des Konzepts kritisch bewertet. Eine für den Sommer 2003 geplante Bildungskonferenz fand nicht statt. Der wesentliche Grund liegt in dem Stellenwechsel des zuständigen Mitarbeiters sowie der bis heute nicht erfolgten Wiederbesetzung.

<sup>10</sup> Zu berücksichtigen ist, dass für E-Katernberg nach der Steuerung durch die Stadt, in den anderen Programmgebieten durch die Stadtteilbüros gefragt wurde.

### 3. Programmgebiete

---

Die Aktivierung von Schulen für eine Strategie der Kooperation und Öffnung wird von den Schulleitungen unter dem Aspekt der vorhandenen Ressourcen bewertet. So stellt sich beispielsweise für die Schulen in Katernberg zum Zeitpunkt der Rückkopplungsgespräche die Frage, wie die zusätzlichen Angebote aufrecht erhalten bleiben können, wenn entsprechende Zusatzstunden nicht mehr zur Verfügung gestellt werden. Auch die Erfahrungen der Moderation durch das ISSAB bestätigen, dass Schulleitungen für die Arbeit in Kooperationsprojekten, aber auch für die Beantragung von Fördermitteln entsprechende zeitliche Ressourcen benötigen.

Für das Thema **Elternbeteiligung** finden sich in E-Katernberg positive Beispiele. So wurden an der Herbartschule weitreichende und positive Erfahrungen mit der Elternmitwirkung und -bildung gesammelt. Über die systematische Einbeziehung der Eltern mit Migrationshintergrund in die Sprachförderung konnte das Interesse der Eltern für die schulischen Belange der Kinder erhöht werden. Dies betrifft – so die Schulleitung der Herbartschule – nicht nur die unmittelbar engagierten Eltern, sondern strahlt darüber hinaus insgesamt auf die Elternschaft aus und verbessert auch das Image der Schule im Stadtteil. Mittlerweile haben sich die Anmeldezahlen an der Herbartschule wieder deutlich verbessert, weil das umfassende Förderungs- und Betreuungsangebot der Schule als attraktiv wahrgenommen wird.

Problematisiert wird in E-Katernberg, dass ein solches Engagement große zeitliche Ressourcen bindet, die die Schulen ohne entsprechende Zusatzstunden nicht aufbringen können. Auf Einladung des Arbeitskreises Schule haben sich Anfang 2001 Elternvertretungen über die Frage der Elternmitwirkung ausgetauscht und dabei festgestellt, dass die Schulen die vorhandene Engagementbereitschaft der Eltern nicht nutzen, sondern diese teilweise sogar „abblocken“. Vermutet wird, dass den Schulen zum einen der „Mut fehlt“, sich auf Veränderungsprozesse einzulassen, weil diese auch die Abgabe von Entscheidungsbefugnissen bedeutet. Zum anderen wird vermutet, dass es an Know-how fehlt, wie eine verstärkte Elternansprache und -mitwirkung gelingen kann.

#### 3.2.6 Projektanalysen

##### Kooperationsveranstaltung „Salem alaikum“

**Ausgangslage:** An der Carl-Meyer-Schule, einer Sonderschule für Lern- und Erziehungshilfe, wurde eine zunehmende Gewalttätigkeit und -bereitschaft der Kinder und Jugendlichen wahrgenommen. Durch die Zusammenarbeit in anderen Vernetzungsgremien (Sozialraumkonferenz, AK Schule, AK Libanesen) ist die Idee entstanden, eine Veranstaltung für die Schülerinnen/Schüler und ihre Eltern zu organisieren, bei der das Thema „Gewalt“ thematisiert und den Jugendlichen verdeutlicht wird, dass durch die Institutionen im Stadtteil dieses Verhalten nicht mehr akzeptiert wird.



### 3. Programmgebiete

---

76

**Projektansatz:** Es wurde am 4. April 2001 eine „christlich-islamische Verständigungsveranstaltung“ für die libanesischen Schülerinnen/Schüler und ihre Eltern in der Turnhalle der Schule durchgeführt. Die Veranstaltung zielte darauf, die Gewaltbereitschaft der libanesischen Schüler zu mindern. Beteiligt an der Veranstaltung waren das Jugendhilfe-Netzwerk Essen-Katernberg, das Jugendzentrum Schonnebeck, die Polizeiwache Nord-Ost, der Imam der Salah Eddinesmoschee. Die Aussagen zum Thema „Gewalt“ in Koran und Bibel wurden als Anknüpfungspunkt zur Vermittlung gemeinsamer Werte gewählt. Bei der Veranstaltung appellierten die Netzwerkvertreter an die Schülerinnen/Schüler, ihr Verhalten zu verändern. Es wurde ihnen verdeutlicht, dass sie ansonsten die Schule verlassen müssten und strafrechtlich verfolgt werden würden. Auch die Schülerinnen/Schüler erhielten und nutzten die Möglichkeit, sich zu äußern. Mit der Unterzeichnung einer „Verpflichtungserklärung“ unter dem Leitgedanken „Friede sei mit dir / Salam alaikum“ wurde ein symbolisches Versprechen für einen anderen Umgang miteinander gegeben. Eine musikalische Darbietung einer Schülergruppe sowie Kaffee und Kuchen zum Abschluss gaben der Veranstaltung – trotz des problematischen Themas – einen versöhnlichen und „aner kennenden“ Rahmen.

**Gewinne:**

- Die Gewalttätigkeit der libanesischen Jugendlichen reduzierte sich umgehend. Zum Zeitpunkt der Erhebung stand kein libanesischer Schüler mehr auf der Liste der Intensivtäter.
- Der Erfolg der Veranstaltung und der Verpflichtungserklärung wird von den beteiligten Akteuren darauf zurück geführt, dass durch die Beteiligung von Polizei, Schule, Jugendarbeit und insbesondere dem Imam die Bedeutung des Anliegens transportiert werden konnte. Wichtig war auch die Einbeziehung und Ansprache der Eltern.
- Die Idee solcher Vereinbarungen wurde mittlerweile von anderen Schulen aufgegriffen.

**Stolpersteine:**

- Es sind keine Stolpersteine ersichtlich geworden.

#### Herbartschule

**Ausgangslage:** Aufgrund eines ständig anwachsenden Anteils an Kindern mit Migrationshintergrund, die über keine ausreichenden Deutschkenntnisse verfügen und einem damit einhergehenden Rückgang der Anmeldezahlen von Kindern aus sozial stabilen deutschen Familien, gehörte die Herbartschule in E-Katernberg zu einer jener Schulen mit sehr schlechtem Image. Die Schülerzahlen sanken kontinuierlich, die Unzufriedenheit mit dem schulischen Angebot wuchs unter den Eltern. Um dem „Niedergang“ der Schule entgegen zu wirken, verfasste die Schulleiterin einen Bericht, in dem sie auf die prekäre Lage hinwies. Unterstützung für das Anliegen fand die Schule beim lokalen Stadtteilbüro, dem

### 3. Programmgebiete

---

Holzhaus Beisen. Das Büro für Stadtentwicklung hat den Bericht zum Anlass genommen, einen Experten-Workshop zu veranstalten. Ausgehend von der Problemlage an der Herbartschule wurden Wege und Maßnahmen zur Verbesserung der Bildungsvoraussetzungen entwickelt. In den vier Handlungsschwerpunkten Elternbildung, Kooperation KiTa und Grundschule, Bildungsoffensive für Migranten, Kooperation Grundschule und weiterführende Schule galt es, stadtteil- bzw. schulbezogene Strategien zu entwickeln und umzusetzen.

**Projektansatz:** Die Herbartschule hat in Folge der Situationsbeschreibung und mit Unterstützung durch die Stadtteilmoderatoren des „Stadtteilprojekts Katernberg“ (ISSAB, Holzhaus Beisen) und mit Förderung aus Mitteln des Landesprogramms und des kommunalen Haushalts eine umfassende Schulentwicklung begonnen. Zu den Maßnahmen zur Verbesserung der schulischen Angebotsstruktur gehören unter anderem:

- Einrichtung einer „Nachmittagsschule“ (am Standort Neuhof) im Schuljahr 2001/02 als Kooperationsprojekt von Jugendamt, Schulamt und AWO KiTa gGmbH (Träger der KiTa Schalthaus) finanziert aus städtischen Mitteln und durch Sponsoring;
- Angebot von Sprachförderung für die Kinder mit Migrationshintergrund (im Rahmen eines gemeinsamen Projekts der KiTa Schalthaus, der RAA/Büro für interkulturelle Arbeit und Herbartschule „Ganzheitliche Sprachförderung in lebensraumbezogenen Zusammenhängen von Kindertageseinrichtung, Grundschule und RAA“) in Folge eines vorherigen Organisationsentwicklungsprojekts mit wissenschaftlicher Begleitung anlässlich der Neueinrichtung der KiTa Schalthaus;
- Sprachförderung unter Mitwirkung der Eltern mittels der Ansätze „Rucksack“ und „SCHUBILE – Schulen fördern bilinguales Lernen in der Primarstufe“;
- Umfassende Kooperation mit der KiTa Schalthaus: Informations- und Erfahrungsaustausch der Fach- und Lehrkräfte, gegenseitige Hospitationen, Gestaltung des Übergangs KiTa und Grundschule (Elterninformationen), gemeinsame Feste, Nachmittagsschule;
- Vielfältige Förderangebote wie z.B. „mus-e“, Leseförderung, LRS-Unterricht, muttersprachlicher Unterricht (türkisch), Hausaufgabenhilfe;
- Umfassende Elternarbeit: Informationsveranstaltungen für die Eltern in Zusammenarbeit mit der KiTa Schalthaus, gemeinsame Beratungsgespräche zum Übergang von KiTa zur Schule, Elternseminar für die Schulanfängereltern, Elterncafé, Deutschkurse für türkische Mütter am Vormittag, Hausbesuche;
- Stadtteilaktivitäten: Aufführungen im Stadtteil (Tanz/Theater), Teilnahme am „Karneval der Kulturen“;



### 3. Programmgebiete

---

78

- Sport: tägliche Bewegungssequenzen, Spiel- und Sportfeste, AG Fußball, Besuch der Eislaufbahn auf Zollverein, Schwimmen für die Klassen 2 bis 4, Teilnahme am Katernberger Fußballturnier.

Die Sprachförderung an der Herbartschule ist Bestandteil des durch RAA/Büro für interkulturelle Arbeit in der Stadt Essen erarbeiteten Sprachförderkonzepts mit den Bausteinen Elternbildung, Sprachförderung im Elementarbereich, Förderung in der Grundschule (SCHUBILE – Schulen fördern bilinguales Lernen in der Primarstufe) und interkulturelle Spiel- und Lerngruppen als schulbegleitende Fördermaßnahmen. Für die Umsetzung des Konzepts ist zwischen der Herbartschule und der KiTa Schalthaus eine enge Kooperationsbeziehung entstanden. Die KiTa, die RAA und die Herbartschule haben mittlerweile das Konzept weiterentwickelt und ein institutionsübergreifendes Sprachförderkonzept für Kinder von drei bis zehn Jahren sowie eine systematische Kooperation von KiTa und Schule erarbeitet.

Die Angebotserbringung ist ein gutes Beispiel für eine kooperative Zusammenarbeit zwischen einer Grundschule und einer Kindertageseinrichtung. Ressourcen aus verschiedenen Programmen und Ämtern werden bei der Umsetzung des Konzepts zusammengeführt.

Das Thema „Öffnung der Schule“ ist vor allem das Aufgabengebiet der Schulleiterin, die die meisten Termine in diesem Bereich wahrnimmt und über ein weitreichendes Kontaktnetzwerk verfügt. Andere Zuständigkeiten werden von einzelnen Lehrkräften übernommen (z.B. Schulbibliothek, Medien, Englischunterricht). Das Team an der Schule setzt sich interdisziplinär (u.a. Erzieherin, Künstler, Ehrenamtliche, Studierende) und interkulturell zusammen.

Die einzelnen Projekte wurden nach Auskunft der Schulleiterin zumeist von außen an die Schule herangetragen, z.B. durch Holzhaus Beisen und ISSAB, aber auch durch die Stadt im Fall der Mitwirkung am Programm 13plus; andere Projekte entstanden aus Initiativen aus dem Kollegium, wie z.B. das Energie-sparprojekt.

#### **Gewinne:**

- Die Herbartschule gewinnt im Stadtteil wahrnehmbar an Profil und Zuspruch bei den Eltern, die die umfassende Sprachförderung an der Schule schätzen.
- Bei der Nachmittagsschule liegt der Schwerpunkt auf „Bildung“. Dieses Angebot wird von 90% der Eltern nachgefragt. Gerade die Eltern mit Migrationshintergrund sind offen für die Verbesserung der Bildungschancen ihrer Kinder.
- Durch die bereits in der KiTa beginnende Sprachförderung verfügen die Kinder mittlerweile über bessere sprachliche Voraussetzungen, wenn sie zur Herbartschule kommen.
- Durch die Kooperation der Herbartschule mit der KiTa Schalthaus hat sich der Kenntnisstand über die Situation der Kinder und ihrer Familien erhöht.

### 3. Programmgebiete

---

Die Mitarbeiterinnen in beiden Institutionen konnten sich neue Kompetenzen zur Förderung der Kinder aneignen. Eine „Annäherung der Systeme“ hat stattgefunden.

#### **Stolpersteine:**

- Die nachhaltige Sicherung und Weiterführung der begonnenen Arbeit stellt ein Problem dar. Für den Start von Maßnahmen und Projekten gab es Ressourcen (u.a. Zeitbudgetstunden, eine zusätzliche halbe Lehrerstelle, Entlastungsstunden für die Sprachförderung). Diese Ressourcen entfallen nun sukzessive, so dass die Fortführung der Arbeit gefährdet ist. Auch für die Aufrechterhaltung der kooperativen Zusammenarbeit mit der KiTa Schalthaus werden zeitlichen Ressourcen benötigt. Eine Förderung aus dem Landesprogramm für diese Aufgabe ist überwiegend ausgeschlossen.
- Problematisiert wird das Konzept der Offenen Ganztagschule unter dem Aspekt „Elternbeiträge“. Es wird die Vermutung geäußert, dass ein Teil der Kinder nicht die notwendige Förderung erhält, weil die Eltern die Eigenbeteiligung nicht tragen können oder wollen.

#### **3.2.7 Anregungen**

In E-Katernberg hat das Thema Verbesserung der Bildungsvoraussetzungen für Kinder und Jugendliche bereits einen besonderen Stellenwert im Rahmen der Stadtteilerneuerung. Die verschiedenen Projekte und Fördermaßnahmen sind in Handlungskonzepte eingebettet. Über den Experten-Workshop, der zur Formulierung des „Lenkungs- und Integrationsmodells“ führte, sollte dem Thema Bildung in E-Katernberg zusätzliche Schubkraft verliehen und eine „Bildungsinitiative Katernberg“ vorangebracht werden. Dies ist auf der Ebene der konkreten Maßnahmen und Projekte gelungen. Wünschenswert erscheint vor dem Hintergrund der bei den Stadtteilgesprächen teilweise aufgekommenen „pessimistischen“ Stimmung (z.B. im Hinblick auf Schulen, die sich nicht ausreichend engagieren) der Versuch, eine „Aufbruchstimmung“ für das Thema Bildung im Programmgebiet zu initiieren.<sup>11</sup> Die Idee der „Bildungskonferenz“ ist aufzunehmen und sollte realisiert werden. Sie bietet die Gelegenheit, Konzeption und Praxis der sozialräumlichen Bildungsarbeit öffentlichkeitswirksam für den Stadtteil, aber auch darüber hinaus für die gesamtstädtische Ebene und die Landesebene („gute Beispiele für andere Programmgebiete“) darzustellen. Darüber hinaus gilt es, die vorhandenen sozialräumlichen Ansätze weiter in die gesamtstädtische Bildungsplanung zu integrieren, auch um weitere Ressourcen zu mobilisieren.

Zu überlegen sind außerdem Schritte zur Weiterentwicklung der Vernetzungsstrukturen. Die Mitglieder der Arbeitskreise Schule und KiTa sollten gemeinsam die Bildungsplanung für den Stadtteil weiter entwickeln. Über konkrete Projekt-

<sup>11</sup> Positiv anzumerken ist, dass die Katernberg-Konferenz sich bei den beiden Versammlungen im Oktober und Dezember 2004 dem Thema Bildung gewidmet haben.



### 3. Programmgebiete

---

und Förderangebote sollte versucht werden, bisher weniger aktive Schulen und Einrichtungen anzusprechen und einzubinden. Letztlich sollten jedoch die Schulen und Einrichtungen profitieren, die sich sozialräumlich engagieren („Belohnungsprinzip“).

Im Hinblick auf die tatsächliche Finanzstruktur der einzelnen Projekte und Maßnahmen fehlt es an Transparenz, so dass auf Seiten der Stadtteilakteurinnen/-akteure die finanziellen Aufwendungen der verschiedenen Förderquellen (Landesministerien, Kommune, andere Finanzierungsquellen) nicht bekannt sind. Die Fortschreibung des Handlungskonzepts mit den laufenden Maßnahmen und Projekten könnte diesen aktuellen Missstand beheben helfen.

Die Akteurinnen/Akteure sehen beim Rückkopplungsgespräch Handlungsbedarf in folgenden Punkten:

- Unterstützung und Beratung der Schulen und der Kinder- und Jugendeinrichtungen bei der Verbesserung der Förderangebote für die sozial benachteiligten Kinder und Jugendlichen;
- Erhöhung des Ressourceneinsatzes für Schulen und Kinder- und Jugendeinrichtungen, um die positiven Erfahrungen (Herbartschule/KiTa Schalthaus) zu verstetigen und auf andere Schulen und Einrichtungen übertragen zu können;
- Stärkere Sozialraumorientierung des Schulministeriums, d.h. Förderung der Bildungsinfrastruktur entsprechend den vorhandenen Bedarfen in den Stadtteilen (z.B. Finanzierung des regelmäßigen Angebots an musisch-kulturellen Projekten durch Schulministerium, Förderung von zusätzlichen Personalstellen für die besonderen Aufgaben einer sozialräumlichen Schularbeit);
- Formulierung von bildungspolitischen Zielvorgaben, Festlegung von Indikatoren und Durchführung von Evaluationen, um Bildungserfolge messbar und damit bewertbar zu machen (Entwicklung einer kleinräumigen Bildungsstatistik in Essen).

### 3.3 Gelsenkirchen Bismarck/Schalke-Nord

#### 3.3.1 Räumlicher und sozio-demographischer Kontext

„Die beiden Gelsenkirchener Ortsteile Bismarck und Schalke-Nord verdanken ihre Entstehungsgeschichte dem Bergbau und der Stahlindustrie. In dem 520 ha großen Programmgebiet leben rund 19.000 Menschen. [...] Die Krise der Montanindustrie prägt das Gebiet. Die stufenweise Stilllegung des Bergwerkes Consolidation bis 1995 führte zum Verlust von rund 4.000 Arbeitsplätzen und hinterließ eine 25 ha große Industriebrache. Den Wohnhäusern in der Umgebung des ehemaligen Bergwerkes und an der Haupteinfahrt Bismarckstraße war zu Programmbeginn die jahrelang unterlassene Instandhaltung anzusehen. Die Teilung des Stadtteils in Ost-West-Richtung durch die Autobahn A 42 und eine parallel verlaufende Schienenstrecke sowie die viel befahrene Verkehrsachse B 227 entlang des Consol-Geländes wirken als Barrieren im Gebiet. Die Bevölkerung weist die typischen sozialstrukturellen Merkmale auf, die in altindustriellen Quartieren anzutreffen sind (wie z.B. hohe Arbeitslosigkeit). Dabei bestanden zu Programmbeginn jedoch kaum Angebote der sozialen und kulturellen Infrastruktur, die z.B. auf hohe Anteile Nichtdeutscher oder Alleinerziehender hätten eingehen können.“ ([http://www.soziale-stadt.nrw.de/stadtteile/profil\\_gelsenkirchen.html](http://www.soziale-stadt.nrw.de/stadtteile/profil_gelsenkirchen.html); Stand: 12.03.04)

Das Programmgebiet besteht hinsichtlich Sozialstruktur und Problemlagen der Bevölkerung sowie der vorhandenen Infrastruktur aus zwei Stadtteilen bzw. aus drei Quartieren (Bismarck, Schalke-Nord und Haverkamp). Räumlich sowie aus Bewohnerperspektive ist eine Zweiteilung des Programmgebiets in Bismarck und Schalke-Nord wahrnehmbar (Institut für Landes- und Stadtentwicklungsfor-schung des Landes Nordrhein-Westfalen 2002b: 22 f.). Der Stadtteil Bismarck liegt nahezu vollständig im Programmgebiet und wird stark durch das Zechengelände und die Bismarckstraße geprägt. Von Schalke-Nord ist ein Teilquartier, in dem 56% der Einwohnerinnen/Einwohner des Stadtteils leben, in das geför-derte Programmgebiet einbezogen worden. Kennzeichnend für dieses Teilquar-tier ist eine besonders problematische Sozialstruktur der Bevölkerung (z.B. sehr hohe Sozialhilfedichte, Obdachlosigkeit, starke Fluktuation),<sup>12</sup> fehlende Frei-flächen und eine völlig unzureichende soziale Infrastruktur (z.B. durch Einrich-tungen, Vereine). „Die Gebietsabgrenzung umfasste dabei nicht die vollständigen Stadtteile, sondern orientierte sich an den räumlichen Problembereichen sowie an vorhandenen Potenzialen. Kriterien für die Konkretisierung des Erneuerungs-gebiets durch das Stadtplanungsamt waren: besondere Problemquartiere und

<sup>12</sup> Die Unterschiede der beiden Stadtteile werden in einer Sozialraumanalyse für die Indikatoren Sozialer Rang und Familienstatus bestätigt (Strohmeier 2001: 17). Voneinander abweichende Entwicklungen werden in der Untersuchung aller Stadtteile Gelsenkirchens mit Daten des Zeit-raums 1984-1999 auch für die Entwicklung der Anteile ausländischer Einwohnerinnen/Einwoh-ner festgestellt (ebd.: 27), wo sich für Schalke-Nord ein deutlich stärkerer Zuwachs abzeichnet. Beim Vergleich des prozentualen Anstiegs der Sozialhilfedichten hingegen rangiert Bismarck vor Schalke-Nord (ebd.: 33).

erneuerungsbedürftige Einzelobjekte, die Berücksichtigung räumlich-funktionaler Quartierszusammenhänge, die bewusste Ein- und Ausklammerung intakter Teilbereiche.“ (Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen 2002a: 17) Im Jahr 2003 wurde das geförderte Gebiet um ein ehemaliges Kraftwerksgelände erweitert.

Im Rahmen der Fallstudie hat sich gezeigt, dass die beschriebenen unterschiedlichen Voraussetzungen in den Stadtteilen Bismarck und Schalke-Nord eine große Rolle für die Arbeit im Handlungsfeld „Schule im Stadtteil“ spielen. Aufgrund der vorhandenen Ressourcen war es jedoch nicht möglich, innerhalb dieser Untersuchung Fragestellungen im Programmgebiet Bismarck/Schalke-Nord vertiefend binnendifferenziert zu untersuchen.

17.879 Menschen lebten 2003 im Programmgebiet. Der Anteil nicht-deutscher Bevölkerung insgesamt beträgt 17%; in den Altersgruppen der Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen (0-21 Jahre) liegen die Werte über 20%.<sup>13</sup> Der Anteil dieser Altersgruppe an der Gesamtbevölkerung beträgt 25%.

#### 3.3.2 Programmatischer Kontext

Gelsenkirchen Bismarck/Schalke-Nord wurde Ende 1994 in das Programm „Soziale Stadt NRW“ aufgenommen (Ratsbeschluss über ein Sofortprogramm von Maßnahmen). Die Zeitspanne zwischen Vorbereitung, Antragstellung und Beginn der Stadtteilarbeit war kurz. Die ersten Aktivitäten – vor Erarbeitung des Handlungskonzepts – basierten auf einer gemeinsamen Planungsphilosophie, die insbesondere die Nutzung endogener Potenziale, die Beteiligung von Bewohnerinnen/Bewohnern und die Vernetzung der lokalen Akteure umfasste, und einem von mehreren städtischen Ämtern vorgeschlagenen Maßnahmenkatalog in unterschiedlichen Handlungsfeldern. In diesem Zeitraum stand bei den Akteuren die Bearbeitung vorhandener Probleme, d.h. die Entwicklung einzelner Maßnahmen, die als „Vorab-Maßnahmen“ vom Land auch bewilligt wurden, und nicht die Formulierung von Zielen in einem Handlungsprogramm im Vordergrund. Die Entwicklung eines Handlungsprogramms unter Federführung des Stadtplanungsamts mit drei Leitprojekten (Umnutzung des Consol-Geländes, Neubau der Evangelischen Gesamtschule, Neugestaltung der Bismarckstraße) begann 1995, in dem Jahr, in dem auch das Stadtteilbüro als Außenstelle des Stadtplanungsamts eingerichtet wurde. Das Auslaufen der Förderung zum Jahresende 2004 ist mittlerweile nahe und die Entwicklung von Strategien zur Weiterführung der Stadtteilarbeit steht derzeit im Fokus der Arbeit des Stadtteilbüros und der Akteure.

Da der wissenschaftlichen Bearbeitung kein schriftlich fixiertes Konzept zu Handlungsfeldern und damit zusammenhängenden Zielstellungen für das Programmgebiet vorliegt, wurden die folgenden Handlungsbereiche sowie Ziel- bzw.

<sup>13</sup> Eine Ausnahme bildet die Altersgruppe von 0-2 Jahren mit 8%; dieser niedrige Wert belegt voraussichtlich eher die Veränderungen aufgrund des Staatsangehörigkeitsrechts als ein Sinken des Anteils der Kinder mit Migrationshintergrund.

### 3. Programmgebiete

---

Maßnahmenformulierungen aus unterschiedlichen Quellen zusammengestellt, um einen programmatischen Hintergrund zur Verbesserung der Bildungsvoraussetzungen von Kindern und Jugendlichen in GE-Bismarck/Schalke-Nord zu beschreiben (siehe Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen 1997; 2002a; 2002b; Stadt Gelsenkirchen, Stadtteilbüro Bismarck/Schalke-Nord o.J.). Für den Bereich „Schule im Stadtteil“, der nach Aussage der Akteure und Materialien in unterschiedlicher Form und Priorisierung in GE-Bismarck/Schalke-Nord „auf der Tagesordnung“ stand, lassen sich folgende Bereiche bzw. Ziele und Maßnahmen für das Programmgebiet extrahieren:

- **Schule und Stadtteil**
  - organisatorische wie inhaltliche Einbeziehung von Schulen in die Stadtteilaktivitäten, z.B. durch Anbindung von Betreuungsangeboten an Schulen und interkulturelle Arbeit mit Schülerinnen/Schülern und Eltern;
  - Öffnung von Schulen für den Stadtteil, z.B. durch Nutzung von Räumlichkeiten;
  - Schulhofprogramm zur ökologischen und pädagogischen Umgestaltung der Flächen;
  - Schaffung schulischer Infrastruktur durch den Neubau einer Gesamtschule in privater Trägerschaft (ökologisch, multikulturell, multikonfessionell).
- **Verbesserung der sozialen und kulturellen Infrastruktur** zur Gestaltung der Lebenswelt für benachteiligte Kinder und Jugendliche
  - bauliche Maßnahmen (Umbau Lahrshof, Bau Begegnungsstätte Haverkamp, Einrichtung Migrantenzentrum u.ä.);
  - Steigerung der Aufenthaltsqualität durch Schulhof- und Spielplatzerneuerung;
  - Abstimmung und Koordinierung von vorhandenen Angeboten, u.a. Ergänzung der Infrastruktur durch Beratungs- und Hilfsangebote;
  - Schaffung kultureller Angebote wie Jugendtheater Consol, „mus-e“ u.a.
- **Sprachförderung in Tageseinrichtungen für Kinder und Schulen** (siehe 3.3.6 Projektanalysen)
- **Öffnung von Tageseinrichtungen für Kinder** zur Schaffung von Räumen und Angeboten für den Stadtteil bzw. die Nachbarschaften
- **Gesundheit**
  - Entwicklung und Schaffung von Angeboten für Kinder und Jugendliche in Zusammenarbeit mit den Schulen;
  - Errichtung Gesundheitshaus.
- **programmatische Grundsätze**
  - Nutzung endogener Potenziale;
  - Beteiligung von Bewohnerinnen/Bewohnern;
  - Vernetzung der lokalen Akteure und Institutionen, Verstärkung der Kooperationsbereitschaft zur Ressourcenbündelung;



### 3. Programmgebiete

---

- Verbindung von Maßnahmen der Stadtteilarbeit mit Angeboten der Beschäftigung und Qualifizierung bzw. Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten für die Bewohnerinnen/Bewohner.

[Quellen: Interviews mit dem Stadtteilbüro, Material- und Datenanalyse]

#### 3.3.3 Herausforderungen

Neben sprachlichen Defiziten, prekären Lebenslagen der Kinder und Jugendlichen, unzureichender Erziehungskompetenz von Eltern (siehe auch 4.1 Ausgangssituation) sind in der Erhebung von Problemlagen an Schulen auch in diesem Programmgebiet spezifische Herausforderungen genannt worden.

Thematisiert wurden die Schwierigkeiten in der **Kooperation mit Schulen** in diesem Stadtteil. Aufgrund der offensichtlichen Defizite der Kinder und Jugendlichen – so die Meinung der Akteure der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe – sind Grundlage und Bedarf von Kooperationen zur Verbesserung der Bildungsvoraussetzungen „eigentlich unstrittig“. Die Zurückhaltung von Seiten einzelner Schulen wird auf eine fehlende Konkurrenzsituation und die ausbleibende Wahrnehmung des Problemdrucks zurückgeführt. Die betreffenden Schulen gehen auf die besonderen Anforderungen mit der Lebenssituation der Kinder und Jugendlichen im Stadtteil kaum ein, durch die z.T. fehlende Konkurrenzsituation entsteht kaum Handlungsdruck aufgrund „abwandernder“ Schülerinnen/Schüler. Ein weiteres Problem – so die These der Stadtteilakteure – ist die Orientierung und die Bewertung von Schulen an ihrem Bildungsauftrag. Die Aspekte Stadtteilorientierung und Kooperation finden dabei keine hinreichende Berücksichtigung. Im Hinblick auf Möglichkeiten zur Steigerung der Motivation dieser Schulen zur Mitwirkung an der Stadtteilentwicklung sind die Akteure ratlos. Ideen wie die Vermittlung von Kooperationsgewinnen u.ä. erscheinen als zu unverbindlich. Nach Meinung der Stadtteilakteure treten bei Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe ohne Tendenz zur Kooperation ähnliche Phänomene auf.

Insgesamt besteht im Programmgebiet Bismarck/Schalke-Nord ein deutliches **Defizit an sozialer und kultureller Infrastruktur**. Dies zeigt sich in fehlenden Spiel-, Bewegungs- und Begegnungsräumen und offenen Treffs insbesondere für Jugendliche. Gleichzeitig wird das Angebot für Kinder und Jugendliche zur Betreuung und Freizeitgestaltung als unzureichend beschrieben. Vor dem Hintergrund der Sozialstruktur der Bewohnerschaft, dem beobachteten verzögerten/unzureichenden Entwicklungsstand und der häufig defizitären sprachlichen Kompetenz der Kinder, die in die Grundschule kommen, wird gerade hier jedoch großer Bedarf gesehen. Vielen Kindern, insbesondere aus sozial schwachen oder Familien mit Migrationshintergrund, fehlen nach Beobachtung der Lehrkräfte grundlegende Erfahrungen, wie z.B. Basteln, Umgang mit Stiften und Schere, die nicht in dem erforderlichen Maße in der Grundschule nachgeholt werden können. Gleichzeitig wird benannt, dass der Zugang von Schulen und Einrichtungen zu Familien und Eltern mit Migrationshintergrund fehlt und der Elternarbeit entsprechende Priorität eingeräumt werden muss.

### 3. Programmgebiete

---

Nach Aussage der Beteiligten der Fallstudie in GE-Bismarck/Schalke-Nord liegt ein Problem in der **Abstimmung der Organisation der gesamtstädtischen Verwaltung auf die sozialraumorientierte Arbeit der (städtischen) Tageseinrichtungen für Kinder**. Die Entwicklung zur stadtteilorientierten Ausrichtung der Arbeit wird durch die Verwaltungsstrukturen nicht ausreichend unterstützt. Die geltenden Regelungen, z.B. zum Einsatz von sog. Springern und zu Überstunden, werden den Anforderungen der Arbeit in einem sozial benachteiligten Stadtteil, in dem neben der „normalen“ Arbeit von Beschäftigten in Tageseinrichtungen häufig zusätzliche Sozial-, Vernetzungs- und Projektarbeit geleistet wird, nicht gerecht. Die Beschäftigten geraten damit auf der einen Seite durch die Anforderungen aus dem Stadtteil und auf der anderen Seite auch durch die Arbeitsstrukturen unter hohem Druck.

Der in der Beschreibung des sozio-demographischen Kontextes erörterte **Zuschnitt des Programmgebiets** und damit die Verbindung zweier Stadtteile mit sehr unterschiedlichen Ausgangs- und Problemsituationen (siehe 3.3.1) birgt Herausforderungen für die Arbeit im Handlungsfeld „Schule im Stadtteil“. „Es wurde in der Arbeitsgruppe [„Kinder und Jugendliche“] festgestellt, dass es aufgrund der Heterogenität des Programmgebiets Bismarck/Schalke-Nord schwer fällt, einheitliche Zielsetzungen in der Kinder- und Jugendarbeit zu formulieren.“ (Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen 1997: 39) Wenn Teilquartiere innerhalb der Programmgebiete besonders gravierende Problemstellungen aufweisen (z.B. kaum aktivierbare Vereine und Bewohnergruppen, besonders hoher Anteil an Personen in prekären Lebenslagen) müssen Zielentwicklung, Maßnahmenplanung/-umsetzung, Organisation der Stadtteilarbeit wie auch die Ansprache und Gewinnung von Akteuren u.U. gesondert erfolgen und organisiert werden. Dies stellt für alle Handlungsfelder an das Stadtteilmanagement besonders hohe Anforderungen, wie das Beispiel GE-Bismarck/Schalke-Nord zeigt.

Das **Auslaufen der Förderung** durch das Programm „Soziale Stadt NRW“ Ende 2004 ist zum Zeitpunkt der Erhebung ein zentrales Thema für die Akteure im Stadtteil. Als problematisch zeigt sich für die an der Fallstudie beteiligten Akteure vor dem Hintergrund der unzureichenden Infrastruktur insbesondere die Weiterführung der Arbeit zur Verbesserung der Situation für Kinder und Jugendliche in Schalke-Nord. Grundsätzlich besteht ein Problem in der Gestaltung des Übergangs von der Projekt- zur Regelförderung für Maßnahmen und Angebote.<sup>14</sup>

[Quellen: Interviews mit dem Stadtteilbüro, den Schulleitungen und Akteuren der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe, Material- und Datenanalyse]

<sup>14</sup> Eine Strategierunde hat in den letzten zwei Jahren vor dem Auslaufen der Förderung Perspektiven und Strategien für die Absicherung der weiteren Arbeit auch im Handlungsfeld „Schule im Stadtteil“ entwickelt. Durch eine Kooperation zwischen dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie und dem Migrantenzentrum in Trägerschaft der Arbeiterwohlfahrt (AWO) scheint jetzt eine geeignete Perspektive für Schalke-Nord entwickelt worden zu sein, die mit Mitteln aus dem kommunalen Jugendhilfeplan finanziert wird. Die Aufrechterhaltung des Stadtteilbüros mit einer Stelle in personeller Kontinuität ist ebenfalls gesichert (Stand: 3. Dezember 2004).



### 3. Programmgebiete

#### 3.3.4 Akteursgruppen

Im Programmgebiet liegen derzeit sechs **Schulen** (Grundschulen Bickernstraße, Erdbrüggenstraße, Lenaustraße und Marschallstraße, die Realschule Am Hagemannshof und die Evangelische Gesamtschule Gelsenkirchen-Bismarck). Die Grundschule Kurt-Schumacher-Straße liegt außerhalb des Programmgebiets. Aufgrund der Tatsache, dass viele Kinder aus Schalke-Nord diese Schule besuchen, wurde eine Genehmigung für die Maßnahmenförderung mit Programmmitteln durch die Bezirksregierung Münster erteilt. Mit dem Bau der Evangelischen Gesamtschule und der Schließung einer Hauptschule ist in den letzten Jahren verhältnismäßig viel Bewegung in die schulische Infrastruktur des Stadtteils Bismarck/Schalke-Nord gekommen.

**Tab. 12:** Schulen in GE-Bismarck/Schalke-Nord

	Schulform	Bezug zum Programmgebiet
GGs Bickernstraße	Städtische Gemeinschaftsgrundschule	innerhalb, Haverkamp
Grundschule Erdbrüggenstraße	Katholische Grundschule	innerhalb
GGs Kurt-Schumacher-Straße	Städtische Gemeinschaftsgrundschule	außerhalb, Schalke-Nord; Förderung aus Programmmitteln, da eine hohe Quote an Schülerinnen/Schülern aus dem Programmgebiet die Schule besuchen
GGs Lenaustraße	Städtische Gemeinschaftsgrundschule	innerhalb, Bismarck
GGs Marschallstraße	Städtische Gemeinschaftsgrundschule	innerhalb, Bismarck
Realschule Am Hagemannshof	Städtische Realschule	innerhalb, Haverkamp; programmgebietsübergreifender Schuleinzugsbereich
Evangelische Gesamtschule Gelsenkirchen-Bismarck (EGG)	Gesamtschule in freier Trägerschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen	innerhalb, Bismarck; programmgebietsübergreifender Schuleinzugsbereich
Hauptschule Laarstraße	Städtische Hauptschule von 2001 bis 2003 im Auslaufbetrieb als Außenstelle der Hauptschule Emmastraße	innerhalb; programmgebietsübergreifender Schuleinzugsbereich; Schulbetrieb 2003 eingestellt

Die Gesamtsteuerung der Stadtteilarbeit läuft in Bismarck/Schalke-Nord über das Referat Stadtplanung der Stadt Gelsenkirchen, das dazu vor Ort das Stadtteil-

### 3. Programmgebiete

büro eingerichtet hat. Zur Intensivierung der Arbeit im Stadtteil Schalke-Nord wurde 2001 „JULIUS B. – Jung sein und leben in unserem Stadtteil Bismarck/ Schalke-Nord“ mit dem Quartiersmanagement, angebunden an das Jugendamt, beauftragt. Im Rahmen der Fallstudie weiterhin von Interesse ist die beim Fachbereich Kinder, Jugend und Familie auf gesamtstädtischer Arbeitsebene eingerichtete Stelle „Jugendhilfe und Schule“. Weitere **Akteure und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe** sind der folgenden Tabelle zu entnehmen.<sup>15</sup>

**Tab. 13:** Ausgewählte Akteure bzw. Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe in GE-Bismarck/Schalke-Nord

	Art der Einrichtung	Bezug zum Programmgebiet
Einrichtungen der Kinderbetreuung	6 städtische Tageseinrichtungen für Kinder	im Programmgebiet
„Ausländische Kinder und Mütter“ e.V.	Verein zur Förderung der Integration von Familien mit Migrationshintergrund (Mitarbeit an der Konzeption zur Sprachförderung)	Tätigkeitsschwerpunkt nicht mehr im Programmgebiet
Consol-Theater	Kinder- und Jugendtheater des forums kunstvereint e.V. in der ehem. Lüftermaschinenhalle der Zeche Consolidation	im Programmgebiet
Gesundheitshaus Bismarck e.V.	Anlauf- und Beratungsstelle in freier Trägerschaft	im Programmgebiet
JULIUS B. – Jung sein und leben in unserem Stadtteil Bismarck/ Schalke-Nord	Träger: Bauverein Falkenjugend e.V., Kooperationspartnerschaft mit dem Jugendamt der Stadt Gelsenkirchen  Projekt seit 1996, Quartiersmanagement für Schalke-Nord seit 2001, Förderung läuft 2004 aus	im Programmgebiet; Schalke-Nord
Pädagogisches Zentrum (PädZe)	Ursprünglich als Initiative arbeitsloser Lehrkräfte und Pädagoginnen/Pädagogen gegründet (1985)  2000 beendet	

<sup>15</sup> Aufgrund der fehlenden Teilnahme von Akteuren der Jugendarbeit an den Stadtteilgesprächen bleibt dieser Bereich in der Fallstudie leider unterbelichtet.



### 3. Programmgebiete

In der programmgebietspezifischen Analyse des Handlungsfeldes „Schule im Stadtteil“ wurde von den Befragten/Beteiligten auch auf **Arbeitsgremien und Steuerungsstrukturen** hingewiesen.

**Tab. 14:** Arbeitsgremien und Steuerungsstrukturen in GE-Bismarck/Schalke-Nord

	Art des Gremiums	Bezug zum Programmgebiet
Stadtteilbüro	Außenstelle des Referats Stadtplanung	Koordinierung des Stadtteilprogramms, übernimmt Organisation und Geschäftsführung der Arbeitskreise
AK Bismarck/Schalke-Nord	tagt u.a. unter Beteiligung von Ämtern, Einrichtungen, Politik, Schlüsselpersonen und Schulen drei- bis viermal pro Jahr; Geschäftsführung Stadtteilbüro	thematisch übergeordnet Informationsaustausch, Maßnahmenplanung
AK Glaskasten	Treffen der Träger sozial-integrativer Projekte tagt alle vier Wochen Geschäftsführung Stadtteilbüro	thematisch auf sozial-integrative Projekte fokussiert Erörterung von Möglichkeiten der Fördermittelbeantragung sowie Informationsaustausch, Beratung, Koordinierung, Ideenbörse
AK Schalke-Nord	tagt u.a. unter Beteiligung von Politik und Einrichtungen des Stadtteils alle sechs Wochen  Geschäftsführung JULIUS B.	Hauptthema sind Abstimmung der Akteure zur Verbesserung der sozialen Lage
AK Schulhoferneuerung	Arbeitsgruppe mit den beteiligten Schulen, Vertreterinnen/Vertretern der städtischen Fachdienststellen, eines externen Planungsbüros sowie des Stadtteilbüros	Steuerungsgremium während der Durchführung der Schulhofumgestaltung; abgeschlossen
Forum 2000	Beteiligung von ca. 35 Vereinen aus dem Stadtteil  Ausschließlich ehrenamtlich	Vernetzung örtlicher Vereine mit nachhaltiger Perspektive, da ehrenamtlich organisierte Arbeit; Organisation der Stadtteilster
jour-fixe Beschäftigung und Qualifizierung	Stadtteilbüro, Jugendverwaltung, Jugendberufshilfe, Beschäftigungsförderung u.a.	Abstimmung der Beschäftigungsprojekte, dabei auch verstärkte Jugendförderung

### 3. Programmgebiete

	Art des Gremiums	Bezug zum Programmgebiet
Strategierunde	unter Beteiligung JULIUS B., Schulen, Tageseinrichtungen  Geschäftsführung Stadtteilbüro	zur Konzeptentwicklung für tragfähige Projektstrukturen in der Nachförderphase entstanden; abgeschlossen
Treffen zur Sprachförderung	Teilnehmende: RAA; Fachbereich Kinder, Jugend und Familie; Schulleitungen; Leitungen der Tageseinrichtungen  tagt zwei- bis dreimal pro Jahr	Fortführung des in Bismarck entwickelten Konzeptes, Beratung anderer Gelsenkirchener Tageseinrichtungen und Schulen

[Quellen: Interviews mit dem Stadtteilbüro, den Schulleitungen und Akteuren der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe, Material- und Datenanalyse]

#### 3.3.5 Spezifische Ergebnisse

Auch in GE-Bismarck/Schalke-Nord sagen etwa drei Viertel der schriftlich Befragten, dass sie eine **Verbesserung der Situation der Kinder und Jugendlichen** im Zusammenhang mit dem Landesprogramm „Soziale Stadt NRW“ sehen (siehe Gesamtergebnisse 4.2.1 Spezifische Förderangebote). Dies deckt sich mit den Aussagen der Interviews und Stadtteilgesprächen für diesen Stadtteil. Allerdings fällt auf, dass neben Erfolgen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit ein Großteil der berichteten positiven Entwicklungen außerhalb dieses Handlungsfeldes liegen (wie bauliche Aufwertung des Stadtteils, Sanierung und Umnutzung des Zechengeländes Consolidation, Steigerung der Identifikation der Bewohnerinnen/Bewohner mit dem Stadtteil). Dies veranschaulicht, dass in Bismarck/Schalke-Nord Projekte in vielen Handlungsfeldern umgesetzt wurden. Das Handlungsfeld „Schule im Stadtteil“ hat einen wichtigen Stellenwert mit einer sehr hohen Beteiligung bei Schülerinnen/Schülern, Lehrerinnen/Lehrern, Eltern und Sponsoren erreicht.

Im Programmgebiet Bismarck/Schalke-Nord ist die **Situation der Schulen** hinsichtlich ihrer Öffnung zum Stadtteil und Mitwirkung an der Stadtteilentwicklung heterogen. An der Grundschule Marschallstraße gab es schon lange vor Beginn der Förderung durch die „Soziale Stadt“ ein ausgeprägtes Bewusstsein für die Problematik der Kinder im Stadtteil; sie blickt auf eine langjährige an Community Education angelehnte Arbeit zurück.<sup>16</sup> Hier bestand mit dem Start der Stadtteilarbeit im Programm „Soziale Stadt NRW“ ein inhaltlicher wie auch organisatorischer Anknüpfungspunkt für das Stadtteilmanagement. Mit der EGG wurde eine weitere von Konzept und Schulprogramm von vornherein ausdrücklich am

<sup>16</sup> Zu dem sozialraumorientierten Ansatz gehören u.a. die Ausdehnung des Schullebens über den Unterricht am Vormittag hinaus, vielfältige Kooperationen zur Förderung auch sozialer Kompetenzen der Schülerinnen/Schüler und die Einbindung der verschiedenen Religionen durch Feste. An diese Schule angeschlossen ist z.B. ein Schulkinderhaus.



### 3. Programmgebiete

---

Stadtteil orientierte Schule aufgebaut. Die Realschule „Am Hagemannshof“ ist in der Wahrnehmung der Akteure ebenfalls eine Schule, der die Öffnung zum Stadtteil in einem Entwicklungsprozess in den letzten Jahren gelungen ist (siehe 3.3.6 Projektanalysen). Neben diesen „Fortgeschrittenen“ wird gleichzeitig auf Schulen mit geringem Interesse hingewiesen, die für eine Einbindung in die Stadtteilarbeit nicht gewonnen werden konnten.

Die Qualität des **Akteursnetzwerks** im Handlungsfeld „Schule im Stadtteil“ im Gelsenkirchener Programmgebiet hängt aus Sicht des Stadtteilmanagements mit der Verzahnung über engagierte Personen zusammen; sie werden als Erfolgsfaktoren für eine gute Zusammenarbeit benannt. Die Stadtteilakteure heben die Bedeutung der kommunikativen Schnittstellen durch das Stadtteilbüro und die Abstimmungsprozesse in den Arbeitskreisen (Bismarck/Schalke-Nord und Glaskasten) im Zusammenhang mit der Initiierung von Kooperationen und Projekten hervor. Die Ausweitung der informellen Kontakte untereinander und die Implementierung von Austauschgremien werden dabei auf den Stadtteilgesprächen eindeutig in einen Zusammenhang mit dem Programm „Soziale Stadt NRW“ gestellt. Die Mitwirkung fordert jedoch auch Ressourcen und Energien der Akteure. So zeigte sich insbesondere auf dem Stadtteilgespräch der Rückkopplungsphase, dass den engagierten Mitglieder dieses Akteursnetzes aus Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe Anerkennung und Unterstützung für ihre Arbeit in der Stadtteilentwicklung fehlen (z.B. finanzielle Förderung über Anreizsysteme). Die Ergebnisse der schriftlichen Befragung zeigen ergänzend, dass eine Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen in benachteiligten Stadtteilen von den Befragten in Gelsenkirchen in Abweichung zum Gesamttrend insbesondere mit der effektiven Arbeit der Austauschgremien (plus elf Prozentpunkte) in Verbindung gebracht wird.

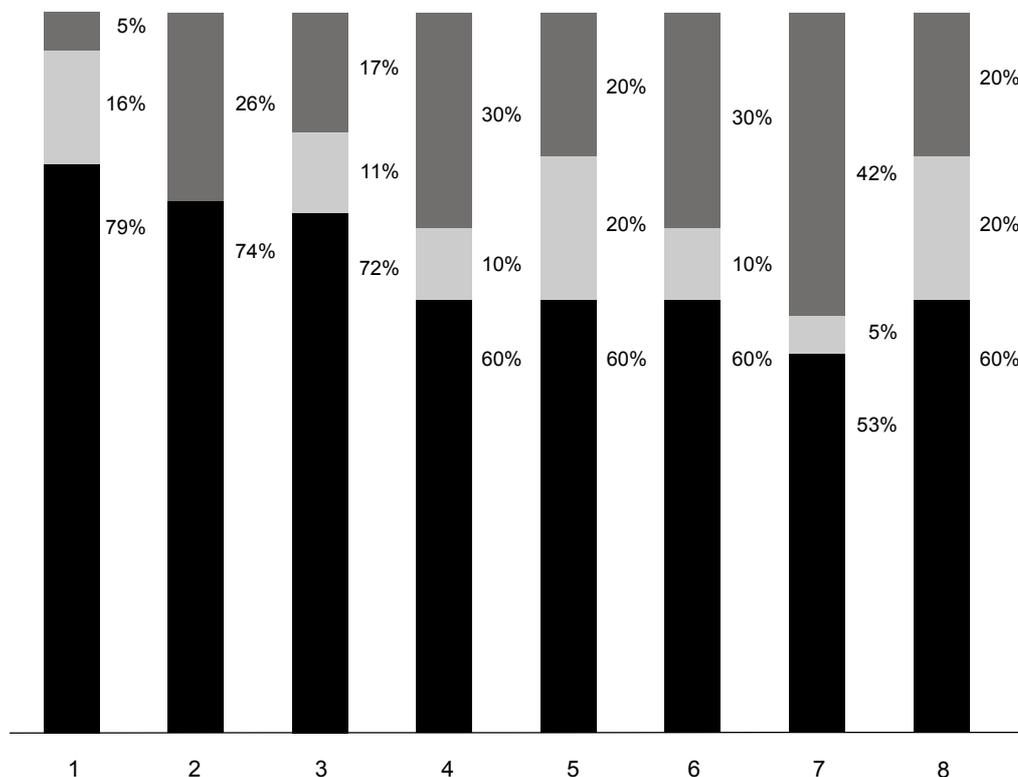
Gleichzeitig wird die Mitwirkung in Arbeits- und Steuerungsgremien von den einzelnen Schulen und Einrichtungen in Bismarck/Schalke-Nord jedoch negativer bewertet als im Gesamttrend; die Zahl der Antworten, die von „produktiv für unsere Arbeit“ sprechen (46%, N=10) übersteigt die Aussage, dass es „wenig ergiebig“ ist (41%, N=9), zu der eher sonstige Akteure und Schulen tendieren, nur knapp.

Abweichend vom Tenor der Gesamtauswertung schätzen die Befragten die kooperative Grundhaltung der Einrichtungen im Stadtteil kritischer ein. Während von allen Befragten zusammen nur 8% keine kooperative Grundhaltung sehen, liegt dieser Anteil für GE-Bismarck/Schalke-Nord bei immerhin 16% (siehe Abb. 8, S. 91). Die Antworten auf die Frage nach vorhandenen **Kooperationen** der Stadtteilakteure in Gelsenkirchen verdeutlichen, dass die Befragten anteilig am häufigsten in Kooperation mit Schulen stehen (50% kontinuierliche und 18% projektbezogene Kooperationen bei insgesamt 22 Nennungen, wobei die unterschiedliche Auslegung von Art und Umfang der Kooperation zwischen den Akteurinnen und Akteuren immer zu berücksichtigen ist. Bei den Kooperationen mit den drei Einrichtungstypen dominiert durchweg die kontinuierliche vor der projektbezogenen Zusammenarbeit. 29% der bestehenden Kooperationen im

### 3. Programmgebiete

Stadtteil wurden – vergleichbar mit dem Gesamttrend – im Programmkontext initiiert.

**Abb. 8:** Bewertung von Kooperation und Vernetzung (GE-Bismarck/Schalke-Nord)



Antworten aller im Programmgebiet befragten Schulen und Einrichtungen

- 1 kooperative Grundhaltung unter Stadtteileinrichtungen vorhanden
  - 2 kooperative Grundhaltung unter Schulen vorhanden
  - 3 Bildung neuer Kooperationsstrukturen im Stadtteil gelungen
  - 4 Austauschgremien arbeiten effektiv
  - 5 Koordinierung der Arbeit durch Stadtteil erfolgt effektiv
  - 6 Einsatz der Ressourcen erfolgt effektiv
  - 7 operative Ebene in Kooperationsprojekten ist effektiv
  - 8 Ausweitung der Angebote durch Kooperationsprojekte ist gelungen
- N = 18 - 20

Quelle: *ies* Hannover 2004

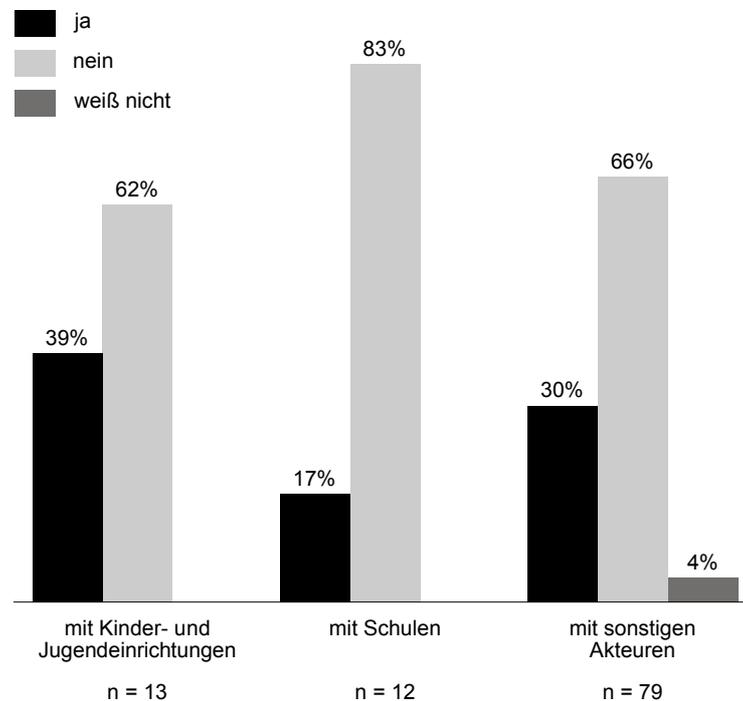
Die Analyse der Kooperationen mit den drei Einrichtungstypen zeigt, dass Kooperationen mit Kinder- und Jugendeinrichtungen zu 39% (bei insgesamt 13 Nennungen) und mit sonstigen Akteuren zu 30% (n=79) im Zusammenhang mit dem Programm stehen. Kooperationen mit Schulen werden lediglich zu einem Anteil von 17% auf das Landesprogramm zurückgeführt (n=12); bei der Gesamtauswertung wurden hier 30% ermittelt (siehe Abb. 9, S. 92).



### 3. Programmgebiete

92

**Abb. 9:** Entstehung der Kooperationen im Programmkontext „Soziale Stadt“ (GE-Bismarck/Schalke-Nord)



Antworten aller im Programmgebiet befragten Schulen und Einrichtungen

Quelle: *ies* Hannover 2004

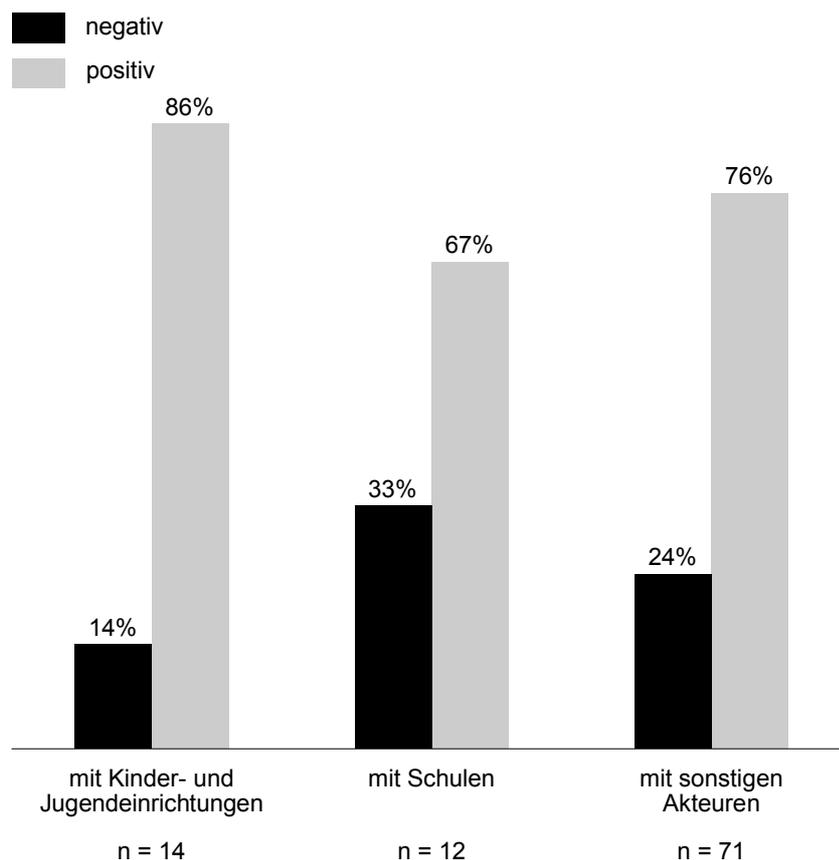
Demnach konnte die programmatische Umsetzung der „Sozialen Stadt“ in Gelsenkirchen eher Kooperationen mit Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe als mit Schulen anregen. Die angegebenen Kooperationsbeziehungen bestanden offensichtlich bereits vorher. Die Zufriedenheit der Befragten mit den vorhandenen Kooperationen ist insgesamt positiv (67-86% äußern sich zufrieden), jedoch tendenziell weniger positiv als der Gesamttrend der schriftlichen Befragung (Schulen minus 14 Prozentpunkte, sonstige Akteure minus acht, Kinder- und Jugendeinrichtungen minus fünf). Die höchste Unzufriedenheit wird auch in Gelsenkirchen bei den Kooperationen mit Schulen angegeben (33% bei insgesamt zwölf Nennungen) (siehe Abb. 10, S. 93).

Durch kooperative Ansätze (z.B. Sprachförderung, Öffnung von Tageseinrichtungen für Kinder) hat sich insbesondere das **Verhältnis von Kindertageseinrichtungen und Grundschulen** im Stadtteil deutlich verbessert. Nach anfänglichen Reibungsverlusten durch die notwendigen Abstimmungsprozesse zwischen Schulen und Einrichtungen gelang der Aufbau funktionierender Kooperationen. Die inhaltliche und organisatorische Arbeit zur Verbesserung der Situation für Kinder und Jugendliche im Stadtteil führte zu einem gemeinsamen Verständnis, zum Abbau von Vorurteilen und zur Intensivierung von Kontakten. Auf dieser Grundlage ist es gelungen, Konzepte weiterzuentwickeln, Beschäftigte weiterzu-

### 3. Programmgebiete

qualifizieren und das Stadtteilangebot für Kinder auszudehnen. Nach Aussagen von Beteiligten verbleibt durch die weitere Koordinierungsarbeit jedoch eine erhöhte Belastung bei den Leitungskräften.

**Abb. 10:** Zufriedenheit mit den Kooperationen (GE-Bismarck/Schalke-Nord)



Antworten aller im Programmgebiet befragten Schulen und Einrichtungen

Quelle: *ies* Hannover 2004

Ein besonderer Fokus in Bismarck/Schalke-Nord liegt auf dem Neubau der **EGG**, einem der drei Leitprojekte, das hinsichtlich baulich-investiver Mittel vom Landesprogramm „Soziale Stadt NRW“ profitierte. Die Evangelische Kirche von Westfalen hat sich mit der Wahl des Standortes bewusst für einen „schwierigen“ Stadtteil entschieden; ein entsprechendes Konzept als Familienschule, Erziehungsschule, Lebens- und Erfahrungsschule sowie Stadtteilschule liegt ihr zugrunde. „Die Evangelische Gesamtschule Gelsenkirchen-Bismarck (EGG) ist als eine Stätte ganzheitlichen Lernens mit dem Schwerpunkt interkultureller Erziehung konzipiert, die als Stadtteilschule ein Begegnungsort und ein kulturelles Zentrum sowie ein ökologischer Lernort sein möchte. [...] Sie will eine Schule im Stadtteil und für den Stadtteil sein, in der ein vielfältiges Gemeindeleben stattfinden soll – auch abends und an den Wochenenden.“ (siehe Flyer der

### 3. Programmgebiete

---

Evangelischen Gesamtschule o.J.) Realisiert wurden in diesem Zusammenhang u.a. ein innovatives Raumkonzept zur Gestaltung der Lern- und Lebensumgebung, vielfältige Angebote der Freizeitgestaltung, die musische Förderung der Kinder und Jugendlichen und die Unterstützung beim Übergang von Schule und Beruf. Hinzuweisen ist auch auf einen beteiligungsorientierten Ansatz der Schule im Aufbau, der den Kindern eine Mitwirkung an der Gestaltung ihres Klassenhauses ermöglicht.<sup>17</sup> Dies führt zu einer starken Identifizierung mit den Räumlichkeiten und dadurch zu einem pfleglichen Umgang durch die Schülerinnen/Schüler. Auch wurden Räume mit Option zur Nutzung durch Stadtteilakteure geschaffen (Stadthaus, Pyramide, Sporthalle); die Umsetzung ist noch verhalten. Mittlerweile blickt die Gesamtschule auf vielfältige Kooperationen (z.B. mit dem Fachbereich Kinder, Jugend und Familie oder anderen Grundschulen des Stadtteils zur Information und Gestaltung des Schulübergangs). Die EGG ist eine wichtige Institution im Kontext der stadtteilorientierten Arbeit von Schulen. Die Einbindung der Schule in das Akteursnetz weist allerdings auch Schwierigkeiten auf. Durch ihren Status als Privatschule kann sie stärker als andere Schulen im Stadtteil Einfluss auf die Zusammensetzung ihrer Schülerschaft nehmen. Diese Tatsache, die finanzielle Ausstattung und auch die Orientierung der Öffentlichkeit an diesem medienwirksamen Leitprojekt sind Ursachen für neidgeprägte Bewertungen der Schule. Es entsteht der Eindruck, dass vorhandene gegenseitige Animositäten durch einen Wechsel in der Leitungsebene der Schule und einen „Neuanfang“ von Austausch und Kooperation mittlerweile ausgeräumt werden konnten. Die seit 1998 jahrgangsweise weiterentwickelte Schule hat zudem mittlerweile eine ausreichende Personalkapazität, um die anspruchsvolle Programmatik der Öffnung für den Stadtteil verstärkt umzusetzen.

Im Rahmen der unterschiedlichen Erhebungen der Fallstudie wurden gelungene Projekte der Stadtteilarbeit beschrieben: Von den Beteiligten/Befragten besonders positiv hervorgehoben wurden die Ansätze der **Sprachförderung an KiTas und Grundschulen**. Ein Drittel der in der schriftlichen Befragung genannten erfolgreichen Projekte beziehen sich auf diesen Bereich (29%, n=9 von insgesamt 31 Nennungen; siehe 3.3.6 Projektanalysen). Weiter wurde die **Verbesserung der Freizeit- und Betreuungsangebote** z.B. durch Nachmittagsangebote in der KiTa „Auf der Hardt“ in Kooperation mit einer Grundschule oder durch die Hausaufgabenhilfe von JULIUS B. thematisiert sowie die erfolgreiche beteiligungsorientierte ökologische und pädagogische Umgestaltung aller Schulhöfe im Stadtteil in Verbindung mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (**Schulhofprogramm**).<sup>18</sup> Allerdings tauchen auch in diesem Programmgebiet Probleme mit der Finanzierung der Instandhaltung auf. Eine positive Bewertung durch die Stadtteilakteure erfährt auch die **Öffnung von Tageseinrichtungen für Kinder**. Gleich zu Beginn des Stadtteilprogramms 1995 entwickelte der Fachbereich für

<sup>17</sup> Sukzessive wurde die Schule von Jahr zu Jahr um eine Klassenstufe erweitert; der Zuwachs an Schülerinnen/Schülern und auch Lehrkräften stellt dabei eine große Anforderung an die Organisation und die Entwicklung des Kollegiums dar.

<sup>18</sup> Siehe: Stadt Gelsenkirchen, Stadtteilbüro Gelsenkirchen Bismarck/Schalke-Nord 2001.

### 3. Programmgebiete

---

Kinder, Jugend und Familie dieses Pilotprojekt, das in NRW beispielhaft ist. Die Tageseinrichtungen sollten nachmittags, abends und an den Wochenenden für Aktivitäten der Bewohnerinnen/Bewohner der Nachbarschaft geöffnet werden (was bis dahin durch die Fachaufsicht der Landesjugendämter mit Hinweis auf das Bundesseuchengesetz untersagt war). Drei Einrichtungen waren an diesem Projekt beteiligt: MiB - „Miteinander in Bismarck“ in der Tageseinrichtung „Auf der Hardt“, OTiS – „Offener Treff in Schalke“ in der Tageseinrichtung „Freiligrathstraße“ und FidS – „Familie in der Schule“ im Schulkinderhaus Marschallstraße, ab 1999 kam noch die Öffnung der Tageseinrichtung „Julius-Frisch-Straße“ dazu. Im Zusammenhang mit der Öffnung der Einrichtungen außerhalb der Regelzeiten und der anfänglichen finanziellen Unterstützung für Sach- und Honorarkosten konnten unterschiedliche Freizeit- und Bildungsangebote zur Förderung der Nachbarschaft umgesetzt werden. Durch zusätzliche Fachkräfte aus Stadtteilmitteln konnten sich die Einrichtungen so durch gezielte Angebote zu kleinen Nachbarschaftseinrichtungen entwickeln. Mit dieser Aufgabe konnten zudem bei den Beteiligten Lernprozesse angeregt und das Selbstverständnis der Einrichtungen weiterentwickelt werden. „Insgesamt [...] ist es gelungen, die Bewohner-treffpunkte in die Alltagsarbeit der Einrichtungen zu integrieren und diese damit über ihre eigentliche Bestimmung hinaus zugleich als Orte der Kommunikation und der selbstbestimmten Freizeitgestaltung für das nachbarschaftliche Umfeld zu öffnen. In den vergangenen fünf Jahren konnten zudem mehrere der dort neu entstandenen bewohnergetragenen Aktivitäten soweit stabilisiert werden, dass sie inzwischen in Eigenregie oder mit relativ geringer Unterstützung durch die Einrichtungen weitergeführt werden können.“ (Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen 2002b: 64) Anfang 2004 wurde ein gemeinnütziger Förderverein dieser vier Einrichtungen gegründet, um den mit Fördermitteln begonnenen Aufbau der Öffnung der Einrichtungen auch nach Auslaufen der Landesförderung ab Anfang 2005 fortzuführen. Durch den Verein sollen die professionelle und ehrenamtliche Arbeit koordiniert und Sponsoringmittel eingeworben werden.

Insgesamt haben die Stadtteilaktivitäten (z.B. Sprachförderung, Öffnung von Tageseinrichtungen, Aufbau eines Migrantenzentrums in Trägerschaft der AWO) dazu geführt, die institutionelle Unterstützung für Familien mit Migrationshintergrund und eine aktive **Beteiligung von Migrantinnen/Migranten** zu verbessern. Gleichzeitig wurden in der Erhebungsphase der Fallstudie Barrieren u.a. durch unvereinbare Wertvorstellungen zwischen Familien mit Migrationshintergrund und Lehrkräften bzw. Beschäftigten in Tageseinrichtungen deutlich.

Während dieser Untersuchung sind im Programmgebiet Bismarck/Schalke-Nord an unterschiedlichen Stellen **Probleme der innerkommunalen Kooperation** zu Tage getreten. Diese beziehen sich u.a. auf spürbare Differenzen in der Wahrnehmung der Problemlagen in den beiden Stadtteilen Bismarck und Schalke-Nord sowie die Prioritätensetzung im Bereich Schule/Kinder und Jugendliche von Stadtteilbüro und JULIUS B.



### 3. Programmgebiete

---

Die Arbeiten und Erfahrungen der gesamtstädtischen Stelle „Kooperation Jugendhilfe – Schule“, die gerade für den Stadtteil GE-Bismarck/Schalke-Nord bei der Einbindung von Schulen sowie der weiteren Förderungen von Kooperationen von Bedeutung sind, werden stadtteilbezogen nur verhalten integriert. Die im Rahmen einer Veranstaltung zum Thema angeregten kleinräumigen Arbeitsgruppen orientieren sich an den übergeordneten Bezirksgrenzen (Gelsenkirchen-Nord, -West, -Ost, -Mitte, -Süd).<sup>19</sup> Möglicherweise stellt dieser zusätzliche Akteurskreis eine Bereicherung für die Akteure des Programmgebiets dar, weil neue Institutionen bzw. Personen mit innovativen Anregungen anzutreffen sind. Auf der anderen Seite handelt es sich um einen weiteren Bezugsrahmen für Austausch und Kooperation der Stadtteilakteure und damit möglicherweise um eine Überforderung der Kapazitäten.

In diesem Zusammenhang auch zu erwähnen ist die Statistikstelle. Für die kleinräumige Planung unerlässlich sind entsprechend aufbereitete Daten, die in Zusammenarbeit des fachlich zuständigen Referates und dem Bereich Statistik entwickelt und bereit gestellt werden müssten. In Gelsenkirchen sind Hürden offensichtlich geworden, die eine abgestimmte kommunale Vorgehensweise behindern.

Neben den bereits beschriebenen positiven Effekten im Handlungsfeld „Schule im Stadtteil“ sind in den Erhebungen der Fallstudie im Programmgebiet GE-Bismarck/Schalke-Nord Hinweise auf die besonderen Herausforderungen und Problemlagen für Kinder und Jugendliche im **Stadtteil Schalke-Nord** aufgetaucht. Die Ausgangssituation, insbesondere die fehlende Infrastruktur (Einrichtungen, Vereine usw.) hat es hier nicht ermöglicht, Angebote langfristig zu implementieren. Die Beteiligten der Fallstudie äußern sich hierüber durchweg besorgt. Ihrer Einschätzung nach ist die weitere Förderung unablässige Bedingung für die weitere Arbeit an der Verbesserung der Situation und der Bildungschancen für Kinder und Jugendliche (zum mittlerweile erreichten Stand siehe Fußnote 14, S. 36). Die Darstellung der spezifischen Herausforderung in diesem Teilquartier in der Erhebung belegen, wie wichtig eine kleinräumige Problemwahrnehmung und -bearbeitung in den Programmgebieten ist.

Nach Durchführung von zwei Perspektivwerkstätten und einer Befragung der im Gebiet arbeitenden Einrichtungen zu Möglichkeiten und Grenzen der Verstärkung von Angeboten hatte das Stadtteilbüro 2002 eine „Strategierunde“ einberufen. Dort wurden die **Handlungsstrategien für die Weiterführung der Stadtteilarbeit** in der Nachförderphase entwickelt. Beteiligt waren Stadtteilbüro, JULIUS B., Büro für Wirtschaftsentwicklung, Vertreterinnen/Vertreter der Vorstandsbereiche, Gesundheitshaus Bismarck e.V. und Schulen (GGs Marschallstraße, EGG). Die Ergebnisse der Befragung des Stadtteilbüros zeigen – wie auch die Aussagen der Beteiligten/Befragten der Fallstudie zu Maßnahmen im Zusammenhang mit „Soziale Stadt“ an Schulen bzw. für Kinder und Jugendliche

<sup>19</sup> Siehe: Dokumentation der Veranstaltung Stadt Gelsenkirchen, Der Oberbürgermeister o.J.

–, dass die Projekte während der Förderphase erfolgreich bearbeitet werden konnten. Ohne weitere finanzielle Absicherung ist dies jedoch nicht möglich (JULIUS B., Begegnungsstätte Haverkamp, Öffnung der Tageseinrichtungen für Kinder, Sprachförderung). Im Rahmen der Befragung werden bereits vielfältige Strategien zur Absicherung entwickelt (Gründung (Förder-)Verein, Sponsoring, Beantragung von Drittmitteln wie Landesjugendplan, von Stiftungen oder Ministerien/Landesfördermittel, Einbindung anders finanzierter Projektträger/Trägerbündnisse oder von lokaler Ökonomie, Erhebung von Teilnahmebeiträgen, Gewinnung von Ehrenamtlichen, Entwicklung von Kooperationen). Nach Auskunft des Referat Stadtplanung sind die Ergebnisse der Strategierunde sind inzwischen umgesetzt und die Fortführung der sozial-integrativen Arbeit ab Anfang 2005 erscheint ohne Landesmittel durchaus realistisch.

[Quellen: Auswertungen der Interviews mit dem Stadtteilbüro, den Schulleitungen, Akteuren der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe und der schriftlichen Befragung]

#### 3.3.6 Projektanalysen

##### Sprachförderung – Chance interkultureller Erziehung

**Ausgangssituation:** Vorläuferprojekte zur Sprachförderung starteten in GE-Bismarck/Schalke-Nord bereits Mitte der 1980er Jahre. „Ziel war es, ausländische Kinder im Vorschulalter vor allem durch sprachfördernde Maßnahmen auf die Grundschule und damit auf die Unterrichtssprache Deutsch vorzubereiten. Aber es stellte sich schon bald heraus, dass das Problem mit Sprachförderung allein nicht zu lösen war, vielmehr mußte ein ganzheitlicher Erziehungsansatz gefunden werden, der auch die Mütter von Anfang an in den ‚Lernprozeß‘ mit einbezog.“ (Verein Ausländische Kinder und Mütter e.V. 1998: 5) Das damalige Modellprojekt und Sprachförderprogramm an Schulen und in Tageseinrichtungen für Kinder wurde, vor dem Hintergrund, dass der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund und geringen Deutschkenntnissen im Stadtteil hoch ist und Deutschkenntnisse als Bedingung für die Integration der Kinder in Schulen und Einrichtungen vorausgesetzt werden, in die Stadtteilarbeit im Kontext des Landesprogramms integriert.

**Projektansatz:** Die Sprachförderung (über das Landesprogramm „Soziale Stadt NRW“) an Schulen und Kindergärten begann im Stadtteil 1998 mit der Zielsetzung, „sprachliche, soziale und motorische Mängel bei ausländischen, aber auch bei deutschen Kindern in einem möglichst frühen Alter auszugleichen.“ (Stadt Gelsenkirchen o.J.: 7) Das grundlegende Konzept wurde gemeinsam mit der RAA, dem Jugendamt, dem Verein Ausländische Kinder und Mütter e.V. sowie den Leitungen von Schulen und Kindergärten entwickelt. Zentraler Ausgangspunkt war ein Ansatz der gewährleistet, „dass die Kinder nicht zwischen sondern mit zwei Kulturen aufwachsen.“ (ebd.: 10) Vor dem Hintergrund der Beobachtungen, dass Kinder häufig weder ihre Muttersprache noch die Zweitsprache beherrschen, bezieht die Förderung beide Sprachen mit ein und fordert die Mütter zur aktiven Teilnahme am Programm auf.



### 3. Programmgebiete

---

Neben der Erarbeitung von Materialien für Spiel- und Bastelangebote, Weiterbildungen im Bereich der „Interkulturellen Erziehung“ und Sprachförderung der Beschäftigten von Kindergärten wurden aus Landesmitteln in fünf Einrichtungen zusätzliche bi-linguale Pädagoginnen (zumeist türkischsprachig) für den Vormittagsbereich eingestellt. An fünf Grundschulen begann die Sprachförderung durch Lehr- und Honorarkräfte von Kindern im Vorschulalter (z.B. orientiert an den verschiedenen Sinnen durch Rollenspiele, Bildergeschichten, Lieder) und Grundschulkindern (z.B. Förderung von Kommunikationsfähigkeit, Ausweitung des Wortschatzes in Ergänzung zum Unterricht der Lehrkräfte durch Sprachlehrerinnen/-lehrer oder auch als gesondertes Förderangebot) zeitgleich.<sup>20</sup> Die Projektbeteiligten treffen sich zwei bis drei Mal pro Jahr im Rahmen eines Arbeitskreises zum Austausch.

#### **Gewinne:**

- Die kooperative Projektentwicklung legt einen wichtigen Grundstein für eine langfristig erfolgreiche gemeinsame Umsetzung dieses vernetzten Projektansatzes. Insbesondere positiv erwähnt wird von den Beteiligten die fachliche Beratung und Unterstützung durch die RAA. Bestehende Vorurteile zwischen Kindertageseinrichtungen und Grundschulen konnten durch das Projekt abgebaut werden.
- Durch diesen Ansatz der frühzeitigen und ganzheitlichen Sprachförderung konnten nach Beobachtung von Expertinnen/Experten bereits Erfolge bei der Steigerung der Chancengleichheit von Kindern mit Migrationshintergrund in der Schule erreicht werden. Schulische Erfolge zeigen sich dabei genauso wie die Tatsache, dass an mehreren Grundschulen keine Vorbereitungsklassen zur Sprachförderung mehr notwendig sind.
- Durch das laufende Programm an KiTas und Grundschulen sowie insbesondere die Einbindung von hauptamtlichen Kräften mit Migrationshintergrund konnte der Kontakt zwischen Institutionen und Eltern mit Migrationshintergrund verbessert werden. Eltern mit Migrationshintergrund werden als offener und zugänglicher für die Thematik beschrieben.
- Aus den Erfahrungen in den Tageseinrichtungen aus Bismarck/Schalke-Nord ist das Modellprojekt „Interkulturelle Erziehung“ entstanden. Den Hintergrund bildete die Erfahrung der Einrichtungen, dass Sprachförderung allein nicht ausreicht, sondern in ein umfassendes Konzept zur interkulturellen Erziehung eingepasst werden muss. Da bi-linguale Fachkräfte und ein ganzheitliches Konzept fehlten, entstand das Modellprojekt „Interkulturelle Erziehung“. Nach Abschluss des wissenschaftlich begleiteten Projekts ist es Standard, dass in allen städtischen Tageseinrichtungen interkulturell gearbeitet wird. In 26 KiTas, die 50% und mehr Kinder mit Migrationshintergrund betreuen wird außerdem eine zusätzliche „interkulturelle Fachkraft“ eingesetzt. Die Erfahrungen in GE-Bismarck/Schalke-Nord haben demnach grund-

<sup>20</sup> Eine ausführliche Beschreibung des gesamten Ansatzes enthält Stadt Gelsenkirchen o.J.

### 3. Programmgebiete

---

legende Veränderungen der Konzeption der städtischen Tageseinrichtungen in Gang gesetzt.

#### **Stolpersteine:**

- Der vernetzte Ansatz stellt hohe persönliche wie fachliche Anforderungen an die Beschäftigten.
- Die Realisierung der Sprachförderung über Honorarkräfte ist – aus Perspektive der beteiligten Schulen/Einrichtungen – aufgrund deren häufig fehlender personeller Kontinuität problematisch (z.B. wiederholte Einarbeitung erforderlich).
- Da von den Projektbeteiligten trotz jahrelanger Arbeit im Bereich der Sprachförderung keine grundsätzlich positiven Tendenzen in der Weiterentwicklung der sprachlichen Kompetenzen von Migrantinnen/Migranten beobachtet werden können, macht sich Ratlosigkeit und auch Frustration unter den Aktiven breit.<sup>21</sup>
- Derzeit fehlt es noch an der Übertragung dieses erfolgreichen Ansatzes auf weiterführende Schulen, an denen die Sprachkompetenz von Schülerinnen/Schülern ebenfalls ein Problem darstellt.

#### **Beteiligung einer weiterführenden Schule an der Stadtteilentwicklung**

**Ausgangssituation:** Während der Aufbauphase der Realschule, in der der Blick stark auf die eigene Organisation gerichtet war, gab es keine Ressourcen zur Orientierung in Richtung Stadtteil. Mitte der 1990er Jahre kam die Schule, die zu etwa 50% von Jugendlichen aus Bismarck bzw. Schalke-Nord besucht wird, über das Schulhofprogramm in ersten Kontakt zur Stadtteilarbeit im Zusammenhang mit dem Landesprogramm. Zur Förderung der „schwierigen Klientel“ an der Schule (z.B. sprachliche Defizite bei deutschen und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, Tendenz der Abschottung von Familien mit Migrationshintergrund, Jugendarbeitslosigkeit, Beschwerden von Anliegern über Schülerinnen/Schüler, körperliche Gewalt in Familien) werden nunmehr unterschiedliche Strategien auch in Richtung Öffnung zum Stadtteil entwickelt und umgesetzt.

**Projektansatz:** Ohne Verbindung zur „Sozialen Stadt“ wird an der Schule ein umfassender Ansatz zur Berufswahlvorbereitung realisiert (z.B. Betriebspraktika, Besuch des Berufsinformationszentrums, Bewerbungstraining mit Fachleuten). Zu diesem Konzept gehören auch Projektstage in verschiedenen Betrieben, an denen die Schülerinnen/Schüler sich mit Berufsbildern vertraut machen und Kontakt zu Betrieben aufnehmen können. Eine Auseinandersetzung der Schülerinnen/Schüler mit dem Stadtteil findet z.B. in Projektwochen (z.B. Untersuchung des Wirtschaftsstandortes) statt. Die gemeinsame Erarbeitung von Verhaltens-

<sup>21</sup> In diesem Programmgebiet wird dies von einer Reihe von Akteurinnen/Akteuren auf den Umstand zurück geführt, dass über Eheschließungen eine Einwanderung von Frauen aus der Türkei stattfindet, die wie in früheren Zeiten über keine deutschen Sprachkenntnisse verfügen.



### 3. Programmgebiete

---

100

regeln ist geplant, um Beschwerden der Anwohnerinnen/Anwohner der Schule, die in einem Wohngebiet liegt, zu minimieren.

Im Zusammenhang mit dem Landesprogramm „Soziale Stadt NRW“ wurde das Projekt der Schulhofumgestaltung durchgeführt. Ebenfalls mit Landesmitteln gefördert wurde eine Tanzgruppe zur Erweiterung des Angebots zur Freizeitgestaltung (Honorare für Betreuung, Sachkosten für die Anschaffung einer Musikanlage sowie von Kostümen). Sie kooperiert aktuell mit einem semiprofessionellen Ensemble und hat bereits eine gemeinsame Choreografie einstudiert. Wichtiger Bestandteil der Aktivitäten der Tanzgruppen in unterschiedlichen Altersstufen der Schule sind die öffentlichen Auftritte auf Stadtteilstesten, die nach Aussage der Schulleitung einen zentralen Austausch zwischen Schule und Stadtteil darstellen (siehe Stadt Gelsenkirchen, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie 2003).

Durch diese schulischen Ansätze werden die Möglichkeiten der Freizeitgestaltung der Jugendlichen durch Nutzung von Fördermitteln ausgeweitet und ihre musischen bzw. sozialen Kompetenzen gestärkt. Anerkennung und Bestätigung erfahren insbesondere die Teilnehmerinnen der Tanzgruppen durch die Einbindung von Auftritten im Stadtteil. Insgesamt sind diese Aktivitäten der Hintergrund für eine aktive Öffentlichkeitsarbeit der Schule, die durch eine Schulzeitung (getragen durch den Förderverein der Schule), durch Veranstaltungen und sonstige Medienarbeit in Richtung Stadtteil, Kommune und auch der Schulverwaltung auf sich aufmerksam macht.

#### **Gewinne:**

- Die Schule hat erkannt, dass die Öffnung zum Stadtteil ein Gewinn ist, von dem sowohl Schule als auch Stadtteil profitieren (Win-Win-Situation). Die Mitwirkung an der Stadtteilarbeit ermöglicht Projekte für die Schülerinnen/Schüler, was sich wiederum positiv auf die Wahrnehmung der Schule im Stadtteil bzw. in der Stadt auswirkt. Durch die Teilnahme an Prozessen der Stadtteilarbeit entwickelte sich die Schule zu einem geschätzten Kooperationspartner und erhält so mitunter Anregung und Unterstützung bei der Projektarbeit durch das Jugendamt. Die Schule wiederum konnte über die Entwicklung der letzten Jahre insgesamt ihr Image verbessern und ihr Profil als „Open School“ schärfen.
- Insbesondere die musischen Projekte wirken sich positiv auf die Persönlichkeitsentwicklung der Jugendlichen aus.

#### **Stolpersteine:**

- In Zeiten der inneren Konsolidierung waren keine Kapazitäten der Schule frei, um sich an der Stadtteilentwicklung zu beteiligen. Eine stark initiierende Wirkung geht von der Schulleitung aus, die jedoch Kolleginnen/Kollegen nicht zu Engagement z.B. in der Freizeit verpflichten kann.
- Ein Ausbau der Kooperationen in Richtung der Betriebe scheitert an deren Zurückhaltung, die u.a. auf die wirtschaftliche Lage im Stadtteil zurückgeführt wird.

[Quellen: Interviews mit Stadtteilbüro, Schulleitungen, Akteuren der Kinder- und Jugendarbeit, Material- und Datenanalyse]

### 3.3.7 Anregungen

Das zentrale Thema in GE-Bismarck/Schalke-Nord ist der anstehende **Übergang von der Förderung des Stadtteils über „Soziale Stadt NRW“ in alternative Finanzierungsmodelle** ab Anfang 2005. Dies betrifft auch die Absicherung von Angeboten und Projekten zur Verbesserung der Bildungsvoraussetzungen für Kinder und Jugendliche. Ein besonderer Druck entsteht dadurch, dass die Einstellung der Förderung das Akteursnetzwerk relativ flächendeckend betreffen wird. Wieweit das entwickelte Konzept für die einzelnen Projekte tragfähig ist und wie unter den erschwerten Bedingungen ohne weitere öffentliche Förderung die Kontinuität der Arbeit möglich sein wird, ist eine der großen Herausforderungen an die Stadtteilarbeit.<sup>22</sup>

Um vorhandene Ressourcen zielgerichtet einzusetzen, kann es von Vorteil sein, in Richtung der (Schul-)Verwaltung der Gesamtstadt für stärker sozialraumorientierte Kinder- und Jugendarbeit sowie entsprechende Ansätze zu werben. Unter dem Aspekt der Arbeitsverteilung und Ressourcenaktivierung sind weitere Akteure einzubeziehen; hierzu zählen bisher noch nicht aktive Schulen und Einrichtungen sowie vorhandene Gremien ohne Zusammenhang zum Landesprogramm. So wurde z.B. auf einen Regionalkreis der Schulleitungen als Unterorganisation der Schulaufsicht in Bismarck hingewiesen, der regelmäßig tagt und ein mögliches Forum zum Austausch über die Bildungsvoraussetzungen der Kinder und Jugendlichen im Stadtteil sein könnte. Zu diesem Zweck ist ebenfalls die in der Stadtverwaltung vorhandene Kompetenz wie z.B. durch die Stelle „Kooperation Jugendhilfe und Schule“ einzubeziehen.

Ausgehend von der Diskussion der Stadtteilakteure auf dem letzten Treffen in GE-Bismarck/Schalke-Nord haben folgende Tätigkeitsschwerpunkte für die Betreffenden Bedeutung:

- Organisation der Förderung von Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe nach einem „Belohnungs-“, statt dem bisherigen „Gießkannenprinzip“;
- Ausweitung der sozialraumorientierten Arbeit auf die gesamte Stadt- und Schulverwaltung;
- Nutzung und Vermittlung der vielfach vorhandenen Erfahrungen zur Einbindung von Eltern mit Migrationshintergrund durch Qualifizierung von Hauptamtlichen.

<sup>22</sup> Die Aktionswoche zum Förderabschluss des Programms im November 2004 stand unter dem Motto „dankeschön ... und wir machen weiter!“ Es konnte mit der Aktionswoche unter den Akteuren zumindest eine positive Stimmung für die weitere Arbeit hergestellt werden.



### 3.4 Oberhausen-Knappenviertel

#### 3.4.1 Räumlicher und sozio-demographischer Kontext

„Im Knappenviertel leben 7.394 Menschen auf einer Fläche von ca. 126 ha (Stand: 12/99). Das baulich sehr vielfältige Gebiet besteht aus Blockrandbebauung (größtenteils noch aus der Jahrhundertwende), zwei- bis viergeschossiger Zeilenbebauung der 50er- und 60er Jahre, aber auch aus bis zu zwölfgeschossigen Hochhäusern. Das Image des Knappenviertels wurde lange Zeit durch die im Viertel befindliche älteste und größte städtische Obdachlosensiedlung Oberhausens geprägt. Faktisch deuten aber hohe Anteile von Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern und Alleinerziehenden auf die vorherrschenden sozialen Problematiken hin.“ ([http://www.soziale-stadt.nrw.de/stadtteile/profil\\_oberhausen.html](http://www.soziale-stadt.nrw.de/stadtteile/profil_oberhausen.html))

Diese Beschreibung im Internetauftritt des *Städtenetz Soziale Stadt NRW* charakterisiert das Programmgebiet OB-Knappenviertel bei Aufnahme in das Programm „Soziale Stadt NRW“. Nach sechsjähriger Programmlaufzeit haben sich die bauliche Situation, z.B. durch Umbau von Straßen, Plätzen, Schulhöfen und Spielplätzen, die soziale Infrastruktur, z.B. durch die Einrichtung des Bürgerzentrums „Alte Heid“ sowie das kulturelle Leben im Stadtteil z.B. durch ein jährliches Fest zur interkulturellen Verständigung, eine Stadtteilzeitung und das Bunker-museum bereits deutlich verändert.

Gleichwohl ist das Knappenviertel immer noch geprägt von den Folgen seiner durch die Montanindustrie geprägten Entwicklung. Über Jahrzehnte hinweg boten sich den Menschen in den angrenzenden Betrieben ausreichende Arbeitsplätze. Mit der Schließung des Thyssen-Stahlwerks, dem letzten Arbeitgeber in diesem Industriezweig, nahm die Arbeitslosigkeit im Knappenviertel deutlich zu. In der Folge mussten auch eine Reihe kleinerer Zulieferer- und Handwerksbetriebe sowie Einzelhandelsgeschäfte aufgeben (Stadt Oberhausen 2001: 10 ff.).

Die Bevölkerungsentwicklung für das Knappenviertel zeigt einen Rückgang der absoluten Zahlen von 7.833 im Jahr 1995 (Jahr vor Aufnahme in die Landesförderung) auf 6.825 Menschen im Jahr 2003 und entspricht damit einem Rückgang von 13% der Gesamtbevölkerung. Diese Entwicklung ist u.a. auf den Abriss einer Obdachlosensiedlung während der Förderlaufzeit zurück zu führen. Dieser Trend ist im Zeitraum von 1995 und 2003 auch für die Zahl der im Knappenviertel lebenden Menschen mit Migrationshintergrund zu verzeichnen, deren Zahl von 1.258 auf 1.101 zurückgegangen ist (-12%).

Die soziale Lage der Menschen im Programmgebiet ist wenig günstig: Auch im Jahr 2003 leben 889 von 6.825 Menschen im Sozialhilfebezug; 38% der Bezieher von Sozialhilfe sind Kinder und Jugendliche bis 17 Jahren.

#### 3.4.2 Programmatischer Kontext

Die Aufnahme des Knappenviertels in das Programm „Soziale Stadt NRW“ bzw. „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“, wie es damals noch hieß, er-

### 3. Programmgebiete

---

103

folgte am 24.1.1996. Die Auswahl des Knappenviertels basierte auf einer vergleichenden sozialräumlichen Datenanalyse in vier Oberhausener Stadtteilen. Die Arbeit im Programmgebiet wurde im September 1996 durch das Quartiersmanagement aufgenommen.

Oberstes Ziel für das Programmgebiet war die Entwicklung eines umfassenden Handlungskonzepts zur Stadtteilerneuerung unter Beteiligung der Bewohnerinnen/Bewohner, um dem Stadtteil eine neue Perspektiven zu geben. Als besonders wichtig wurde erachtet, sichtbare Zeichen für die Verbesserung der Lebenssituation zu setzen und ein Klima der Zuversicht in der Bevölkerung des Stadtteils zu schaffen (Stadtteilbüro „Knappenviertel“ 1997: 6). Bereits das „Integrierte Handlungskonzept“ widmet sich in dem Maßnahmenkatalog dem Handlungsfeld „Schule/Schulhöfe“ und schlägt eine verstärkte Nutzung der Schulräume und -höfe für die Freizeitgestaltung der Kinder und Jugendlichen vor (ebd.: 14).

In einer Sitzung des Beirats am 15.5.1997 wurden diese Ziele konkretisiert und als wesentliche Grundsätze festgehalten, dass bei der Planung, Konkretisierung und Umsetzung der Maßnahmen der Bürgerbeteiligung eine hohe Priorität einzuräumen ist und die Förderung von Beschäftigung und Qualifizierung mit den Maßnahmen verbunden werden soll. Den grundlegenden Gedanken der Bewohnerbeteiligung aufnehmend, haben Stadtteilakteure den durch Politik und Verwaltung für das Oberhausener Knappenviertel formulierten Zielekanon auf einer Zukunftswerkstatt im April 1998 weiterentwickelt (Das Projekt Knappenviertel 1998). Der Prozess hatte vor allem im Hinblick auf die Schaffung einer gemeinsamen Problemsicht der Stadtteilakteurinnen/-akteure eine wichtige Funktion und mündete in einen Katalog konkreter Ziele und Handlungsschwerpunkte mit folgenden übergeordneten Punkten:

- Imageentwicklung und Stadtteilmarketing;
- Entwicklung der örtlichen Geschäfts- und Arbeitswelt;
- Beschäftigung und Qualifizierung (2. Arbeitsmarkt);
- Weiterentwicklung und Koordinierung der Kinder- und Jugendarbeit;
- Kommunikationszentrum (Bunkerprojekt).

Bauliche Maßnahmen gewannen im Prozessverlauf an Bedeutung, so dass sich die Verbesserung des Wohnungsbestands und des Wohnumfelds als weiterer Handlungsschwerpunkt herausbildete (Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen 2001: 234).

Für den Handlungsschwerpunkt „Weiterentwicklung und Koordinierung der Kinder- und Jugendarbeit“ formulierten die beteiligten Akteurinnen/Akteure als Unterziele die Verbesserung der Zukunftschancen, die Verbesserung des Übergangs von Schule und Beruf sowie die kinder- und jugendgerechte Gestaltung der Umwelt (Das Projekt Knappenviertel 1998: 20). An diesem Prozess beteiligten sich die Mitglieder des eingerichteten Beirats, Vertreterinnen/Vertreter aus



dem Stadtteilbüro und der Verwaltung sowie Stadtteilakteurinnen/-akteure aus Initiativen und der Bewohnerschaft.

Besonderer Wert wurde in der Anfangsphase des Stadtteilentwicklungsprozesses auf den Aufbau von Akteursnetzwerken gelegt. Allerdings sind die Schulen als Netzwerkakteure – nach Auskunft des Stadtteilmanagements – erst im Verlauf des Prozesses verstärkt angesprochen und einbezogen worden. Neben der Zukunftswerkstatt hatte dabei für die Entwicklungen im Handlungsfeld „Schule im Stadtteil“ die kleinräumige Studie zur „Sozialen Lage und Gesundheit von Kindern“ im Knappenviertel maßgebliche Bedeutung. Bei dieser Untersuchung wurden die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen 1992 bis 1996 sowie die zahngesundheitliche Situation der Kinder mit Wohnort Knappenviertel untersucht (siehe Stadt Oberhausen o.J.). Ein Ergebnis der Studie war die Etablierung des „Aktionsbündnis Gesundheit“, das eine Reihe von Projekten und Maßnahmen zur Gesundheits- und Bewegungsförderung durchgeführt hat (siehe 3.4.6 Projektanalysen).

#### 3.4.3 Herausforderungen

Wie die Studie zur „Sozialen Lage und Gesundheit von Kindern“ im Knappenviertel zeigt, lagen besondere Anforderungen der Stadtteilarbeit in der **Gesundheits- und Bewegungsförderung von Kindern und Jugendlichen**. So kommt im Jahr 2001 eine Studie der Sportjugend NRW im LandesSportBund Nordrhein-Westfalen zu dem Ergebnis, dass im Stadtteil kaum öffentliche Freiräume und Freizeitangebote für Jugendliche zur Verfügung stehen (Sportjugend NRW im LandesSportBund Nordrhein-Westfalen e.V. 2001: 43).

Bezüglich des Schulbereichs erwies sich die Situation an der Knappenschule als besonders problematisch, u.a. aufgrund eines hohen Anteils an Kindern aus der benachbarten Obdachlosensiedlung. Die **Knappenschule hatte ein schlechtes Image** und litt unter stark rückläufigen Schülerzahlen. Nach Auflösung der Siedlung hat sich die Situation ein wenig entschärft, wenngleich die Schulleitung betont, dass ein großer Teil der Kinder weiterhin aus armen Familien kommt und nur unzureichende Unterstützung durch die Eltern erfährt.

Als Herausforderung stellte sich zu Beginn des Prozesses die **Etablierung eines tragfähigen Netzwerks der Akteure und Institutionen** dar. Im Unterschied zu anderen Programmgebieten konnte im Programmgebiet OB-Knappenviertel kaum auf vorhandene Verbindungen aufgebaut werden. Im Handlungsfeld „Schule im Stadtteil/Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe“ existierte zwar bereits der Arbeitskreis „Jugendhilfe“, der jedoch für einen größeren Bezirk zuständig ist. Ein Workshop der Jugendhilfe konnte zu einem besseren gegenseitigen Verständnis zwischen Schule und Jugendhilfe beitragen.

Ein besonderes Problem während der Förderlaufzeit wurde seitens der Akteurinnen/Akteure auch in der **Verteilung von Mitteln im Stadtgebiet** gesehen. So reagierten sie in den Interviews und Stadtteilgesprächen z.B. mit Unverständnis auf die Tatsache, dass die Vorrangigkeit für die Stadtteile mit besonderem Erneue-

### 3. Programmgebiete

rungsbedarf vorgesehenen Mittel aus dem Programm Zeitbudgetstunden ab dem Schuljahr 2003/04 an andere Schulen im Stadtgebiet verteilt wurden. Auch dass die Mittel aus dem Programm „GÖS – Gestaltung des Schullebens und Öffnung von Schule“ nicht, wie ursprünglich geplant, vorrangig Schulen in sozial benachteiligten Stadtteilen zugute gekommen sind, stößt auf Kritik.

Die größte Herausforderung zum Zeitpunkt der Erarbeitung der Studie zwischen Mitte 2003 und Mitte 2004 liegt jedoch für die Stadtteilakteure und -netzwerke in der **Sicherung erzielter Ergebnisse und der Weiterentwicklung des Stadtteils** nach dem Auslaufen der Förderung durch das Programm „Soziale Stadt NRW“. Die Förderdauer war von Beginn an auf maximal fünf Jahre festgelegt; ein zusätzliches Jahr Landesförderung konnte ermöglicht werden. Mit der festgelegten Förderdauer war intendiert, von Anfang an auf die Verstetigung von Strukturen und Netzwerken hinzuwirken. Auch nach dem Auslaufen der Förderung Ende 2002 wurden noch einige bauliche Maßnahmen, wie die Umgestaltung des Uhland-Parks weitergeführt, allerdings fehlten den Akteurinnen/Akteuren – wie die Interviews und die Stadtteilgespräche zeigten – das Stadtteilbüro als Koordinierungsgremium und auch als Schnittstelle zur städtischen Verwaltung.

#### 3.4.4 Akteursgruppen

Im Programmgebiet selbst liegen drei Schulen. Es handelt sich um die beiden Grundschulen Knappenschule und Falkensteinschule sowie die katholische Hauptschule St. Michael. Außerdem liegen die Hauptschule Bermensfeld, die Stötznerschule, eine Schule für Lernbehinderte, sowie das Bertha-von-Suttner-Gymnasium im angrenzenden Umfeld des Programmgebiets.

Tab. 15: Schulen in OB-Knappenviertel

	Schulform	Bezug zum Programmgebiet
Falkensteinschule	Städtische Gemeinschaftsgrundschule (mit Schulkindergarten auf dem Gelände)	innerhalb
Knappenschule	katholische Grundschule	innerhalb
Hauptschule St. Michael	katholische Hauptschule	innerhalb
Stötznerschule	Schule für Lernbehinderte	angrenzend
Hauptschule Bermensfeld	städtische Hauptschule	angrenzend
Bertha-von-Suttner-Gymnasium	städtisches Gymnasium	angrenzend



### 3. Programmgebiete

Im Kontext der Studie wurden von den beteiligten Akteuren mehrere **Einrichtungen bzw. Träger der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe** genannt, die in der folgenden Tabelle ohne Anspruch auf Vollständigkeit aufgelistet werden.<sup>23</sup>

**Tab. 16:** Ausgewählte Akteure bzw. Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe in OB-Knappenviertel

	Art der Einrichtung	Bezug zum Programmgebiet
Einrichtungen der Kinderbetreuung	eine städtische Kindertageseinrichtung, zwei nicht-städtische Kindergärten	im Programmgebiet
ParkHaus	Kinder- und Jugendeinrichtung (Einrichtung des Katholischen Gemeindeverbandes der katholischen Kirchengemeinden der Stadt Oberhausen)	im Programmgebiet
Evangelisches Jugendhaus Goethestraße	Kinder- und Jugendeinrichtung	im Programmgebiet
Spielecontainer	Kooperationsangebot Sportjugend, Die Falken, Spielclub 20	im Programmgebiet (einmal wöchentlich)
GisB e.V.	Gemeinwesenarbeit in sozialen Brennpunkten e.V.	im Programmgebiet (Freizeiten, Computerkurse, Spiel- und Sportangebote)
Spielplätze	9 Kinderspiel- und Bolzplätze	im Programmgebiet (Sanierung in der Förderlaufzeit)
Schützenverein ABSV	Schützenverein	Jugendsportschießen im Programmgebiet
Underground – „Offene Jugendarbeit in der Markus-Kirchengemeinde“	Kinder- und Jugendeinrichtung	angrenzend Programmgebiet
Jugendkulturzentrum Haus der Jugend	Städtisches Jugendzentrum	angrenzend Programmgebiet

<sup>23</sup> Eine Ergänzung der Angaben erfolgte auf der Basis der Broschüre „angebote für kinder und jugendliche im knappenviertel“ vom November 2002.

### 3. Programmgebiete

	Art der Einrichtung	Bezug zum Programmgebiet
Sportvereine	SC 1920 Oberhausen (nur Fußballabteilung)	angrenzend Programmgebiet: (für Kinder ab 4 Jahren)
	Turnerbund Oberhausen	angrenzend Programmgebiet
Städt. kinderpädagogischer Dienst	u.a. Durchführung Kinderbeteiligungsprojekt 1997 zum Thema „Spielräume“	
Stadtteilzentrum Oberhausen-Ost	Gruppe „Rasselbande“ für verhaltensauffällige Kinder	

Neben Institutionen wurden auch **Arbeitsgremien und Steuerungsstrukturen** mit Bezug zum Themenfeld „Schule im Stadtteil“ betrachtet. Im Knappenviertel lag die Federführung für die Stadtteilentwicklung beim Planungsamt der Stadt Oberhausen. Die Initiierung und Koordinierung der Stadtteilentwicklung vor Ort oblag einem deutsch-türkisch besetzten Stadtteilbüro. Wichtigstes Steuerungsgremium war der Beirat, in dem der Stand der Entwicklung beraten und Maßnahmen geplant wurden. Er setzte sich zusammen aus Vertreterinnen/Vertretern der Parteien sowie einem Mitglied des Ausländerbeirats, einer Vertreterin der Wohlfahrtsverbände, der Vereine der Ev. Kirche und der katholischen Kirche. Der Beirat trat alle acht Wochen zusammen, um über Maßnahmen und Projekte zu beraten, die dann der zuständigen Bezirksvertretung als beschlussfassendem Gremium empfohlen wurden. Im Handlungsfeld „Schule im Stadtteil“ hat sich im Prozess eine Arbeitsgruppe „Jugend“ herausgebildet und etabliert, in der Schulen und Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe ihre Projekte und Angebote beraten und planen. Diese Arbeitsgruppe hat sich auch nach Auslaufen der Programmförderung als selbsttragende Struktur erhalten.

**Tab. 17:** Ausgewählte Arbeitsgremien und Steuerungsstrukturen in OB-Knappenviertel

	Art des Gremiums	Bezug zum Programmgebiet
Stadtteilbüro (in Trägerschaft der Verwaltung)	Stadtteilmanagement mit koordinierender und moderierender Funktion	Schnittstelle Verwaltung und Beirat Bewohnerbeteiligung, Öffentlichkeitsarbeit, Vernetzung
Verwaltungsinterner AK (nur im ersten halben Jahr)	Städt. Verwaltung	Koordination innerhalb der Verwaltung



### 3. Programmgebiete

108

	Art des Gremiums	Bezug zum Programmgebiet
Beirat (Parteien, Auslandsbeirat, Ev. Kirche, Wohlfahrtsverbände im Stadtteil)	Stadtteilgremium mit Lenkungs- und Kontrollfunktion	Beratung von Maßnahmen und Projekten  Vorschläge an Bezirksvertretung  Steuerung und Kontrolle
Bezirksvertretung	Politische Vertretung	Beschlussfassendes Gremium
Runder Tisch	Austausch- und Arbeitsgremium der ortsansässigen Vereine, Institutionen und Verbände, der Politik sowie Interessen- und Bewohnervertretungen	Informations- und Kontaktforum für Austausch zwischen Bewohnerinnen/Bewohnern, Vereinen, Institutionen und Arbeitsgruppen
7 Arbeitsgruppen	Austausch- und Arbeitsgremien, u.a. Arbeitskreis „Jugend“	Austausch und Projektentwicklung
Aktionsbündnis Gesundheit	Austausch- und Arbeitsgremium	Entwicklung von Maßnahmen im Bereich Gesundheits- und Bewegungsförderung für Kinder und Jugendliche

[Quellen: Interviews mit dem Stadtteilbüro, den Schulleitungen und Akteuren der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe, Material- und Datenanalyse]

#### 3.4.5 Spezifische Ergebnisse

In den Grundschulen im Knappenviertel haben sich die **musisch-kulturellen Förderansätze** sehr bewährt. Neben „mus-e“ konnte in diesem Programmgebiet außerdem ein Projekt der Jugendkulturförderung in Kooperation mit dem Kulturbüro und der Musikschule realisiert werden, bei dem die Kinder zusammen mit Kulturpädagogen über ein Jahr lang ein Stück erarbeitet haben. Bewährt hat sich das Projekt vor allem auch, weil verschiedene musisch-kulturelle Fähigkeiten in einem großen Projekt zusammengefließen sind (z.B. Tanz, Musik, Gestaltung Bühnenbild usw.) und das Projekt im Stadtteil in der Lutherkirche vor 500 Zuschauerinnen/Zuschauern zur Aufführung kam und somit den schulischen Rahmen verließ.

Im Bereich der **Sprachförderung** liegen auch im Knappenviertel besonders positive Erfahrungen mit Sprachförderprogrammen unter Beteiligung der Eltern vor („Rucksack“-Projekt), wie z.B. am Kindergarten Oberlin.

Im Knappenviertel wurde dem Thema **Gesundheit** sowie **Sport und Bewegung** mit der Etablierung des „Aktionsbündnis Gesundheit“ großes Augenmerk geschenkt. Über dieses Austausch- und Arbeitsgremium haben sich zum einen

### 3. Programmgebiete

---

Problembewusstsein und Kenntnisse der verschiedenen Akteurinnen und Akteure erweitert und konnten zum anderen eine Reihe von gesundheitsfördernden Maßnahmen initiiert werden. Die Erarbeitung im Gremium und die konkreten Maßnahmen haben sich bewährt. Die Absicherung und Weiterentwicklung stellt allerdings – so die Einschätzung im Rückkopplungsgespräch – ein großes Problem für die Beteiligten dar (siehe 3.4.6 Projektanalysen).

Im Bereich der **Ganztagsbetreuung** von Kindern hat sich die Situation vor allem für die Kinder der Knappenschule während der Förderlaufzeit von „Soziale Stadt NRW“ deutlich verbessert. Dieses Angebot wurde durch ein umfangreiches Kooperationsnetzwerk der Schule mit verschiedenen Trägern und Institutionen möglich, wie z.B. der Kinder- und Jugendeinrichtung „ParkHaus“, der Caritas, dem Kath. Jugendamt und dem Schulamt. Neben der Hausaufgabenbetreuung und Freizeitangeboten umfasst die Ganztagsbetreuung auch die Versorgung der Kinder mit Frühstück und Mittagessen (siehe 3.4.6 Projektanalysen). Die Knappenschule weist eine starke Stadtteilorientierung auf. Diese bezieht sich zum einen auf die Entwicklung von Angeboten und Projekten für einen ganztägigen Schulbetrieb, aber auch auf das Engagement der Schule bei Stadtteilaktivitäten (z.B. Stadtteilzeitung). Andere Schulen im Programmgebiet haben an einzelnen Programmen partizipiert und sich an verschiedenen Stadtteilaktivitäten beteiligt.

In der **Beteiligung einer weiterführenden Schule**, die angrenzend zum Programmgebiet liegt, konnten im Programmgebiet exemplarische Erfahrungen gesammelt werden. Das Bertha-von-Suttner-Gymnasium hat sich auf Initiative eines am Thema sozialraumorientierter Stadtteilentwicklung interessierten Lehrers (der u.a. Erdkunde unterrichtet) mit der Durchführung von Befragungen (zur Verkehrssituation und zum Stadtteilimage) beteiligt. Ein Geschichtskurs der Schule hat sich darüber hinaus an der Vorbereitung von zwei Ausstellungen im Bunkermuseum engagiert (u.a. zur Stadtteilgeschichte). Dieser praxisorientierte und projektförmige Unterricht wird von der Lehrkraft sowie der Schulleitung sehr positiv beurteilt. Einschränkend wird lediglich hervorgehoben, dass solche Unterrichtseinheiten einen großen Zeitaufwand der beteiligten Lehrkräfte und Schülerinnen/Schüler bedeuten. Zudem wird eine Begrenzung solcher Beteiligungen durch die Vorgaben des Curriculums gesehen, das „viel Stoff“ für die Schulen verpflichtend vorsieht. Aus der Sicht der Stadtteilarbeit bietet die beschriebene Einbindung einer weiterführenden Schule die Möglichkeit zur Erarbeitung zusätzlicher Grundlagen, die für die weitere Stadtteilarbeit von Nutzen ist und einen echten „Mehrwert“ darstellt. Auf Initiative des Bereichs Medien und des Stadtteilbüros konnten am Gymnasium auch weitere Maßnahmen wie der Ausbau der Schul- zur Stadtteilbibliothek realisiert werden. Allerdings zeigte sich zum Zeitpunkt der Erhebung (Sommer 2003), dass dieses Angebot kaum von den Bewohnerinnen/Bewohnern wahrgenommen wird, was sicherlich auch an einem fehlenden direkten Zugang liegt. Als Erfolg stellt sich auch am Bertha-von-Suttner-Gymnasium die Schulhofumgestaltung dar, zumal an diesem Standort außerdem eine Verkehrsberuhigungsmaßnahme durchgeführt wurde, wodurch sich

### 3. Programmgebiete

---

die durch eine Straße getrennten beiden Schulkomplexe besser miteinander verbunden sind.

Im Programmgebiet OB-Knappenviertel konnte im Rahmen des Aktivierenden Spiel- und Freiraumkonzepts (unter Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Entwicklungsphase) eine deutliche **Verbesserung der Frei- und Spielflächen** für die Kinder und Jugendlichen erreicht werden. Neben den Spiel-, Frei- und Bolzflächen haben auch alle Schulen vom Schulhof-Programm profitiert. Die Schulleitungen der Schulen im Programmgebiet sowie der angrenzenden Schulen beurteilen diese Umgestaltung in den Interviews durchgängig sehr positiv. Zu einem wichtigen Projekt der Verbesserung der Freiflächen und Aufenthaltsqualität im Knappenviertel gehört die mittlerweile abgeschlossene Umgestaltung des Umlandparks. Bei der Planung der Umgestaltung fand eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen statt, wobei ihre Vorstellungen und Ideen mit den Interessen anderer Zielgruppen, wie z.B. älterer Menschen, abgeglichen wurden. Der Umlandpark bildete in der Vergangenheit – so die Auskunft des Stadtteilmanagements – eine Art „imaginäre Grenze“ im Stadtteil. Durch neu gestaltete Zugänge zum Park ist für die Menschen aus den verschiedenen kleinräumigen Teilen des Stadtteils mehr Begegnungsraum entstanden. Die Neugestaltung der Schulhöfe sowie die Erneuerung der Spielplätze werden auch von 40% bzw. 30% der Bewohnerinnen/Bewohnern wahrgenommen, wie die Anwohnerbefragung 2001 ergab (siehe Stadt Oberhausen 2002: 9).

Die Ergebnisse der schriftlichen Befragung im Rahmen dieser Studie bestätigen, dass durch das Programm „Soziale Stadt NRW“ eine Verbesserung der räumlichen Voraussetzungen für Kinder und Jugendliche gelungen ist. Zwei Drittel der Akteurinnen/Akteure bewerten die Wirkungen des Programms „Soziale Stadt NRW“ für die Verbesserung der Freizeit- und Betreuungsangebote positiv (N=8 von 12; 67%), während drei Befragte (25%) keine Bewertung vornehmen und eine befragte Person eine Verschlechterung ausmacht. Die Bewertung liegt damit für OB-Knappenviertel mit 13 Prozentpunkten deutlich über der Gesamtrendenz (N=43 von 79; 54%).

Mit Mitteln des Programms „Soziale Stadt“ ist außerdem eine **Sanierung des Sportplatzes im Programmgebiet** erfolgt und es sind Mittel in die Einrichtung eines Spielecontainers geflossen. Im Knappenviertel sind somit auch eine Reihe von (baulichen) Maßnahmen zur Förderung der Sport- und Bewegungsmöglichkeiten der Kinder und Jugendlichen durchgeführt worden. In den Interviews und Stadtteilgesprächen zeigen sich die Expertinnen/Experten aus Schule und Kinder- und Jugendarbeit mit einem dieser Projekte besonders unzufrieden, weil die verabredete Zusammenarbeit nicht wunschgemäß verlaufen ist und es Reibungsverluste gab.

Im Bereich der **Offenen Kinder- und Jugendarbeit** konnte während der Förderlaufzeit des Programms „Soziale Stadt NRW“ die Ansiedlung einer Einrichtung im Knappenviertel durch Verlagerung von einem ungünstig gelegenen Standort aus einem angrenzenden Stadtteil erreicht werden. Es handelt sich

### 3. Programmgebiete

---

dabei um den Kinder- und Jugendtreff „ParkHaus“, der zunächst ab dem Sommer 2000 in einigen Containern im Uhlandpark und schließlich ab Anfang 2002 in den Räumlichkeiten einer Altenbegegnungsstätte, die wiederum ins neue Bürgerzentrum gezogen ist, beheimatet ist. Die Einrichtung macht regelmäßig an fünf Tagen in der Woche Angebote für Kinder und Jugendliche und beteiligt sich an der Betreuung eines aus Programmmitteln finanzierten Spielcontainers. Eine Besonderheit des „ParkHaus“ ist, dass die Einrichtung für ihre Angebote verschiedene Orte im Stadtteil nutzt, wie z.B. auch den angrenzenden Uhlandpark. Auch die Schulhofflächen und Schulräume der benachbarten Knappenschule werden genutzt; mit der Knappengrundschule ist eine enge Kooperation entstanden. Auch werden freizeitpädagogische Angebote für die katholische Hauptschule St. Michael gemacht (siehe Konzept des Kinder- und Jugendtreff „ParkHaus“ 2002: 14).

Das „ParkHaus“ wird ausschließlich von Kindern und Jugendlichen aus dem Stadtteil genutzt; es kommen keine Jugendlichen aus anderen Stadtteilen. Die Einrichtung wird von Kindern und Jugendlichen aus dem gesamten Knappenviertel angenommen. Im Uhlandpark wurde am Ende der Förderlaufzeit noch ein Hochseilgarten eingerichtet, den ebenfalls das „ParkHaus“ betreibt. Dieser soll auch von Kindern und Jugendlichen aus anderen Stadtteilen genutzt werden. Mittels dieses Angebots – so die Idee – soll sich das Knappenviertel insgesamt zur gesamten Stadt öffnen und eine andere „Mischung“ unter den Kindern und Jugendlichen ermöglicht werden.

In Bezug auf die Förderung von **Kooperation und Vernetzung** hat sich im Knappenviertel die Initiierung des Vernetzungsprozesses über die Zukunftswerkstatt im Jahr 1998 bewährt. Diese hat die Basis für die Zusammenarbeit der verschiedenen Institutionen und Initiativen im Stadtteil gelegt. Im Programmverlauf hatten zudem das „Aktionsbündnis Gesundheit“ und der Arbeitskreis „Jugend“ für das Handlungsfeld „Schule im Stadtteil/Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe“ eine zentrale Bedeutung bei der Entwicklung und Umsetzung von verschiedenen Maßnahmen und (Kooperations-)Projekten. In den Stadtteilgesprächen im Knappenviertel ist der Eindruck entstanden, dass im Handlungsfeld „Schule im Stadtteil/Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe“ ein Akteursnetzwerk zusammen arbeitet, in dem die Akteurinnen/Akteure gute Kenntnis voneinander haben und sich vertrauen. Sie selbst betonen bei den Stadtteilgesprächen diesen Aspekt explizit und heben hervor, dass in den Gremien und den gelungenen Kooperationsprojekten die Beseitigung von Problemen im Vordergrund steht und es keinerlei Konkurrenz untereinander gibt. Die schriftliche Befragung bestätigt einen hohen Grad an Zufriedenheit mit den vorhandenen Kooperationen, die für die drei Einrichtungstypen in etwa im Bereich der Gesamtbewertung liegt oder diese im Falle der Zufriedenheit mit den Kooperationen mit Kinder- und Jugendeinrichtungen übertrifft (plus sieben Prozentpunkte) (siehe Abb. 11, S. 112).

Viele Kooperationen sind im Programmkontext entstanden, wie die entsprechenden Antworten der in Oberhausen Befragten zeigen. 54% der Kooperations-

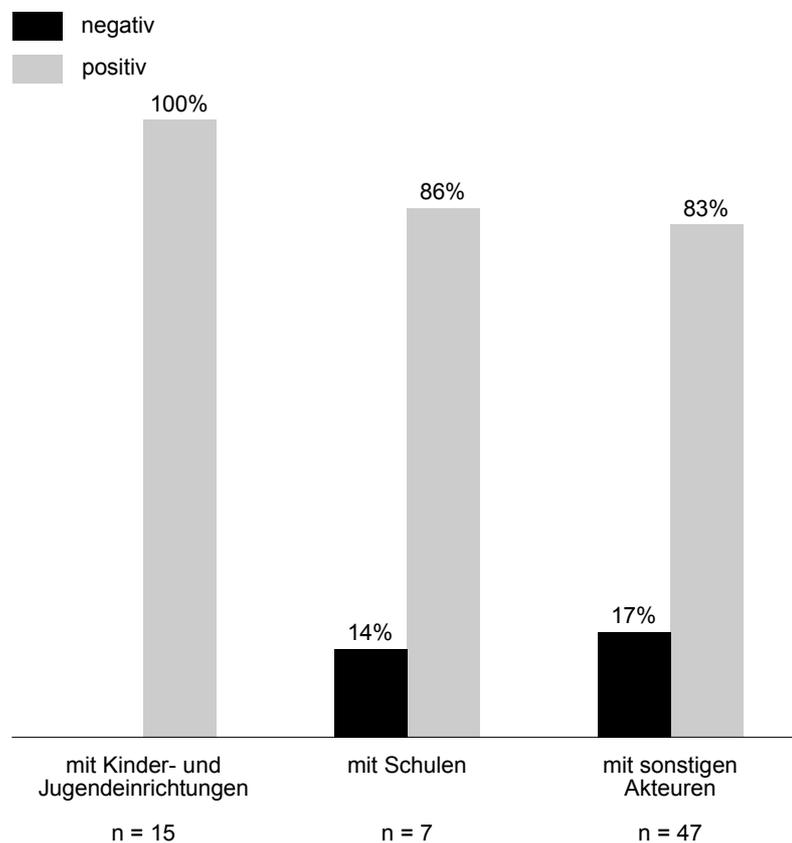


### 3. Programmgebiete

112

beziehungen mit Kinder- und Jugendeinrichtungen werden auf die Stadtteilarbeit zurück geführt (plus 15 Prozentpunkte im Vergleich zum Gesamttrend), mit

**Abb. 11:** Zufriedenheit mit den Kooperationen (OB-Knappenviertel)



Antworten aller im Programmgebiet befragten Schulen und Einrichtungen

Quelle: ies Hannover 2004

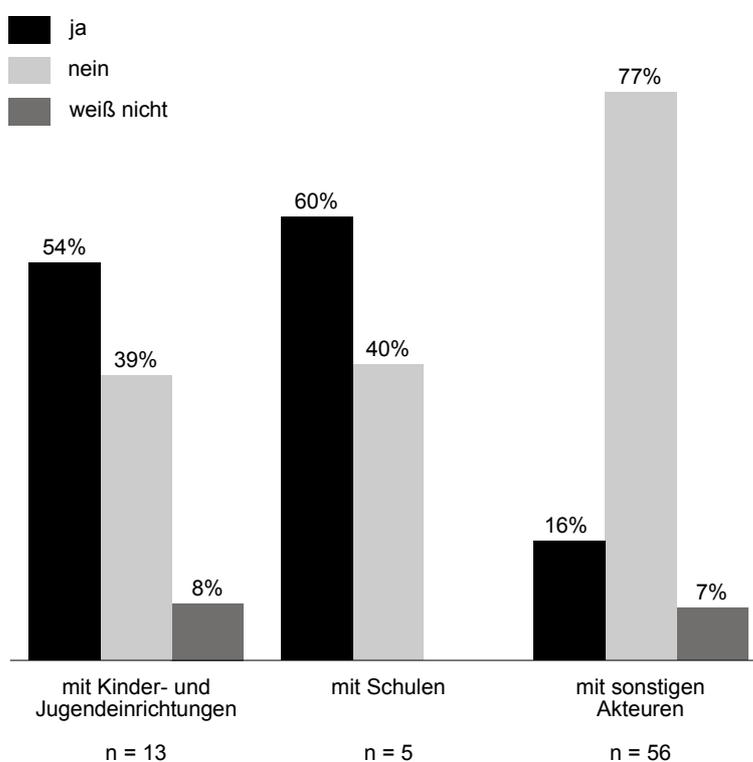
Schulen werden 60% auf den Programmmzusammenhang zurück geführt (plus 30 Prozentpunkte). Dem entgegen sind die Beziehungen zu sonstigen Partnern bereits in anderen Zusammenhängen entstanden (siehe Abb. 12, S. 113). Aufgrund der großen Vertrautheit entsteht in den Interviews und Stadtteilgesprächen allerdings auch der Eindruck von einem engen Netzwerk, das anderen Einrichtungen im Stadtteil den Zugang eher schwer macht. Betont wird u.a., dass Kooperation vom Austausch lebt und einige Einrichtungen werden eher als „nehmend“ angesehen.

Bereits in der Programmlaufzeit hat sich die Arbeitsgruppe „Jugend“ gebildet, die auch nach Auslaufen der Landesförderung weiter arbeiten will. In der Arbeitsgruppe kommen das städtische Jugendamt, der katholische Gemeindeverband, der Leiter des „ParkHaus“, der Leiter der Ev. Begegnungsstätte sowie die Schulleitungen von der Falkenschule und der Knappenschule sowie gelegentlich ein Vertreter der Hauptschule zusammen. Im ersten Treffen der Nach-Förderphase hat sich der Kreis über die weitere Zusammenarbeit verständigt. Nach

### 3. Programmgebiete

Auskunft in der Rückkopplungsphase im Juni 2004 will die Arbeitsgruppe auch zukünftig den Informations- und Erfahrungsaustausch pflegen und gemeinsame Aktionen, z.B. für die Ferienzeiten, besprechen. Der Kreis will sich ca. alle zwei bis drei Monate treffen. Als problematisch für diese Vernetzungsaktivität werden die fehlenden zeitlichen Ressourcen angeführt, die u.U. das Engagement der Beteiligten einschränken könnten. Allerdings – so die Stadtteilakteure im Rückkopplungsgespräch – war im Hinblick auf die AG Jugend nie in Frage gestellt, dass dieses Arbeitsgremium sinnvoll ist.

**Abb. 12:** Entstehung der Kooperationen im Programmkontext „Soziale Stadt“ (OB-Knappenviertel)



Antworten aller im Programmgebiet befragten Schulen und Einrichtungen

Quelle: *ies* Hannover 2004

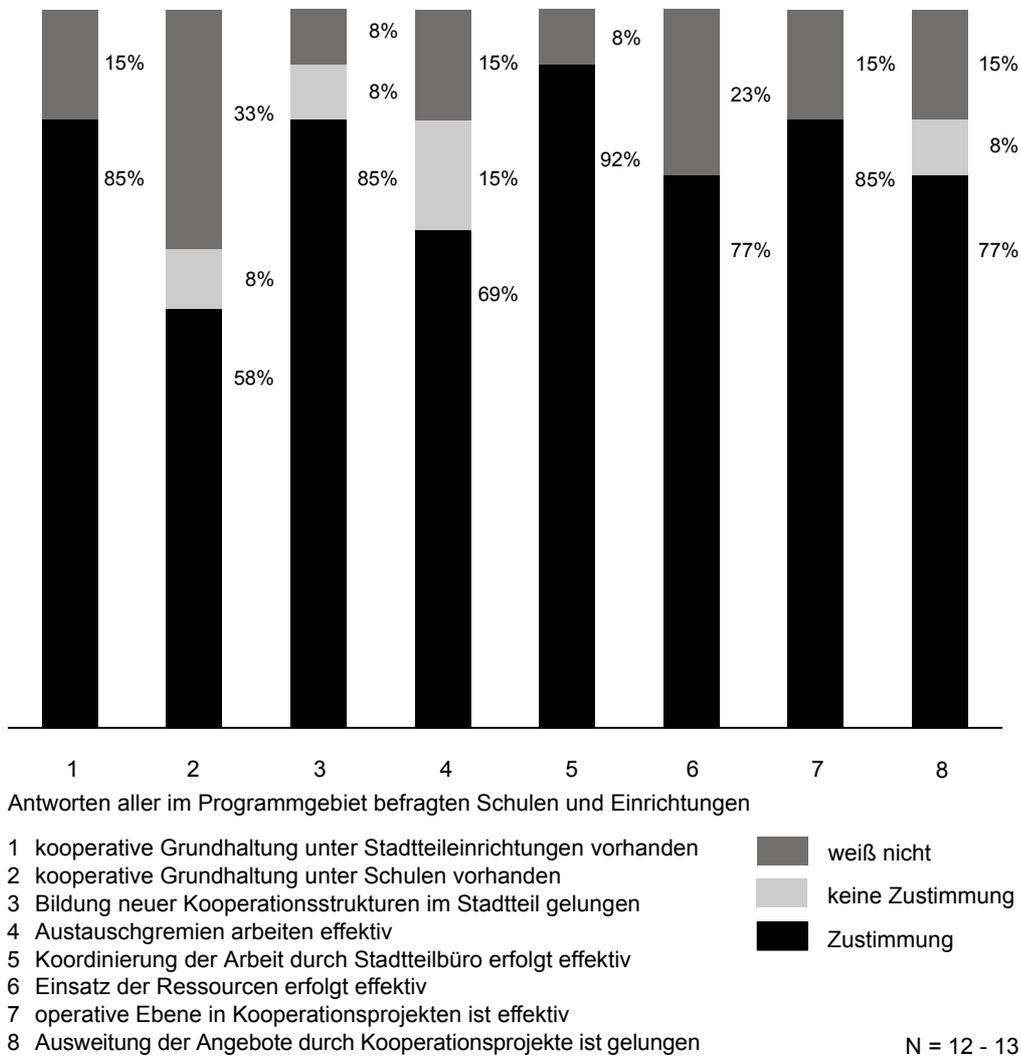
Eine zentrale Position innerhalb dieses Akteursnetzwerks – und auch das verdeutlichen die Interviews und Stadtteilgespräche – hatte das **Stadtteilbüro** inne, das als Initiator, Motor und Ratgeber fungierte. Der Wegfall dieser zentralen Einrichtung wird von den Akteurinnen/Akteuren im Knappenviertel als problematisch angesehen und zwar sowohl im Hinblick auf die koordinierende und organisatorische Funktion als auch in der Rolle als Schnittstelle zur Verwaltung und zu Fördermöglichkeiten.

Die in den Interviews und Stadtteilgesprächen zu Tage getretene Zufriedenheit mit der kooperativen Zusammenarbeit spiegelt sich in den Ergebnissen der schriftlichen Befragung wider. Dass die Koordinierung der Arbeit durch das

### 3. Programmgebiete

Stadtteilbüro effektiv ist, bejahen 92% der Befragten. Dieser Wert liegt somit 23 Prozentpunkte über dem Durchschnittswert. Auch die Aussagen, dass die opera-

**Abb. 13:** Bewertung von Kooperation und Vernetzung (OB-Knappenviertel)



Quelle: ies Hannover 2004

tive Ebene der Kooperationsprojekte (plus 18 Prozentpunkte) und der Einsatz der Ressourcen effektiv sind (plus 13 Prozentpunkte) finden im Knappenviertel sehr große Zustimmung und runden das positive Bild entsprechend ab (siehe Abb. 13, S. 114).

Die Akteurinnen/Akteure verdeutlichen, dass auch für die **Bewohnerinnen/Bewohner das Stadtteilbüro als Anlaufstelle** für „alle kleinen und großen Fragen“ von unschätzbarem Wert war. Die im Jahr 2001 durchgeführte Anwohnerbefragung belegt dies dahingehend, dass fast drei Viertel der Befragten das Stadtteilbüro kennen und ein Drittel der mündlich Interviewten das Büro einmal oder

### 3. Programmgebiete

---

sogar mehrfach aufgesucht hatten. In den meisten Fällen – so die Studie – konnten die Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter des Stadtteilbüros den Anwohnerinnen/Anwohnern weiterhelfen (siehe Stadt Oberhausen 2002: 8). Im Rahmen der Studie „Schule im Stadtteil“ führen die Beteiligten diese hohe Akzeptanz unter anderem auf die gute räumliche Lage des Ladenlokals und den „äußerlichen“, nicht-städtisch wirkenden Charakter des Stadtteilbüros zurück. In diesem Zusammenhang wird deutlich, dass das Stadtteilzentrum Oberhausen-Ost als dezentrale Einrichtung der Stadt Oberhausen für bestimmte kommunale Aufgaben zuständig (Sozialamt, Jugendamt), diese Funktion für die Bewohnerschaft nicht einnehmen konnte.<sup>24</sup>

Im Zusammenhang mit der Frage nach der Mitwirkung in der Stadtteilarbeit wurden die Schulen und Einrichtungen in der schriftlichen Befragung auch um eine **Einschätzung des zeitlichen Einsatzes** gebeten. Die Befragten dieses Stadtteils schätzen ihren zeitlichen Einsatz höher ein als die Befragten im Gesamtdurchschnitt. Während im Gesamttrend für 31% der Einsatz „hoch“ bzw. „eher hoch“ (N=27 von 87) ist, trifft dies für 46% der Akteurinnen/Akteure aus dem Knappenviertel zu (N=6 von 13). Diese Einschätzung ist auf den Umstand zurückzuführen, dass durch den Wegfall des Stadtteilbüros durch die Akteurinnen/Akteure (teilweise ehrenamtlicher) Aufwand für die Koordinierungsarbeit anfällt. Die Mitarbeit in den Steuerungs- und Arbeitsgremien wird aber immerhin von 69% der Befragten als produktiv für die Arbeit eingeschätzt (N=9 von 13). Damit liegt dieser Anteil höher als im Gesamtdurchschnitt (N=52 von 86; 61%).

In den Stadtteilgesprächen in OB-Knappenviertel nimmt das Thema **Beteiligung von Migrantinnen/Migranten** einen im Vergleich mit den anderen Stadtteilen großen Stellenwert ein. Es wird konstatiert, dass in dieser Hinsicht während der Förderlaufzeit die gesteckten Ziele nicht erreicht werden konnten. Die Erfahrung des Stadtteilbüros hat gezeigt, dass durch die Mitarbeit einer türkischen Hauptamtlichen mehr Bewohnerinnen/Bewohner türkischer Herkunft das Stadtteilbüro aufgesucht haben und auch einige wichtige Aktivitäten in Gang gesetzt werden konnten. Hierzu zählt u.a. das jährlich stattfindende interkulturelle Zuckerfest. Mit dem durch eine halbjährige Elternzeit bedingten Weggang der türkischen Mitarbeiterin hatte sich der Besuch dieser Gruppen im Stadtteilbüro deutlich verringert. Eine dauerhafte Beteiligung von Migrantinnen/Migranten, so die Einschätzung der Akteure, ist nur bei personeller Kontinuität zu erreichen.

<sup>24</sup> Das Stadtteilzentrum Oberhausen-Ost wurde im ehemaligen Bunker angesiedelt, der zu einem Bürgerzentrum umgebaut worden ist. Das Stadtteilzentrum ist Teil der Dezentralisierung der Verwaltung; es werden dort bestimmte kommunale Aufgaben dezentral angeboten (Sozialamt, Jugendamt). Das Zentrum ist für den Bezirk zuständig und umfasst demnach neben dem Knappenviertel noch drei weitere Viertel.

Im Bürgerzentrum sind außerdem u.a. beheimatet ein öffentliches Café, das Bunkermuseum, Zukunftswerkstatt e.V. (stadtteilübergreifender sozialer Bildungsträger), Selbsthilfeinitiative „Flickwerk e.V.“ (Beschäftigung Sozialhilfeempfänger, Angebot von sozialen Dienstleistungen), Allgemeiner Bürgerschutzverein, das städtische Seniorenbüro, ein multifunktionaler Veranstaltungsraum.

#### 3.4.6 Projektanalysen

##### Aktionsbündnis Gesundheit

**Ausgangssituation:** Im Jahr 1997 wurde eine Studie zur „Sozialen Lage und Gesundheit von Kindern“ im Knappenviertel durchgeführt, bei der die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchungen 1992 bis 1996 ausgewertet und die Zahngesundheit der Kinder mit Wohnort Knappenviertel untersucht wurden. Die Studie zeigte für die Kinder im Knappenviertel im Vergleich zur Gesamtstadt eine überdurchschnittlich schlechte Zahngesundheit, Fehlernährung und Übergewicht, einen unterdurchschnittlichen Impfstatus, einen erhöhten Anteil an Sprachstörungen wie Stammelfehler, Dysgrammatismus, Redeflussstörung, Stimmstörung sowie die Beeinträchtigung des Sehvermögens. Auf der Basis der Ergebnisse wurden für die Knappenschule, aber auch für die Kindertagesstätte Strickersweg, die Falkensteinschule und den Kindergarten Oberlin eine Reihe von verstärkten Maßnahmen zur Gesundheitsförderung vorgeschlagen (Stadt Oberhausen o.J.: 23 ff.).

**Projektansatz:** In Folge der Studie lud das Stadtteilbüro Kinderärztinnen/-ärzte, Lehrerinnen/Lehrer der Grund- und Sonderschulen, Vertreterinnen/Vertreter der Sportvereine und von weiteren Institutionen zum „Aktionsbündnis Gesundheit“ ein, aus dem ein regelmäßiger Arbeitskreis erwuchs. Es sind auf Initiative des „Aktionsbündnisses Gesundheit“ eine Reihe von Maßnahmen durchgeführt worden:

- Vervollständigung des Impfschutzes bei Kindern (Projekt in Kooperation mit Kindergärten und Schulen);
- Kinder- und jugendzahnärztliche Prophylaxe (Angstabbau bei Kindern vor dem Zahnarzt, praktische Zahnputzübungen, Ernährungsspiel einschließlich Aufklärung und Beratung);
- Zahngesundheitswoche in der Knappenschule (Praktische Zahnputzübungen, Ernährungsspiel einschließlich Aufklärung und Beratung);
- Ganztagsbetreuung Knappenschule (einschließlich täglichem Frühstück und Mittagessen);
- Bewegungsförderung für Kinder (Mutter-Kind-Turnen, Honorarkräfte, Ergänzung bewegungsfördernder Sportgeräte).

##### Gewinne:

- Der Wert der Studie „Soziale Lage und Gesundheit von Kindern“ wird von den Stadtteilakteurinnen/-akteuren u.a. in der Schärfung des Problembewusstseins gesehen. Neben den offensichtlichen gesundheitlichen Problemen der Kinder bestärkten sich die Akteurinnen/Akteure in der Erkenntnis, dass die gesundheitliche Lage eine umfassende Fragestellung ist, die viele Aktivitäten der Kinder berührt. Ihre Beeinträchtigung führt zu maßgeblichen

Entwicklungsverzögerungen. Die Erkenntnisse wurden u.a. bei der Erarbeitung des Spiel- und Freiraumkonzepts berücksichtigt.

- Durch die Einrichtung des „Aktionsbündnisses Gesundheit“ sind Akteurinnen/Akteure aus unterschiedlichen Einrichtungen zusammengekommen und haben sich kennen gelernt. Es wurden gemeinsam niederschwellige Wege gefunden, Eltern und Kinder mit gesundheitsfördernden Maßnahmen zu erreichen (z.B. bei einer Ferienaktion, beim Elternsprechtag).
- Durch die Beteiligung des städtischen Bereichs Gesundheitswesen wurde Gesundheitsförderung kleinräumig im Stadtteil organisiert. Bestehende Strukturen und Angebote konnten für die Gesundheitsförderung im Stadtteil genutzt werden.
- Die Verbesserung der Versorgungssituation der Kinder durch die Schaffung von Frühstücks- und Mittagsangeboten konnte erreicht werden.
- Bei der Zahnprophylaxe liegen mittlerweile statistische Daten vor, die den Erfolg der Maßnahme belegen. 1996/97 hatten die Kinder am Ende der Grundschulzeit durchschnittlich 2,23 kariöse Zähne, im Schuljahr 2000/02 lag der Wert nur noch bei 0,57 (Das Aktionsbündnis Gesundheit im Oberhausener Knappenviertel 2003).

#### **Stolpersteine:**

- Nach dem Auslaufen der Programmförderung „Soziale Stadt NRW“ ist die Weiterführung des „Aktionsbündnisses Gesundheit“ schwieriger geworden, weil der städtische Bereich Gesundheitswesen sich weniger engagiert zeigt. Als Gründe werden fehlende zusätzlichen Ressourcen aus der Landesförderung angeführt, während die Stadtteilakteurinnen/-akteure eine fehlende „echte“ Überzeugung für die Sozialraumorientierung vermuten.

[Quellen: Interviews mit Stadtteilbüro, Schulleitungen, Stadtteilakteuren, Materialanalyse]

#### **Schulergänzende Angebote an der Knappenschule durch Kooperation und Vernetzung**

**Ausgangslage:** Im Programmgebiet OB-Knappenviertel fehlte es an Freizeit- und Betreuungsangeboten für die Kinder und Jugendlichen im Nachmittagsbereich. Die Angebote des Evangelischen Jugendhauses erwiesen sich als nicht ausreichend. Die Aufnahme des Stadtteils in das Programm „Soziale Stadt NRW“ hat zu einer Wahrnehmung dieser Problemlage beigetragen. Auch die Studie zur „Sozialen Lage und Gesundheit von Kindern“ im Knappenviertel war in diesem Zusammenhang von Bedeutung, weil die erhobenen Daten den Handlungsbedarf untermauern halfen. Vor diesem Hintergrund begann der katholische Gesamtverband der katholischen Kirchengemeinden der Stadt Oberhausen, sich intensiv mit der Situation der Kinder- und Jugendarbeit im Knappenviertel zu beschäftigen. Der Bischof des Bistums Essen lud zu einem „Runden Tisch“ ein, bei dem über dieses Thema beraten wurde.



### 3. Programmgebiete

---

**Projektansatz:** Im Januar 1999 gründete sich mit Unterstützung des Bistums Essen und des Stadtteilbüros die Projektgruppe Knappenschule. An der Projektgruppe beteiligten sich das katholische Jugendamt (Projektleitung) sowie jeweils eine Vertreterin oder ein Vertreter des Caritasverbandes, der katholischen Kirchengemeinden, einer Jugendeinrichtung der Offenen Tür („ParkHaus“), der Stadtverwaltung, des Stadtteilbüros sowie die Schulleitung. Durch die Verknüpfung unterschiedlicher Ressourcen sollte ein Netzwerk sinnvoller Unterstützungsangebote für Kinder und ihre Familien im Knappenviertel aufgebaut werden.

Bereits im Februar konnte (durch eine Anschubfinanzierung des Bistums Essen in Höhe von 1.000 Euro) mit dem Angebot eines täglichen warmen Mittagessens begonnen werden,<sup>25</sup> seit August 1999 schließt sich dem Mittagessen eine betreute Hausaufgabenhilfe sowie verschiedene Freizeitangebote unterschiedlicher Einrichtungen und Akteure im Stadtteil an. Als hilfreich erwies sich die Beteiligung der Schule am Programm „Schule von acht bis eins“, weil so die Betreuung der Kinder zwischen dem Ende des Unterrichts und der Mittagspause sicher gestellt werden konnte. Begünstigt wurde diese Entwicklung außerdem durch die Einrichtung des Kinder- und Jugendtreffs „ParkHaus“ im Knappenviertel,<sup>26</sup> zunächst in Containern im Umlandpark und später in dem Gebäude einer ehemaligen Altenbegegnungsstätte am Rand des Umlandparks in unmittelbarer Nachbarschaft der Knappengrundschule. Die Räume im „ParkHaus“ stehen der Schule u.a. auch für das Mittagessen zur Verfügung. Durch diese Beteiligung des „ParkHaus“ am Mittagstisch der Schule besteht ein täglicher und enger Kontakt. Die Räume der Schule und der Jugendeinrichtung werden wechselseitig und auch der Schulhof wird von beiden Einrichtungen genutzt. Die Arbeits- und Aufgabenteilung zwischen den Einrichtungen ist klar geregelt. Es gibt keine Unstimmigkeiten zwischen den Partnern.

In der Projektgruppe wurde ein Konzept entwickelt, das sowohl die schulische Förderung als auch die Freizeitgestaltung der Kinder umfasst. Es konnte ab dem Schuljahr 1999/2000 eine umfangreiche Betreuung der Kinder gewährleistet werden. Neben der Hausaufgabenbetreuung durch Honorarkräfte wurden den Kindern z.B. „Schwimmen“, „Sport und Spiel“, „Kochen“ und „Spielen und Basteln“ durch den Kinder- und Jugendtreff „ParkHaus“, den Caritas-Verband und das Katholische Jugendamt angeboten.

<sup>25</sup> Zum Zeitpunkt der Erhebung finanzierte sich der Mittagstisch aus Spenden, z.B. hatte gerade eine benachbarte Schule 5.000 Euro für die Knappenschule „erwandert“. Hinzu kommen Spenden von verschiedenen Privatpersonen, vom Verband der Gewerbetreibenden im Knappenviertel (KINO) und anderen. Zudem bezahlen die Kinder (sofern möglich) einen Eigenanteil von 0,80 bis 1,00 Euro.

<sup>26</sup> Genau genommen handelt es sich nicht um eine neue Einrichtung. Vielmehr ist das „ParkHaus“ ermöglicht worden durch den Umzug von einem anderen, aber weniger frequentierten Standort im angrenzenden Stadtteil.

### 3. Programmgebiete

---

119

#### Gewinne:

- Das Stadtteilprogramm ermöglichte der Schule die Entwicklung und Erprobung neuer Angebote und Projekte.
- Viele Aktivitäten an der Schule bzw. in der Nachmittagsbetreuung der Kinder haben sich im Laufe der Zeit „eingespielt“. Auch bei den Kooperationen haben sich „Routinen“ etabliert, die die Arbeit im Vergleich zur Startphase der Projekte deutlich erleichtern.
- Zwischen der Knappenschule und dem „ParkHaus“ ist – auch aufgrund der räumlichen Nähe – ein sehr enges und gutes Kooperationsverhältnis gewachsen, das durch gegenseitige Anerkennung und Respekt getragen ist. Nach Einschätzung der Schulleitung ist die Kooperation das Ergebnis des Landesprogramms: „Ohne das Landesprogramm hätte jede Einrichtung trotz der räumlichen Nähe ihr Ding gemacht!“
- Bestimmte Angebote sind nur durch die Kooperation zwischen Knappenschule und „ParkHaus“ möglich. Durch die gemeinsame Raumnutzung können z.B. viele Engpässe umgangen werden. Die Schule hätte alleine bestimmte Prozesse nicht in Gang setzen können (Mangel an Personal, Stunden, Geld, Wissen und Erfahrungen, z.B. bei der Fördermittelbeantragung).
- Der Mittagstisch hat eine große Bedeutung für die Angebotsstruktur der Schule. Seine finanzielle und organisatorische Abwicklung ist der Schulleitung besonders wichtig. Durch die Versorgung mit Mahlzeiten und die Nachmittagsangebote (Hausaufgabenhilfe, Freizeitangebote) sind die Kinder umgänglicher geworden und entwickeln sich besser. Die Nachmittagsangebote entlasten zudem die (überforderten) Familien.
- Das Bild von Schule hat sich bei den Kindern und ihren Eltern verbessert. Neben den Unterricht sind andere Angebote getreten, die den Kindern ohne Leistungsorientierung neue Lern- und Erlebniserfahrungen ermöglichen. Knappenschule und „ParkHaus“ werden von den Eltern und im Stadtteil anerkannt. Die Bedenken der Eltern, die Kinder an den Angeboten teilnehmen zu lassen, haben abgenommen und die Zahl der Anmeldungen ist im Verlauf des letzten Jahrs deutlich angestiegen, auch z.B. für Elternnachmittage.
- Es finden ständig Prozesse der Qualitätsentwicklung statt. Zum Zeitpunkt der Erhebung fanden z.B. zweimonatliche Gespräche zwischen der Schule und dem Lieferanten des Mittagessens über die Qualität des Essens und aufgetretene Problempunkte statt.
- Die Untersuchung zur „Sozialen Lage und Gesundheit der Kinder“ im Knappenviertel war ein Gewinn für die Initiierung des Entwicklungsprozesses an der Schule, weil er die Problemlage sichtbar gemacht hat. Dies hat auch den Schulträger zum Handeln motiviert.
- Ein weiterer Gewinn für die Knappenschule durch die Beteiligung am Programm „Soziale Stadt NRW“ ergibt sich aus den zahlreichen Ideen und Kon-



### 3. Programmgebiete

---

120

takten (u.a. auch zu Schulen in anderen Stadtteilen mit Erneuerungsbedarf), die über die Stadtteilstrukturen, insbesondere über das engagierte Stadtteilbüro, an die Schule herangetragen wurden.

- Die Schule hat Erfahrungen gesammelt in der Akquirierung von zusätzlichen Mitteln, z.B. über Förderprogramme und Sponsoring.

#### **Stolpersteine:**

- Es werden nicht alle Kinder erreicht. Mit der Mitwirkung der Knappenschule als Offener Ganztagschule ab dem Schuljahr 2003/04 stellte sich für die Schulleitung das Problem, das weniger Kinder als bisher in die verschiedenen Betreuungsangebote eingebunden werden können. Bei der ‚alten‘ Form der Nachmittagsbetreuung haben Kinder teilweise nur an einzelnen Angeboten teilgenommen und die Schule war relativ flexibel. Mit der Offenen Ganztagschule sind die Kinder „ganz oder gar nicht“ in der Nachmittagsbetreuung. Es können somit erstens insgesamt weniger Kinder erreicht werden und zweitens werden evtl. Kinder, die eine Ganztagsbetreuung dringend benötigen, von den Eltern aufgrund der Eigenbeteiligung nicht angemeldet. Aus diesem Grund wird eine verpflichtende Ganztagschule von der Schulleitung als erforderlich für den Standort angesehen.
- Die Mittagessenbetreuung der Kinder durch Ehrenamtliche der katholischen Kirchengemeinde ist nicht gelungen. Die Voraussetzungen für eine gute Zusammenarbeit waren nicht gegeben, wie z.B. die Einführung der Ehrenamtlichen in die Situation mit Kindern aus sozial benachteiligten Familien, eine Qualifizierung der Ehrenamtlichen für die Aufgabe.
- Ein mit Mitteln aus dem Landesprogramm „GÖS – Gestaltung des Schullebens und Öffnung von Schule“ eingerichtetes Elterncafé ist nach Auslaufen der Förderung und dem Wegfall der entsprechenden Betreuungsstunden für eine Lehrkraft „eingeschlafen“. Die Aktivierung und Einbindung der Eltern/Familien benötigt entsprechende Ressourcen.

#### **3.4.7 Anregungen**

Im Programmgebiet OB-Knappenviertel konnten während der Förderlaufzeit im Handlungsfeld „Schule im Stadtteil/Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe“ eine Reihe von konkreten Verbesserungen der Bildungs- und Entwicklungsvoraussetzungen für die Kinder auf den Weg gebracht werden. Die **nachhaltige Absicherung der entwickelten Netzwerke** wird jedoch weiterhin als eine notwendige Aufgabe erachtet. Mit dem Wegfall des Stadtteilbüros ist die Schnittstelle zur städtischen Verwaltung und der Motor für die Stadtteilentwicklung weggefallen. Dieser Verlust an Vernetzungskompetenz kann nicht ohne weiteres durch die Schulen und Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen kompensiert werden. Eine tragfähige und verbindliche Strukturrentscheidung sollte aus diesem Grund erfolgen.

Dass durch die Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter des Stadtteilzentrums Oberhausen-Ost eine entsprechende Stellung im Stadtteil eingenommen werden kann, muss

### 3. Programmgebiete

---

bezweifelt werden: Erstens handelt es sich um eine dezentrale kommunale Einrichtung, die Einzelfallberatungen der Bürgerinnen/Bürger in Zuständigkeit des Sozial- und des Jugendamts leistet und somit in fachlicher Hinsicht von der Stadtteilarbeit weit entfernt ist. Zweitens deckt das Bürgerzentrum in räumlicher Hinsicht einen größeren Bezirk ab und hat somit nicht den entsprechenden sozial-räumlichen Fokus auf das belastete Knappenviertel.

Beim Rückkopplungsgespräch haben die Stadtteilakteurinnen/-akteure Handlungsbedarf in folgenden Bereichen formuliert:

- Damit begonnene Stadtteilprozesse weitergeführt werden können, sind entsprechende Ressourcen erforderlich. Neben der Notwendigkeit der personellen Schnittstelle durch einen „Stadtteilkoordinator“ sind auch finanzielle Ressourcen für konkrete Projekte erforderlich. Im Knappenviertel werden einige Projekte nicht mehr weitergeführt, weil die finanziellen Mittel fehlen (z.B. Jugendkulturprojekt).<sup>27</sup>
- Die im Stadtteilnetzwerk OB-Knappenviertel aktiven Akteurinnen/Akteure halten eine stärkere Stadtteilorientierung der Verwaltung im Umgang mit den im Sozialraum aktiven Schulen und Einrichtungen für erforderlich. Mit dem Wegfall des Stadtteilbüros haben sich die Verhandlungen der Stadtteilakteurinnen/-akteure mit der gesamtstädtischen Verwaltungsebene erschwert. Dieser Zustand muss geändert werden, wenn nachhaltige Sozialraumorientierung gelingen soll.
- Die Verankerung der Sozialraumorientierung in der städtischen Verwaltung und Angebotserbringung muss weiter entwickelt werden. Die Stadtteilakteure empfinden z.B. Ernüchterung im Hinblick auf die erfolgreiche Arbeit des „Aktionsbündnis Gesundheit“, weil sich der Bereich Gesundheitswesen nach dem Auslaufen der Landesförderung aus der sozialraumorientierten Gesundheitsförderung im Knappenviertel wieder zurückgezogen hat.
- Für die Projekte und Angebote im Bereich der Schulen und Kinder- und Jugendarbeit wird mehr personelle Kontinuität eingefordert. Die Arbeit mit vielen (wechselnden) Honorarkräften ist ressourcenzehrend für die Schulen und Einrichtungen und erschwert die Orientierung an den Bedürfnissen der einzelnen Kinder, weil die eingesetzten Honorarkräfte die Kinder und die anderen in den Schulen und Einrichtungen tätigen Menschen nicht kennen.

<sup>27</sup> Mittlerweile wurden EU-Mittel aus dem Programm LOS für das Knappenviertel akquiriert. Außerdem wurde die Leiterin des Seniorenbüros als Koordinatorin der Stadtteilarbeit eingesetzt. Für diese Aufgabe steht ihr eine halbe Stelle zur Verfügung.





## 4. Programmgebietsübergreifende Ergebnisse

Im Rahmen dieses Kapitels werden die Ergebnisse der unterschiedlichen Erhebungsbausteine (vgl. Kapitel 2 und Methodik im Anhang) und -phasen in thematischer Zuordnung dargestellt. Hauptbezugspunkt für diesen Abschnitt ist die Betrachtung der Aussagen insgesamt (Gesamttrend).<sup>1</sup> Die Besonderheiten in den untersuchten Programmgebieten werden in Kapitel 4 dargestellt.

### 4.1 Ausgangssituation

Um ein Bild über die jeweilige Ausgangssituation in den Programmgebieten zu erhalten, wurden in den Interviews mit den Schulleitungen einleitend die Herausforderungen und spezifischen Problemlagen thematisiert. Diese Eindrücke sowie die in der schriftlichen Befragung erhobenen Einschätzungen zur sozialen Problemlage veranschaulichen die wahrgenommene Situation. Derzeit kann diese nicht durch kleinräumiges (schulbezogenes) Datenmaterial belegt werden. Eine solche statistische Aufbereitung wäre aus Gründen der Analyse und Steuerung von sozialen Entwicklungsprozessen jedoch in jedem Fall wünschenswert.

#### 4.1.1 Allgemeine Anforderungen

In den Interviews mit den Schulleitungen standen zu Beginn die konkreten Problemlagen und Herausforderungen im Mittelpunkt, denen sich die Schulen in den sozial benachteiligten Stadtteilen zu stellen haben. Nahezu in fast allen Interviews verdeutlichten die Schulleitungen, dass sie einen hohen Anteil von Kindern aus sozial schwachen Familien haben, da sozial stabile Familien in den letzten zehn bis 15 Jahren den jeweiligen Stadtteil nach und nach verlassen haben, nicht zuletzt, um die Einschulung ihrer Kinder in den Schulen der „sozialen Brennpunkte“ zu vermeiden. Eine Spirale der schulischen Segregation ist somit in Gang gesetzt, die kaum oder gar nicht wieder rückgängig gemacht werden kann. In der schriftlichen Befragung wurden die Schulen um eine Einschätzung des Anteils der „Kinder/Jugendlichen aus sozial problematischen Familien“ gebeten. Von den 18 Schulen, die diese Frage beantwortet haben, geben acht an,

<sup>1</sup> Zu ausgewählten Aspekten entlang der Ziele im Handlungsfeld „Schule im Stadtteil“ werden die Antworten der schriftlichen Befragung bezogen auf die vier Programmgebiete zusammengefasst betrachtet. Bei bestimmten Fragestellungen bietet sich für die differenzierte Auswertung die Unterscheidung nach Einrichtungstypen an. Um mit Blick auf die Vertrautheit der Expertinnen/Experten mit dem Themenfeld als auch mit dem jeweiligen Stadtteil Graduierungen abzubilden, wurden die Befragten in drei Typen unterteilt. Es handelt sich 1. um Schulen, 2. um Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe im untersuchten Stadtteil (insbesondere Einrichtungen der Kinderbetreuung, Einrichtungen für Jugendliche) und 3. um weitere Institutionen mit ausgewiesenem Expertenstatus (wie gesamtkommunale Stellen, Polizei). Eine sowohl programmgebietsbezogene als auch einrichtungstypbezogene Auswertung dieser Daten wird aufgrund der niedrigen Fallzahl – und der damit zusammenhängenden Zufälligkeit von Aussagen – nicht vorgenommen.

## 4. Ergebnisse

---

124

dass mehr als 50% der Kinder aus solchen Familien kommen; lediglich drei Schulen nennen einen Anteil von unter 25%.

In den Interviews wurden für eine möglichst umfassende Problembeschreibung verschiedene Schulformen berücksichtigt. In der Gesamtschau der Interviews werden entsprechend der Schulform unterschiedliche Sichtweisen der Schulleitungen im Hinblick auf die Anforderungen an Schulen ersichtlich.

In der Darstellung der Problemlagen und Anforderungen heben die Schulleitungen der ausgewählten **Grundschulen** zunächst hervor, dass sie sich mit einer sozial schwierigen Aufgabe konfrontiert sehen. Der Anteil der Kinder in prekären Lebenslagen hat an den Schulen in den vergangenen Jahren zugenommen. Die Kinder weisen eine Reihe von Problemlagen auf, wie Sprachdefizite, unzureichende häusliche Versorgungsstrukturen, fehlende Unterstützung in schulischen Belangen durch die Eltern. In den Beschreibungen zur aktuellen Situation wird unisono auf den Umstand hingewiesen, dass ein hoher Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund die Schule besucht. Dies stellt besondere Anforderungen an die Schulen, zum einen im Hinblick auf den Förderbedarf für die Kinder und zum anderen bezogen auf die Elternarbeit. Ein Teil der befragten Grundschulen betont bereits eingangs die Bedeutung des Programms „Soziale Stadt NRW“ für die Weiterentwicklung ihrer schulischen Angebotsstruktur zur Bewältigung dieser sozialen Problemlagen.

Die Schulleitungen der beiden **Lernbehinderten-Schulen** und der **Hauptschule** betonen gleichermaßen, dass viele ihrer Schülerinnen/Schüler sich in „Lebenssituationen befinden, die im Elterhaus nicht bewältigt werden können.“ Die Schulen sehen sich vor die Aufgabe gestellt, sich mit der jeweiligen Lebens- und Familiensituation der Kinder auseinander zu setzen und diese aufzugreifen, um überhaupt Lernsituationen für die Schülerinnen/Schüler zu ermöglichen. Diesem an sich selbst formulierten Anspruch können die Schulen jedoch – so die Einschätzung der Leitungen – letztlich nicht gerecht werden. Die Schule kann die Lebens- und Familiensituationen, wie z.B. die Gewöhnung an ein „gesichertes“ Leben im Sozialhilfebezug oder aber die Betreuung von Geschwistern, nicht auffangen. Problematisiert wird in den Interviews von den drei Schulleitungen das absolute Desinteresse der meisten Eltern an der schulischen und beruflichen Entwicklung ihrer Kinder sowie die fehlende Perspektive für die Jugendlichen im Übergang von Schule zum Beruf. Sowohl der Leiter der Hauptschule als auch die beiden Leiter der Lernbehinderten-Schulen sehen ihre Schulen jeweils als „Auffangbecken“ und „Restschulen“ für alle jene Schülerinnen/Schüler, die an anderen Schulen nicht unterkommen. Aus diesem Grund steht weniger die schulische/berufliche Perspektive im Mittelpunkt der Bemühungen als vielmehr die Vermittlung von Kompetenzen zur Bewältigung des Alltags („Leben in Armut“). Bei diesen drei Schulleitungen wird das Thema „Migrationshintergrund“ nur randständig erwähnt.

Auch der Leiter der einbezogenen **Realschule** betont zur Beschreibung der Ausgangssituation, dass seine Schule ohne Einfluss auf die Auswahl der Schü-

lerschaft zu einer „Restschule“ avanciert ist. Im Vergleich zu anderen Realschulen der Stadt hat sie ein schlechtes Renomé, das wiederum auf die Zusammensetzung der Schülerschaft ausstrahlt. In seiner Schule finden sich viele Schülerinnen/Schüler mit Hauptschulempfehlung. Auch er betont die fehlenden Ausbildungsperspektiven seiner Schülerschaft und die damit verbundenen Frustrationen. Den „Migrationshintergrund“ der Kinder beleuchtet er unter dem Aspekt der Sprachprobleme. Beobachtet wird eine wachsende „Abschottungstendenz“ der Familien mit Migrationshintergrund im Stadtteil.

In der Beschreibung ihrer schulischen Situation betonen die Leitungen der beiden **Gesamtschulen** und des **Gymnasiums** die ausgewogene und gute Zusammensetzung ihrer Schülerschaft, die sie teilweise über eine entsprechende Quotenregelung aktiv beeinflussen können. Zwar verweisen die Schulleitungen der beiden Gesamtschulen auch auf die sozialen Probleme der Bewohnerschaft in den Stadtteilen, doch kann durch den Ganztagsbetrieb der Schulen eine Vielzahl an Förderangeboten zum Ausgleich von Fachdefiziten und zur Förderung spezifischer Begabungen gemacht werden. Als Problempunkt wird speziell an den beiden Gesamtschulen ebenfalls die fehlende Unterstützung der schulischen Entwicklung durch die Eltern angesehen, da diese „überwiegend mit sich selbst beschäftigt sind und keine Orientierungsmöglichkeiten für ihre Kinder bieten.“ Auch die Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund weisen schwierige Lebenslagen auf und oft sind die familiären Normen in Frage gestellt. Die Beschränkung des Anteils von Kindern mit Migrationshintergrund wird von diesen Schulleitungen als zwingend erforderlich erachtet, um die Qualität der schulischen Bildung zu gewährleisten. Trotz des im Vergleich zu anderen Schulen niedrigeren Anteils (ca. 20%) betonen die Gesamtschulleitungen, dass das Thema „Sprachförderung“ auch bei ihnen an Bedeutung gewonnen hat und weiter gewinnt. Das Gymnasium hat ein weites Einzugsgebiet, so dass spezifische soziale Problemlagen nicht anzutreffen sind. Zum Programmgebiet der „Sozialen Stadt“ besteht eine enge räumliche Nähe, so dass es einzelne Projekte in Zusammenarbeit mit dem Stadtteilbüro gab und die Schule außerdem durch baulich-investive Maßnahmen aus dem Programm „Soziale Stadt NRW“ profitiert hat.

### 4.1.2 Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund

Der jeweilige Anteil an Kindern mit Migrationshintergrund schwankt an den untersuchten Schulen beträchtlich und liegt zwischen 12% und ca. 80%. Der Anteil ist u.a. abhängig vom Einfluss der Schule auf die „Quote“. Einige Schulen nennen eine entsprechende Zusammensetzung mit max. 20% Schülerinnen/Schülern mit Migrationshintergrund explizit als Ziel, andere „verschleiern“ solche angestrebten Quoten, z.B. durch Hinweise auf den erforderlichen Leistungsstand der Schülerinnen/Schüler. In der schriftlichen Befragung sollten die Schulen ebenfalls Auskunft über den Anteil an Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund geben. Neun von 23 antwortenden Schulen nennen Anteil-

le von 50% und mehr, während nur bei fünf Schulen ein Anteil von weniger als 25% angeführt wird.

Die fünf Grundschulen, die Hauptschule und eine Lernbehinderten-Schule haben die höchsten Anteile an Schülerinnen/Schülern mit Migrationshintergrund, da sie keinen Einfluss auf die Zusammensetzung nehmen können. Zwei Schulen weisen in den Interviews jedoch auch darauf hin, dass der Anteil an Schülerinnen/Schülern mit Migrationshintergrund aus ihrer Sicht keine geeignete Kennziffer für die Problembeschreibung ist. Die Einschätzung der Bildungschancen wird teilweise in Abhängigkeit von der Herkunftsnationalität gesehen, so werden in einem Interview z.B. griechische Kinder als „Zugpferde“ bezeichnet, in einem anderen Interview türkische Kinder als „schwächer“ eingestuft.

Das geringe Engagement für die Schulbelange der Kinder wird bei Eltern mit Migrationshintergrund teilweise auf „Unkenntnis“ zurückgeführt, da ihnen entsprechende Erfahrungen aus ihrer Herkunftskultur fehlen. Die expliziten Anforderungen wie z.B. Pünktlichkeit sind nicht ausreichend bekannt/internalisiert. Es kann keine Unterstützung gewährleistet werden (z.B. Hausaufgabenhilfe), was häufig zu Rückstufungen der Kinder in der Schulform führt, da die Schule weitgehend die Unterstützung der Kinder durch ihre Eltern voraussetzt. Die unzureichenden sprachlichen Voraussetzungen der Schülerinnen/Schüler mit Migrationshintergrund werden in fünf von zwölf Interviews als explizite Schwierigkeit benannt. U.a. wird dies auf die Nutzung einer eigenen ethnischen Infrastruktur (Geschäfte, Ärzte usw.) sowie auf den Fernsehkonsum in der Heimatsprache zurückgeführt.

Vereinzelt nennen die Schulleitungen folgende Problembereiche im Zusammenhang mit den Schülerinnen/Schülern aus Migrationsfamilien: althergebrachte Erziehungsmethoden und körperliche Züchtigung, schwieriger Übergang von Schule und Beruf, wachsender Anteil an Familien mit Migrationshintergrund, in denen Konflikte und Trennungen zunehmen, Abschottungstendenzen von insbesondere türkischen Familien.

In drei Interviews (Realschule, Grundschule, Gymnasium) werden mit Migrationserfahrungen verbundene positive Aspekte ausdrücklich hervorgehoben: So wird betont, dass gute Leistungen bei Kindern mit Migrationshintergrund mit größerer kultureller Öffnung der Familie in Verbindung gebracht werden können, Sprach- und Leseförderung nicht speziell für Kinder mit Migrationshintergrund erforderlich ist und so gut wie keine Konflikte durch die interkulturelle Zusammensetzung der Schülerschaft bestehen. Nur in einem Gespräch wird explizit die Zweisprachigkeit der Kinder mit Migrationshintergrund als besonders förderwürdig anerkannt.

### 4.1.3 Eltern

In den Interviews werden Versorgungsprobleme bzw. Fehlernährung dreimal ausdrücklich genannt, auch sprachliche Defizite und Verhaltensauffälligkeiten der Kinder werden – vor allem von den Grundschulen und einer Lernbehinderten-Schule – als mit dem Elternhaus verbundene Probleme beschrieben. Als ein

weiteres Merkmal wird die fehlende Vermittlung von Sozialkompetenz benannt, die eine niedrige Frustrationstoleranz, fehlende Konfliktbewältigungsstrategien u.ä. zur Folge haben. Kinder von arbeitslosen Eltern werden als besonders problematisch erachtet, da sie keine klaren Abläufe und keinen Tagesrhythmus erlernen; den Eltern ist die Frage der zeitlichen Struktur und geregelten Betreuung ihrer Kinder oftmals gleichgültig.

Im Zusammenhang mit der Ansprache von Eltern zu schulischen Belangen werden verschiedene Stolpersteine angeführt, wie z.B. Sprachbarrieren, Desinteresse und ein fehlendes gemeinsames Verständnis (Schule, Eltern) von der Förderung der Kinder. Vereinzelt wird auf positive Beispiele von Elternengagement hingewiesen und auf die zunehmende Offenheit für das Thema „Sprachprobleme“ durch an KiTas und Grundschulen laufende Programme.

Insgesamt wird in mehreren Interviews dargelegt, dass die prekäre Familiensituation (keine Bewältigung der Lebenssituation durch die Eltern, Überforderung) die Lernsituation der Schülerinnen/Schüler erschwert. Eine Schulleitung schätzt, dass ein Drittel der Schülerinnen/Schüler davon betroffen ist. Diese Situation wird mit unterschiedlichen Problemlagen erklärt, wie z.B. Einelternfamilien, Überbehütung, Verwahrlosung.

Die Leitungen beobachten teilweise, dass sich die Mädchen über Schwangerschaften definieren. Dies führt z.B. dazu, dass eine Schulleitung bereits drei Generationen einer Familie in ihrer Schule erlebt hat.

### 4.1.4 Weitere spezifische Problempunkte

Das Thema **Fehlstunden von Schülerinnen/Schülern** durch Schulverweigerung wird in den Interviews nur zurückhaltend thematisiert. Drei Schulen – darunter die beiden Lernbehinderten-Schulen – bejahen die Frage nach dieser Problemstellung. In vier Interviews wird das Schuleschwänzen als Einzelfälle angesehen, wobei auch die Unterstützung des Elternhauses durch Schreiben von Entschuldigungen als Teil des Problems erachtet wird. Drei Schulen greifen auf das Mittel der Einleitung des formalen Verfahrens zurück (Anzeige bei der Schulverwaltung, Einleitung eines Bußgeldverfahrens, zwangsweise Schulvorführung), eine der Schulen hat ein besonderes Programm begonnen. Als Begründung – gerade auch für die Familien mit Migrationshintergrund – wird angeführt, dass grundlegende Anforderungen der hiesigen Gesellschaft nicht erkannt werden.

Viele Jugendliche, vor allem jene mit Migrationshintergrund, sind mit dem Problem **Jugendarbeitslosigkeit** konfrontiert. In der Schule schlägt sich dies unmittelbar als verminderte „Anstrengungsbereitschaft“, als „schlechte Stimmung“ und als „Perspektivlosigkeit“ nieder. Nach Abschluss der 10. Klasse nimmt der Anteil an Schülerinnen/Schüler zu, die weiter zur Schule gehen, da immer weniger eine duale Ausbildung beginnen.

Vereinzelt kommt das Thema **Drogenmissbrauch** zur Sprache. In einer Schule wird Suchtprävention als ein „Unterrichtsprinzip“ bezeichnet. In den Familien ist

laut Auskunft von zwei Schulleitungen der Konsum von Drogen weit verbreitet und vereinzelt – so die Leitung – rutschen die Schülerinnen/Schüler in die Drogen- und Prostitutionsszene ab.

Das Thema **Gewalt** wird in einzelnen Interviews angesprochen. Es wird besonders auf die Gewalterfahrungen von Kindern in ihren Familien hingewiesen. Es gibt wegen dieses Problems auch Kontakte zum Jugendamt. Eine Schulleitung betont explizit, dass den Schülerinnen/Schülern das Mitbringen von Waffen untersagt ist. Die Schule ist an einem Mediationsprojekt beteiligt, in dem es darum geht, den Schülerinnen/Schülern zu vermitteln, dass Regeln an der Schule gelten. An einer anderen Schule wurde durch Eingreifen, Thematisieren sowie Verhaltensregeln das Schulklima verändert. Gewalttätige Auseinandersetzungen in den Pausen sind zurückgegangen.

Die **Motivation der Lehrkräfte** wird ebenfalls sporadisch thematisiert. So wird in einem Interview hervorgehoben, dass die Arbeit in einem „sozialen Brennpunkt an den Kräften der Lehrerinnen und Lehrer“ zehrt. Die Lehrkräfte lassen „gefühlte Misserfolge“ zu nah an sich herankommen. Eine Schulleitung schildert eine längere Erkrankung durch den Vorgänger, eine andere die eigene Überanstrengung vor einigen Jahren.

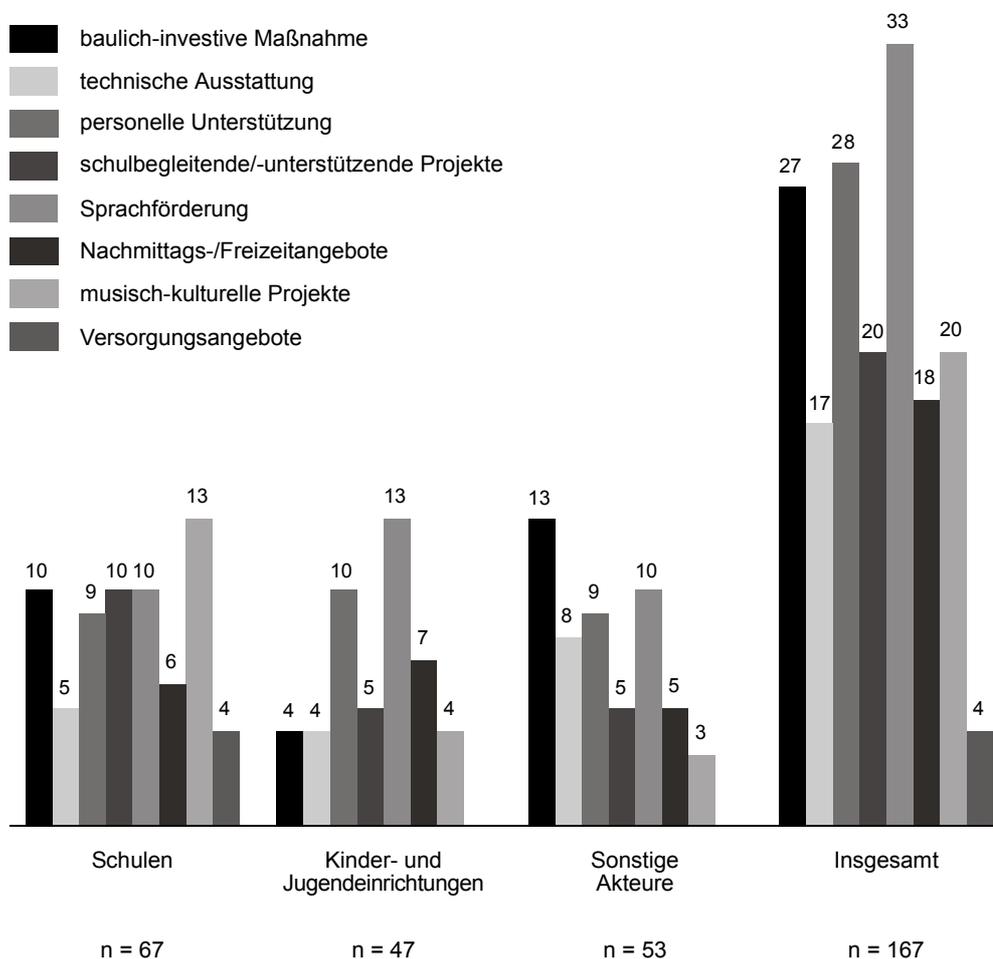
In fünf Interviews wird die **Armut von Kindern** bzw. der Sozialhilfebezug der Eltern angesprochen. Dabei wird von den Interviewpartnerinnen/-partnern auch darauf hingewiesen, dass den Kindern von ihren Eltern vermittelt wird, ihre Versorgung sei auch zukünftig über die Sozialhilfe gesichert.

### 4.2 Verbesserung der Bildungsvoraussetzungen

Ein wichtiges Anliegen im Handlungsfeld „Schule im Stadtteil“ ist die Verbesserung der Bildungsvoraussetzungen für die Kinder und Jugendlichen in den Programmgebieten. Die Schaffung von verbesserten Angeboten, z.B. durch Betreuungsangebote am Nachmittag, spezifische Förderangebote oder auch Maßnahmen zur Verbesserung der Lernumgebung, gehört auf der Maßnahmenebene in diesen Kontext.

In der schriftlichen Befragung sollten die Schulen und Einrichtungen darüber Auskunft geben, ob in den verschiedenen Angebotsbereichen in den letzten zwei Jahren Maßnahmen durchgeführt wurden. Die 87 Institutionen, die einen Fragebogen zurückgesendet haben, geben 167 Fälle an, in denen eine oder auch mehrere Maßnahmen durchgeführt wurden. Abb. 14 (S. 129) zeigt die Verteilung der Maßnahmebereiche. Demnach gehören die meisten Maßnahmen in die Bereiche der Sprachförderung, der personellen Unterstützung (z.B. Nachmittagsbetreuung) sowie der baulich-investiven Projekte. Dass auch die anderen Maßnahmebereiche relativ häufig genannt wurden, belegt die insgesamt breite Förderung durch das Programm „Soziale Stadt NRW“ und seine Co-Programme.

**Abb. 14:** Maßnahmebereiche der Förderung nach Einrichtungstypen (absolute Nennungen)



Antworten aller befragten Schulen und Einrichtungen für die letzten zwei Jahre

Quelle: *ies* Hannover 2004

### 4.2.1 Spezifische Förderangebote für Kinder aus sozial benachteiligten Familien mit und ohne Migrationshintergrund

Auf der Ebene der konkreten Maßnahmen und Projekte interessierten jene Förderansätze, die in den Schulen bzw. in Kooperationsprojekten einen Beitrag zur Verbesserung der Lern- und Bildungssituation der Kinder und Jugendlichen leisten können. Herausgearbeitet werden sollte, welche Ansätze mit Mitteln des Programms „Soziale Stadt NRW“ bzw. durch Anregungen in den Steuerungs- und Arbeitsgremien entstanden sind und wie ihr Erfolg durch die Expertinnen/Experten bewertet wird.

Einen großen Stellenwert bei den befragten Akteurinnen/Akteuren hat der Komplex **Sprachförderung** an (Grund-)Schulen sowie Kinderbetreuungseinrichtungen eingenommen. Mit Mitteln der „Sozialen Stadt NRW“ wurden in Folge von Sprachstandstests nach der Anmeldung der Kinder für die Grundschule Förder-

kurse mit einem Umfang von 120 Stunden finanziert. Die Projekte zur Sprachförderung leisten nach Einschätzung der befragten Akteurinnen/Akteure einen Beitrag zur Verbesserung der sprachlichen Kompetenzen (empirisch gesichertes Zahlenmaterial ist noch nicht verfügbar) sowie zur Verstärkung der Elternarbeit und -beteiligung.<sup>2</sup> In einem Interview an einer Grundschule wird darauf hingewiesen, dass durch die gezielte Sprachförderung im Elementarbereich bereits keine Vorbereitungsklassen an dieser Schule mehr notwendig sind.

Mit den mit Programmmitteln geförderten Maßnahmen werden teilweise Ansätze fortgeführt, deren Ursprünge bis in die achtziger Jahre zurückreichen und die seit Mitte der neunziger Jahre forciert worden sind, wie Akteurinnen/Akteure in den Stadtteilgesprächen in Gelsenkirchen und Essen schildern. Es wird verschiedentlich auf die Relevanz der fachlichen Beratung und Unterstützung der Einrichtungen durch externe Fachleute verwiesen, u.a. durch Projekte der RAAs. Als besonders erfolgreich haben sich das Projekt „Rucksack“ durch die Einbeziehung von Eltern mit Migrationshintergrund sowie auch spezifische Ansätze zur Förderung der bi-lingualen Sprachkompetenz dargestellt.

Die Ergebnisse der schriftlichen Befragung bestätigen die Einschätzung der ausgewählten Schulleitungen und der Expertinnen/Experten in den Stadtteilgesprächen. In der schriftlichen Befragung nennen 50% der antwortenden Expertinnen/Experten (N=28 von 56) „besonders erfolgreiche“ Projekte, die der Kategorie Sprach- und Leseförderung zuzuordnen sind (siehe Abb. 15, S. 131).<sup>3</sup> Die Kinder- und Jugendeinrichtungen und die sonstigen Akteure nennen an erster Stelle, die Schulen an zweiter Stelle Projekte aus diesem Kontext.

Während der Erarbeitung dieser Studie haben sich in diesem Förderbereich die Voraussetzungen in den Programmgebieten verändert, da in NRW per Schulrechtsänderungsgesetz NRW vom August 2003 mit der Schulanmeldung ein Sprachstandstest erfolgt und ein ggf. vorhandener Förderbedarf festgestellt wird. Die Finanzierung der Sprachförderung erfolgt seither vorrangig aus anderen Haushalten (Kommune, Schulministerium). Es sind jedoch nach Auskunft der Akteure noch kombinierte Finanzierungsmodelle vorzufinden. Die teilweise anzutreffende Umsetzung der Sprachförderung mit wechselnden Honorarkräften wird als Einschränkung der Qualität der Maßnahmen angesehen.

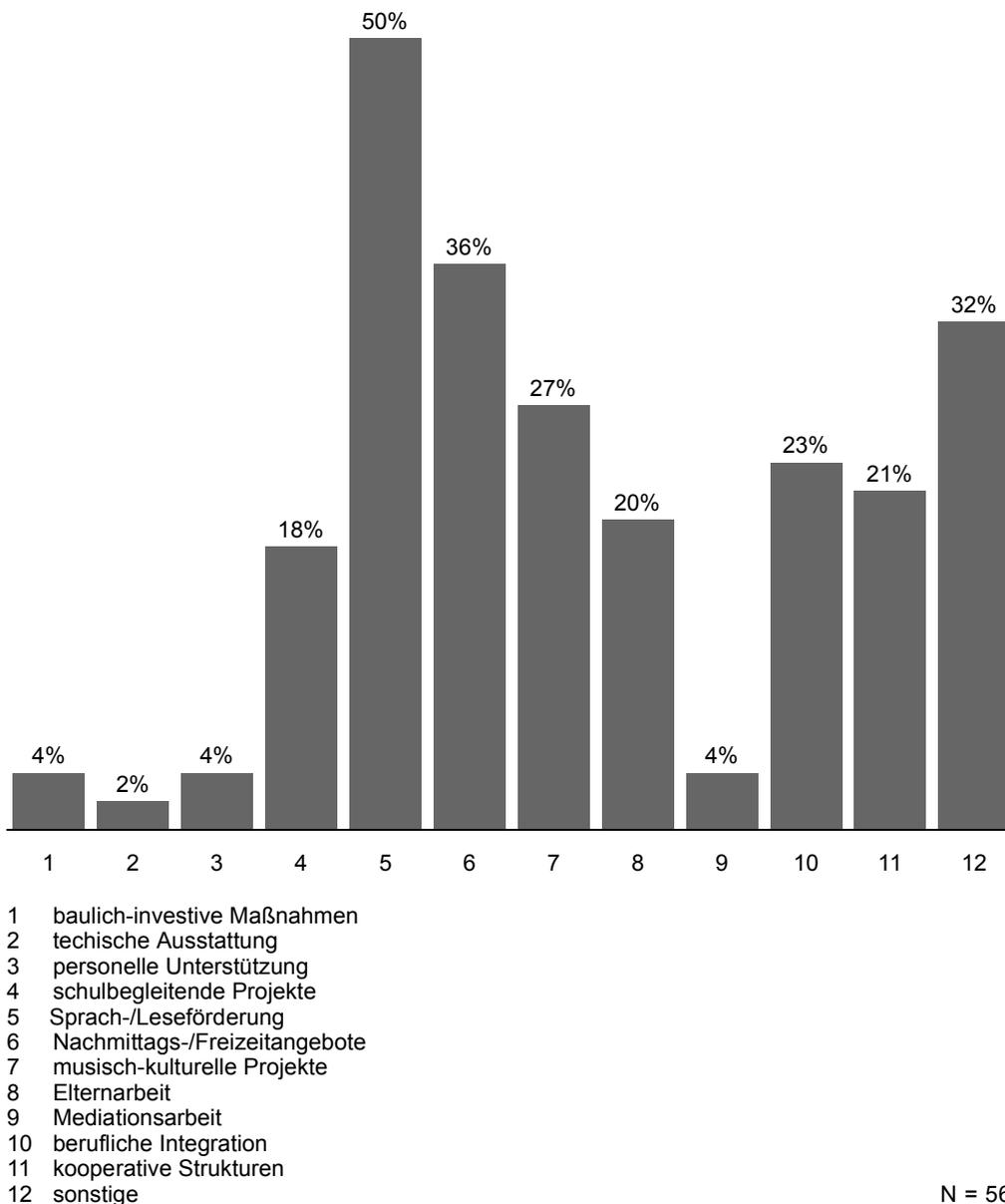
<sup>2</sup> Siehe hierzu exemplarisch: Institut für Sozialplanung und Organisationsentwicklung (1999); Stadt Essen – RAA/Büro für interkulturelle Arbeit (2000).

<sup>3</sup> Die unter dem Aspekt Förderansätze folgenden quantitativen Angaben zu Projekten/Projektfamilien stammen aus den Antworten der Befragten auf die offene Frage nach besonders erfolgreichen Projekten im Rahmen der schriftlichen Befragung. Die Befragten sollten bis zu drei aus ihrer Sicht besonders erfolgreiche Projekte aufführen. Insgesamt haben 56 befragte Institutionen Angaben gemacht und 134 Projekte genannt.

## 4. Ergebnisse

131

**Abb. 15:** Prozentuale Verteilung „besonders erfolgreicher“ Projekte nach Maßnahmebereichen



Antworten aller befragten Schulen und Einrichtungen

Quelle: *ies* Hannover 2004

Die **musisch-kulturellen Projekte** wie „mus-e“, „Kunstpause“ und ein lokal entwickeltes Kinderkulturprojekt werden als besonders sinnvolle Ansätze zur Stärkung der Persönlichkeitsentwicklung der Kinder und zur Verbesserung der Lernmotivation und -bereitschaft erachtet. Wichtige Nebeneffekte sind – nach Meinung der interviewten Schulleitungen – die erweiterte Sicht der Lehrerinnen und Lehrer auf die Kinder durch die teilnehmende und gleichfalls beobachtende Rolle sowie auch die veränderte Perspektive der Kinder auf die Lehrerinnen/Lehrer, weil diese als Lernende erlebt werden. Zudem fördern diese Projekte



den sozialen Kontakt der Kinder untereinander und damit auch einen toleranteren Umgang miteinander. Auch in den Stadtteilgesprächen nehmen die musisch-kulturellen Projekte einen besonderen Stellenwert ein. Es wird verschiedentlich betont, dass gerade Kinder, die aufgrund ihres familiären Hintergrunds keine „schulische Orientierung“ mitbringen, auf diese Projekte stark ansprechen. In der schriftlichen Befragung nennen 27% der Antwortenden (N=15 von 56) in der offenen Frage Projekte, die diesem Bereich zuzuordnen sind (siehe Abb. 15, S. 131). Die meisten Nennungen der Schulen entfallen auf Projekte dieser Kategorie.

Über diese Projektbereiche hinaus wurden die Themen **Sport und Bewegung**, **Gesundheit und Ernährung** sowie **Konfliktschlichtung und -prävention** in den Interviews mit den Schulleitungen und den Stadtteilgesprächen thematisiert. Beim Thema Gesundheit liegen im Programmgebiet OB-Knappenviertel positive Erfahrungen mit einer intensiven Zahnprophylaxe im Kindergarten- und Schulbereich vor. Der Erfolg dieser durch das Aktionsbündnis Gesundheit initiierten Präventionsmaßnahme kann mittlerweile statistisch belegt werden. Der Bedarf der Intensivierung von Maßnahmen in diesem Bereich sowie auch im Bereich „Sport und Bewegung“ wird in fast allen Stadtteilgesprächen der Rückkopplungsphase dargestellt. Die im Sportbereich durch das MSWKS angelegten Förderprogramme und -möglichkeiten werden kaum wahrgenommen.

Auch für das Feld „Konfliktschlichtung/-prävention“ werden vereinzelt positive Beispiele aus der Stadtteilarbeit angeführt, wie z.B. in E-Katernberg das Beispiel einer Konfliktschlichtung an einer Schule mit Unterstützung durch den Imam sowie der Aufbau des Mediationsnetzwerks in DU-Hochfeld. Auch in der schriftlichen Befragung entfallen nur einzelne Positivbeispiele auf diese Bereiche.

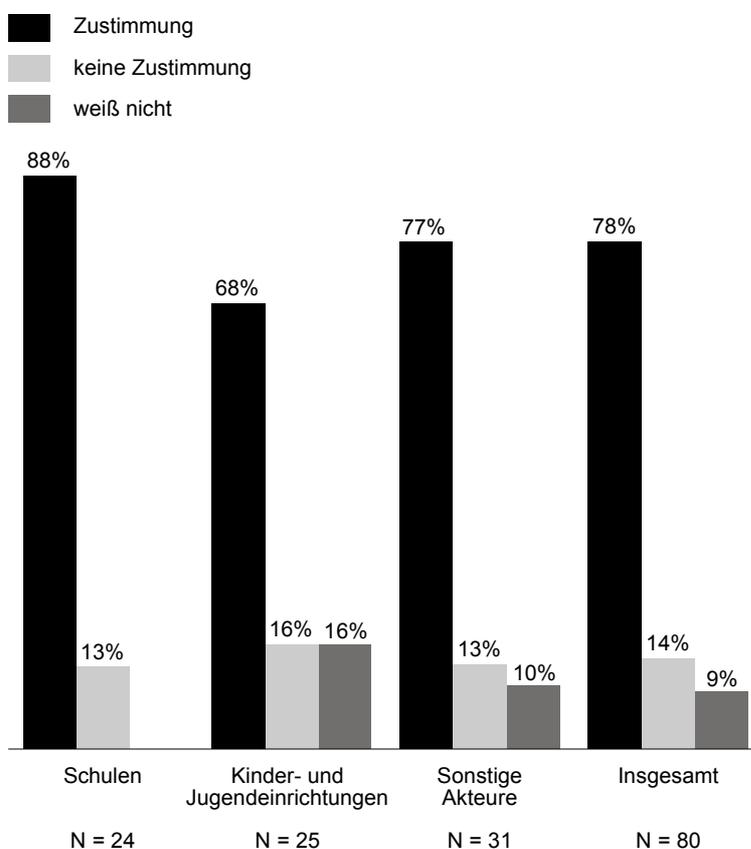
Die **Wirkungen des Landesprogramms „Soziale Stadt NRW“** für die Situation von Kindern und Jugendlichen in den sozial benachteiligten Stadtteilen wird von den Akteuren aus den Bereichen Schule sowie Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe in der schriftlichen Befragung generell positiv bewertet. Der Aussage, dass das Programm „Soziale Stadt NRW“ bzw. die Impulse aus der Stadtteilarbeit wesentlich zur Verbesserung der Situation von Kindern und Jugendlichen beitragen, trifft für 20% der Befragten „voll und ganz“ (N=16 von 80) und für weitere 58% „eher zu“ (N=46). Insgesamt sehen somit 78% der befragten Expertinnen und Experten generell eine Verbesserung durch das Landesprogramm. Lediglich für 3% der Befragten trifft diese Aussage „gar nicht“ zu (N=2) (siehe Abb. 16, S. 133).

Differenziert nach Einrichtungstypen bewerten vor allem die Schulen die Wirkungen des Programms positiv (N=21 von 24; 88%), gefolgt von den sonstigen Einrichtungen/Trägern (N=24 von 31; 77%) und den Kinder- und Jugendeinrichtungen (N=17 von 25; 68%)

## 4. Ergebnisse

133

**Abb. 16:** Bewertung des Beitrags „Soziale Stadt“ zur Verbesserung der allgemeinen Situation von Kindern und Jugendlichen nach Einrichtungstypen



Antworten aller befragten Schulen und Einrichtungen

Quelle: ies Hannover 2004

Deutlich zurückhaltender als die Gesamtbewertung des Programms „Soziale Stadt NRW“ fällt die **Bewertung einzelner bildungsbezogener Merkmale** aus. Kausale Wirkungszusammenhänge zwischen einzelnen Maßnahmen des Landesprogramms und „Ergebnissen“ sind für die Expertinnen/Experten im Feld teilweise nicht erkennbar, was zu einem hohen Anteil an Fragebögen führt, bei denen die Befragten „keine Bewertung“ vornehmen.<sup>4</sup> Von den Befragten sehen 49% (N=40 von 81) am ehesten eine Verbesserung der sprachlichen Kompetenzen durch die Maßnahmen im Rahmen des Stadtteilprogramms. Verbesserungen bei der Stärkung der Persönlichkeitsentwicklung sehen 38% (N=29 von 76) und bei den Konfliktlösungskompetenzen 30% (N=24 von 79). Jeweils ein Teil

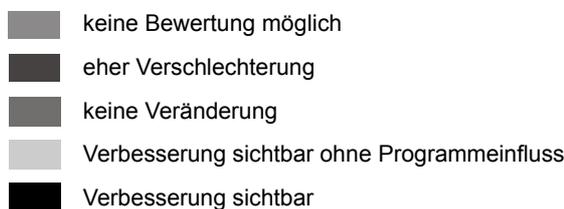
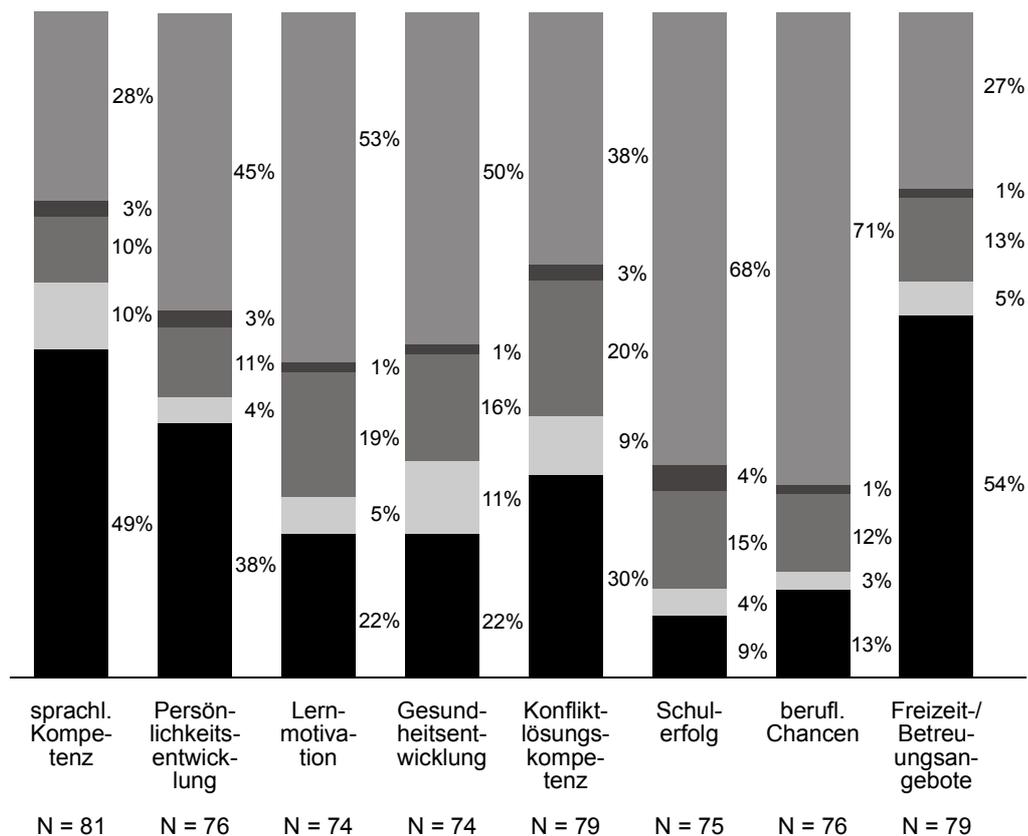
<sup>4</sup> Die Differenzierung des Expertenstatus zwischen Schulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen sowie sonstigen Einrichtungen zeigt tendenzielle Unterschiede in der „Bereitschaft“ zur Bewertung, die offensichtlich von der Selbsteinschätzung der Feldkompetenz abhängt. So tauchen bei den Antworten der Schulen geringere „Ausfälle“ bei den Items Konfliktlösungskompetenzen (N=4 von 23; 17%), Persönlichkeitsentwicklung (N=4 von 22; 18%) und Lernmotivation (N=7 von 20; 35%) auf; bei den Akteuren aus allen Einrichtungstypen außerdem am geringsten bei dem Item sprachliche Kompetenzen (Ausfälle zwischen 24 und 32).

## 4. Ergebnisse

134

der Befragten macht Verbesserungen aus, sieht diese aber ohne Einfluss durch das Programm; ein weiterer Teil sieht keine Veränderungen. Positiv ist zu vermerken, dass nur einzelne Befragte jeweils eine Verschlechterung in den letzten Jahren für die genannten Aspekte beobachten (siehe Abb. 17, S. 134). Die Bewertungen zwischen den untersuchten Stadtteilen weisen keine größeren Unterschiede auf.

**Abb. 17:** Bewertung des Beitrags „Soziale Stadt“ für einzelne bildungsbezogene Merkmale



Antworten aller befragten Schulen und Einrichtungen

Quelle: *ies* Hannover 2004

Die Tatsache fehlender Bewertungen wurde auf den Rückkopplungsgesprächen in den vier Programmgebieten diskutiert. Es wurde die These formuliert, dass aufgrund der Komplexität der Problemlagen und der Handlungsstrategien eine isolierte Bewertung einzelner Angebote und Maßnahmen aus dem Landesprogramm-Kontext und eine „pauschale“ Bewertung nicht möglich erscheint. Zudem

kann die Tatsache fehlender Bewertungen als Indiz dafür gewertet werden, dass es an Zielbestimmungen und Messgrößen zur Bewertung von „Erfolgen“ mangelt. Bei den Rückkopplungsgesprächen haben die Expertinnen/Experten diese Sichtweise einhellig bestätigt.

### 4.2.2 Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur

In den Interviews mit den Schulleitungen nimmt die Frage der **ganztägigen Betreuung von Kindern** einen großen Stellenwert ein, zum Zeitpunkt der Interviews z.B. finanziert über die Programme „13plus“ oder „Schule von acht bis eins“, in den Programmkontext „Soziale Stadt“ integrierbare Förderprogramme. Aufgrund der dargestellten familiären Problemsituation eines Großteils der Kinder wird die Notwendigkeit gesehen, eine entsprechende Ganztagsbetreuung zu gewährleisten. Dieses Thema wird vor allem durch die Grundschulleitungen stark akzentuiert. Sie betonen, dass die Ganztagschule Voraussetzung ist, um eine gezielte Förderung der Kinder zu gewährleisten und Bildungsbenachteiligung zu kompensieren. Sie sehen diese Notwendigkeit sowohl in der Förderung schulischer Belange, z.B. durch regelmäßige Hausaufgabenhilfe oder „Silentiengruppen“, als auch in Bezug auf eine sinnvolle Freizeitgestaltung, die z.B. Sport und angeleitetes Spielen fördert oder auch kulturelle Aktivitäten ermöglicht. Einige Grundschulleitungen betonen darüber hinaus den Versorgungsaspekt mit gesunder Ernährung als Bestandteil eines umfassenden Ganztagsangebots, da sie eine unzureichende Versorgung der Kinder beobachten. Auch hier sind mit Programmmitteln als Anschubfinanzierung entsprechende Angebote ermöglicht worden (Frühstücksangebote, Mittagstische). Deren finanzielle Absicherung erweist sich vielfach als schwierig, u.a. weil Zeit und Zugang zu anderen Finanzierungsformen wie Sponsoring fehlen oder Sponsoren nicht auf Dauer gebunden werden können. Die für die Interviews ausgewählten Schulen mit Nachmittagsangeboten realisieren diese durch die Einbeziehung von Honorarkräften sowie in kooperativen Strukturen mit Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe. Die Relevanz der Nachmittagsbetreuung wird aus der Perspektive der Kindertagesstätten auf den Stadtteilgesprächen bestätigt. Auch diese setzen ihre Angebote teilweise in Kooperation um, z.B. im Rahmen von altersgemischten Gruppen, in Kooperation mit Grundschulen.

Die Entwicklung der Kath. Knappgrundschule in Oberhausen und der Herbartsschule in Essen illustrieren beispielhaft, wie Schulen aufgrund eines erkannten Betreuungs- und Unterstützungsbedarfs der Schülerinnen/Schüler Versorgungs- und Nachmittagsangebote aufbauen und weitreichende Erfahrungen einer offenen Ganztagschule sammeln konnten. Die Schulen haben dafür teilweise Mittel aus dem Programm „Soziale Stadt“ eingesetzt, im Fall der Herbartsschule erfolgte die Finanzierung für den Aufbau der Angebote aus dem städtischen Haushalt sowie durch Sponsoring.

Einige Schulleitungen heben in den Interviews im Zusammenhang mit den Aufgaben einer Angebotserweiterung, der Anbahnung und Ausgestaltung von Ko-

operationsprojekten und dem Bedarf an spezifischen Fachkräften (z.B. sozial- und heilpädagogische Fachkräfte, Erzieherinnen/Erzieher im Grundschulbereich) die Bedeutung der vom Land finanzierten **Zeitbudgetstunden** hervor. Ein Teil der untersuchten Schulen hat in der Förderlaufzeit 1996/97 bis 2003/04 von diesen Zusatzstunden profitiert und kritisiert nun die Einstellung bzw. Verlagerung dieser Mittel. Aus ihrer Sicht ist die Erweiterung und Aufrechterhaltung einer auf die spezifischen Anforderungen von Schulen in benachteiligten Stadtteilen ausgerichteten Angebotsstruktur ohne eine entsprechende personelle Aufstockung nicht möglich. Besonders für die Grundschulleitungen stellt sich die Frage, wie der erhöhte zeitliche Aufwand für eine kooperative und offene Schule kompensiert werden kann, zumal eine Reihe von sonstigen Reformen zu bewältigen sind (z.B. Einführung Englischunterricht, gemeinsame Klassenstufen).

Zum Zeitpunkt der Interviews mit den Schulleitungen (Sommer 2003) stand außerdem die Einführung der Offenen Ganztagsgrundschule bevor. Prinzipiell wird diese schulpolitische Entwicklung begrüßt und als „Schritt in die richtige Richtung“ angesehen. Von den Schulleitungen der Grundschulen wird allerdings kritisch angemerkt, dass das Konzept der Offenen Ganztagsgrundschule Familien mit hohem Unterstützungsbedarf eventuell nicht erreichen wird, da die Teilnahme freiwillig und mit Kosten verbunden ist. Entgegen dieser Einschätzung berichtet die Schulleitung der Herbartschule in E-Katernberg zu Beginn des Schuljahrs 2003/04 von einer hohen Anmeldequote von 79% trotz höherem Elternbeitrag, weitere 11% waren für den Hort angemeldet. Die hohe Nachfrage wird auf das sich positiv entwickelnde Image der Schule bei den Eltern (durch Nachmittagsschule) zurückgeführt.

Einen besonderen Stellenwert hat das Thema der Ganztagsbetreuung für die Lernbehinderten-Schulen. Eine Schulleitung beschreibt im Rahmen des Interviews die intensiven Bemühungen, eine Betreuung in Kooperation mit einem Wohlfahrtsverband umzusetzen. Die zur Verfügung stehenden Ressourcen sind jedoch äußerst begrenzt und so können nur zehn Schülerinnen/Schüler dieses Angebot nutzen; zudem ist die finanzielle Absicherung der Betreuung über das aktuelle Schuljahr hinaus zum Befragungszeitpunkt nicht gesichert. Eine Ganztagsbetreuung wäre aus der Sicht der Leitung erforderlich, auch um in Richtung Stadtteilarbeit aktiver werden zu können.

Die Verbesserung der Bildungsinfrastruktur durch Ganztagschulen als Zielsetzung findet seinen Niederschlag insbesondere im Programmgebiet **GE-Bismarck/Schalke-Nord**. Es handelt sich um das einzige Programmgebiet, in dem mit Errichtung der Ev. Gesamtschule gezielt eine Verbesserung durch Erweiterung der stadtteilbezogenen Bildungsinfrastruktur intendiert war. Die Einrichtung der neuen Schule ist neben der Umnutzung der Industriebrache Consolidation und der Neugestaltung der zentralen Verkehrsader ein Leitprojekt der Stadtteilentwicklung, von dem Impulse für eine langfristig positive Entwicklung erwartet wird. Die hohen Anmeldezahlen belegen Bedarf und Nachfrage dieses Bildungsangebots. Das Gleiche gilt für den Stadtteil **E-Katernberg** und die Gustav-Heinemann-Gesamtschule, die ebenfalls seit Jahren nicht alle angemeldeten

Schülerinnen/Schüler aufnehmen kann. Die ausbleibende Erweiterung des Gesamtschulangebots wird aus diesem Grund zumindest von einem Teil der Stadtteilakteure in E-Katernberg kritisiert.

### 4.2.3 Spiel- und Lernumgebung

Die **Schulhofumgestaltung** und einige weitere bauliche Maßnahmen, wie das Stadtteilhaus auf dem Schulgelände der Ev. Gesamtschule in Gelsenkirchen Bismarck, werden von den Schulleitungen in den mündlichen Interviews als besonders wichtige Maßnahmen angeführt. Sie leisten einen bedeutenden Beitrag zur Verbesserung der Freizeit- und Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum, auch weil sie den Kindern nachmittags für die Freizeitgestaltung zur Verfügung stehen. Die Schulhofumgestaltung wird von den Schulleitungen unter dem Aspekt der Kontaktaufnahme durch die Stadtteilmanagements positiv bewertet. In einigen Interviews mit den Schulleitungen wird sie als „beste Maßnahme“ im Programmkontext bezeichnet. Über die projektbezogene Kontaktaufnahme haben die Schulen teilweise weitere Einblicke in die Stadtteilentwicklung nehmen können. Auch die Mitwirkung und Beteiligung von Kindern, Lehrkräften und Eltern werden als besonders positiv hervorgehoben. Gleichwohl merken einige Schulleitungen an, dass nach Abschluss des Projekts der Schulhofumgestaltung vergleichbar konkrete Projektangebote nicht mehr offeriert wurden und der Kontakt zum Stadtteilmanagement teilweise wieder verloren ging. Kritisch bewertet wird außerdem in den mündlichen Interviews die teilweise fehlende finanzielle Absicherung für die Instandhaltung der sanierten Flächen. Auch in den Stadtteilgesprächen werden die „Schulhofumgestaltung“ und einzelne weitere Projekte im Bereich der Umgestaltung von Spiel- und Freiflächen (z.B. Umgestaltung Umlandpark OB-Knappenviertel) von Akteuren als wichtige Projekte im Handlungsfeld gesehen. Diese Maßnahmen haben an den Standorten zu einer verbesserten Aufenthalts- und Freizeitqualität und einer Aufwertung der Lernumgebung der Kinder beigetragen.

Neben der Schulhofumgestaltung werden vereinzelt Beispiele genannt, die unmittelbar die Lernumgebung der Schülerinnen/Schüler betreffen. Die Förderung von Kinder- bzw. Schüler-Bibliotheken, Stadtteilbibliotheken und Internetcafés gehört zu den in diesem Zusammenhang in den Interviews genannten positiven Maßnahmen. In der schriftlichen Befragung nehmen baulich-investive Projekte sowie Investitionen in die technische/infrastrukturelle Ausstattung der Schulen und Einrichtungen keine besondere Stellung ein. Der umfangreiche Mitteleinsatz in diese Bereiche wird somit von den Akteurinnen/Akteuren als weniger bedeutsam erachtet oder weniger wahrgenommen.

In der schriftlichen Befragung konnten die Schulen auch eine Bewertung der räumlichen Situation vornehmen. Die Antworten veranschaulichen, dass bezogen auf die Anzahl der Räume, die Ausstattung und die Schulhofgestaltung bei einem nicht unerheblichen Teil der Schulen offenbar Veränderungsbedarf besteht. So ist für 13 von 24 antwortenden Schulen die Anzahl der Räume „eher

nicht“ bzw. „gar nicht ausreichend“ (54%); genauso viele Schulen sehen die Ausstattung der Räume als nicht ausreichend an. Auch die Schulhofgestaltung ist aus Sicht der Schulleitungen nicht an allen Standorten zufriedenstellend. Für sieben von 24 Schulen ist der Schulhof kein „anregender Raum“ und der Schulhof steigert nicht als Freizeitfläche die Aufenthaltsmöglichkeiten im Stadtteil (29%).

### 4.2.4 Schulerfolg und berufliche Integration

Die Frage, inwiefern die mit Mitteln des Programms „Soziale Stadt NRW“ durchgeführten Maßnahmen und Projekte zu einer Verbesserung des „Schulerfolgs“ beitragen konnten, wird von den Schulleitungen in den Leitfadenterviews sowie den Expertinnen/Experten in der schriftlichen Befragung nur zögerlich beantwortet. Wie bereits im Kapitel 4.2.1 für die Bewertung der einzelnen Förderansätze fällt auf, dass beim Thema „Schulerfolg“ vielen Expertinnen und Experten keine Bewertung der Entwicklung möglich schien. In den Rückkopplungsgesprächen verweisen die Akteure zum einen darauf, dass der Zeitraum für die Bewertung als zu kurz angesehen wird, und zum anderen, dass Daten als Bewertungsgrundlage fehlen.

Die berufliche Orientierung und Integration von Jugendlichen aus sozial benachteiligten Quartieren kann im Rahmen der Studie nicht vertiefend betrachtet werden. Die Aussagen der (weiterführenden) Schulen sowie die Ergebnisse der schriftlichen Befragung zeigen jedoch die Bedeutung dieses Themas. Aus der Perspektive der weiterführenden Schulen verdeutlichen speziell die Schulleitungen der Gesamtschulen, des Gymnasiums und der Realschule, dass sie entsprechende Unterstützungsangebote für die Jugendlichen anbieten, die jedoch nicht im Zusammenhang mit dem Programm „Soziale Stadt NRW“ stehen. Insbesondere eine Gesamtschule schildert ihre Strategie der genauen Einzelbetrachtung und -förderung der Kinder, um mögliche berufliche Perspektiven frühzeitig zu erkennen und entsprechende Unterstützungsangebote geben zu können (spezielle Klassen für die besonders Begabten mit sicherer Perspektive für Sekundarstufe 2, schulbegleitende Praktikumsangebote für Jugendliche mit geringem schulischen Engagement usw.). In den Interviews mit den weiterführenden Schulen werden Kooperationen mit Betrieben/Unternehmen in diesem Zusammenhang als wichtig angesehen. Die Intensivierung der Zusammenarbeit wird von den befragten weiterführenden Schulen gewünscht. Im Bereich der beruflichen Integration konnten nach Angabe der schriftlich Befragten einige erfolgreiche Projekte realisiert werden. In der offen gestellten Frage nach den besonders erfolgreichen Ansätzen im Programmkontext „Soziale Stadt NRW“ werden 13 entsprechende Projekte aufgeführt, was einem Anteil von 23% an allen genannten Projekten entspricht (z.B. PC-Training, Kurse zur beruflichen Orientierung, Internet- und Beratungscafé) (siehe Abb. 15, S. 131).

In den Interviews mit den Schulleitungen der Lernbehinderten-Schulen werden die fehlenden beruflichen Perspektiven der Schülerinnen/Schüler ausführlich

thematisiert. Nur wenige Schülerinnen/Schüler der Schulen für Lernbehinderte weisen nach Abschluss der Schule eine kontinuierliche Erwerbsbiographie auf. Für diese Gruppe von Jugendlichen eine berufliche Perspektive zu entwickeln, ist seit etwa Anfang der 1990er Jahre noch schwieriger geworden. Dies resultiert aus dem Wegfall von immer mehr einfachen Hilfstätigkeiten auf dem Arbeitsmarkt (z.B. Gerüstbauer, Bäckereihilfen). Schülerinnen/Schüler, die in der überbetrieblichen Ausbildung einfache handwerkliche Berufe erlernen, haben mittlerweile auf dem Arbeitsmarkt keine Chancen mehr. Vor diesem Hintergrund diskutiert z.B. eine der befragten Schulen, ob sie „Vorbereitung auf ein Leben ohne Erwerbsarbeit“ als Leben auf materiell niedrigem Niveau offensiv als programmatisches Ziel ausweisen soll.

### 4.2.5 Fazit

Mit Mitteln des Landesprogramms „Soziale Stadt NRW“ konnte in den letzten Jahren in den untersuchten Programmgebieten eine Reihe von Maßnahmen zur Verbesserung der Bildungsvoraussetzungen durchgeführt werden. Die u.a. mit Mitteln aus dem Stadtteilprogramm finanzierten Förderansätze zur Verbesserung der sprachlichen Kompetenzen und zur musisch-kulturellen Förderung sowie die einzelnen in den Bereichen Konflikterschlichtung/-prävention und Gesundheit durchgeführten Maßnahmen und Projekte haben sich als erfolgreich erwiesen. Auch die Erweiterung der schulischen Angebote in den Nachmittagsbereich, u.a. gefördert mit Mitteln aus dem Programm „Soziale Stadt NRW“, ist an einigen Standorten gelungen und wird von den Expertinnen/Experten im Feld als zentrale Voraussetzung zur Förderung der Kinder aus den sozial benachteiligten Familien gesehen. Dementsprechend werden die Wirkungen des Programms „Soziale Stadt NRW“ von einem überwiegenden Teil der Akteure im Feld positiv bewertet. Die zurückhaltende Bewertung einzelner bildungsbezogener Aspekte wie „Schulerfolg“ und „Verbesserung der beruflichen Chancen“ verweist auf Grenzen der aktuellen Bewertungsmöglichkeiten.

Einzelne Schulen mit besonders schwerwiegenden Problemlagen konnten Entwicklungsprozesse vollziehen und sich zu Ganztagschulen entwickeln. In den Interviews mit den Schulleitungen und in den Rückkopplungsgesprächen wird jedoch kritisch angemerkt, dass die Aufrechterhaltung und Absicherung dieser Angebote eines erhöhten Ressourceneinsatzes bedarf. Die Streichung von entsprechenden Stunden für die Schulleitungen/Lehrkräfte (Programm „Zeitbudgetstunden“) ist von daher als kontraproduktiv und nicht kompensierbar einzustufen.

### 4.3 Verbesserung der sozialen Infrastruktur für Kinder und Jugendliche

In den Handlungsprogrammen der Programmgebiete wird explizit die Verbesserung der sozialen Infrastruktur als Ziel im Handlungsfeld „Schule im Stadtteil“ formuliert. Dieses Ziel, das Maßnahmen zur Verbesserung der Freizeitgestaltung von Kindern und Jugendlichen umfasst, erwies sich in der Erhebungsphase der Studie als stark mit der Entwicklung von Schulen und ihren kooperativen Struktu-

## 4. Ergebnisse

---

140

ren verschränkt. In den Kapiteln 3.2.2 und 3.2.3 werden unter dem Aspekt Betreuung und Verbesserung der Lern- und Spielumgebung bereits zentrale Ergebnisse dargestellt. Die folgenden Ausführungen ergänzen diese Ergebnisse.

Neben Verbesserungen bei der Nachmittagsbetreuung benennen Schulleitungen und Stadtteilakteurinnen/-akteure in den Interviews und Gesprächsrunden positive Entwicklungen u.a. bei der räumlichen und infrastrukturellen Ausstattung von Schulen (z.B. Büchereien, Internetcafés) und bei der Aufenthaltsqualität im Freien durch die Schulhofumgestaltung (wird besonders positiv bewertet). Verbesserungen im Bereich der Freizeitangebote sind demgemäß häufig die Folge von Investitionen in bauliche Maßnahmen. Dabei bedeuten die Angebote über ihren konkreten Nutzen hinausgehend insgesamt eine Aufwertung der jeweiligen Stadtteile sowie eine Steigerung der Identifikation der Bewohnerschaft mit ihren Quartieren (z.B. Consol-Gelände in Gelsenkirchen). Bei der offenen Frage nach den besonders erfolgreichen Projekten steht die Projektfamilie der Nachmittags-/Freizeitangebote an zweiter Stelle (N=20 von 56; 36%) (siehe Abb. 15, S. 131).

Die Expertinnen/Experten wurden im Rahmen der schriftlichen Befragung um ihre Bewertung der Wirkungen des Programms „Soziale Stadt NRW“ auf die Freizeit- und Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche gebeten. 54% (N=43 von 79) der Antwortenden bestätigen positive Wirkungen des Landesprogramms in diesem Bereich, 27% (N=21) bewerten die Entwicklung in diesem Bereich nicht und für 13% (N=10) ist die Situation unverändert geblieben. 5% (N=4) sehen Veränderungen ohne Einfluss durch das Programm und 1% (N=1) der Befragten schließlich konstatieren eine Verschlechterung der Situation.

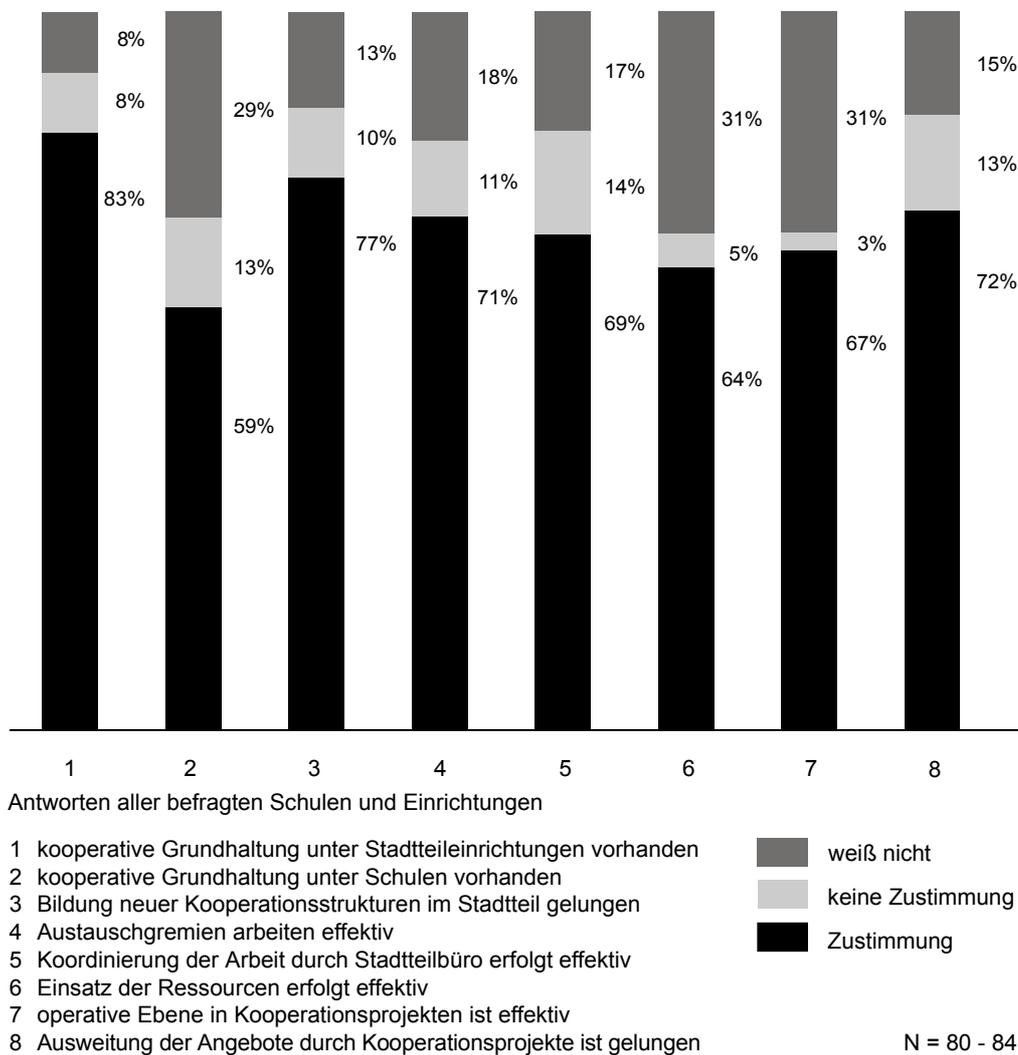
Zwischen den Programmgebieten zeigen sich Unterschiede in der Bewertung. Eine positive Entwicklung sehen 70% der Befragten in Gelsenkirchen, 62% in Oberhausen, 58% in Duisburg, aber nur 32% in Essen. Diese Unterschiede zwischen den Programmgebieten sind vor dem Hintergrund unterschiedlicher Wahrnehmungen erklärbar. Während z.B. die Befragten in GE-Bismarck/Schalke-Nord die Verbesserung der Angebotsstruktur im Stadtteil durch die Maßnahmen auf dem Gelände der ehemaligen Zeche Consolidation sowie die Angebote von JULIUS B. im Teilquartier Schalke-Nord als Maßnahmen der „Sozialen Stadt NRW“ sehen und bewerten, werden in E-Katernberg die durchgeführten Maßnahmen offensichtlich nicht dem Programmkontext „Soziale Stadt“ zugeordnet, u.a. auch, weil sie bereits längere Zeit zurück liegen.

Den Ergebnissen der schriftlichen Befragung zufolge sind diese Verbesserungen aus der Sicht der Expertinnen/Experten durch die kooperative Grundhaltung der Einrichtungen möglich geworden: Diese sehen 83% der Befragten (N=69 von 83). Auf der konkreten Ebene der Projekte trifft für 72% die Aussage, dass durch Kooperationsprojekte eine Ausweitung der Angebote für Kinder und Jugendliche stattgefunden hat „voll und ganz“ und „eher“ zu (N=60) (siehe Abb. 18, S. 141).

## 4. Ergebnisse

141

Abb. 18: Bewertung von Kooperation und Vernetzung



Quelle: ies Hannover 2004

Deutlich wurde in den Rückkopplungsgesprächen, dass in einigen Bereichen noch keine ausreichenden Angebote entstanden sind. Insbesondere im Sportbereich wird von den Schulen und den Stadtteilakteurinnen/-akteuren Bedarf an Angeboten gesehen, die die Gruppe der sozial benachteiligten Kinder und Jugendlichen besser erreichen als bisher. Für den Bereich der „Psychomotorik“ sind Förderangebote an Schulen auszubauen. Programme wie „Werkstatt Sport“ des MSWKS werden von den Akteurinnen/Akteuren als „wichtig“ angesehen, die mit Sportvereinen realisierten Projekte werden jedoch häufig als enttäuschend eingeschätzt. Beobachtet wurde teilweise ein „Mitnahmeeffekt“ bei den Vereinen, ohne dass sich eine nachhaltige Zusammenarbeit zwischen Sportverein und Jugendeinrichtung etablieren konnte. Die in den Stadtteilgesprächen dargestellten Beispiele legen den Schluss nahe, dass v.a. unterschiedliche „Handlungslogiken“ einer effektiveren Zusammenarbeit entgegenstehen (Sportförderung vs.



Sozialarbeit).<sup>5</sup> In zukünftigen Projekten könnte ein intensiverer Verständigungsprozess über Ziele, Zielgruppen, vorhandene Kompetenzen und Ansätze jenseits „oberflächlicher“ Antragsformulierungen Wege für erfolgreiche Kooperationsprojekte in diesem wichtigen Bereich ebnen. Die Absicherung der Finanzierung ist auch bei Kooperationsprojekten ein zentrales Thema. Dabei kann nicht davon ausgegangen werden, dass durch verschiedene Institutionen in Kooperation aufgebaute Projekte und Angebote „quasi automatisch“ weitergeführt werden und die Projektträger die Nachhaltigkeit ohne weiteres sicherstellen können (vgl. hierzu auch: Sportjugend NRW 2001: 60).

### 4.3.1 Fazit

Die Verbesserung der sozialen Infrastruktur konnte mit Mitteln des Landesprogramms „Soziale Stadt NRW“ in den Programmgebieten erreicht werden. Die Befragten bewerten die Wirkungen des Programms in diesem Bereich programmgebietsspezifisch unterschiedlich.

Sowohl in der schriftlichen Befragung als auch in den Interviews und Gesprächen sehen die Akteurinnen/Akteure eine Verbesserung der Angebote, z.B. durch die Schaffung von räumlichen Voraussetzungen für Freizeitaktivitäten. Die Ausweitung der Angebote ist Produkt von kooperativen Ansätzen und Projekten. Die nachhaltige Sicherung einmal geschaffener Angebote stellt auch in diesem Bereich die größte Herausforderung dar.

### 4.4 Vernetzung, Kooperation und Bündelung von Ressourcen

In den stadtteilbezogenen Handlungsprogrammen wird der Förderung von Vernetzung und Kooperation zwischen Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe sowie weiteren relevanten Akteursgruppen eine besondere Bedeutung beigemessen. Zugrunde liegt die Annahme, dass eine kooperative Angebotserbringung Umfang und Qualität der Bildungs- und Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche erhöht. Neben diesem Ziel sollen zudem in Kooperation erbrachte Angebote dazu beitragen, die vorhandenen Ressourcen zu bündeln und somit einen effektiven Mitteleinsatz ermöglichen.

<sup>5</sup> Diese Aussagen bestätigen die Ergebnisse der Studie der Sportjugend NRW, die bezogen auf die Kooperation mit Sportvereinen im Rahmen des Projekts „Jugend mit Zukunft“ zu dem Schluss kommt, dass der in der Konzeption formulierte hohe Anspruch an **Sportvereine** (große Bedeutung für das Gemeinwesen auch in benachteiligten Stadtteilen mit Tendenz zur Öffnung in den Bewegungsraum von Kindern und Jugendlichen) sich nicht erfüllt hat. Unzufriedenheiten wurden begründet mit fehlenden Bemühungen für die Zielgruppe und Bereitschaft zur Übernahme von sozialer Arbeit im Stadtteil (z.B. auch bezogen auf andere Schwerpunkte im Bereich Leistungssport), „Vereinsmeierei“, Überforderung der Ehrenamtlichen z.B. durch „schwierige“ Jugendliche sowie mit finanziellen Aspekten (z.B. Höhe der Mitgliedsbeiträge). Das Ziel der Sportvereine, durch das Projekt Mitglieder neu zu gewinnen, konnte überwiegend nicht erreicht werden. (Sportjugend NRW im LandesSportBund Nordrhein-Westfalen e.V. 2001: 54 f.)

### 4.4.1 Öffnung von Schule

#### 4.4.1.1 Engagement der Schule auf Stadtteilebene

„Soziale Stadt NRW“ ist unter den Schulen in den vier Programmgebieten sehr gut bekannt, wie die Ergebnisse der schriftlichen Befragung zeigen. Auf die Frage, ob der konzeptionelle Ansatz des Programms „Soziale Stadt NRW“ bekannt ist, antworten 84% der befragten Schulen „trifft voll und ganz zu“ (N=20 von 24), für die anderen Schulen trifft diese Aussage „eher zu“ (N=4), ohne dass zwischen den Programmgebieten deutliche Unterschiede zu Tage getreten sind.<sup>6</sup> Auch beteiligen sich die meisten Schulen an Arbeits- und/oder Steuerungsgremien auf Stadtteilebene: 23 der befragten 25 Schulen (=92%) bejahen die entsprechende Frage, wobei Art und Intensität aus diesen Antworten nicht abzulesen sind. Die Leitfadeninterviews mit den ausgewählten Schulleitungen verdeutlichen, dass der Zugang zu Informationen über das Programm und die Mitwirkung unterschiedliche Bewertungen erfahren. Im Programmgebiet **DU-Hochfeld** geben die drei befragten Schulleitungen an, über die Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH (EG DU) bzw. den Runden Tisch von Anfang an, d.h. mit Aufnahme des Stadtteils in das Förderprogramm „Soziale Stadt NRW“ im Jahr 2000, einbezogen worden zu sein. Es wurden Ideen für Projekte entwickelt und Förderanträge vorbereitet. Die Schulleitungen sind zufrieden mit der Ansprache und der Mitwirkung. In **E-Katernberg** werden bezogen auf Kenntnis und Einbeziehung Unterschiede deutlich: Eine Schule hat nach eigenem Bekunden „erst spät und zufällig“ den Zusammenhang zwischen dem „Stadtteilprojekt Katernberg“ und der Landesförderung verstanden, die zweite Schule sieht sich trotz Mitwirkung in Arbeitsgremien auf Stadtteilebene wenig einbezogen, während die dritte Schule gute Kenntnis vom Programm hat und sich durch die Stadtteilkoordination gut eingebunden fühlt. Zwei der drei Schulleitungen im Programmgebiet **GE-Bismarck/Schalke-Nord** sehen sich gut durch das Stadtteilbüro informiert und in die Stadtteilarbeit eingebunden, während die Mitwirkung der dritten Schule sich einzig auf die finanzielle Förderung von Maßnahmen beschränkt und ausschließlich die Schulhofumgestaltung als Beteiligung an den Stadtteilaktivitäten ansieht. Auch im Programmgebiet **OB-Knappenviertel** stellt sich die Situation differenziert dar. Das Landesprogramm bereits sehr früh kennen gelernt hat eine Schule, während die beiden anderen Schulen erst später Kenntnis vom Programm erhalten haben. Da ihr Schuleinzugsgebiet größer als der Stadtteil ist, haben sie nur bedingt Zugang zum Programm gefunden. Bei einer Schule ging die Initiative von einem Lehrer aus, der sich für die stadtteilbezogenen Ansätze interessierte und aus diesem Grund Kontakt zum Stadtteilbüro aufgenommen hat.

Ansprache und Zusammenarbeit werden von den Schulleitungen und den Stadtteilmanagements unterschiedlich wahrgenommen. So sind beispielsweise in E-

<sup>6</sup> An der schriftlichen Befragung haben sich allerdings tendenziell – so die Vermutung – eher diejenigen Schulen und Einrichtungen beteiligt, die Einblick in das Programm haben.

Katernberg alle Schulen im Rahmen des Schulhofprogramms angesprochen und auch einbezogen worden, auch andere Maßnahmen wie Workshops wurden an den Schulen mit Mitteln aus dem Programm „Soziale Stadt NRW“ durchgeführt. Allerdings wurde/wird von den Schulleitungen der Zusammenhang der Maßnahmen mit dem „Stadtteilprojekt Katernberg“ und/oder der Förderung aus dem Programm „Soziale Stadt NRW“ nicht immer gesehen. Die Ursache kann darin liegen, dass die Finanzierungsstrukturen von einzelnen Maßnahmen nicht bekannt sind oder dass zum Zeitpunkt der Erhebung die entsprechenden Maßnahmen bereits zu lange zurück liegen und deshalb nicht dem Zusammenhang des Stadtteilprogramms zugeordnet werden. Auch in den anderen Programmgebieten sind teilweise unterschiedlichen Sichtweisen zwischen Stadtteilmanagements und Schulen sowie auch Kinder- und Jugendeinrichtungen zu Tage getreten: Die Stadtteilmanagements schildern ihre Bemühungen, alle Schulen und Einrichtungen zur Mitwirkung anzuregen, während von einigen Akteurinnen/Akteuren in den Interviews und Stadtteilgesprächen diese Kontakte nicht entsprechend wahrgenommen werden und sie sich unzureichend informiert und angesprochen sehen. Mit diesem Befund sollten keine „Schuldzuweisungen“ an den einen oder anderen Akteur verbunden werden. Vielmehr offenbart dieser Aspekt einen der Stolpersteine bei der Umsetzung von stadtteilorientierten Handlungsstrategien, nämlich die hohen kommunikativen Anforderungen, die für gelingende Prozesse erforderlich sind. Gerade Akteure, die keine zentrale Stellung innerhalb der Akteursnetzwerke innehaben, müssen immer wieder neu angesprochen und über den Stand der Arbeit und die aktuellen Beteiligungsmöglichkeiten informiert werden.

Unterschiede in der Zufriedenheit mit der Ansprache und der Mitwirkung machen sich bei den Schulleitungen auf der konkreten Ebene daran fest, ob eine finanzielle Förderung durch Programmmittel erfolgt. So erklärt sich, dass Schulen zwar an zentralen Steuerungs- oder Arbeitsgremien auf Stadtteilebene teilnehmen und sich trotzdem als „nicht einbezogen“ ansehen. Die Zufriedenheit ist bei denjenigen Schulen am höchsten, die einen konkreten finanziellen Nutzen aus dem Programm ziehen; entfällt dieser – wie z.B. bei dem Programm „Zeitbudgetstunden“ – führt dies zu einer kritischen Bewertung. Die Interviews mit den Leitungen aller weiterführenden Schulformen verweisen bereits darauf, dass die Mitwirkungsmöglichkeiten auch in Abhängigkeit vom Einzugsbereich der Schülerschaft gesehen werden: Schulen, die nur zum Teil Schülerinnen/Schüler aus dem Programmgebiet haben, sehen weniger Mitwirkungsmöglichkeiten oder „warten“ auf konkrete Angebote durch die Stadtteilkoordinierungen. „Stadtteilschulen“ sind solche Schulen, die den Großteil ihrer Schülerschaft aus dem Programmgebiet aufweisen, wie es vor allem bei den Grundschulen der Fall ist.

Neben der Mitwirkung in Steuerungs- und Arbeitsgremien auf Stadtteilebene ist auch der Aspekt **Nutzung von schulischer Infrastruktur** durch Stadtteilakteure ein Indiz für Öffnungstendenzen von Schulen zum Stadtteil. In den Interviews gibt es vereinzelt entsprechende Hinweise, dass Schulräume durch andere Akteure genutzt werden (können). Beim Neubau der Ev. Gesamtschule Gelsen-

## 4. Ergebnisse

---

kirchen wurden z.B. entsprechende Zielsetzungen für die Nutzung durch andere explizit formuliert (z.B. Nutzung von Schulgelände und -gebäude, Aula sowie die Sporthalle). Das Schulgelände ist in den Stadtteil integriert. In der Praxis stellt die Nutzung der Bibliothek die Schule vor Herausforderungen im Hinblick auf die Aufsichtspflicht und wird aus diesem Grund eher zurückhaltend gehandhabt. An einer Duisburger Schule ist der Schulgarten Bestandteil der Stadtteilarbeit und kann von den Bürgerinnen/Bürgern genutzt werden. Andere Schulen verstehen „Öffnung von Schule“ auch dahingehend, dass die Schule selbst neben dem Schulgebäude andere „Lernstandorte“ (Kindergarten, Jugendeinrichtungen, Tiergehege usw.) im Stadtteil nutzt. In einigen Fällen wird die beabsichtigte Öffnung der Schulräumlichkeiten von anderen Akteursgruppen nicht (ausreichend) genutzt, wobei formale Hemmnisse und Hürden ins Feld geführt werden. In der schriftlichen Befragung wurden die Schulen gebeten, die Nutzung der Räumlichkeiten durch andere Akteursgruppen zu bewerten. Der Aussage, dass die Räumlichkeiten der Schule von anderen Akteuren aus dem Stadtteil (z.B. Bewohnerinnen/Bewohner, Vereine) genutzt werden, stimmen 10 von 24 Schulen „voll und ganz“ und „eher“ zu (42%). Für jeweils 7 Schulen trifft die Aussage „eher nicht zu“ und „gar nicht“ zu (zusammen 58%).

Einige Schulen in den Programmgebieten haben mit ihren Entwicklungsprozessen der Öffnung positive Erfahrungen gemacht: Stichworte in diesem Zusammenhang sind u.a. Imageverbesserung durch ansprechende Angebote und erweiterte Elternarbeit. Auf diese Weise konnten z.B. Familien mit Migrationshintergrund besser erreicht und vorherrschende Negativerfahrungen dieser Familien mit der Institution Schule aufgebrochen werden. An mehreren Stellen in der Phase der Rückkopplung der Ergebnisse tauchte an dieser Stelle ein Widerspruch anderer Schulen auf: Offensive Strategien der Auseinandersetzung mit Problemlagen kann nach Meinung der Akteurinnen/Akteure auch zu einer Verschlechterung des Rufs führen (weil die Schule ja augenscheinlich Probleme hat) und damit zu rückläufigen Anmeldezahlen.

Die Art und Intensität der Mitwirkung von Schulen an der stadtteilorientierten Entwicklungsstrategie weist Unterschiede auf: In allen untersuchten Programmgebieten sind eine, zwei oder auch drei Schulen stark oder sogar sehr stark in die Stadtteilprozesse eingebunden. Diese Schulen werden in den Stadtteilgesprächen auch von den Akteuren der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe entsprechend wahrgenommen. Es handelt sich in Bezug auf ihre System-Umwelt-Beziehungen um „offene“ Schulen, die die durch die Stadtteilbüros oder andere Akteurinnen/Akteure offerierten Ressourcen des Landesprogramms oder von Co-Programmen gut in ihre Arbeit zu integrieren wissen. Grundschulen beteiligen sich tendenziell stärker an Stadtteilprozessen als alle anderen Schulformen. Dies ist vor allem in der Nähe zwischen Einzugsbereich der Schule und Bewohnerschaft begründet.

In den vier untersuchten Programmgebieten sind auch Schulen anzutreffen, die weniger oder gar nicht in die Stadtteilentwicklung involviert sind. Die weniger stadtteilbezogen aktiven Schulen führen als Gründe an, dass sie keine Anknüp-



fungspunkte an die Stadtteilarbeit sehen, weil nur ein (kleinerer) Teil der Schülerschaft aus dem sozial benachteiligten Stadtteil/Programmgebiet kommt, dass der eigene Arbeitsansatz bereits erfolgreich ist und die Stadtteilarbeit „nicht benötigt“ wird, dass strukturelle Hemmnisse im Weg stehen (Unterrichtszeiten, Anwesenheitszeiten der Schülerschaft nur vormittags) und dass konkrete passende (Projekt-)Angebote zur Mitwirkung fehlen. Vereinzelt wird aber auch auf strukturelle Gründe und Umbruchsituationen hingewiesen und z.B. hervorgehoben, dass das „Kollegium noch nicht zusammengewachsen“ oder auch die „Schulleitung überfordert“ ist.

Aus der Perspektive der Stadtteilakteurinnen/-akteure wird vor allem die fehlende Bereitschaft zur Mitwirkung als Begründung für fehlendes Engagement von Schulen gesehen. Demnach engagieren sich Schulen erst bei einem ausreichend großen Problemdruck (rückgängige Schülerzahlen, „Konkurrenzeinrichtung“ in der Nähe) in Richtung Stadtteil. Zudem betonen die Stadtteilakteurinnen/-akteure, dass die Möglichkeit der Projektumsetzung mit Schulen vom Engagement einzelner Personen abhängt und gerade dem Engagement der Schulleitung eine Schlüsselrolle zukommt. Insgesamt zeigen die Erfahrungen mit der Mitwirkung von Schulen in Stadtteilprozessen, dass diese erfolgreich verläuft, wenn Schulleitung und Kollegium darüber einen internen Klärungsprozess vollzogen haben.

Diese kritische Einschätzung gegenüber den Schulen wird durch die Ergebnisse der schriftlichen Befragung bestätigt. Der Aussage, dass es eine kooperative Grundhaltung unter den Schulen im Stadtteil gibt, stimmen 48% der Kinder- und Jugendeinrichtungen (N=12 von 25) und 47% der sonstigen Akteure zu (N=14 von 30). 36% bzw. 44% können die Kooperationshaltung der Schulen nicht einschätzen. Dem gegenüber schätzen 84% der Schulen die Grundhaltung unter den Schulen als kooperativ ein (N=21 von 25) (siehe Abb. 18, S. 141). Zwischen den Programmgebieten ähneln sich die Bewertungen weitgehend; lediglich in E-Katernberg ist die Einschätzung der Akteurinnen/Akteure etwas kritischer. Während in allen anderen Programmgebieten lediglich jeweils 8% der kooperativen Grundhaltung von Schulen nicht zustimmen, liegt dieser Anteil für das Essener Programmgebiet bei 30% (N=7 von 23).

Da das Programm „Soziale Stadt NRW“ verschiedene Handlungsfelder aufweist, sind Schulen sowie Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe eine Akteursgruppe unter vielen (siehe: Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen 1998). Die Stadtteilmanagements sowie die Koordinierungsgremien fokussieren sich auf die engagierten Einrichtungen. Für die Einbeziehung von weniger engagierten Akteuren, u.a. aus dem Bereich der Schulen, liegen bisher keine Strategien vor.

### 4.4.1.2 Veränderte Unterrichtspraxis

In vier der zwölf Gespräche mit Schulleitungen werden explizit die inhaltlichen Impulse durch das Landesprogramm als Gewinn für die schulische Arbeit und

## 4. Ergebnisse

---

Weiterentwicklung angeführt; aus anderen Gesprächen lassen sich Hinweise in diese Richtung entsprechend deuten. Neben Ideen für Projekte an den Schulen durch Gremien (Arbeitsgruppen, Stadtteilkonferenzen usw.) und die Stadtteilbüros werden auch Veränderungen der Unterrichtspraxis insgesamt als Ergebnis der Stadtteilorientierung erachtet. Ein Teil der für die Interviews ausgewählten Schulen in den vier Programmgebieten weisen im Hinblick auf ihr Selbstverständnis und die Angebotsformen Züge von „Community Schools“ auf. Besonders deutlich wird dies, wenn Themen aus dem Lebensumfeld der Kinder in den Unterricht aufgenommen werden.

Einige Vertreterinnen/Vertreter aus den Schulen betonen, dass aufgrund der Anforderungen aus dem Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf (unzureichende Sprach-, Sozialkompetenzen, mangelnde Bewegungserfahrungen usw.) keine Alternativen zur Öffnung von Schule erkennbar sind. Eine umfassende Förderung der Kinder und Jugendlichen kann nicht allein durch die Schule geleistet werden. Die Schulen sowie auch die in den Stadtteilgesprächen beteiligten Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe sehen einen Ausweg allein in der abgestimmten Zusammenarbeit von Einrichtungen der Kinderbetreuung, Angeboten der Jugendarbeit/-hilfe, Sozialarbeit, Beratungsstellen usw.

Die Verbindung von stadtteilbezogenen Aktivitäten und Themen mit dem Schulalltag wird auf verschiedenen Wegen vollzogen. So geben in der schriftlichen Befragung die Schulen unter Nutzung der Möglichkeit zu Mehrfachnennungen an, stadtteilbezogene Themen im Unterricht mit Mitteln der Schule (N=15 von 21; 71%), durch die Einbindung Externer in den Unterricht (N=14; 67%) und außerhalb des Unterrichts in Projektvorhaben mit anderen Einrichtungen (N=12; 57%) zu integrieren. Außerdem bindet ein Teil der Schulen (N=6; 29%) externe Kräfte in besonderen Problemfällen ein. In ihrer Selbsteinschätzung weisen die Schulen dem gemäß eine starke Stadtteilorientierung auf. Diese Ergebnisse bestätigen auch die Sichtweise der Akteure aus dem Kinder- und Jugendbereich, die in den Stadtteilgesprächen hervorheben, dass Schulen eher bereit sind, im Rahmen des Unterrichts entsprechende Angebote umzusetzen.

Die zugrunde liegenden Entwicklungs- bzw. Veränderungsprozesse erfordern von Schulleitung und Kollegium einen hohen Einsatz (Einlassen auf Neues, Diskussionsprozesse, neue Ausrichtung und Aufgaben usw.). Eine Schulleitung betont im Interview, dass sich die Mitwirkung an Projekten intern positiv ausgewirkt hat. Die Einführung von Team-Teaching, die Öffnung des Unterrichts für externe Partner sowie die Offenheit der Kolleginnen/Kollegen für Kritik und Reflexion sind Ergebnis dieses weitreichenden Entwicklungsprozesses. Zudem wird die interdisziplinäre Zusammensetzung des Kollegiums durch die Einbeziehung einer Erzieherin, einer Heilpädagogin und anderer Fachkräfte als Gewinn für die Arbeit betrachtet. Eine andere Leitung beschreibt, dass durch die Entwicklung der vergangenen Jahre ein Prozess der internen Klärung z.B. zum Umgang mit Regelverletzungen durch die Schülerinnen/Schüler stattgefunden hat. Dieser Prozess und die Einhaltung der gemeinsamen Verhaltensmaßstäbe hat sich positiv auf das Schulklima ausgewirkt. Beispielsweise haben gewalttätige Ausei-



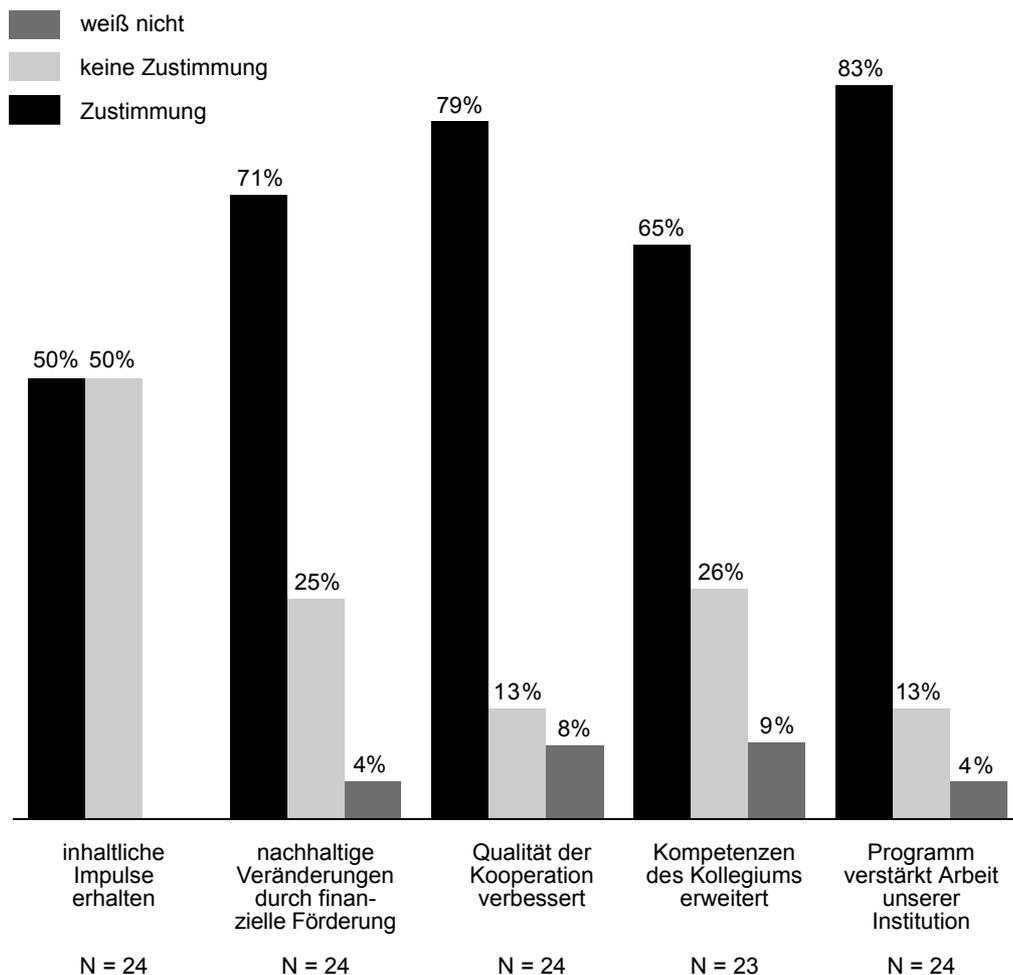
## 4. Ergebnisse

148

nersetzungen in den Pausen nachgelassen, und mittlerweile kann eine Lehrkraft wieder allein die Pausenaufsicht bestreiten. Auch eine größere Offenheit für die Empfehlungen der Schulberatungsstelle und Kompetenz bei ihrer Umsetzung im Kollegium kann diese Schulleitung feststellen.

Die Ergebnisse der schriftlichen Befragung belegen, dass die Hälfte der befragten Schulen durch das Landesprogramm Impulse für die eigene Einrichtung erhalten hat (N=12 von 24; 50%). Die größte Zustimmung erfahren die Aussagen, dass durch das Programm insgesamt eine Stärkung der Arbeit der Schule stattgefunden hat (N=20 von 24; 83%) und sich die Qualität der Kooperationen mit anderen Einrichtungen verbessert hat (N=19 von 24; 79%). Eine nachhaltige Veränderung durch die finanzielle Förderung von Maßnahmen und Projekten bestätigen 17 Schulen (71%), die Erweiterung der Kompetenzen des Kollegiums 15 (65%). Bei einigen Aussagen erreicht oder übertrifft die positive Bewertung der Schulen die anderen Einrichtungstypen, wobei sich insgesamt die Bewertungen der verschiedenen Einrichtungstypen ähneln (siehe Abb. 19, S. 148).

**Abb. 19:** Bewertung des Programms „Soziale Stadt“ für die eigene Schule



Antworten aller befragten Schulen

Quelle: ies Hannover 2004

### 4.4.2 Kooperationen zwischen Schulen und Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe sowie sonstigen Akteuren

Zwischen einzelnen Einrichtungen bzw. Personen gibt es sehr enge Kooperations- und Austauschbeziehungen. Die Qualität des Netzwerks zwischen Institutionen (z.B. Schule mit KiTa) hängt nicht zuletzt von den persönlichen Beziehungen der beteiligten Personen ab, zwischen denen eine gemeinsame inhaltliche und menschliche Basis sowie eine verbindliche Form der Zusammenarbeit besteht. In den Schulleitungsinterviews sowie bei den Stadtteilgesprächen wurden jedoch auch Informationsdefizite speziell zwischen Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe deutlich. Projekte bzw. aktuelle Projektentwicklungen mit Stadtteilbezug von Schulen sind Einrichtungen nicht bekannt, umgekehrt kennt ein Teil der Schulen die Entwicklungen im Stadtteil nur in Ansätzen. Teilweise werden von einzelnen Befragten unzureichende Informationsstände offen thematisiert. Tendenziell sind von Seiten der Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe im Stadtteil auch Vorbehalte Schulen gegenüber wahrnehmbar; z.T. werden bestehende, aber auch überwundene Vorurteile in beide Richtungen benannt.

Auf der konkreten Ebene haben sich zum Zeitpunkt der Schulleitungsinterviews zwischen **Grundschulen und Kindertagesstätten** intensive Formen des Austauschs sowie der Zusammenarbeit entwickelt. Informationsabende an Kindergärten unter Beteiligung der Schule erleichtern den institutionellen Übergang der Kinder und die Vorbereitung der Eltern auf die neue Anforderung. Eine Grundschulleitung begrüßt explizit, dass der Kindergarten- und -tagesstättenbereich nun einen Bildungsauftrag seitens des Ministeriums erhält, da sich die Arbeitsweise der Institutionen nun – orientiert an den Fähigkeitsprofilen der Kinder – annähern wird.<sup>7</sup> Einzelne Grundschulen berichten in den Schulleitungsinterviews von regelmäßigen Treffen mit dem Kindergarten-Bereich zum Meinungsaustausch sowie zu Absprachen bezüglich des Übergangs der Kinder in die Schule. Zwischen einer Schule und einer Kindertagesstätte besteht eine „Lernpartnerschaft“ der Fachkräfte zum Austausch über die Sprachförderung vor der Einschulung. Neben diesen positiven Kooperationsansätzen wird aber auch bereits in den Schulleitungsinterviews deutlich, dass ein Teil der (Grund-)Schulen nur sporadische Kontakte zu Kindergärten und Kindertageseinrichtungen hat. Als Gründe für fehlende und unbefriedigende Kontakte werden z.B. Probleme mit der jeweiligen Leitungsperson und fehlende zeitliche Ressourcen angeführt.

In den Interviews mit den Schulleitungen spielen auch die Kontakte und Austauschbeziehungen zwischen den Schulen im Stadtteil eine Rolle. Teilweise

<sup>7</sup> Dieser Hinweis bezieht sich auf die Bildungsvereinbarung NRW, in der die Träger der Kindertageseinrichtungen und das Land NRW eine Vereinbarung über in allen Kindertageseinrichtungen anzustrebende Bildungsziele und über ein gemeinsam getragenes Rahmenkonzept der Bildungsarbeit getroffen haben. Siehe: Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes Nordrhein-Westfalen 2003a. Impulse für die Kooperation zwischen Kindergarten und Schule gibt auch die Handreichung „Erfolgreich starten!“ des Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes Nordrhein-Westfalen.

bestehen diese zwischen Grundschulen und weiterführenden Schulen. Positiv bewertet wird von einer Duisburger Schule der Austausch mit anderen Schulen über den Verlauf von Projekten wie die Schulhofumgestaltung. Eine Schule in Katernberg beschreibt die gute Unterstützung durch die Zusammenarbeit in verschiedenen Arbeitskreisen und -gremien. In den Interviews betonen die Schulleitungen in der Regel die Ambivalenz dieser Kontakte, die gekennzeichnet sind durch den Umstand, dass der Austausch die Qualität der eigenen Arbeit fördert und gleichzeitig aber auch Mehrarbeit bedeutet.

Die Befragten aus Schulen und Einrichtungen sehen eine qualitative wie quantitative Zunahme von Kooperationen im Zusammenhang mit dem Landesprogramm. Die schriftliche Befragung verdeutlicht, dass von den angegebenen Kooperationen insgesamt etwa ein Drittel im Kontext des Landesprogramms initiiert werden konnte (N=146 von 432; 34%). Absolut am häufigsten trifft dies auf die Zusammenarbeit mit Trägern offener Angebote, Einrichtungen der Kinderbetreuung, Schulen, RAAs und dem Jugendamt zu (15-11 Nennungen). Aus der Sicht der Schulen sind im Programmkontext am ehesten Kooperationen mit Kinder- und Jugendeinrichtungen entstanden (N=5 von 11; 46% der vorhandenen Kooperationen). Für die Kinder- und Jugendeinrichtungen sind Kooperationen mit fast allen Einrichtungstypen in jeweils mehr als 50% der Fälle auf den Programmkontext zurück zu führen, während für die sonstigen Akteure jeweils etwa zwischen 20% und 30% der Kontakte im Programmkontext verankert sind. Diese Zahlen legen nahe, dass Kooperationen der Kinder- und Jugendeinrichtungen, also der Kinderbetreuung und Kinder- und Jugendarbeit, als durch den Programmkontext initiiert erachtet werden können.

Der Vergleich der Programmgebiete zeigt tendenzielle Unterschiede. Vor allem in OB-Knappenviertel, aber auch in E-Katernberg sind Kooperationen im Programmkontext „Soziale Stadt NRW“ entstanden, in GE-Bismarck/Schalke-Nord und DU-Hochfeld liegen die Anteile niedriger. Dies ist darauf zurückzuführen, dass es bereits vor der Aufnahme in das Landesprogramm stadtteilbezogene Gremien und Arbeitsbezüge gab, auf die bei der Umsetzung des Programms „Sozialen Stadt“ NRW zurückgegriffen werden konnte.

In der schriftlichen Befragung wurde erhoben, ob die Schulen und Einrichtungen kontinuierliche oder projektbezogene Kooperationen mit jeweils anderen Schulen und Einrichtungen eingegangen sind.

Von den 25 **Schulen** werden am häufigsten Kooperationen mit den RAAs, der Polizei (jeweils 20 Schulen; 80%), den Jugendämtern und Kinderbetreuungseinrichtungen (jeweils 19; 76%) und Beratungsstellen (18; 72%) angeführt; es überwiegen dabei die kontinuierlichen vor den projektbezogenen Kooperationen. Ein großer Teil der Schulen gibt außerdem Verbindungen zu Ehrenamtlichen (15; 60%), zu anderen Schulen (14; 56%) und zu Trägern offener Angebote und zu Sportvereinen (jeweils 12; 48%) an (siehe Tab. 18, S. 151).

## 4. Ergebnisse

Tab. 18: Kooperationspartner von Schulen (absolut)

	ja, kontinuier- lich	ja, projekt- bezogen	nein	Ins- gesamt
RAA	15	5	5	25
Polizei	13	7	5	25
Kinderbetreuungseinrichtungen	15	4	6	25
Jugendamt	13	6	6	25
Beratungsstellen	15	3	7	25
Ehrenamtlich tätige Einzelpersonen	10	5	10	25
Schulen	11	3	11	25
Sportvereine	7	5	13	25
Träger offener Angebote für Kinder und Jugendliche	6	6	13	25
Außerschulische Lernorte	5	6	14	25
Bildungs- und Qualifizierungsträger	4	4	17	25
Bildungseinrichtungen	3	5	17	25
Soziale Einrichtungen	5	2	18	25
Betriebe	3	3	19	25

Die **Kinder- und Jugendeinrichtungen** zählen die Schulen am häufigsten zu ihren Kooperationspartnern (22 von 28 Einrichtungen; 79%), es folgen die Jugendämter (20; 72%), die RAAs (17; 61%), die Beratungsstellen (16, 57%) sowie Polizei und Träger offener Angebote (15; 54%). Es handelt sich in den meisten Fällen eher um kontinuierliche denn um projektbezogene Kooperationsbeziehungen (siehe Tab. 19, S. 151).

Tab. 19: Kooperationspartner von Kinder- und Jugendeinrichtungen (absolut)

	ja, kontinuier- lich	ja, projekt- bezogen	nein	Ins- gesamt
Schulen	16	6	6	28
Jugendamt	15	5	8	28
RAA	8	9	11	28
Beratungsstellen	12	4	12	28
Träger offener Angebote für Kinder und Jugendliche	8	7	13	28
Polizei	8	7	13	28
Kinderbetreuungseinrichtungen	9	5	14	28
Ehrenamtlich tätige Einzelpersonen	7	5	16	28
Betriebe	6	4	18	28
Soziale Einrichtungen	6	3	19	28
Sportvereine	4	5	19	28
Bildungs- und Qualifizierungsträger	6	2	20	28
Bildungseinrichtungen	2	4	22	28
Außerschulische Lernorte	3	2	23	28

## 4. Ergebnisse

152

Auch die **sonstigen befragten Einrichtungen** nennen am häufigsten Schulen als Kooperationspartner (26 von 34 Einrichtungen; 76%), gefolgt von den RAAs (22 von 34; 65%), den Jugendämtern und Kinderbetreuungseinrichtungen (jeweils 19; 56%) und der Polizei (16; 47%) (siehe Tab. 20, S. 152).

**Tab. 20:** Kooperationspartner von sonstigen Akteuren (absolut)

	ja, kontinuierlich	ja, projektbezogen	nein	Ins- gesamt
Schulen	17	9	8	34
RAA	15	7	12	34
Jugendamt	18	1	15	34
Kinderbetreuungseinrichtungen	14	5	15	34
Polizei	12	4	18	34
Träger offener Angebote für Kinder und Jugendliche	11	4	19	34
Beratungsstellen	10	5	19	34
Ehrenamtlich tätige Einzelpersonen	7	6	21	34
Soziale Einrichtungen	7	5	22	34
Bildungs- und Qualifizierungsträger	6	4	24	34
Bildungseinrichtungen	3	5	26	34
Betriebe	3	4	27	34
Sportvereine	3	4	27	34
Außerschulische Lernorte	1	3	30	34

RAAs, Jugendämter und Polizei sind für alle drei Einrichtungstypen gleichermaßen Institutionen, mit denen eine (zumeist kontinuierliche) Zusammenarbeit besteht. Seitens der Kinder- und Jugendeinrichtungen und der sonstigen befragten Träger und Einrichtungen bestehen oft Verbindungen zu Schulen, die in der Regel auch als kontinuierlich eingestuft werden. Für viele Schulen wiederum sind mittlerweile Kinderbetreuungseinrichtungen konkrete (und kontinuierliche) Partner der Zusammenarbeit, während die Träger der Kinder- und Jugendarbeit erst etwa für die Hälfte der befragten Schulen zu Partnern geworden sind und dabei immerhin wiederum für die Hälfte zu Partnern mit denen „projektbezogen“ zusammengearbeitet wird.

Die befragten **Schulen und Einrichtungen** zeigen sich **mit den Kooperationen insgesamt sehr zufrieden**. Mehr als drei Viertel der Befragten stimmen der allgemeinen Aussage zu, dass sich das Landesprogramm positiv auf die Qualität der Kooperationen der eigenen Einrichtung ausgewirkt hat. Insgesamt stimmen 80% (N=66 von 83) aller befragten Institutionen dieser Aussage „voll und ganz“ oder „eher“ und 18% (N=15 von 83) der Aussage „eher nicht“ oder „gar nicht“ zu, wobei sich die Antworten zwischen den verschiedenen Einrichtungstypen kaum unterscheiden (siehe Abb. 20, S. 153).

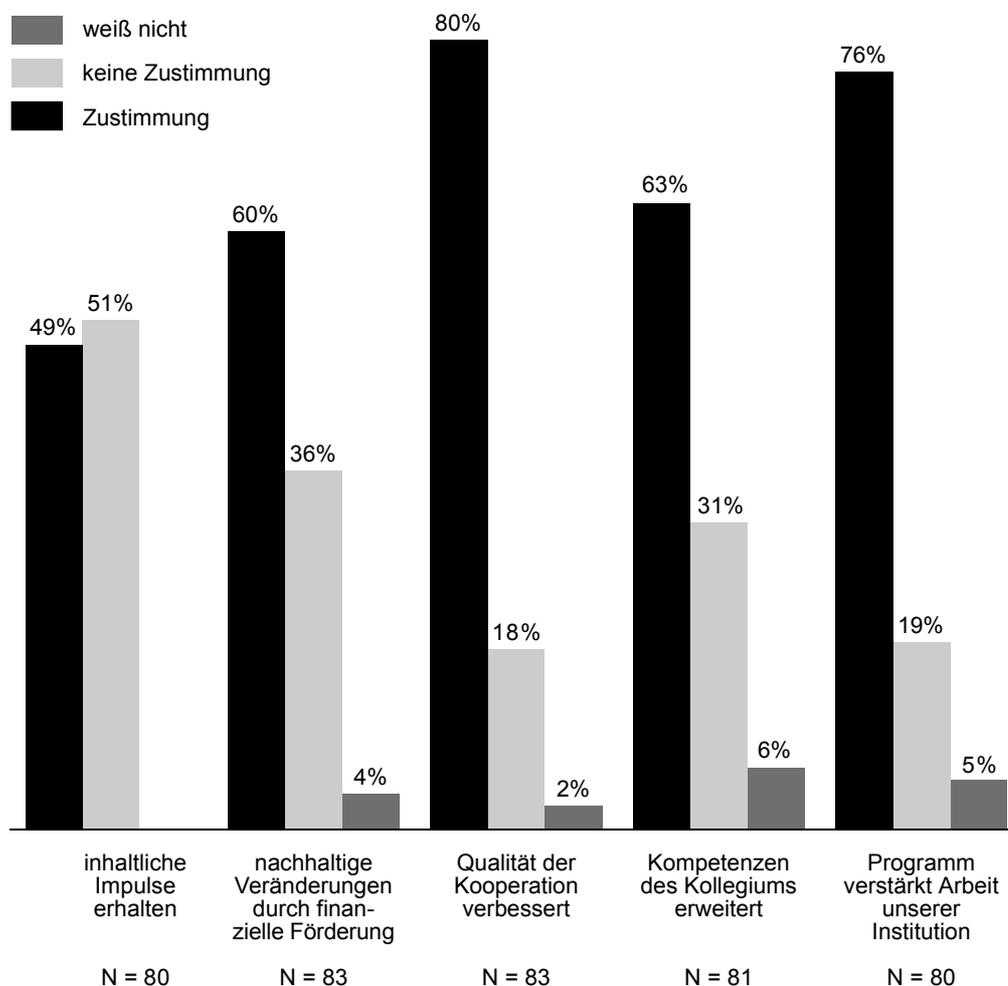
Die Frage nach der Zufriedenheit wurde über diese allgemeine Einschätzung hinaus auch differenziert für die verschiedenen Einrichtungen, mit denen kontinuierliche und projektbezogene Kooperationen bestehen, erfragt. Werden die Ant-

## 4. Ergebnisse

153

worten entlang der Einrichtungstypen klassifiziert zusammengefasst, ergibt sich die höchste Zufriedenheit bei den Kooperationen mit Kinder- und Jugendeinrich-

**Abb. 20:** Bewertung des Programms „Soziale Stadt“ für die eigene Institution



Antworten aller befragten Schulen und Einrichtungen

Quelle: ies Hannover 2004

tungen (91% von 87 angegebenen Kooperationspartnern). Auch mit Schulen und mit sonstigen Akteuren wird ein Großteil der Kooperationen mit 81% bzw. 84% positiv bewertet. Tendenziell ist somit aber auch die Unzufriedenheit mit dem Kooperationspartner Schule am größten (siehe Abb. 21, S. 154). Dies betrifft auch die konkreten Kooperationen zwischen Schulen: Differenziert man die Zufriedenheit der Schulen mit ihren Kooperationsbezügen zu anderen Schulen, zu Kinder- und Jugendeinrichtungen usw. fällt auf, dass Schulen 27% der angegebenen Beziehungen negativ bewerten. Damit weist diese Kombination die höchste Unzufriedenheit von allen auf.

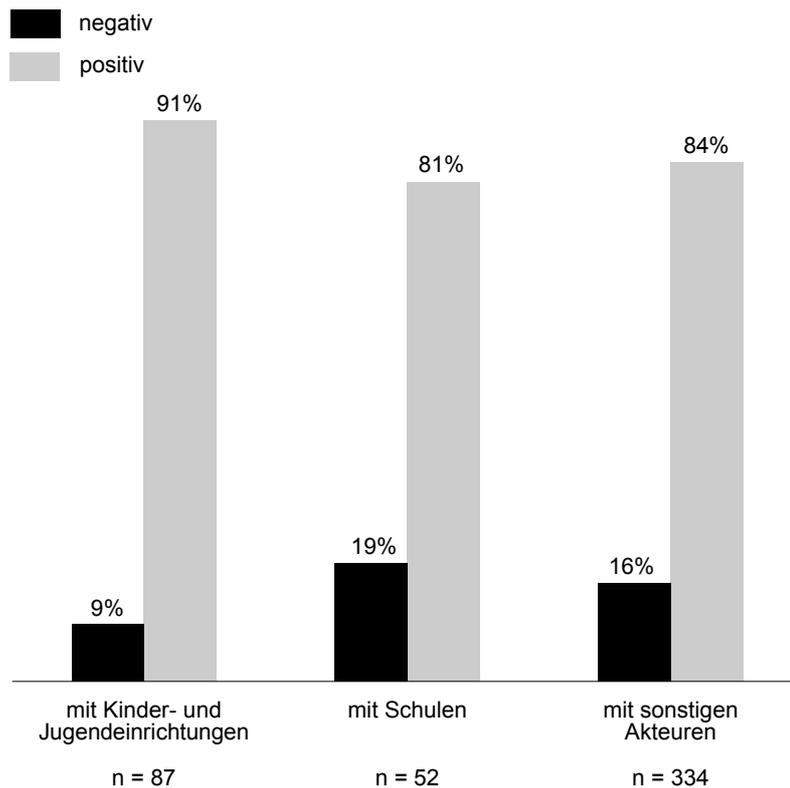


## 4. Ergebnisse

154

Zwischen den Programmgebieten zeigen sich kleinere Unterschiede: Am positivsten bewerten die Schulen und Einrichtungen in E-Katernberg die konkreten Kooperationsbezüge. Vor allem die Kinder- und Jugendeinrichtungen bewerten die Kooperationen positiv. Die Schulen werden als Kooperationspartner am negativsten in GE-Bismarck/Schalke-Nord angesehen.

**Abb. 21:** Zufriedenheit mit den Kooperationen



Antworten aller befragten Schulen und Einrichtungen

Quelle: ies Hannover 2004

Die Befragten der qualitativen Interviews machen deutlich, dass die **Anbahnung von Zusammenarbeit** mit einzelnen insbesondere weiterführenden Schulen, Sportvereinen, Betrieben, Kirchengemeinden und Migrantenorganisationen/Moscheevereinen schwierig ist. Im Hinblick auf diese Gruppen haben die Stadtteilakteure keine Ideen zur Ansprache bzw. langfristigen Einbindung (mehr). Weiter zeigt sich, dass die Aufrechterhaltung von schul- bzw. einrichtungsübergreifender Zusammenarbeit eine hohe Anforderung (wie vorne beschrieben häufig an Einzelpersonen) darstellt. Gemeinsame Treffen und Absprachen erfordern Personalressourcen, die häufig nicht über die vorhandenen Mittel abgedeckt sind; insbesondere an Schulen kann die stadtteilbezogene Kooperationsarbeit nicht im Rahmen der Arbeitszeit abgedeckt werden.

**Vorteile von Kooperationsprojekten** sehen Schulen ebenso wie Einrichtungen in einer besseren Zielgruppenansprache: Im Rahmen von Kooperationsprojekten

## 4. Ergebnisse

---

erreichen mehrere Institutionen ein breiteres Spektrum der Zielgruppe als die jeweiligen Einrichtungen „im Alleingang“. Positive Wirkungen werden beispielsweise in der kooperativen Ansprache von Familien mit Migrationshintergrund beschrieben (KiTa und Grundschule in Essen, Gelsenkirchen). Gemeinsam realisierte Projekte bringen aus Sicht der Schulen und Einrichtungen insbesondere bei der Anbindung von Partizipationsprojekten an Schulen große Gewinne für das Erreichen von Kindern und Jugendlichen. Bei den Beteiligten werden Lernprozesse initiiert und über einrichtungsübergreifende Aktionen häufig das Verständnis füreinander vertieft (Mediationsnetzwerk Duisburg). In der Fallstudie zeigte sich auch, dass „funktionierende“ stadtteilweite Kooperationsprojekte eine motivierende Auswirkung auf das Akteursnetzwerk insgesamt haben (Förderung der Vertrautheit, Sensibilität, Abbau von Vorurteilen usw.).

Die Erörterung weniger erfolgreicher Projekte im Rahmen der Stadtteilgespräche weist auf **Schwierigkeiten bei Kooperationen** von Schulen und Einrichtungen hin, die von den Befragten auf die jeweils unterschiedlichen „Logiken“ der Institutionen zurück geführt werden.<sup>8</sup> Kooperative Ansätze von Schulen/Einrichtungen mit Sportvereinen scheiterten, weil eine langfristige Einbindung von Ehrenamtlichen nicht gelang (wahrscheinlich zurückzuführen auf eine unzureichende Vorbereitung und Begleitung der Ehrenamtlichen). Auch werden Kooperationen mit Sportvereinen verschiedentlich kritisch beurteilt, da Vereine eher als nehmend, denn als gebend wahrgenommen werden. Gleichzeitig werden Sportprojekte aufgrund des hohen Grads an Konkretion unter dem integrationspolitischen Aspekt von den Stadtteilakteurinnen/-akteuren als besonders sinnvoller Ansatz bewertet.

Große Unzufriedenheit lösen Kooperationspartner aus, die „ihren“ Beitrag nicht erfüllen. Die **Voraussetzung für eine produktive Zusammenarbeit** liegt in einem gemeinsamen Verständnis der Aufgabe mit gleich verteilten Arbeitsanteilen. In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass Kooperationen eher auf „stillem Einverständnis“ der Beteiligten als auf klar ausgesprochener Aufgaben- und Zielklärung, Fixierung von Verabredungen usw. beruhen. Eine offene Aufarbeitung „versandeter“ Projekte scheint selten stattzufinden; und dadurch wird eine ungünstige Basis für weitere kooperative Ansätze gelegt. In der schriftlichen Befragung waren die Schulen und Einrichtungen aufgefordert, allgemein die für Kooperationen wichtigsten Voraussetzungen anzugeben. Unter Nutzung der Möglichkeit zu Mehrfachnennungen haben 80% den „funktionieren Informationsaustausch“ (N=67 von 84), 62% die „gegenseitige gute Kenntnis voneinander“ (N=52 von 84) und 61% die Klarheit über vorhandene Ressourcen (N=51 von 84)

<sup>8</sup> „Die Funktionsweisen der beiden Institutionen könnten auch kaum verschiedener sein: hier die allgemein geregelte, für alle gleiche, obligatorische Schule mit ihrem Unterricht, mit ihren Prüfungen und Abschlüssen, dort die besonderen, offenen, individualistischen, freiwilligen Angebote der Jugendhilfe mit ihren aufsuchenden, niedrigschwelligen Verfahren. Schließlich die verschiedenen Gesetze, Behörden, Zuständigkeiten und Verfahren: Für die Schulaufsicht gilt die Erfüllung des Lehrplans als oberstes Gebot, für die Jugendhilfe die Problemlösung im Einzelfall als Dienstleistung.“ (Richter 2001: 62).



zu den mit Abstand wichtigsten Voraussetzungen gezählt. Die Antworten „klar geregelte Zuständigkeiten“, „ausreichende Ressourcen“ und „Klarheit über vorhandene Ressourcen“ werden nur von 18% bis 27% der Befragten genannt.

Eine besondere Situation stellt die Kooperation zwischen **Schulen und dem Jugendamt** im Bereich der Unterstützung einzelner Schülerinnen/Schüler dar (z.B. Vorgehen bei Schulverweigerung, bei Verdacht auf mangelnde Fürsorge durch das Elternhaus). Es wird von sehr unterschiedlichen Erfahrungen der Schulen berichtet, die stark mit den jeweils im Jugendamt zuständigen Personen zusammen hängen. Positive und negative Beispiele für die Zusammenarbeit im Falle von Problemen mit einzelnen Kindern finden sich in allen Programmgebieten, so dass eine grundsätzlich positive Bewertung in keinem der ausgewählten Programmgebiete anzutreffen ist. Die Zusammenarbeit wird häufig durch vorgegebenen – so die Vermutung der befragten Schulleitungen/Lehrkräfte – Datenschutz eingeschränkt. Beispiele für ein abgestimmtes gemeinsames – und für die Vertreterinnen/Vertreter von Schulen zufriedenstellendes – Vorgehen ist selten. Eine positiv besetzte Rolle spielt das Jugendamt für einzelne Schulen, z.B. im Bereich von Bedarfsabfragen bzw. der Mittelbeschaffung im Kontext von LOS oder E&C.

### 4.4.3 Bündelung von Ressourcen

In den Schulen ist der Förderhintergrund von einzelnen Projekten oftmals nicht (im Detail) bekannt. Dieser Umstand erklärt sich aus der im Vergleich zu Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe deutlich geringeren Anforderung der eigenen Absicherung über die Akquirierung von Projektmitteln. Die Stadtteilmanagements haben bezüglich Mittelakquisition aus dem Programmkontext „Soziale Stadt NRW“ für die Schulen eine „lenkende“ Funktion. Einige Schulleitungen beschreiben in den Interviews, dass die Stadtteilmanagements auf sie zugegangen sind, ihnen Fördermöglichkeiten aufgezeigt haben, und sich – günstigstenfalls – ein Projekt nach dem anderen realisieren ließ. Von den Stadtteilakteurinnen/-akteuren aus Schulen und Einrichtungen wird teilweise deutlich gemacht, dass die genaue Herkunft der Gelder ihnen im Einzelnen nicht immer bekannt ist und diese auch letztlich für sie nicht von Bedeutung ist. Ihr Augenmerk liegt auf der Tatsache, dass Projekte angestoßen und umgesetzt werden.

Auch in der schriftlichen Befragung interessierte, inwiefern die Wege der Mittelbeantragung aus dem Programm „Soziale Stadt NRW“ und aus korrespondierenden Programmen bekannt sind, welche Bedeutung der Unterstützung bei der Mittelbeantragung durch Dritte zukommt und wie erfolgreich die Schulen und Einrichtungen die Mittelbeantragung einschätzen.

Bei der Frage nach der Bekanntheit der Wege der Mittelbeantragung zeigen die Ergebnisse, dass 44% aller befragten Institutionen die Wege der Mittelbeantragung beim Programm „Soziale Stadt NRW“ kennen (N=38 von 87), wobei die sonstigen Akteure das Programm am Besten kennen (N=17 von 34; 50%). Bei den einzelnen Co-Programme kennen die **Schulen** am häufigsten die Mittelbe-

## 4. Ergebnisse

---

157

antragung bei GÖS und „mus-e“ (N=18) und bei den Zeitbudgetstunden (N=15). Alle anderen Programme folgenden mit deutlich weniger Nennungen. Selbst Mittel beantragt oder an einer Beantragung beteiligt waren elf Schulen bei „mus-e“ (für Grundschulen), zehn Schulen bei GÖS und bei den Zeitbudgetstunden. Alle anderen Programme werden deutlich seltener genannt.

Nur wenige **Kinder- und Jugendeinrichtungen** kennen nach eigenem Bekunden die Wege der Mittelbeantragung über die mit „Soziale Stadt NRW“ korrespondierenden Programme. Mit sechs Nennungen entfällt die höchste Zahl auf das Programm LOS. Dem entsprechend waren die befragten Kinder- und Jugendeinrichtungen nur selten bei der Fördermittelbeantragung selbst aktiv oder an einer solchen beteiligt. Es sind vor allem die Kinderbetreuungseinrichtungen, die mit der Fördermittelakquisition wenig zu tun haben.

Bei den **sonstigen Einrichtungen und Trägern** sind die Co-Programme wieder vergleichsweise besser bekannt. Mit Abstand die meisten Nennungen entfallen auf das Programm LOS (N=20); die Mittelbeantragung über KuQ und Landesjugendplan kennt jede fünfte befragte Einrichtung. Auch in dieser Gruppe von Einrichtungen sind darüber hinaus weitere Co-Programme weniger bekannt. Zu berücksichtigen ist dabei, dass für einen Teil der befragten Institutionen die Akquisition von Fördermitteln keine Anforderung darstellt oder aber die Finanzierung aus anderen als den angegebenen Förderbudgets erfolgt (z.B. EU-Programme bei Beschäftigungs- und Qualifizierungsträgern).

Den Aufwand für die Mittelbeantragung schätzt ein großer Teil der befragten Einrichtungen als „angemessen“ ein (N=34 von 75, 45% aller Antwortenden), wobei sich kleine Unterschiede zwischen den Einrichtungstypen ausmachen lassen. Insbesondere die sonstigen Akteure schätzen ihren Aufwand relativ häufig als „hoch“ bzw. „eher hoch“ ein (N=15 von 32; 47%), während bei den Schulen nur 22% (5 von 23) und bei den Kinder- und Jugendeinrichtungen sogar nur 10% (2 von 20) einen hohen Aufwand für die Mittelbeantragung angeben. Für insgesamt 15% der Antwortenden trifft die Frage nicht zu und wird aus dem Grund nicht beantwortet. Die schriftliche Befragung relativiert dem entsprechend den Eindruck aus den Schulinterviews und Stadtteilgesprächen (siehe Abb. 22, S. 158).

In den meisten Fällen hat die Beantragung von Mitteln auch zum Erfolg geführt, wie die Ergebnisse der schriftlichen Befragung zeigen. Bei 32% aller Antwortenden (N=23 von 72) wurden alle Anträge bewilligt, bei 49% (N=35) erfolgten positive Bescheide „größtenteils“. Da 18% der Befragten angeben, die Frage treffe auf sie nicht zu, kann von einer hohen Bewilligungsquote gesprochen werden. Dass bei der Beantragung von Mitteln auf die Unterstützung von anderen Institutionen zurück gegriffen wurde, bestätigt die schriftliche Befragung. 59% der Befragten (N=43 von 73) wurden bei der Beantragung unterstützt, wobei die sonstigen Akteure am häufigsten Unterstützung erhielten (N=22 von 30; 73%), bei den Schulen und Einrichtungen liegen die Quoten etwas niedriger (52% bzw. 45%). Lediglich drei von 23 Schulen geben an, dass sie Unterstützung benötigt

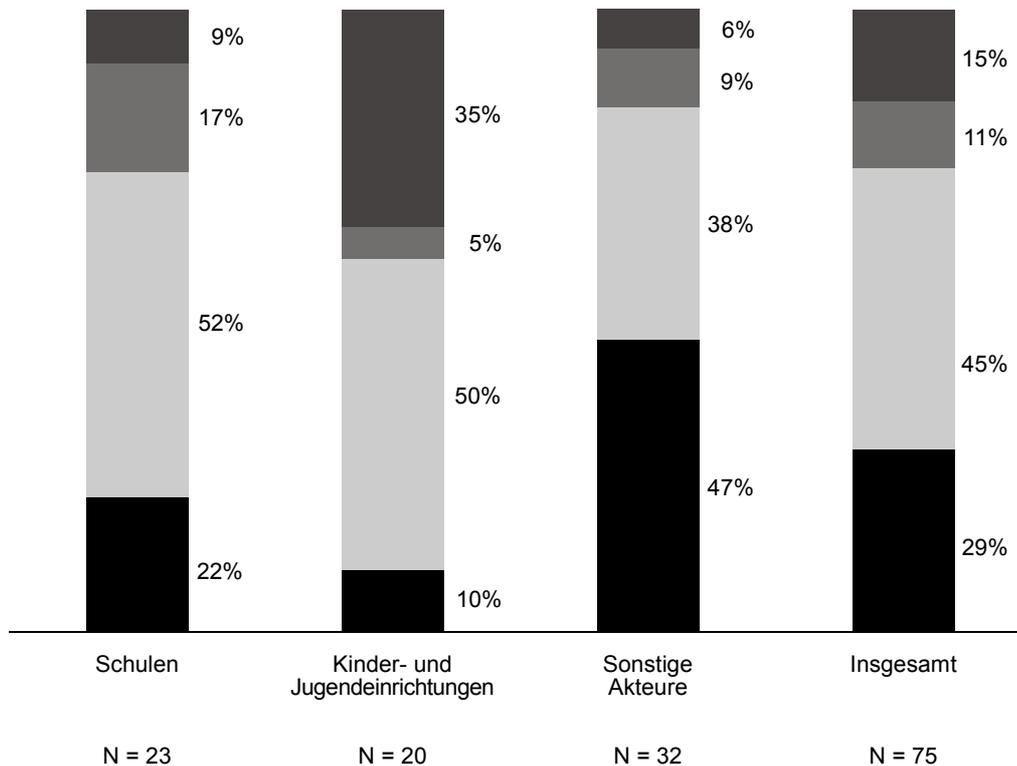


## 4. Ergebnisse

158

hätten. Die Unterstützung erhielten die Befragten überwiegend von den Stadtteilmanagements. Am zweitwichtigsten sind – allerdings mit deutlichem Abstand – Unterstützungsstrukturen innerhalb der städtischen Verwaltungen.

**Abb. 22:** Bewertung des Aufwands für Mittelbeantragung



Antworten aller befragten Schulen und Einrichtungen

Quelle: **ies** Hannover 2004

Für die Bewertung, inwieweit das Ziel der Bündelung von Ressourcen erreicht werden konnte, interessierte in der schriftlichen Befragung, ob der Einsatz der Ressourcen in den Kooperationsprojekten effektiv und effizient erfolgt ist. Dass diese Aussage „voll und ganz“ bzw. „eher“ zutrifft, geben zwei Drittel der Befragten an (N=54 von 84; 64%). Eine negative Bewertung dieser Aussage wird nur von 5% (N=4 von 84) der Befragten vorgenommen. Die anderen Befragten enthalten sich einer Bewertung. Die Befragten wurden außerdem aufgefordert, einzuschätzen, ob die Arbeit in Kooperationsprojekten auf der operativen Ebene effektiv und effizient ist. Mit 67% (N=54 von 81) Zustimmung („voll und ganz“ bzw. „eher“) bestätigen die Antwortenden auch in dieser Hinsicht, dass eine

## 4. Ergebnisse

---

Bündelung von Ressourcen im Rahmen der „Sozialen Stadt NRW“ gelingt (siehe Abb. 18, S. 141). Die Bewertungen der Programmgebiete sind tendenziell ähnlich, wobei sie in OB-Knappenviertel für die beiden Aussagen besonders positiv ausfällt (77% und 85% Zustimmung). Als problematisch erweist sich die finanzielle Situation mit Auslaufen des Landesprogramms, wie das Oberhausener Knappenviertel zeigt. Mit dem Wegfall der Fördermittel müssen eingeführte und erprobte Angebote plötzlich in Frage gestellt werden, wenn eine Überführung in Regelangebote von der Politik nicht ausreichend vorbereitet ist, die kommunalen Fachämter die entsprechende Zuständigkeit ablehnen oder die zeitlichen und fachlichen Möglichkeiten der Schulleitungen begrenzt sind, sich andere Förderwege zu erschließen (auch wenn einzelne Schulleitungen bereits über beachtliche Erfahrungen in der Fördermittelakquisition z.B. über Sponsoring verfügen). Die Überführung in neue finanzielle Strukturen ist erschwert, da mit Auslaufen des Landesprogramms nicht nur die Fördermittel wegfallen, sondern auch die Unterstützungsstruktur durch das Stadtteilmanagement. Beim Rückkopplungsgespräch im Knappenviertel wird von den Akteuren deutlich gemacht, dass sie den Wegfall von Ressourcen und Strukturen langfristig kaum werden kompensieren können. Mit Unverständnis wird der Entwicklung begegnet, den eingeschlagenen Weg der sozialraumorientierten Stadtteilentwicklung nach sechs Jahren Förderlaufzeit in einer Art strukturellen „Vakuum“ zu belassen, auch wenn zum Zeitpunkt des Rückkopplungsgesprächs Versuche unternommen wurden, das Stadtteilgremium zu „beleben“. Unverständlich bleibt zudem aus Sicht der Akteure, warum „ihr“ Programmgebiet bereits nach sechs Jahren aus der Förderung genommen wird, während für andere Gebiete wie E-Katernberg eine Beendigung der städtebaulichen Förderung aus „Soziale Stadt NRW“ nicht bekannt ist.<sup>9</sup>

In GE-Bismarck/Schalke-Nord ist eine erfolgreiche Gestaltung des Übergangs in die Nach-Förderphase gelungen. Dort konnte in den letzten drei Jahren des Förderprogramms durch eine öffentlich geführte Debatte über die Verstetigung der Projekte erreicht werden, dass die sozial-integrativen Ansätze des Stadtteilprogramms durch neue Strukturen weiter getragen werden (neu gegründeter Förderverein, Übernahme durch Träger der Sozialarbeit, Fortführung des Stadtteilbüros).

Im Rahmen der Stadtteilgespräche wurden u.a. auch die „Stolpersteine“ bei der Umsetzung von Kooperationsprojekten erörtert. Finanzierungsstrukturen und Förderpraxis nahmen dabei einen wichtigen Stellenwert ein. Vielfach kamen in diesem Zusammenhang grundsätzlich kritische Positionen (nicht in unmittelbarem Bezug zum Handlungsfeld) zum Programm „Soziale Stadt NRW“ zu Tage.

<sup>9</sup> Mittlerweile wurde wieder eine halbe Stelle für Stadtteilarbeit im Knappenviertel eingerichtet; das Stadtteilbüro Lirich steht beratend zur Verfügung. Mit EU-Fördermitteln aus dem Programm LOS werden in den kommenden zwei Jahren Kooperationsprojekte vor Ort entwickelt und durchgeführt. Die während der Förderlaufzeit „Soziale Stadt NRW“ aufgebauten Kooperationsbeziehungen können wieder belebt werden. Diese Entwicklung ist das Ergebnis einer Intensivierung der Sozialraumorientierung der städtischen Verwaltung in Oberhausen. U.a. wurde in der Stadtverwaltung ein neuer Bereich „Zukunft Soziale Stadt“ eingerichtet, in dessen Zuständigkeit diese Querschnittsarbeit nun liegt.

So betonten die Akteurinnen/Akteure bei allen Stadtteilgesprächen der Erhebungsphase, dass sie die Balance zwischen institutioneller Basis und Projektarbeit für nicht ausgewogen halten. Ein „Zuviel an Projektarbeit“ durch den Wegfall bzw. die Reduzierung von institutioneller Förderung werden deutlich kritisiert. Aus der Sicht der befragten Akteurinnen/Akteure wird das Wegbrechen und Fehlen der institutionellen Basis als massiv beschrieben. Aussagen wie „Projekte ersetzen nicht die Grundstruktur“; „Arbeit über Honorarkräfte (ausschließlich) nicht leistbar“; „ausgewogenes Verhältnis von Projekt- und Strukturförderung ist wichtig“ belegen dies.

Die Eindrücke aus der qualitativen Erhebungsphase bestätigen sich in der schriftlichen Befragung. Im Hinblick auf die Bereithaltung von Angeboten bzw. die Bearbeitung von Projekten nennen die Befragten die fehlende langfristige Perspektive durch Projektförderung (N=56 von 72; 78%), das Sicherstellen der Nachhaltigkeit (finanzielle Kontinuität) von neuen Angeboten/Projekten (N=50; 69%) sowie die fehlende Absicherung der Regelangebote durch fest angestellte Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter (N= 44; 61%) als die drei wichtigsten Probleme bei der Arbeit in Projekten. Um die Problematik der Finanzierung zu vertiefen, wurden die Institutionen in der schriftlichen Befragung gebeten, den aktuellen finanziellen Status des zuletzt durchgeführten/abgeschlossenen Projekts anzugeben und zwar für Projekte in den verschiedenen Bereichen (baulich-investiv, technische Ausstattung, Nachmittags-/Freizeitangebote usw.). Erwartungsgemäß handelt es sich bei den baulich-investiven Maßnahmen zumeist um mit Programmmitteln abgeschlossene Maßnahmen. Bei den Projekten aus den Bereichen der Sprachförderung, der musisch-kulturellen Bildung, der Betreuung usw. ist die Absicherung der weiteren Arbeit in vielen Fällen nicht gesichert. Nur vereinzelt geben die Antwortenden an, dass diese Maßnahmen in die Regelförderung überführt werden konnten (siehe Abb. 23, S. 161).

#### 4.4.4 Entwicklung von selbsttragenden Strukturen und Netzwerken

Ein Anliegen des stadtteilorientierten Handlungsprogramms „Soziale Stadt NRW“ liegt darin, die entstandenen Netzwerke und Strukturen auf Dauer abzusichern und in selbsttragende Strukturen zu überführen. Dieses Ziel formulieren die Stadtteilprogramme auch für das Handlungsfeld „Schule im Stadtteil“.

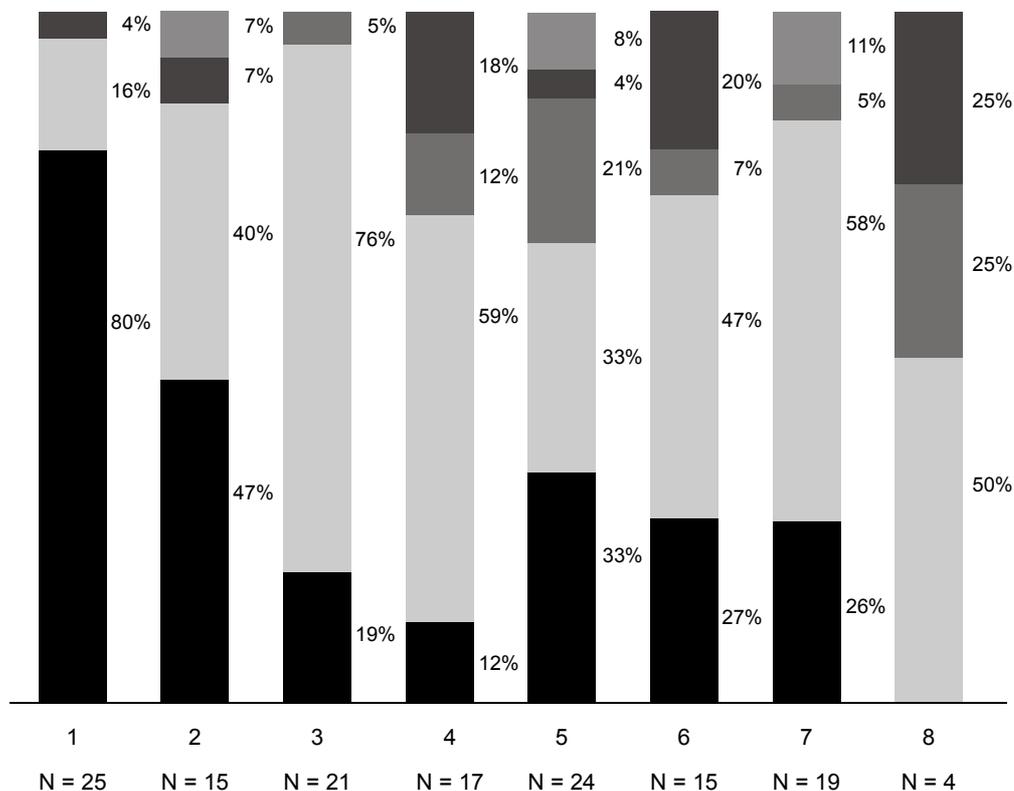
Im Zuge der Fallstudie sind der wissenschaftlichen Bearbeitung in den vier Programmgebieten atmosphärisch unterschiedliche Konstellationen und Netzwerkdynamiken begegnet. Sie hängen offensichtlich mit der Größe des jeweiligen Personenkreises im Themenfeld, mit dem strukturellen Aufbau der Institutionen (insbesondere der Stadtverwaltung, Anbindung der Stadtteilbüros usw.) sowie der „Historie“ im Landesprogramm (Förderdauer usw.) und den Wurzeln der Stadtteilarbeit zusammen.

Unterschiedlich stark wird dem Landesprogramm hinsichtlich der Stadtteilnetzwerke eine initiierende bzw. institutionalisierende Funktion (bereits bestehender Gremien) zugeschrieben, die überwiegend positiv bewertet wird. Gleichzeitig

## 4. Ergebnisse

werden in allen Programmgebieten ähnliche Problemfelder thematisiert. U.a. geht es um Konkurrenz um Ressourcen und das Zusammenspiel von „alten“ und (potenziellen) „neuen“ Netzwerkmitgliedern, denen im Hinblick auf ihr Interesse an Ressourcen tendenziell mit Misstrauen begegnet wird. Die individuelle Bereitschaft, sich auf Neues einzulassen und „über den Tellerrand zu gucken“ sowie die hohe Bedeutung von Einzelpersonen („Kümmerer“) für positiv verlaufende Projekte/Prozesse werden jeweils in den Stadtteilgesprächen als Voraussetzungen für gelingende Netzbildungen thematisiert. Hiermit verbunden ist das Problem der drohenden Überlastung von Einzelpersonen bzw. kleinen aktiven Netzwerken. Langfristige Negativerfahrungen (derzeit vor allem bezüglich finanzieller Aspekte) frustrieren zudem vor allem die „alten Hasen“ der Stadtteilarbeit.

**Abb. 23:** Aktueller Status der letzten durchgeführten/abgeschlossenen Maßnahme nach Maßnahmebereichen



Antworten aller befragten Schulen und Einrichtungen

- |   |                               |   |  |
|---|-------------------------------|---|--|
| 1 | baulich-investive Maßnahmen   | ■ | Finanzierung nicht bekannt                   |
| 2 | technische Ausstattung        | ■ | in Regellangebot übergeführt                 |
| 3 | personelle Unterstützung      | ■ | Projekt aktuell aus anderen Mitteln getragen |
| 4 | schulbegleitende Projekte     | ■ | weitere Absicherung der Maßnahme ungesichert |
| 5 | Sprachförderung               | ■ | abgeschlossene Maßnahme aus Programmmitteln  |
| 6 | Nachmittags-/Freizeitangebote |   |  |
| 7 | musisch-kulturelle Projekte   |   |  |
| 8 | Versorgungsangebote           |   |  |

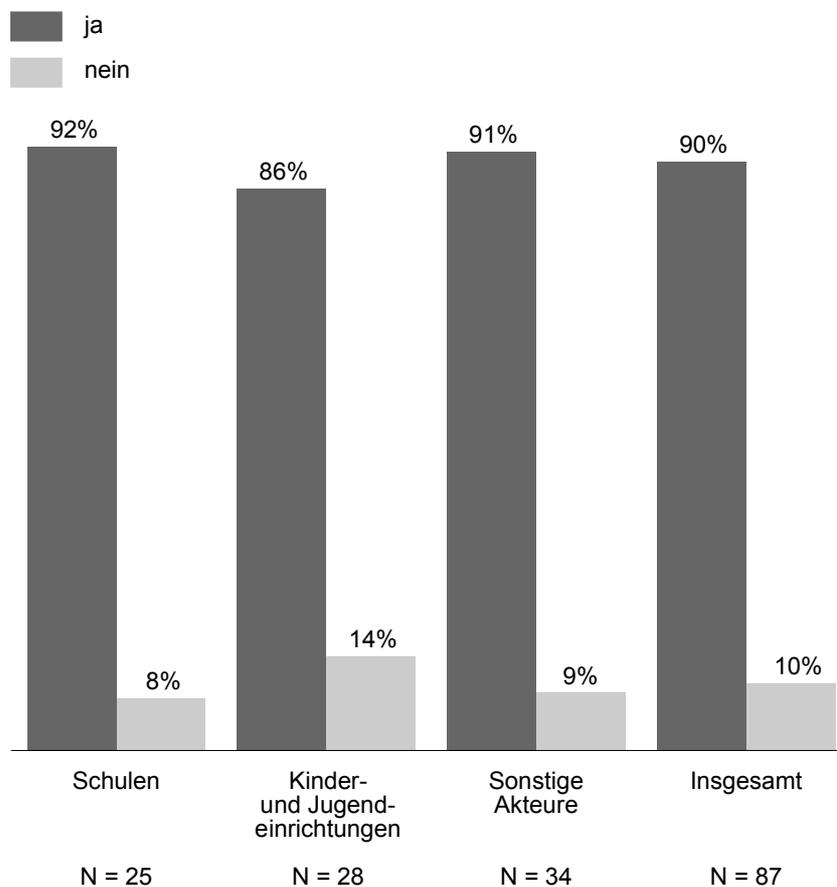
Quelle: ies Hannover 2004

## 4. Ergebnisse

162

Voraussetzung für eine abgestimmte Stadtteilentwicklung im Bereich „Schule im Stadtteil“ ist die Mitwirkung der betreffenden Akteurinnen/Akteure aus Schulen und Einrichtungen, insbesondere der Kinderbetreuung. Die schriftliche Befragung zeigt einen sehr hohen Grad der Beteiligung von Schulen (N=23 von 25; 92%), der Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe (N=24 von 28; 86%) sowie der weiteren Einrichtungen (N=31 von 34; 91%) an den stadtteilbezogenen Arbeits- und Steuerungsgremien (siehe Abb. 24, S. 162).<sup>10</sup> Dabei schätzen etwa zwei Drittel der Befragten – unabhängig vom Einrichtungstyp – ihre eigene Mitwirkung als produktiv ein (N=52 von 86).

**Abb. 24:** Beteiligung der Schulen und Einrichtungen in Arbeits- bzw. Steuerungsgremien



Antworten aller befragten Schulen und Einrichtungen

Quelle: **ies** Hannover 2004

Der Aussage, dass die Austauschgremien produktiv arbeiten (z.B. bei der Arbeitsverteilung, Ressourcenbündelung), stimmen fast drei Viertel der Befragten

<sup>10</sup> Erinnerung sei in diesem Zusammenhang, dass tendenziell eher die aktiveren Einrichtungen an der Befragung teilgenommen haben (betrifft vor allem Kinder- und Jugendeinrichtungen und sonstige Expertinnen/Experten). Zudem handelte es sich um eine allgemeine Fragestellung, die keine Rückschlüsse auf die Intensität und Kontinuität der Beteiligung zulässt.

## 4. Ergebnisse

---

163

zu (N=60 von 84; 71%), ohne dass sich die Bewertungen der Einrichtungstypen bzw. der Programmgebiete wesentlich unterscheiden. Lediglich die Akteure aus dem Gebiet OB-Knappenviertel sehen eine geringere Produktivität der Austauschgremien, was sich durch den Wegfall des Stadtteilbüros erklärt. Zum Zeitpunkt der Rückkopplungsgespräche machen die Akteurinnen/Akteure die Erfahrungen, dass die Informations- und Koordinationsleistungen des Stadtteilmanagements nicht anderweitig kompensiert werden können und somit die Austauschgremien nicht mehr in der gewohnten Effektivität arbeiten können.

Positiv aus Sicht der Stadtteilakteurinnen/-akteure ist die Wirkung der Arbeitsstrukturen, der Austauschgremien im Kontext des Landesprogramms als Ideenschmiede und Lieferant für inhaltliche Anregungen. Die qualitativen Erhebungen zeigen allerdings ergänzend, dass die inhaltlichen Anknüpfungspunkte für Schulen in den stadtteilweiten Gremien z.T. gering sind. Thematisch enger auf schulische Belange zugeschnittene Arbeitskreise (z.B. Treffen von Schulleitungen eines Stadtteils) werden als vergleichsweise effektiver beurteilt.

Weitgehend einhellig wird von den Stadtteilakteurinnen/-akteuren dargelegt, dass die Unterstützung durch die Stadtteilbüros von zentraler Bedeutung für die Netzbildung und -entwicklung ist. Sie sind für die Befragten aus den Einrichtungen und in geringerem Maße für Schulen wichtig bei der Mittelakquisition (z.B. Unterstützung bei der Sponsorensuche), der Fördermittelbeantragung (siehe auch 4.4.3 Bündelung von Ressourcen), dem Informationsaustausch und in ihrer Netzwerkknotenfunktion (z.B. Koordinierung von Treffen, Anregung für Kontakte und Zusammenarbeit verschiedener Institutionen). Sehr positiv wird in den Programmgebieten die durch die Stadtteilbüros gewährleistete Vereinfachung der Schnittstelle zur gesamtstädtischen Verwaltung wahrgenommen.

In der schriftlichen Befragung stimmen 69% (N=58 von 84) aller Antwortenden der Aussage zu, dass die Koordinierung der Arbeit durch die Stadtteilbüros effektiv und effizient erfolgt, allerdings stimmen 14% (N=12 von 84) dieser Aussage nicht zu. Im Programmgebiet OB-Knappenviertel fällt die Bewertung sehr positiv aus (92%), in den drei anderen Programmgebieten liegen die Zustimmungswerte zwischen 70% (DU-Hochfeld) und 60% (GE-Bismarck/ Schalke-Nord).

In den Programmgebieten OB-Knappenviertel und GE-Bismarck/Schalke-Nord wird in den Schulinterviews und den Stadtteilgesprächen die Problematik der Verstetigung von Netzwerken und Strukturen nach Auslaufen der Landesförderung problematisiert. Im Knappenviertel ist mit dem Wegfall des Stadtteilbüros die organisatorische Schnittstelle zwischen den Institutionen im Stadtteil entfallen, die nur zum Teil kompensiert werden konnte.

### 4.4.5 Fazit

In den vier Programmgebieten haben einige Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe durch ihre Mitwirkung an Stadtteilgremien und durch verschiedene Angebote und Projekte eine aktive Rolle in der Stadtteilarbeit eingenommen. Es konnten und können mit Programmmitteln der „Sozialen Stadt



NRW“ weitreichende Entwicklungsprozesse in einigen Schulen und Kinder- und Jugendeinrichtungen in Gang gesetzt werden. Es partizipieren jedoch nicht alle Einrichtungen für Kinder und Jugendliche in derselben Weise: In jedem untersuchten Programmgebiet stehen zwei bis drei aktive Schulen (unterschiedlicher Grad der Aktivität) auch weniger im Stadtteilkontext sichtbaren Schulen gegenüber. Es ist erforderlich, sich um die Absicherung des Erreichten zu bemühen und gleichzeitig weitere Schulen und Einrichtungen in stadtteilbezogene Strategien einzubeziehen.

Im Rahmen der Stadtteilarbeit konnte in den Programmgebieten der „Sozialen Stadt NRW“ eine quantitative Zunahme und qualitative Verbesserung von Kooperationen zwischen verschiedenen Einrichtungen realisiert werden. Ein Teil der Kooperationen ist nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Landesprogramm entstanden, sondern bereits vor der Aufnahme in die Förderung. Während einerseits eine hohe Zufriedenheit mit der Qualität der Kooperationen geäußert wird, wird andererseits auch deutlich, dass einzelne Institutionen wie weiterführende Schulen, Sportvereine, Migrantenorganisationen weitestgehend unter die Kategorie „fehlende Akteure“ fallen. Innerhalb der Akteursnetzwerke auf Programmgebietesebene verfügen jeweils einzelne Personen über gute Kenntnisse von Projekten verschiedener Institutionen im Stadtteil, aber mitunter werden auch Informationsdefizite deutlich (beklagt).

Im Hinblick auf die Wirkungen von Kooperationsprojekten überwiegen in der Beurteilung die Einschätzungen, dass diese zu einer verbesserten Zielgruppenansprache beitragen und die Qualität der Arbeit deutlich verbessern helfen. Zuweilen erweisen sich auch Kooperationen vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Handlungslogiken oder Rahmenbedingungen als schwierig. Innerhalb der Stadtteilnetzwerke kommt den koordinierenden Institutionen und Gremien, insbesondere den Stadtteilbüros, eine zentrale Rolle zu. Dies betrifft auch das Handlungsfeld Kinder und Jugendliche direkt; der Wegfall der Strukturen wie in Oberhausen kann ggf. aufgebaute Strukturen gefährden. Die Forcierung und Umsetzung einer sozialraumorientierten Kinder- und Jugend- sowie Schulpolitik kann ohne eine Stadtteilkoordination nicht gelingen.

### 4.5 Beteiligung

Die Aktivierung und Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner ist in den stadtteilorientierten Handlungskonzepten eine Querschnittsaufgabe in verschiedenen Handlungsfeldern, um endogene Entwicklungspotenziale der Bevölkerung nach und nach zu aktivieren und zu entwickeln. Auch für das Handlungsfeld „Schule im Stadtteil“ wird diese Zielsetzung explizit formuliert, wobei neben der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auch der Aspekt der Elternmitwirkung in diesem Zusammenhang thematisiert wurde.

### 4.5.1 Kinder und Jugendliche

Partizipative Ansätze sind bei den Projekten der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe in den sozial benachteiligten Stadtteilen bereits integraler Bestandteil der Arbeit, z.B. bei der Umgestaltung von Frei- und Spielflächen. Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe nutzen dabei vielfach den Zugang zur Zielgruppe Kinder/Jugendliche über die schulische Infrastruktur wie beim Containerprojekt DU-Hochfeld. Bezogen auf schulische Projekte wird speziell die Umgestaltung der Schulhöfe, die an allen Standorten in den untersuchten Programmgebieten mit Landesmitteln realisiert wurde, besonders häufig von den Schulleitungen als positives Beispiel genannt, bei der die Beteiligung von Kindern sowie Lehrkräften, Eltern und Planerinnen/Planern gelungen ist.

Die bei einzelnen Beteiligungsprojekten an Schulen gemachten Erfahrungen haben (noch) keine nachhaltig veränderte Beteiligungskultur an den Schulen zur Folge. Die Frage, in wie weit die Erfahrungen auf andere Schulprojekte übertragen werden können, wird nur von wenigen Schulleitungen gestellt. Allein Schulfeste werden als Beispiele für weitere Beteiligungsprojekte an den Schulen angeführt, wobei die Mobilisierung von Eltern und teilweise Kindern/Jugendlichen als schwierig erachtet wird („Es sind immer die Gleichen, die sich beteiligen.“).

### 4.5.2 Elternarbeit

Tendenziell widersprüchlich erscheinen die Aussagen aus den quantitativen und qualitativen Erhebungen der Studie: Während ca. ein Fünftel der schriftlich Befragten ein besonders erfolgreiches Projekt aus dem Bereich Elternarbeit anführt (Sprachkurse mit/für Eltern, Elternschule/Elterngruppen, Einbindung von Eltern in Schulaktivitäten), tauchen die Aktivierung von und die Zusammenarbeit mit Eltern aus Perspektive der direkt beteiligten Akteurinnen/Akteure, insbesondere der Schulen, in einigen Interviews als schwieriges Feld auf. Einige Schulleitungen betonen das Desinteresse der Eltern an der schulischen Entwicklung ihrer Kinder. An ihren Schulen können nur einzelne Eltern für die Beteiligung z.B. an Schulfesten oder Elternabenden erreicht werden. Es besteht teilweise Ratlosigkeit bei den befragten Personen, wie die Einbindung der Eltern verbessert werden kann. Nur vereinzelt haben Schulleitungen das Thema Beteiligung und Mitwirkung von Eltern auch unter dem Aspekt der eigenen Schulstruktur und der Zugangswege zu den Eltern problematisiert und somit eine „systemische“ Sichtweise auf das Thema eingenommen.

Andere Schulleitungen zeigen sich ihrerseits gegenüber den Eltern eher distanziert. So betont die Leitung einer ansonsten sehr aktiven Schule, dass Eltern an der Planung und Durchführung von Projekten bewusst weniger beteiligt werden und sich das Kollegium eher an den von ihm erkannten Defiziten der Kinder orientiert. So wurden auch keine Mütter bei der Nachmittagsbetreuung einbezogen, obwohl es entsprechende Anfragen gab. Aufgrund der vorliegenden Problemlagen in vielen Familien und dem mangelnden Einverständnis zwischen Eltern und Lehrkräften über die Förderung der Kinder hält die Schulleiterin es für

sinnvoll, eine deutliche Distanz zwischen dem Schulkollegium und Eltern aufrecht zu erhalten.

In den Interviews mit den Schulleitungen sind jedoch auch positive Beispiele für eine Zunahme der Elternmitwirkung berichtet worden. Die Mitwirkungsbereitschaft der Eltern besteht demnach bei Klassen- und Schulfesten, bei der Teilnahme am Sprachförderunterricht der Kinder zur Rücksprache von Inhalten und der Vermittlung von Anregungen für die Unterstützung der Kinder sowie bei speziellen Informationsveranstaltungen (z.B. Leseförderung, Erziehungsfragen). Positive Erfahrungen liegen auch vor bei der Beteiligung von Eltern mit Migrationshintergrund bei Sprachförderprogrammen sowie mit Elterncafés, sofern diese von einer Lehrkraft kontinuierlich betreut werden. Als ein guter, aber gleichzeitig sehr aufwändiger Ansatz wurde der Aufbau einer Elterngruppe durch eine Honorarkraft beschrieben.

### 4.5.3 Migrantinnen/Migranten

Die Mitwirkung und Beteiligung von Migrantinnen/Migranten wird in den Interviews mit den Schulen sowie in den Stadtteilgesprächen ausführlich erörtert. Die Akteurinnen und Akteure beobachten teilweise einen „Rückzug in die eigene Kultur“ (z.B. Fasten bei Grundschulkindern). Für die elterliche Mitwirkung haben sich Sprachförderprogramme an Kindertagesstätten und (Grund-)Schulen bewährt, die die Eltern aktiv über muttersprachliche Multiplikatorinnen in die Sprachförderung ihrer Kinder einbeziehen („Rucksack“). Dieser Förderansatz wird innerhalb der Studie als Zugangsweg zur Gruppe der Eltern mit Migrationshintergrund beschrieben, der bereits zu positiven Ergebnissen geführt hat und die Bildungsvoraussetzungen der Kinder verbessern konnte. Zu beobachten ist, dass neben der konkreten Sprachförderung vor allem die kulturelle Akzeptanz bei den Eltern positiv wahrgenommen wird. Selbst Migrantinnen/Migranten, die nicht direkt an dem Sprachförderprogramm partizipieren (kleine ethnische Minderheiten), werten das entsprechende Engagement einer Schule als positiv. Nach Ansicht einer Schulleitung kann durch solch einen Ansatz bei der Gruppe der Migrantinnen/Migranten ein „vormaliges Negativbild deutscher Schulen revidiert werden“. Institutionen mit Erfahrungen in diesem Zusammenhang betonen die Notwendigkeit von Aufklärungsarbeit für Eltern mit Migrationshintergrund das Bildungssystem sowie die zukünftigen Anforderungen des Arbeitsmarktes in Deutschland betreffend. Positive Erfahrungen macht eine Schule mit der Mitwirkung von Eltern mit Migrationshintergrund in der Kinderbücherei, die zu einer „stärkeren Vernetzung von Schule und Elternhaus führt“.

Deutlich zu Tage getreten ist insgesamt – jenseits einzelner positiver Beispiele –, dass in dem Handlungsfeld „Schule im Stadtteil“ insgesamt wenig positive Erfahrungen bei der Mitwirkung von Menschen mit Migrationshintergrund vorliegen. In allen Stadtteilgesprächen wurde dieses Thema angesprochen. Die bei den Stadtteilrunden anwesenden Akteurinnen/Akteure haben insgesamt ein eher distanziertes Verhältnis zu dieser Zielgruppe. Allgemein wird betont, die Beteiligung von Migrantinnen/Migranten sei „natürlich wichtig“ und im Sinne des Landespro-

gramms. Die angeführten Beispiele zeugen jedoch vielfach von misslungenen Kontakten: So verhindern wechselnde Ansprechpersonen in den Vereinigungen der Migrantinnen/Migranten den Aufbau einer vertrauensvollen Zusammenarbeit, z.B. bei jährlich stattfindenden Stadtteilstesten. Hemmend wirken sich außerdem fehlende Einblicke und Kenntnisse der Strukturen von Migrantenvereinigungen aus, dies gilt insbesondere für den Bereich der Moscheevereine, denen in den Programmgebieten mit einem gewissen „Argwohn“ begegnet wird. Die Strukturen und Netzwerke der Migrantinnen/Migranten entziehen sich weitgehend den Blicken der (deutschen) Stadtteilakteurinnen/-akteure, wie an einigen Stellen auch selbstkritisch angemerkt wird. Zudem zeigt sich als Problem, dass es kaum gelingt, „nicht organisierte“ Personen anzusprechen und einzubeziehen.

Das Stichwort „fehlendes Vertrauen“ charakterisiert die verschiedenen Erfahrungen und Vorbehalte. Einzelne positive Erfahrungen, vor allem auch durch die Einbeziehung von Kräften mit Migrationshintergrund, konnten in den untersuchten Stadtteilen für den betrachteten Bereich nicht verstetigt werden, da es sich bei den Hauptamtlichen mit Migrationshintergrund jeweils um befristet Beschäftigte handelte. Sobald die Beschäftigung der Kontaktperson endete, verlor sich auch der Kontakt zu der Gruppe.

### 4.5.4 Fazit

Für den schulischen Bereich liegen positive Erfahrungen mit der Aktivierung und Beteiligung von Eltern, Schülerinnen/Schülern und Lehrkräften im Kontext des mit Landesmitteln geförderten Programms „Schulhofumgestaltung“ vor. Obwohl diese Projekte an den Schulen in den Programmgebieten bereits abgeschlossen sind, wird dieses Programm unter dem Blickwinkel „Beteiligung“ von den Befragten durchgängig positiv bewertet. Es werden darüber hinaus keine intensiven Erfahrungen mit Beteiligungsprojekten im Schulbereich geschildert. Vereinzelt verweisen die Schulleitungen auf die insgesamt vorhandene Problematik der Elternmitwirkung (siehe auch 2.1.1 Mitwirkung Schulen und Einrichtungen). Die Mitwirkung von Eltern mit Migrationshintergrund wird von einigen Schulen und auch von einigen KiTas über die Sprachförderprogramme erreicht, wobei diese Einbeziehung der Eltern eine hohe zeitliche Belastung für die Schulen und Einrichtungen darstellt. Fehlendes „Vertrauen“, u.a. als Folge von mangelndem Einblick in Strukturen von Migrantenorganisationen und -netzwerken, behindern die Entwicklung von Beteiligungsformen.



## 5. Gesamtfazit

In den Programmgebieten der „Sozialen Stadt NRW“ treten soziale Problemlagen von Kindern und Jugendlichen wie mangelnde Sprachkompetenzen, unzureichende häusliche Versorgungsstrukturen, fehlende Unterstützung in schulischen Belangen durch das Elternhaus deutlich zu Tage. Der Blick richtet sich bei der Entwicklung von Strategien zur Verbesserung der sozialen Lage von Kindern und Jugendlichen verstärkt auf die Institution Schule. Ihr kommt eine Schlüsselrolle bei der Verbesserung der Bildungs- und Entwicklungschancen der sozial benachteiligten Kinder und Jugendlichen zu. Diese Herausforderung ist aber nicht durch die Institution Schule allein zu bewältigen, sondern bedarf der systematischen Zusammenarbeit mit anderen Institutionen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe, der sozialen Arbeit, der Wirtschaft und nicht zuletzt den Stadtteilmanagements. So wurden und werden im Handlungsfeld „Schule im Stadtteil“ Förderansätze und (kooperative) Strukturen entwickelt und erprobt, die helfen sollen, die eklatante Situation vieler Kinder und Jugendlichen in den sozial benachteiligten Stadtteilen zu verbessern. Über die Aufnahme ihrer Stadtteile in das Programm „Soziale Stadt NRW“ zeigen sich einige Schulleitungen, die an dieser Studie mitgewirkt haben, erleichtert. Die Anerkennung der sozialen Probleme in bestimmten städtischen Sozialräumen und die gezielte Förderung dieser Stadtteile eröffnet notwendige Handlungsperspektiven.

### 5.1 Wirkungen des Programms

Die Wirkungen des Programms „Soziale Stadt NRW“ für das Handlungsfeld „Schule im Stadtteil“ ergeben zusammenfassend folgendes Bild:

- Das Programm „Soziale Stadt NRW“ hat – dank der flexiblen Fördermöglichkeiten des Programms – weitreichende Entwicklungen im Handlungsfeld „Schule im Stadtteil“ anstoßen können. Mit „Soziale-Stadt“-Mitteln konnten in den Programmgebieten Schulen dabei unterstützt werden, **neue Angebote aufzubauen**, die zu einer verbesserten Förderung der Kinder und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien beitragen. In den Bereichen Sprachförderung, musisch-kulturelle Bildung, Nachmittagsangebote und Freizeitgestaltung sowie auch vereinzelt für den Bereich der Gesundheitsförderung liegen eine Reihe positiver Beispiele für Arbeits- und Angebotsformen für Schulen mit einem hohen Anteil an Kindern in prekären Lebenslagen vor. Zur Verbesserung tragen auch die Investitionen in die soziale Infrastruktur der Stadtteile bei, die die Bildungs- und Freizeitaktivitäten der Kinder und Jugendlichen vergrößern (Spielflächen, Schulhöfe, Büchereien, Internet-Cafés).
- Speziell die **Entwicklung und Erbringung von Angeboten in Kooperation** wird von den aktiven Schulen und Einrichtungen **positiv bewertet**. Kooperationsprojekte tragen nach Ansicht der Akteurinnen/Akteure zu einer verbesserten Zielgruppenansprache und zur Verbesserung der Qualität der Arbeit

bei. Bei der Förderung von Kooperation und Vernetzung der Stadtteilarbeit nimmt auch im Handlungsfeld „Schule im Stadtteil“ das Stadtteilmanagement eine zentrale Stellung ein.

- Die **Wirkungen des Programms „Soziale Stadt NRW“ auf die Situation von Kindern und Jugendlichen** werden **überwiegend positiv** bewertet. Nahezu vier Fünftel der schriftlich befragten Schulen und Einrichtungen geben eine generell positive Gesamtbewertung ab.
- In den Programmgebieten konnte **Interesse an und Kenntnis von den Anliegen Öffnung zum Stadtteil bei einem Großteil der Schulen** geweckt werden. Wie die Ergebnisse der Erhebungen zeigen, sehen sich die Schulen mit Bezug zu den Programmgebieten mit dem Ansatz der „Sozialen Stadt NRW“ vertraut, viele wirken in Arbeits- bzw. Steuerungsgremien mit und einige haben eine aktive Rolle in der Stadtteilentwicklung. Auch wenn Art und Intensität der Mitwirkung unterschiedlich ausfallen und bewertet werden, kann davon ausgegangen werden, dass auch zukünftig eine gute Ausgangsbasis für die Ansprache von Schulen besteht.
- Die Wirkungen des Programms „Soziale Stadt NRW“ für die **Entwicklung der eigenen Einrichtung** werden insgesamt auch bezogen auf die Verstärkung der eigenen Arbeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen für Kinder und Jugendliche und die Qualität der Kooperationen **sehr positiv** bewertet. Die befragten Institutionen in den Programmgebieten unterscheiden sich in der Bewertung kaum.
- Darüber hinaus erfüllen die Kooperationsprojekte aus Sicht der meisten Befragten die in sie gesteckten Erwartungen der **Ressourcenbündelung**. Zwei Drittel der befragten Schulen und Einrichtungen bestätigen die Aussage, dass der Mitteleinsatz in Kooperationsprojekten effektiv ist. Ein ebenso hoher Anteil bestätigt, dass auf der operativen Ebene in Kooperationsprojekten effektiv gearbeitet wird.

### 5.2 Sinnvolle Arbeitsansätze und Instrumente

Im Handlungsfeld „Schule im Stadtteil“ haben sich folgende Arbeitsansätze und Instrumente bewährt:

- Die Ergebnisse der Erhebungen im Rahmen dieser Studie zeigen, dass besonders die **Sprachförderung**, die **musisch-kulturellen Projekte**, die **Nachmittagsangebote bzw. Ganztagsbetreuung** in der Schule (auch unter Einbeziehung von Versorgungsangeboten) und die **Verbesserung der Spiel- und Lernumgebung** (z.B. durch die Schulhofumgestaltung) von einem Großteil der Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe als erfolgreich bewertet werden. Diese Projekte und Maßnahmen haben sich in allen vier untersuchten Programmgebieten gleichermaßen bewährt und sind – sofern nicht bereits erfolgt – in eine **Regelförderung** zu überführen bzw. finanziell abzusichern (z.B. Instandhaltungskosten).

## 5. Gesamtfazit

---

171

- Die genannten Projekte haben sich auch unter dem Aspekt der **Mehrzielerreichung** bewährt und stellen gelungene Beispiele für einen effektiven Mitteleinsatz mit weitreichender Wirkung dar:
  - Sprachförderung, z.B. über den „Rucksack“-Ansatz: Verbesserung der Sprachkompetenzen bei Kindern, Mitwirkung der Eltern mit Migrationshintergrund an der Sprachförderung fördert Verständnis für die schulischen Anforderungen und Belange;
  - Musisch-kulturelle Projekte, z.B. „mus-e“ und „Kunstpause“: Verbesserte Lernbereitschaft und -motivation der Kinder, Förderung von Kontakt und Toleranz der Kinder untereinander, Erweiterung des Blicks der Lehrkräfte auf die Kinder;
  - Nachmittagsangebote/Ganztagsbetreuung, z.B. über Programm „13 plus“ oder „Schule von acht bis eins“: Kompensation der fehlenden Unterstützung im Elternhaus für die schulischen Belange durch Hausaufgabenhilfe, Anleitung für Spiel, Sport, kulturelle Aktivitäten, Versorgung der Kinder mit Mahlzeiten;
  - Spiel- und Freiflächengestaltung, insbesondere Schulhofumgestaltung: Verbesserung der Aufenthaltsqualität im Freien, Beteiligung von Kindern, Eltern, Lehrerinnen/Lehrern.
- Auch in **anderen Bereichen** wurden in den untersuchten Programmgebieten positive Erfahrungen gesammelt, die ggf. auf andere Gebiete übertragbar sind:
  - **Gesundheit, speziell Zahnprophylaxe**: Im Programmgebiet OB-Knappenviertel wurde, angeregt durch das Aktionsbündnis Gesundheit in Kinderbetreuungseinrichtungen und Schulen, eine intensive Zahnprophylaxe begonnen, die mittlerweile die Zahngesundheit der Kinder statistisch nachweisbar verbessert hat.
  - Mit dem Aufbau eines stadtteilweiten Mediationsnetzwerks hat das Programmgebiet DU-Hochfeld im Bereich **Konfliktlösung/-prävention** positive Erfahrungen gesammelt.
  - In der **Kommunikation mit Migrantinnen/Migranten** wurden vor allem in E-Katernberg eine Reihe von positiven Erfahrungen gesammelt. Die u.a. im Rahmen eines Dialogprojekts anlässlich des Moscheebaus im Stadtteil geknüpften Beziehungen haben ein Klima entstehen lassen, dass sich auch auf die Kommunikation in den Schulen positiv auswirkt (z.B. Beteiligung des Imam an einem Konfliktschlichtungsprozess einer Schule im Stadtteil.)
  - Weitreichende Erfahrungen in der **kooperativen Zusammenarbeit in der Sprachförderung** zwischen Grundschule und Kindertagesstätten liegen in GE-Bismarck/Schalke-Nord vor.
- Zwischen den **Programmgebieten** zeigen sich hinsichtlich der besonders erfolgreichen **Förderansätze und Maßnahmen keine Unterschiede**. Vor dem Hintergrund unterschiedlicher Erfahrungen und Anknüpfungspunkte ließen sich Programme zur Förderung der Sprachkompetenzen, der musisch-



kulturellen Bildung, der Ganztagsbetreuung usw. gleichermaßen in die stadtteilbezogenen Handlungsansätze integrieren. Die Bewertungen der Impulse und Wirkungen dieser Ansätze ähneln sich in den untersuchten Programmgebieten.

- Über die **Mitwirkung in Arbeits- und Steuerungsgremien** und durch die **gezielte Ansprache der Stadtteilmanagements** haben Schulen in den vier ausgewählten Stadtteilen Entwicklungsprozesse hin zu stadtteilorientierten Schulen vollzogen. Bei einzelnen Schulen befindet sich durch diese Neuorientierung der Arbeit das „Image“ der Schule im Wandel. Bewährt hat sich die gezielte Ansprache von Schulen mit Projektangeboten (v.a. Schulhofumgestaltung, Zeitbudgetstunden, Fördermittel für „mus-e“, Sprachförderung usw.) durch die Stadtteilkoordinierungen. Kooperationsprojekte zwischen Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe sind durch Vermittlung der Stadtteilmanagements, über den direkten Kontakt in Stadtteilgremien, aber auch teilweise „per Zufall“, z.B. bedingt durch räumliche Nähe, zu Stande gekommen.
- Neben der Öffnung der Schulen nach außen durch Mitwirkung in Stadtteilgremien und kooperative Angebotserbringung hat sich nach Auskunft eines Teils der Schulen auch die **Unterrichtspraxis verändert**. So beziehen nach eigenen Angaben zwei Drittel der schriftlich befragten Schulen Stadtteilthemen mit eigenen Mitteln in den Unterricht ein. Fast genauso viele Schulen binden Externe in den Unterricht ein oder engagieren sich außerhalb des Unterrichts in Projektvorhaben mit anderen Einrichtungen.
- Die Entwicklung und Umsetzung der erfolgreichen Förderangebote ist das Ergebnis von kooperativen Formen der Zusammenarbeit. Schulen und Einrichtungen bestätigen in der schriftlichen Befragung die **Zunahme der Anzahl an Kooperationen und bewerten die Qualität der Kooperationen sehr positiv**.
- Aus der Perspektive der Schulen und Einrichtungen haben sich **Projekte und Angebote in Kooperation bewährt**. Es ist eine Ausweitung der Angebote für Kinder und Jugendliche durch Kooperationsprojekte gelungen. Dies bestätigen mehr als zwei Drittel der befragten Institutionen.
- Die **Stadtteilmanagements** nehmen bei der Unterstützung in der Fördermittelakquisition und von Akteursnetzwerken auch im Handlungsfeld „Schule im Stadtteil“ eine bedeutende Rolle ein. Sie stellen zudem die Schnittstelle zur gesamtstädtischen Verwaltung her und sind auch in dieser Funktion für die Stadtteilnetzwerke von großer Bedeutung. Ihr Wegfall – wie z.B. im Programmgebiet OB-Knappenviertel – kann aus diesem Grund von den Akteurinnen/Akteuren vor Ort kaum/nicht kompensiert werden.
- Eine **systematische und umfassende Einbeziehung der Schulen** in die stadtteilbezogene Handlungsstrategie sollte möglichst von Anfang an erfolgen. So hat beispielsweise das Programmgebiet DU-Hochfeld mit der Auf-

nahme in die Landesförderung im Jahr 2000 von Anfang an das Thema an die relevanten Akteursgruppen herangetragen und konnte so breit verankert werden. Die Erfahrungen in den Programmgebieten legen allerdings auch nahe, dass eine einmalige Ansprache nicht als ausreichend anzusehen ist, sondern für die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der Kommunikation ein entsprechender Aufwand seitens der Stadtteilmanagements zu erbringen ist.

### 5.3 Problemfelder und Handlungsanforderungen

Aus den Ergebnissen der verschiedenen Erhebungsbausteine lassen sich folgende Problemfelder und Entwicklungsbereiche ableiten:

- In **einigen Bereichen** besteht jenseits einzelner positiver Beispiele weiterhin **Entwicklungs- und Handlungsbedarf**:
  - Sport und Bewegung: In den Stadtteil- und Rückkopplungsgesprächen wurde deutlich, dass für Kinder und Jugendliche mehr derartige Angebote gemacht werden müssen. Bisherige Projekte in Kooperation mit Sportvereinen haben die in sie gesetzten Erwartungen der Akteurinnen und Akteure häufig nicht erfüllt.
  - Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im schulischen Kontext: Über das Projekt „Schulhofgestaltung“ hinaus gibt es bisher zu wenige Projektangebote, die gezielt Schülerinnen/Schüler, Eltern und Lehrkräfte unter partizipativen Gesichtspunkten ansprechen.
  - Elternmitwirkung und -bildung: In den Interviews mit den Schulleitungen ist teilweise Resignation, aber auch Unsicherheit im Hinblick auf Ansprache und Einbeziehung der Eltern deutlich geworden. Eine Stärkung der Schulen bei der Elternarbeit ist in den Programmgebieten vor dem Hintergrund der sozialen Problemlagen der Familien erforderlich, um langfristig die Bildungs- und Entwicklungschancen der Kinder zu verbessern.
  - Räumliche Ausstattung der Schulen und Freiflächengestaltung: In der schriftlichen Befragung äußern sich mehr als die Hälfte der Schulen unzufrieden mit der Ausstattung der Schulgebäude und -flächen.

Die Förderung von Maßnahmen in den genannten Bereichen überschreiten – trotz flexibler Förderrichtlinien – die Möglichkeiten der Städtebauförderung, z.B. im Hinblick auf Elternbeteiligung und -bildung, Gesundheitsförderung. Die Förderung aus anderen Ressorts ist aus diesem Grund für diese Aufgabe zu intensivieren.

- Die Schulen und Einrichtungen sehen die Erfolge vielfach gefährdet, wenn durch Projektmittel aufgebaute Arbeitsansätze **ohne entsprechende Ressourcen weitergeführt werden sollen**. Dies betrifft gleichermaßen die Bereiche Elternarbeit (Zeit für Lehrkräfte oder anderes Personal erforderlich), die Beteiligung an Stadtteilgremien und Aufwand für die Aufrechterhaltung von Kooperationsbeziehungen (Freistellungsstunden) sowie spezielle Förderangebote für Kinder (z.B. Finanzmittel für musisch-kulturelle Projekte). So

sehen in einigen der untersuchten Stadtteile Schulen z.B. das Problem, dass nach dem Auslaufen der Projektförderung die erforderlichen Ressourcen nicht mobilisiert werden können. Dies betrifft den Grundschulbereich besonders stark, da ihre Schulleitungen kaum frei zur Verfügung stehende (unterrichtsfreie) Zeit haben.

- Gleichzeitig zeigt sich, dass **vorhandene Initiativen und Programme teilweise nicht ausreichend genutzt** werden. Dies gilt z.B. für Bereiche wie Sport und Bewegung, Gesundheit und Ernährung. Es mangelt teilweise an einer vertieften Reflexion von nicht gelungenen (Kooperations-)Projekten, um daraus für die Zukunft zu lernen.
- Kritisch bewertet werden muss der **Wegfall der Stadtteilkoordination** wie im Fall OB-Knappenviertel, wenn kein struktureller Ersatz der Funktionen erfolgt. Die Kommunen sollten frühzeitig eine Strategie entwickeln, wie nach dem Auslaufen der Landesförderung die Aufrechterhaltung der Stadtteilkoordination gewährleistet werden kann. Für die Fördermittelakquisition, die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der Stadtteilnetzwerke, die Förderung des Informations- und Erfahrungsaustauschs sowie als Schnittstelle zur Verwaltung sind diese zentralen Steuerungsinstanzen und die entsprechenden Ansprechpersonen auch im Handlungsfeld „Schule im Stadtteil“ für die Schulen und Einrichtungen von zentraler Bedeutung.
- Positive Beispiele für Entwicklungsprozesse an einzelnen Schulen oder auch an Kinderbetreuungseinrichtungen bringen nicht zwangsläufig Nachahmer hervor. Die Stadtteilakteurinnen/-akteure beklagen in allen Stadtteil- und Rückkopplungsgesprächen in den vier Programmgebieten, dass **nicht alle Schulen und Einrichtungen gleichermaßen aktiv geworden sind**. Vielfach wird dies auf die Leitungsperson zurück geführt.
- **Einige Gruppen** tauchen in den Stadtteil- und Rückkopplungsgesprächen als „**fehlende**“ **Akteure** auf. Die Aktivierung von weiterführenden Schulen gelingt nur punktuell. Sportvereine, Betriebe, Kirchengemeinden, Eltern und Ehrenamtliche sowie Migrantinnenorganisationen/Moscheevereine gehören zu den Vereinigungen, von denen mehr Beteiligung erwünscht wird. Es fehlen langfristige Strategien für die Ansprache und eine kontinuierliche Aktivierung.
- Probleme bei der Aktivierung der genannten Akteursgruppen resultieren zum einen aus einem **unzureichenden Einblick in die formalen und informellen Strukturen** (z.B. Migrantinnen/Migranten), aber auch aus „**unterschiedlichen Handlungslogiken**“ **der Institutionen** (Sportvereine vs. Träger der Kinder- und Jugendarbeit).
- Im Zuge der Öffnung von Schulen zum Stadtteil bestand ein Ziel auch in der **Nutzung von Schulräumen und -flächen für Bewohnergruppen, Vereine** usw. Die Ergebnisse der Studie legen nahe, dass dieses Ziel bisher nicht im erwarteten Umfang erreicht worden ist. 42% der schriftlich Befragten bestätigen eine entsprechende Nutzung. In den Interviews mit den Schulleitungen

## 5. Gesamtfazit

---

175

werden formale Hürden genannt (z.B. „Aufsichtspflicht“), die diesem Ziel der Öffnung entgegen stehen.

- Die **Kooperationsbeziehungen zwischen Schulen und Jugendämtern** gestalten sich aus Sicht der Schulleitungen **vielfach unbefriedigend**. Die Qualität der Zusammenarbeit in Fragen von Erziehungsproblemen mit einzelnen Schülerinnen/Schülern weist große Unterschiede auf. Die Schulleitungen berichten von produktiven und von unbefriedigenden Kontakten in Abhängigkeit von der jeweils zuständigen bearbeitenden Person im Jugendamt.
- Bei der **Bewertung der Wirkungen des Programms** „Soziale Stadt NRW“ zeigen sich bei den befragten Schulen und Einrichtungen Unsicherheiten, die auf einer allgemeinen Zielformulierung im Handlungsfeld „Schule im Stadtteil“ und einer unzureichenden Datenbasis fußen. Die Anforderung an bessere Bewertungsgrundlagen bezieht sich vor allem auf die Messbarkeit von Erfolgen bei der Verbesserung der Bildungs- und Lebenschancen der Kinder und Jugendlichen in den sozial benachteiligten Stadtteilen wie auch auf Fragen der Effektivität des Mitteleinsatzes.
- Unabhängig vom Handlungsfeld „Schule im Stadtteil“ stellen sich den Akteurinnen/Akteuren **Fragen der Auswahl und Förderdauer** für die sozial benachteiligten Stadtteile. In den Diskussionen im Programmgebiet OB-Knappenviertel wurde deutlich gemacht, dass sechs Jahre Förderdauer für nachhaltige Prozesse und den Aufbau selbsttragender Strukturen zu kurz sind. Kriterien für die Förderdauer sind für die Akteurinnen/Akteure auch im Vergleich zu anderen „Soziale-Stadt“-Gebieten nicht ausreichend transparent.
- In den Stadtteilgesprächen der Erhebungs- und Rückkopplungsphase wird von einzelnen Akteurinnen/Akteuren generell die Förderpraxis des Landes kritisiert, insbesondere wird die finanzielle Ausstattung der Kinder- und Jugendbereichs in sozial benachteiligten Stadtteilen als nicht ausreichend angesehen. Die Bewertung dieser Akteursaussagen ist in dieser Evaluationsstudie nicht leistbar. Eine vertiefende Analyse von Finanz- und Förderstrukturen einzelner Politikbereiche, Institutionen und Projekte (z.B. aus der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe) wäre dafür erforderlich. Allerdings entsteht bei den Diskussionen in den Stadtteilgesprächen zuweilen der Eindruck einer **großen „Politikverdrossenheit“ bei einzelnen Institutionen**.
- In der Phase der Rückkopplung der Ergebnisse und der hier eingebundenen Entwicklung von Handlungsperspektiven und -empfehlungen richten die Stadtteilakteurinnen/-akteure ihre Forderungen besonders an übergeordnete Ebenen (Kommune, Land). Die Notwendigkeit und die Möglichkeiten der **Weiterentwicklung von Strategien in Schulen und Einrichtungen durch die Akteurinnen/Akteure der Stadtteilarbeit selbst wurden vergleichsweise selten angesprochen**.



## 5. Gesamtfazit

---

176

- Die stark auf fiskalische und förderpolitische Aspekte fokussierte Sichtweise einiger Akteurinnen/Akteure erschwert die Diskussion und Bewertung der strukturellen und konzeptionellen Ausrichtung der einzelnen Institutionen bzw. „Professionen“ sowie der Stadtteilarbeit insgesamt. Bei den Stadtteilgesprächen wird nur in Ansätzen systematisch der Zusammenhang der landespolitischen und kommunalen Förderpraxis in Beziehung zur strategischen Ausrichtung der einzelnen Institutionen sowie der Angebotsstruktur im Stadtteil insgesamt gesehen.

## 6. Handlungsempfehlungen

Dem Handlungsfeld „Schule im Stadtteil“ sollte seitens der Landespolitik eine noch größere Bedeutung für Schulen mit einem hohen Anteil an Kindern und Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien beigemessen werden als bisher. Da sich soziale Benachteiligung kleinräumlich konzentriert, betrifft diese Schwerpunktsetzung Schulen in Gebieten der „Sozialen Stadt NRW“ besonders. Angesichts der äußerst schwierigen Ausgangslage dieser Schulen sind die Anstrengungen zur Verbesserung der Bildungsvoraussetzungen auf der landes- wie auf der kommunalpolitischen Ebene deutlich zu verstärken, um mittel- und langfristige Erfolge zu erzielen. Neben den politischen Entscheidungsträgerinnen/-trägern sind auch die Verwaltungen sowie die Akteurinnen/Akteure aus dem schulischen Kontext und dem Bereich der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe angesprochen, die begonnenen Entwicklungsprozesse fortzusetzen und zu forcieren. Die Politik ist aufgefordert, Vorreiter besonders zu unterstützen.

Eine nachhaltige positive soziale Entwicklung für Kinder und Jugendliche in prekären Lebenslagen bedarf unter anderem der Verbesserung der Bildungsinfrastruktur in den Stadtteilen und einer verstärkten Ansprache von Schulen als zentrale Akteure der Stadtteilentwicklung. Durch eine solche Schwerpunktsetzung können die aktuellen schulpolitischen Entwicklungen – insbesondere die Einführung der Offenen Ganztagsgrundschulen sowie die verpflichtende Sprachförderung – durch die Stadtteilentwicklungsprozesse unterstützt werden. Umgekehrt haben die begonnenen schulpolitischen Entwicklungen Einfluss auf die Stadtteilentwicklung und die Bildungsinfrastruktur und sind bei den Stadtteilprozessen entsprechend zu berücksichtigen. Unter der Maßgabe, die in diesem Zusammenhang relevanten Akteurinnen/Akteure einzubeziehen, sollte neben Schulen und dem Elternhaus der Elementarbereich stärker in Bildungsdebatten einbezogen werden.

### 6.1 Land Nordrhein-Westfalen

- ⇒ Schulen bedürfen bei der Bewältigung der Anforderungen, die sich durch die Lebenslage der Kinder und Jugendlichen ergeben, massiver Unterstützung. Das Handlungsfeld „Schule im Stadtteil“ muss den Rang einer **politischen Querschnittsaufgabe für die Stadt(teil)entwicklung** erhalten. Die politischen Anstrengungen zur Aufwertung des Handlungsfelds sind zu erhöhen.
- ⇒ In Stadtteilen mit gravierenden sozialen Problemlagen ist ein **erhöhter finanzieller und personeller Ressourceneinsatz** erforderlich, um die Bildungsbenachteiligung zu verringern. Eine entsprechende politische Priorität

## 6. Handlungsempfehlungen

---

178

tätensetzung ist unerlässlich.<sup>1</sup> Dem Engagement auf Seiten der Schule müssen ausreichende Ausgleichsleistungen gegenüber stehen (Entlastungsstunden, Prämien usw., die ggf. nach „Belohnungsprinzip“ verteilt werden).

- ⇒ Die **erfolgreichen Projekt- und Arbeitsansätze sind weiterzuführen und auszudehnen**. Dies gilt für den Komplex Sprachförderung ebenso wie die Ganztagsbetreuung im Elementar- und Schulbereich, Elternarbeit/-bildung und die musisch-kulturelle Bildung. Auch in der Gesundheitsförderung und im Bereich Sport/Bewegung liegen ermutigende Erfahrungen vor, die es gilt zu verbreitern und zu optimieren. Da die Entwicklung von belastbaren Kooperationsbeziehungen/-netzwerken sowie die Mitwirkung in Austausch-, Arbeits- und Steuerungsgremien (zusätzliche) Zeit beansprucht, sind auch hierfür entsprechende Ressourcen für Schulen sowie Einrichtungen der Kinderbetreuung zur Verfügung zu stellen.
- ⇒ Dringenden Handlungsbedarf gibt es bei der **Einbindung „fehlender“ Akteure** in die kooperative Stadtteilarbeit (weiterführende Schulen, Sportvereine, Betriebe, Kirchengemeinden und Migrantenorganisationen/ Moscheevereine). Durch die Landespolitik ist die Entwicklung von Strategien zur besseren Beteiligung dieser Akteursgruppen anzuregen. Als Partner sind dabei die Dachorganisationen auf Landesebene, z.B. für die Bereiche Betriebe/Handwerk, Kirche, in die konzeptionellen Überlegungen einzubeziehen.
- ⇒ Auch zukünftig sind **Programmmittel** aus dem federführenden Ministeriums für Stadtentwicklung, Wohnen, Kultur und Sport (MSWKS) und aus korrespondierenden Programmen anderer Ressorts, insbesondere der Ministerien für Schule, Jugend und Kinder des Landes NRW (MSJK) und für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie (MGSFF), für die **Entwicklung und Erprobung innovativer Förderansätze sowie die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung unterschiedlicher Akteursnetzwerke** im Handlungsfeld „Schule im Stadtteil“ einzusetzen. Durch die Finanzierung bildungsbezogener Programme aus verschiedenen Ressorts können die zuständigen Ministerien auch zukünftig die Bedeutung des Handlungsfelds als Querschnittsaufgabe hervorheben und die integrative Arbeitsweise der nachfolgenden Ebenen unterstützen.
- ⇒ In den Bereichen **„Gesundheit und Ernährung“** sowie **„Sport und Bewegung“** liegen einzelne positive Erfahrungen aus umgesetzten Maßnahmen vor. Die Themen Ernährung und Bewegungsförderung (z.B. auch im Bereich Psychomotorik) müssen bereits im Elementarbereich angegangen werden, z.B. wegen des belegten Zusammenhangs von Fehlernährung und Lern-

<sup>1</sup> Siehe hierzu die Forderung nach „Neuer Kompensatorik“, die auf räumlich- und bedarfsorientierte, wirkungsvolle und auf Kooperation basierende Ansätze zur Verbesserung der Bildungserfolge von Kindern und Jugendlichen in Problemregionen zielt: Projekt Ruhr 2003: 116 ff.

## 6. Handlungsempfehlungen

---

179

behinderung. Die Themen sind auch in der Elternarbeit durch geeignete Konzepte aufzugreifen. Entsprechende Entwicklungen sind politisch zu stärken.

- ⇒ Erfolgreiche **Maßnahmen zur Stärkung der Erziehungskompetenz von Eltern in sozial benachteiligten Stadtteilen** sind erforderlich. Diese sollten möglichst kooperativ zwischen Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, Erziehungsberatungsstellen und Einrichtungen der Familienbildung entwickelt und umgesetzt werden.<sup>2</sup> Es sind zugehende Strukturen erforderlich, um die Mitwirkungsbereitschaft und -kompetenz der Erziehungsberechtigten zu erhöhen und ggf. Erziehungs- und Bildungspartnerschaften zu schließen.<sup>3</sup> Entsprechende Ressourcen und Qualifizierungsangebote sowie eine Begleitung der Schulen und anderer Einrichtungen sind erforderlich, weil in sozial benachteiligten Stadtteilen ein höherer Aufwand für die Elternarbeit festzustellen ist. Zu überprüfen sind Finanzierungsmöglichkeiten z.B. über das MGSFF („Familienhilfe“ – Förderung von neuen Konzepten und Ansätzen im Bereich „innovative Projekte“ sowie „Interkulturelle Arbeit und Stützung der Integration – Maßnahmen der Erwachsenen- und Familienbildung“) sowie über das MSJK („Offene Ganztagsgrundschule/Angebote zur Stärkung der Familienerziehung“).
- ⇒ Die **Aktivierung und Beteiligung von Schülerinnen/Schülern und Eltern an der Gestaltung des Schulalltags** sollte verstärkt angeregt werden. Einen Beitrag leisten dabei Angebote und Projekte mit Handlungsorientierung, wie z.B. Schul- oder Nachbarschaftsgärten auf dem Schulgelände oder im Umfeld der Schule. Einen konzeptionellen Anknüpfungspunkt bietet unter integrationspolitischer Zielsetzung auch das Konzept der „Internationalen Gärten“.<sup>4</sup> Zu überprüfen ist, inwieweit Finanzierungsmöglichkeiten über das MUNLV bestehen (Programm „Schulgärten“).
- ⇒ In die Weiterentwicklung einer stadtteilbezogenen und – bezogen auf die beteiligten Akteure und Institutionen – integrativen Bildungspolitik sind **vorhandene landespolitische Initiativen** wie „Schule und Kooperation Jugendhilfe“ des MSJK und die Beratungs- und Fortbildungsangebote anderer

<sup>2</sup> Siehe hierzu beispielhaft: Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung 2004b.

<sup>3</sup> „Der Begriff Erziehungspartnerschaft bezeichnet ein Verhältnis zwischen Kindertageseinrichtung (KiTa) oder Schulen und Elternschaft, in dem beide Teile die Verantwortung für die Förderung des Kindes übernehmen. Das gemeinsame Engagement, der vereinte Blick auf die Entwicklung des Kindes und der regelmäßige Austausch von Eltern und Fachkräften sollen ermöglichen, die Kompetenzen und das Wohl des Kindes am besten zu unterstützen.“ (siehe: Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung 2004a: 1) Dieser Ansatz wird beispielsweise realisiert durch Austausch und Abstimmung des Verhaltens von Eltern und Fachkräften im Bereich der Erziehungsziele/-praktiken plus Erweiterung der Mitbestimmung/-gestaltung durch die Eltern; neue Formen der Elternarbeit. Der Begriff Bildungspartnerschaft fokussiert auf den Aspekt Bildung.

Siehe auch: Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes Nordrhein-Westfalen 2003b

<sup>4</sup> Siehe: Müller 2002; <http://www.internationale-gaerten.de/> [Stand: 30.11.2004]



## 6. Handlungsempfehlungen

---

180

Stellen wie den beiden Landschaftsverbänden Rheinland und Westfalen-Lippe mit dem Schwerpunkt „Schule/Jugendhilfe“ **verstärkt einzubeziehen**.

- ⇒ Im Bereich der **Personalentwicklung** ist Augenmerk auf die Ausbildung, Auswahl (hier insbesondere Förderung bzw. Berücksichtigung von Bewerberinnen/Bewerbern mit Migrationshintergrund), Motivation und Unterstützung der Hauptamtlichen zu legen. Dies gilt für Schulleitungen und Lehrkräfte (Zuständigkeitsbereich des Schulministeriums). Auch für Beschäftigte in Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf ist eine entsprechende Entwicklung zu fördern. Nach sorgfältiger Prüfung der Eignung sind durch Qualifizierungen, Angebote der Supervision usw. die besonderen Anforderungen zu berücksichtigen. Wünschenswert wäre zudem die Einbindung entsprechender Themenbereiche wie „Stadtteilarbeit“ in die Weiterbildung von Lehrkräften.
  
- ⇒ Für eine Intensivierung der Förderung von „Sport und Bewegung“ im schulischen Kontext sind **Qualifizierungsangebote** erforderlich, auch für Erzieherinnen/Erzieher und Lehrerinnen/Lehrer ohne Sport-Diplom, um Bewegungsübungen als Basiselemente in den normalen Unterrichtsalltag stärker einbeziehen zu können. Solche Qualifizierungsangebote könnten z.B. durch die örtlichen Sportvereine und -verbände erbracht werden und böten zudem die Möglichkeit zum Aufbau kooperativer Strukturen zwischen Schulen und Sportvereinen.

### 6.2 Kommunen

- ⇒ Es sollte ein **Diskussionsprozess über Indikatoren zur Bewertung der Bildungsinfrastruktur und von Bildungsergebnissen politisch** in Gang gesetzt werden. Ggf. können bereits einzelne quantitative Daten einen wichtigen Beitrag leisten, um vor allem auch langfristig Veränderungen messbar zu machen (Schulabschlussquoten, Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf, Ergebnisse Schuleingangsuntersuchungen). Auch die Ergebnisse der Sprachstandstests werden perspektivisch wichtige Daten zu Bildungserfolgen liefern. Eine solche Diskussion zielt auf eine verbesserte sozialräumlich differenzierte **Bildungsberichterstattung**. Diese zu entwickeln wird auch neue Herausforderungen an die kommunale Statistik und die Kommunikation zwischen den unterschiedlichen Ämtern/Fachbereichen im Hinblick auf Gebietszuschnitte usw. stellen.

Perspektivisch wünschenswert ist die Implementierung einer (insbesondere kommunalen und stadtteil- bzw. programmgebietsbezogenen) Bildungsplanung, die die Analyse von Bildungsinfrastruktur und -ergebnissen, Zieldebatte, Entwicklung von Evaluationskriterien, Maßnahmenplanung, Umsetzung, Berichterstattung, Wirkungskontrolle umfasst. Eine solche Bildungsplanung würde mit einer stärkeren Sozialraumorientierung der weiteren schulpolitischen Ebenen (Bezirk, Land) einhergehen.

## 6. Handlungsempfehlungen

---

181

- ⇒ Für die **Koordinierungsarbeit auf Stadtteilebene** ist nach den vorliegenden Ergebnissen der Fallstudie ein Stadtteilmanagement unerlässlich. Die Aufnahme eines Stadtteils in das Programm „Soziale Stadt NRW“ stellt eine Weichenstellung für die Kommune dar. Die Fortführung des Stadtteilmanagements ist kommunalpolitisch abzusichern, denn nach dem Auslaufen der Förderung ist diese Funktion nicht zusätzlich und ehrenamtlich durch die Stadtteilakteure leistbar. Sofern eine organisatorische Umstrukturierung und/oder personelle Neubesetzung des Stadtteilmanagements erfolgt, muss dies bereits frühzeitig bekannt gemacht werden, um einen reibungslosen Übergang zu ermöglichen. Die „Schnittstelle“ zwischen Stadtteil und Stadtverwaltung bedarf struktureller und personeller Klarheit, damit vorhandene Förderprogramme und -möglichkeiten auch weiterhin genutzt werden können. Dies gilt auch innerhalb von Programmgebieten für einzelne Teilquartiere.
- ⇒ Auch auf der kommunalpolitischen Ebene ist die **Einbindung bisher „fehlender Akteure“** zu forcieren. Betriebe, Sportvereine, Migrantinnen/Migranten und ihre Organisationen sollten stärker als Partner von Schulen und der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe gewonnen werden. Die Stadtteilmanagements sind bei Ansprache und Koordinierung ggf. zu unterstützen (z.B. Unterstützung bei der Ansprache von Wirtschaftsunternehmen und Betrieben außerhalb des Programmgebiets). Im Bereich der Migrantinnen/Migranten bietet sich beispielsweise der Zugang über Ausländerbeiräte oder Integrationsräte an.<sup>5</sup>
- ⇒ Die **Aufwertung und die Aufrechterhaltung einer bedarfsorientierten sozialen Infrastruktur** für Kinder und Jugendliche in den sozial benachteiligten Stadtteilen sollte auch zukünftig zu den zentralen politischen Zielen für die Stadtteilentwicklung gehören. Die Arbeitsweisen der in die Studie einbezogenen Schulen und Einrichtungen zeigen oftmals einen hohen Grad an Bedarfsorientierung. Diesen Prozess der Sozialraumorientierung gilt es in der Kinder- und Jugendhilfeplanung weiterhin zu unterstützen und zu forcieren.

Regelmäßige Bedarfserhebungen auf kommunaler bzw. Stadtteilebene können die Grundlage für eine entsprechende sozialraumorientierte Kinder- und Jugendhilfeplanung bieten. In der Praxis sind Prozesse zu verstärken, die idealtypisch folgende Schritte umfassen: Erhebung von Bedarfen, Fest-

<sup>5</sup> Aktivierungspotenzial bietet nach Auffassung des MSWKS auch hier der Sportbereich: „Obgleich der Organisationsgrad von Migranten im Vereinssport noch immer unterdurchschnittlich ist, binden Sportorganisationen mehr zugewanderte Menschen als jede andere freiwillige Personenvereinigung in Deutschland.“ vgl. [www.mswks.nrw.de/Sport/themenAngebote/integrationsprojekte/sportUndMigration/](http://www.mswks.nrw.de/Sport/themenAngebote/integrationsprojekte/sportUndMigration/) [Stand: 6.9.04] Entsprechend unterstützt die Landesregierung NRW Aktivitäten des Landessportbundes im Bereich „Sport und Migration“ mit den Zielen: Beteiligung und Integration von Zugewanderten, auch Erhöhung des Anteils von zugewanderten Menschen in sportpolitischen Funktionen, Qualifizierung u.a. durch Fachkonferenzen, Öffentlichkeitsarbeit.



## 6. Handlungsempfehlungen

---

182

legung von (priorisierten) Zielen, Maßnahmenplanung, Auftragsübergabe an Träger sowie Erfolgs- und Wirkungskontrolle (Qualitätsberichte).

- ⇒ Für die **Nachhaltigkeit der Prozesse** in den Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe ist eine sozialraumbezogene Koordinierung und (Fördermittel-)Beratung erforderlich. Mit Projektmitteln erfolgreich aufgebaute Angebote bedürfen langfristig tragfähiger Strukturen. So wie bei baulich-investiven Projekten Kosten für die Instandhaltung einzuplanen sind,<sup>6</sup> so bedürfen auch soziale Projekte einer **nachhaltigen Finanzplanung**. Die Erarbeitung von nachhaltigen Finanzierungsmodellen *erfolgreicher* Förderansätze sind auf allen Ebenen (Politik, Verwaltung, Einrichtungen/Träger) mit größerer Anstrengung als bisher zu leisten. Die auf Landesebene aufgelegten pauschalen Fördertöpfe bieten Anknüpfungspunkte (z.B. Sportpauschale, Schulpauschale, Gemeindefinanzierungsgesetz).<sup>7</sup>
- ⇒ **Menschen mit Migrationshintergrund** sollten – soweit noch nicht erfolgt – **in die hauptamtlichen Strukturen der Stadtteilarbeit** einbezogen werden. Insgesamt sollte die Berücksichtigung von Migrantinnen/Migranten bei der Besetzung von Stellen – gerade auch in Schulen, Kindertageseinrichtungen sowie Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe – ein langfristiges politisches Ziel von Kommunen sein. Konzepte zur „Öffnung der Verwaltung“ für Menschen mit Migrationshintergrund sind dem gemäß von großer Bedeutung und ggf. in Richtung Stadtteilarbeit weiterzuentwickeln.
- ⇒ Vor dem Hintergrund, dass die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, die häufig aus prekären familiären Strukturen kommen, sowie die Ansprache von Eltern (mit und ohne Migrationshintergrund) und Migrant\*innen von **personeller Kontinuität** profitiert, ist möglichst auf langfristige Besetzung entsprechender Stellen zu achten (Vermeidung von kurzfristigen Honorarverträgen usw.).
- ⇒ Da ein Teil der Schulen mit der räumlichen Situation und der Ausstattung der Schulen weniger zufrieden ist, sollte die Kommunalpolitik der (ökologischen) **Sanierung der Schulgebäude und -flächen** unter pädagogischen Gesichtspunkten weiterhin große Beachtung schenken. Dabei sind vor allem Modelle zu entwickeln, die im Sinne der „Sozialen Stadt NRW“ zur Bünde-

<sup>6</sup> Die kommunalen Schulträger zeigen sich teilweise nicht bereit, die Instandhaltung von mit Landesmitteln geförderten Schulhöfen zu übernehmen. Vorausschauende Regelungen sind teilweise unterblieben. Über das Instrument „Schulpauschale“ hat sich seit 2002 der kommunale Gestaltungsspielraum erweitert, da über den Einsatz der Landesmittel für Bau, Unterhalt und Ausstattung frei entschieden werden kann. Früher standen keine Landesmittel für Unterhalt und Instandhaltung zur Verfügung.

<sup>7</sup> Als positives Beispiel kann die Finanzierung der Sprachförderung angeführt werden: Zu Beginn wurden die ersten Maßnahmen mit Landesmitteln in den Programmgebieten der „Sozialen Stadt“ entwickelt und erprobt. Die Sprachförderung wurde aufgrund ihres Erfolgs auf die jeweilige Gesamtstadt ausgedehnt und im kommunalen Haushalt verankert. Diese kommunalen Mittel werden wiederum nach für die „Soziale-Stadt“-Gebiete mit Landesmitteln aufgestockt.

## 6. Handlungsempfehlungen

---

lung von Ressourcen beitragen (z.B. Contracting-Modelle bei energetischen Modernisierungen).

### 6.3 Stadtteile

- ⇒ Eine besondere Herausforderung wird darin gesehen, **bisher weniger aktive Schulen mit Kindern/Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien in entsprechende Entwicklungsprozesse einzubeziehen**. Für das jeweilige Stadtteilmanagement sollte die Einbindung von Schulen als Stadtteilakteur hohe Priorität haben. Die Ansprache von Schulen in den Programmgebieten der „Sozialen Stadt NRW“ sollte – sofern noch nicht geschehen – intensiviert werden, um hier zielgerichtet Anknüpfungspunkte anzubieten. Es empfiehlt sich, seitens der Stadtteilmanagements mit konkreten Projektangeboten und ggf. mit Vorschlägen für mögliche Kooperationspartner auf die Schulen zuzugehen.
- ⇒ Innovative Konzepte sind vor allem für die Kooperationen von weiterführenden Schulen, deren Schülerinnen/Schüler aus unterschiedlichen Stadtteilen kommen, mit der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe sowie sonstigen Partnern (Beratungsstellen, Betrieben, Vereinen usw.) erforderlich. Angebote müssen sich dabei nicht zwangsläufig auf den Schulstandort konzentrieren. **Öffnungsstrategien von Schulen können in räumlicher Perspektive die Einbeziehung verschiedener Lernorte** beinhalten (z.B. Sportvereine in unterschiedlichen Stadtteilen mit unterschiedlicher Schülerschaft und unterschiedlichen Angeboten).
- ⇒ Die **Steuerungsstrukturen für einzelne Maßnahmebereiche** sind durch die Stadtteilmanagements so zu optimieren, dass vorhandene Programme und Initiativen auch effektiv zur Anwendung kommen. Es ist der Eindruck entstanden, dass vorhandene Fördermöglichkeiten z.B. in den Bereichen Sport und Bewegung noch keine effektive Wirkung entfaltet haben.
- ⇒ Um das **Thema „Bildung“ in den „Soziale-Stadt“-Stadtteilen zu verstärken**, bieten sich verschiedene Veranstaltungsformen an, bei denen sich Expertinnen/Experten sowie die Bewohnerinnen/Bewohner mit Bildungsthemen befassen können. Bildungskonferenzen, an denen unbedingt auch der Elementarbereich zu beteiligen ist, bieten z.B. die Möglichkeit zur Bestandsaufnahme und Bewertung der Bildungsinfrastruktur im Stadtteil und zur Verabredung von stadtteilbezogenen Initiativen. Die Veranstaltungsform **„Lernfest“** fördert die Entwicklung eines breiteren Bewusstsein für die Relevanz von Bildung unter den Bewohnerinnen/Bewohnern eines Stadtteils. Über die Einbindung von Migrantinnen/Migranten bei der Vorbereitung und Durchführung solcher Veranstaltungen können möglicherweise neue Zugangswege in der Informationsarbeit für diese Zielgruppe erschlossen werden.



## 6. Handlungsempfehlungen

---

184

- ⇒ Mit Blick auf einen **verbesserten Informationsfluss im Programmgebiet** haben sich auf dieser Ebene zielgruppenorientierte Austauschgremien als effektiv bewährt. Es sollten bereits in der Förderphase Modelle der Fortführung zumindest der Austauschgremien im Handlungsfeld „Schule im Stadtteil/Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe“ entwickelt werden.
- ⇒ Kooperationen und gemeinsame Projekte können durch einen im jeweiligen Stadtteil zu entwickelnden **Grundsatzkanon** auf eine stabilere Basis gestellt werden, in dem bestimmte **Verbindlichkeiten** vereinbart werden. Denkbar ist, dass für die unterschiedlichen Projektphasen in einer Art „Checkliste“ für die beteiligten Partner Arbeitsschritte, aber auch Fallstricke aufgearbeitet und Handlungsansätze vorgeschlagen werden. So kann ein professionelles und reflektiertes Vorgehen im Stadtteil implementiert werden. Integriert werden kann in solche Prozesse ggf. die Reflexion oder Selbstevaluation von bisher weniger gelungenen Kooperationen.
- ⇒ Es wird die **Stärkung der „Netzwerkcompetenzen“ auf Seiten des Stadtteilmanagements** empfohlen. Die Schaffung von ausgewogenen „vertrauten“ Netzwerken bei gleichzeitig wiederholter Ansprache von bisher wenig aktiven Akteursgruppen/Institutionen stellt hohe Anforderungen an die „neutrale“ Position des Stadtteilmanagements, da diese von den in Netzwerken etablierten Institutionen als „unliebsame Konkurrenten“ um Fördermittel oder als „Nutznießer“ ohne erbrachte Vorleistungen angesehen werden können. Netzwerkcompetenzen werden auch benötigt, um Akteursgruppen wie Migrantinnen/Migranten, Sportvereine mit ihren jeweiligen Handlungslogiken usw. besser einzubinden. Die Reflexion und Bewertung entsprechender Entwicklungen z.B. durch prozessbegleitende Evaluationen oder auch die Implementierung von selbstevaluativen Verfahren sind mögliche Wege zur Qualitätsentwicklung des Stadtteil- und Netzwerksmanagements.
- ⇒ Als ein Aspekt der Etablierung eines ausgewogenen Akteursnetzwerks im Stadtteil sollte die **Einbindung Ehrenamtlicher** professionalisiert werden. Auf Stadtebene sollten Hauptamtliche für diese Aufgabe qualifiziert werden (unter Einbeziehung der Kompetenzen vorhandener Einrichtungen wie Freiwilligenagenturen), die wiederum für die Gewinnung (die erkannter Maße in sog. sozialen Brennpunkten eine besondere Herausforderung darstellt) und eine ausreichende Vorbereitung auf die jeweiligen Aufgaben und Begleitung der Ehrenamtlichen Sorge tragen können. Eine interessante Ausrichtung der Beteiligung von Ehrenamtlichen liegt dabei in generationenübergreifenden Projekten, die vor allem für Kinder und Jugendliche bzw. die Erziehungsberechtigten in prekären Familiensituationen eine positive Ergänzung als Bezugspersonen darstellen kann.

### 6.4 Städtenetz Soziale Stadt NRW

- ⇒ Die Formulierung von Zielen und die Planung von Maßnahmen auf den Ebenen Stadtteil, Kommune und Land müsste im Handlungsfeld „Schule im Stadtteil“ zuweilen konsequenter als **strategisches Gemeinschaftsprojekt** der genannten Ebenen erfolgen und kommuniziert werden. Durch größtmögliche „Kompatibilität“ lassen sich Reibungsverluste minimieren. Das *Städtenetz Soziale Stadt NRW* ist für die Moderation dieses Dialogs prädestiniert.
- ⇒ Der **Steuerung des Handlungsfelds „Schule im Stadtteil“ über das Stadtteilmanagement** kommt eine entscheidende Bedeutung zu. Die Stadtteilkoordinierungen in allen Programmgebieten der „Sozialen Stadt NRW“ sind in ihrer Rolle für dieses Handlungsfeld zu stärken, z.B. über zeitlich befristete Schwerpunktsetzung mit Informations- und Qualifizierungsangeboten für Stadtteilmanagements und Institutionen, Hinzuziehung von Beratungskompetenzen z.B. der Landschaftsverbände.
- ⇒ Aufgrund der vorhandenen Unsicherheiten und Defizite in der **Aktivierung und Beteiligung von Migrantinnen/Migranten auf Stadtteilebene** ist die Durchführung von Veranstaltungen und Fortbildungen zur Informationsbeschaffung und zum Erfahrungsaustausch angezeigt.
- ⇒ Eine weitere Aufgabe des *Städtenetz Soziale Stadt NRW* liegt in der Unterstützung der Stadtteilmanagements bei der **Analyse und Weiterentwicklung der Netzwerkstrukturen**, z.B. durch Angebote der Selbstevaluation und (wissenschaftlichen) Beratung.



## **7. Anhang**

### **7.1 Literatur**

### **7.2 Methodik**

### **7.3 Glossar der Förderprogramme im Kontext „Soziale Stadt NRW“**

### **7.4 Tabellenverzeichnis**

### **7.5 Abbildungsverzeichnis**





## 7. Anhang

### 7.1 Literatur

Das Aktionsbündnis Gesundheit im Oberhausener Knappenviertel (2003). In: Soziale Stadt Info 11. Schwerpunkt. Gesundheitsförderung. Newsletter zum Bund-Länder-Programm Soziale Stadt. März 2003. S. 20-21.

Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration (Hg.) (2004): Bildungsbenachteiligung: Welche Statistik brauchen wir? AKI-Newsletter Ausgabe 03, Juli 2004. S. 1-2.

Baumert, Jürgen; Artelt, Cordula; Klieme, Eckhard u.a. (Hg.) (2001): PISA 2000: Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich. Opladen.

Berufsförderungszentrum Essen (Hg.) (o.J.): Essener Konsens. Eine Stadt entwickelt Arbeitsmarktidien. Essen.

Bildung auf einen Blick – OECD-Indikatoren 2004. Online im Internet: URL: <http://www.oecd.org/document>

Bohnsack, Ralf (2003): Gruppendiskussion. In: Uwe Flick, Ernst von Kardorff, Ines Steinke (Hg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg. S. 369-384.

Bos, Wilfried; Lankes, Eva-Maria; Prenzel, Manfred; Schwippert, Knut; Valtin, Renate; Walther, Gerd (2003): Schülerleistungen am Ende der vierten Jahrgangsstufe im internationalen Vergleich. Münster, New York, München, Berlin.

Bossong, Horst (2003): Hilfe „just in time“. Vernetzung sozialer Dienstleistungen. In: Neue Praxis. Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik 5/2003. S. 466-485.

Bruhns, Kirsten; Mack, Wolfgang (Hg.) (2001): Aufwachsen und Lernen in der Sozialen Stadt. Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebensräumen. Opladen.

Bündnis für Familie (Hg.): Familienfreundliche Schule. Nürnberg 2004.

Bürgerverein Lebendiges Hochfeld e.V. (Hg.) (2003): Was ist los in Hochfeld? Info-Broschüre rund um Hochfeld. Duisburg.

Citogroep (o.J.): Darstellung des aktuellen Standes und der Ergebnisse des Cito Sprachtests (Folienvortrag).

Deutsches Institut für Urbanistik im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (Hg.) (2003): Strategien für die Soziale Stadt. Erfahrungen und Perspektiven – Umsetzung des Bund-Länder-Programms „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“. Berlin.

Deutsches Institut für Urbanistik (Hg.) (2003b): Soziale Stadt Info 12. Schwerpunkt: Schule und Bildung im Stadtteil. Newsletter zum Bund-Länder-Programm Soziale Stadt. Mai 2003. S. 2-8.

Diekmann, Andreas (1995): Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. 2. Auflage. Reinbek bei Hamburg.

- Dillman, Don A. (1978): Mail and Telephone Surveys - The Total Design Method. New York, Chichester, Brisbane, Toronto, Singapore.
- Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH (Hg.) (2003): Geschäftsbericht 2002.
- Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH (Hg.) (2002): Geschäftsbericht 2001.
- Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH (Hg.) (2001): Geschäftsbericht 1999 – 2000.
- Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH (Hg.) (o.J.): Integriertes Handlungsprogramm für die Stadtteilerneuerung Duisburg-Hochfeld.
- Evangelische Gesamtschule Gelsenkirchen-Bismarck (2000): EGG - Ev. Gesamtschule Gelsenkirchen-Bismarck. Zur Einweihung der Evangelischen Gesamtschule in Gelsenkirchen-Bismarck.
- Flick, Uwe (2003) Triangulation in der qualitativen Forschung. In: Uwe Flick, Ernst von Kardorff, Ines Steinke (Hg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg. S. 309-318.
- Flick, Uwe (2002): Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. Reinbek bei Hamburg.
- GdW Bundesverband deutscher Wohnungsunternehmen e.V., u.a. (Hg.) (2002): Preis Soziale Stadt 2002. Dokumentation des Wettbewerbs. Preisträger, Anerkennungen, Projekte der engeren Wahl, Teilnehmer. Berlin.
- Gericke, Thomas; Lex, Tilly; Schreiber-Kittl, Maria; Schröpfer, Haike (o.J.): Fördern und Fordern. Jugendliche in Modellprojekten der Sozialarbeit. Ergebnisse aus der wissenschaftlichen Begleitung und dem Monitoring des Modellprogramms „Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit 1998-2001“. (o. Ort)
- Härle, Jörg (2004): Personen mit „Migrationshintergrund“ – ein neuer Begriff und seine Operationalisierung. In: Stadtforschung und Statistik 1/04. S. 16-18.
- Häußermann (2001): Aufwachsen im Ghetto – Folgen sozialräumlicher Differenzierung in den Städten. In: Bruhns, Kirsten; Mack, Wolfgang (Hg.) (2001): Aufwachsen und Lernen in der Sozialen Stadt. Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebensräumen. Opladen. S. 37-51.
- Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung (**ies**) (Hg.) (2004a): Erziehungspartnerschaft - Bildungspartnerschaft. Netzwerk für örtliche und regionale Familienpolitik. Netzwerk-Rundbrief Juli 2004. Hannover.
- Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung (**ies**) (Hg.) (2004b): Familienbildung vor Ort – Bildungsarbeit in Netzwerken. Dokumentation des Fachgesprächs am 6. Februar 2004 in Neumünster. Hannover.
- Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung (**ies**) (Hg.) (2002): Migration und Familie in der Kommune. Netzwerk für örtliche und regionale Familienpolitik. Netzwerk-Rundbrief September 2002. Hannover.
- Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen (2003a) (Hg.): Ziele und Indikatoren in der integrierten Stadtteilerneuerung. Dokumentation des Workshops am 15.06.2002 in Dortmund. Dortmund.

- Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen des Landes Nordrhein-Westfalen (2003b): Handbuch. Zielentwicklung und Selbstevaluation in der Sozialen Stadt NRW (= ILS-Schriften 194). Dortmund.
- Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (2002a): Analyse sozial-integrativer stadtteilbezogener Projekte. Eine exemplarische Untersuchung am Beispiel Gelsenkirchen Bismarck/Schalke-Nord. Dortmund.
- Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (2002b): Integrierte Stadtentwicklung auf dem Weg zur Verstetigung Gelsenkirchen Bismarck/ Schalke-Nord. Dortmund.
- Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (2001): Analyse der Umsetzung des integrierten Handlungsprogramms für Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf. Dortmund.
- Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (1997): Handlungskonzept Gelsenkirchen-Bismarck/Schalke-Nord. Materialien. Dortmund.
- Institut für Sozialplanung und Organisationsentwicklung (1999): Interkulturelle Kindertagesstätte Schalthaus Beisen. Einrichtung in Trägerschaft der AWO Kita GmbH, Essen. Begleitung – Beobachtung – Analysen. Endbericht. Essen.
- Kardorff, Ernst von (2003): Qualitative Evaluationsforschung. In: Uwe Flick, Ernst von Kardorff, Ines Steinke (Hg.): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg. S. 238-250.
- Konzept des Kinder- und Jugendtreff „ParkHaus“ (2002). Autoren: Stephan Kutsch, Tom Blümer, Robert May. Oberhausen.
- Kromrey, Helmut (2001): Evaluation – ein vielschichtiges Konzept. Begriff und Methodik von Evaluierung und Evaluationsforschung. Empfehlungen für die Praxis. In: Sozialwissenschaften und Berufspraxis. 24. Jg. Heft 2, 2001. S. 105-131.
- Kromrey, Helmut (1995): Evaluation. Empirische Konzepte zur Bewertung von Handlungsprogrammen und die Schwierigkeiten ihrer Realisierung. In: Zeitschrift für Sozialisationsforschung und Erziehungssoziologie (ZSE). 15 Jg. Heft 4, 1995. S. 313-336.
- Landesinstitut für Schule und Weiterbildung (2000): Wege zu einer Erziehungspartnerschaft. Soest.
- Landesinstitut für Schule und Weiterbildung (1998): GÖS als Hilfe zur Schulentwicklung. Gestaltung des Schullebens und Öffnung von Schule: Beispiele aus der Schulpraxis. Bönen.
- Landesinstitut für Schule und Weiterbildung (1997): Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe, Schuljugendarbeit. Bönen.
- Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.) (1998): Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf. Ressortübergreifendes Handlungsprogramm der Landesregierung Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf.

- Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes Nordrhein-Westfalen (2003a): Bildungsvereinbarung NRW. Fundament stärken und erfolgreich starten. Düsseldorf.
- Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes Nordrhein-Westfalen (2003b): Erziehung stärken. Beispiele und Erfahrungen aus der Schule. Düsseldorf.
- Ministerium für Schule, Jugend und Kinder des Landes Nordrhein-Westfalen (o.J.): Erfolgreich starten! Schulfähigkeitsprofil als Brücke zwischen Kindergarten und Schule. Eine Handreichung. Düsseldorf.
- Ministerium für Städtebau und Wohnen, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.) (o.J.): Politische Kultur in der Sozialen Stadt. Eine vergleichende Studie aus Nordrhein-Westfalen. Endbericht PROBiS (Projekt Beteiligung in Stadtteilen mit Problempotenzial). VÖ-Nummer SB 157. Düsseldorf.
- Müller, Christa (2002): Wurzeln schlagen in der Fremde. Die internationalen Gärten und ihre Bedeutung für Integrationsprozesse. München.
- Nauthe, Anne; van Schwamen, Heiner (2000): Kooperation von Schulen und Kommune. Ein Modellversuch zur Schul- und Stadtteilentwicklung in Ratingen West. Dortmund. (=Beiträge zur Bildungsforschung und Schulentwicklung; 13)
- Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen (Hg.) (o.J.): Statistikatlas 2003. Gelsenkirchen.
- Olejniczak, Claudia; Schaarschmidt, Maike; Blume, Elke (2004): Chancen und Herausforderungen einer generationenübergreifenden Praxis im Umweltbereich. *ies*-Bericht 106.04.
- Olejniczak, Claudia; Schaarschmidt; Tittel, Karen (2002): Modellprojekt Interkulturelle Nachbarschaften. Eine quantitative und qualitative Bestandsanalyse. *ies*-Bericht 106.02. Hannover.
- Pater, Elisabeth (o.J.): Sprachstanderhebung für die Kinder des Einschulungsjahrgangs 2004 in Duisburg – Weiterentwicklung und Anwendung des zweisprachigen Cito-Tests.
- Porst, Rolf (2001): Wie man die Rücklaufquote bei postalischen Befragungen erhöht. ZUMA How-to-Reihe Nr. 09. Mannheim.
- Das Projekt Knappenviertel – eine gemeinsame Aufgabe. Leitbildung und Zielentwicklung für einen Oberhausener Stadtteil (1998). Workshop am 25. April 1998.
- Projekt Ruhr (2003): Bildungsbeteiligung im Ruhrgebiet. Auf der Suche nach einer „neuen Kompensatorik“. Essen.
- Richter, Ingo (2001): Die achte Todsünde der Bildungspolitik – Die Vernachlässigung sozialer Brennpunkte. In: Bruhns, Kirsten; Mack, Wolfgang (Hg.) (2001): Aufwachsen und Lernen in der Sozialen Stadt. Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebensräumen. Opladen. S. 53-72.
- Rucksack-Projekt: Ein Konzept zur Sprachförderung und Elternbildung im Elementarbereich. Online im Internet: URL: <http://www.raa.de/RUCKSACK/rucksa01.html> [Stand: 09.11.2004]

## 7. Anhang

---

193

- Schirp, Heinz (1996): Gestaltung und Öffnung von Schule. Ein pädagogischer Ansatz zur Weiterentwicklung von Unterricht und Schulqualität. Soest.
- Schnell, Rainer; Hill, Paul B.; Esser, Elke (1995): Methoden der empirischen Sozialforschung. 5. Auflage. München, Wien.
- Simon, Titus (2004): Kommunale Netzwerke. Voraussetzungen zur Förderung der Entwicklungschancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten. In: Neue Praxis. Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik 2/2004. S. 196-203
- Sportjugend NRW im LandesSportBund Nordrhein-Westfalen e.V. (Hg.) (2001): Bewegung, Spiel und Sport mit Mädchen und Jungen in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. Der Abschlussbericht.
- Stadt Duisburg, die Oberbürgermeisterin - Jugendamt (Hg.) (o.J.): Die Kunst dich zu einigen. Eine Streitschlichterkultur für Duisburg-Hochfeld. Duisburg.
- Stadt Essen (2002): Experten Workshop Herbartschule. 9. April 2002 und Empfehlungen für die nächsten Schritte. Essen.
- Stadt Essen – RAA/Büro für interkulturelle Arbeit (2000) Evaluation und Prozessdokumentation des Bausteins 2 „Sprachförderung im Elementarbereich“ und des Bausteins 1 „Elternbildung / sogenanntes Stadtteilmütterprojekt“ des ganzheitlichen Gesamtprojektes „Interkulturelle Sprachförderung im Stadtteilnetzwerk Kita – Eltern – Schule“ Essen
- Stadt Essen, Amt für Entwicklungsplanung, Statistik, Stadtforschung und Wahlen (1999): Essen-Katernberg. Ein Stadtteil macht sich auf den Weg. Stand der Projekte 1999 (= Informationen und Berichte zur Stadtentwicklung Nr. 101). Essen.
- Stadt Essen, Amt für Entwicklungsplanung, Statistik, Stadtforschung und Wahlen (1997a): Essen-Katernberg. Ein Stadtteil macht sich auf den Weg. Stand der Projekte 1997 (= Informationen und Berichte zur Stadtentwicklung Nr. 95) Essen.
- Stadt Essen, Amt für Entwicklungsplanung, Statistik, Stadtforschung und Wahlen (1997b): Katernberg – Schulhofprogramm. Essen.
- Stadt Essen, Amt für Entwicklungsplanung, Statistik, Stadtforschung und Wahlen; Institut für Stadtteilbezogene Soziale Arbeit und Beratung (ISSAB) der Universität/Gesamthochschule Essen (1997c): Ansätze integrierter Kommunalpolitik (= Informationen und Berichte zur Stadtentwicklung Nr. 90). Essen.
- Stadt Essen, Amt für Entwicklungsplanung, Statistik, Stadtforschung und Wahlen (1995): Integratives Entwicklungskonzept für Essen-Katernberg, einen Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf (= Informationen und Berichte zur Stadtentwicklung Nr. 84). Essen.
- Stadt Essen, Amt für Entwicklungsplanung, Statistik, Stadtforschung und Wahlen (1994): Der Stadtbezirk VI – Eine Beschreibung der Situation aus der Sicht der Statistik. Essen.
- Stadt Gelsenkirchen (o.J.): Sprachförderung als Chance, interkulturelle Erziehung. Gelsenkirchen – Bismarck und Schalke-Nord: Ein Konzept macht „Schule“. Gelsenkirchen.



- Stadt Gelsenkirchen, Der Oberbürgermeister (o.J.): Förderung junger Menschen in außerschulischen und schulischen Lebenssituationen. Gelsenkirchener Fachtagung. Dokumentation. Gelsenkirchen.
- Stadt Gelsenkirchen, Stadtteilbüro Bismarck/Schalke-Nord (Hg.) (o.J.): Gemeinsam für Bismarck und Schalke-Nord. Auf dem Weg zu einer integrierten Stadtentwicklung: Projekte des Stadtteilprogramms Gelsenkirchen Bismarck/Schalke-Nord. Gelsenkirchen.
- Stadt Gelsenkirchen, Fachbereich Kinder, Jugend und Familie (2003): Neue Wege Im Ortsteil - Im Ortsteil Neue Wege. Jugendhilfe und Schule. Programmgebiet Bismarck/Schalke-Nord.
- Stadt Gelsenkirchen, Stadtteilbüro Gelsenkirchen Bismarck/Schalke-Nord (2001): Neue Spielräume erobern, Arbeitslose qualifizieren, Soziale Prozesse im Stadtteil anstoßen. Das Schulhofprogramm Gelsenkirchen Bismarck/Schalke-Nord. Dokumentation. Gelsenkirchen.
- Stadt Oberhausen (o.J.): Soziale Lage und Gesundheit von Kindern im Knappenviertel. Ansätze zu einer kleinräumigen Gesundheitsförderung.
- Stadt Oberhausen (2002a): Angebote für Kinder und Jugendliche im Knappenviertel. Oberhausen.
- Stadt Oberhausen (2002b): Stadtteilprojekt Knappenviertel. Anwohnerbefragung 2001. Oberhausen
- Stadt Oberhausen (2001): Stadtteilprojekt Knappenviertel: Projektbericht. Duisburg.
- Stadtteilbüro „Knappenviertel“: Soziale Projekte im Knappenviertel – Vernetzung im Stadtteil (2002). Oberhausen.
- Stappert, Dorothea; Leßmann, Marianne: Aktionsbündnis Gesundheit. Kooperativ Gesundheitsförderung in einem benachteiligten Stadtquartier. In: Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtteilentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen (MASSKS) (Hg.): Quergedacht – Selbstgemacht. Integrierte Handlungsansätze in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. Dokumentation zur Veranstaltung am 21. Oktober 1999. S. 40-43.
- Strohmeier Klaus Peter (2001): Sozialraumanalyse Gelsenkirchen. Stadträumliche Differenzierungen von Lebenslagen und Lebensformen der Bevölkerung, Armut und politische Partizipation. Materialien und Analysen zur Begründung der Auswahl eines Stadtteils mit besonderem Erneuerungsbedarf. Abschlussbericht unter Mitarbeit von Prey, Gisela und Heidbrink, Ingo. Bochum.
- Verein Ausländischer Kinder und Mütter e.V. (1998): „Kemal, Kau!“ Ein Arbeitsbericht von Sigrid Lesemann. Gelsenkirchen.
- Winkel, Rainer u.a. (Hg.) (2000): Ev. Gesamtschule Gelsenkirchen. PÄD Forum. Soziale Probleme - Pädagogische Reformen - Alternative Entwürfe. April 2000. 28./13. Jahrgang 2000. (Zeitschriftenausgabe mit verschiedenen Artikeln zur EGG)
- Zimmer-Hegmann, Ralf (2002): Evaluation integrierter Stadtteilerneuerungsansätze. In: Forum Wohneigentum 3 (2002). Bonn. S. 84-88.

### 7.2 Methodik

Der folgende Anhang enthält eine detaillierte Ausführung zum zugrunde liegenden Forschungsverständnis sowie die Beschreibung der Entwicklung, Durchführung, Auswertung und Bewertung der einzelnen empirischen Bausteine der Fallstudie – ohne auf inhaltliche Ergebnisse einzugehen.

#### 7.2.1 Forschungsverständnis

Die Fallstudie „Schule im Stadtteil“ basiert auf dem Verständnis, wonach **soziale Wirklichkeit** verstanden wird „als Ergebnis kommunikativ und interaktiv ausgehandelter Strukturen, die sich in Deutungsmustern, Diskursen, sozialen Repräsentationen und Handlungsmustern niederschlagen. Der reflexive und prozessuale Charakter der Wirklichkeit wird in der qualitativen Evaluationsforschung aus der Sicht der unterschiedlichen Rollen und Positionen der Beteiligten nachgezeichnet.“ (Kardorff 2003: 244 f.) Für diese Auftragsevaluation, mit festgelegten Ressourcen und Zeitrahmen, spielten nicht nur unterschiedliche Ziele, Wahrnehmungen und Deutungsmuster der beteiligten Vertreterinnen/Vertreter aus Schulen, Einrichtungen und der sonstigen Akteure eine Rolle, sondern auch ein Geflecht von **Interessen** dieser Beteiligten. Diese als Teil der Feldsituation wahrzunehmen und zu analysieren war eine Aufgabe der wissenschaftlichen Begleitung. „Insgesamt bleibt jede Evaluierung ein Balanceakt zwischen Innen- und Außensicht, der desto erfolgversprechender verläuft, je intensiver der Erfahrungsaustausch und die Rückkopplung zwischen den Programmbeteiligten ausgestaltet sind.“ (Deutsches Institut für Urbanistik im Auftrag des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen 2003a: 212)

Die Beteiligten wurden als Expertinnen/Experten ihrer fachlichen Bereiche in den wissenschaftlichen Erhebungs- und Auswertungsprozess einbezogen. Dies betrifft z.B. die Teilnehmenden der Steuerungsgruppe, die Ansprechpersonen der Programmgebiete wie auch die befragten Personen aus Schulen, Einrichtungen sowie die sonstigen Akteure in den vier Programmgebieten. Die Vorgabe der **Beteiligungs- und Kommunikationsorientierung** wurde im Konzept der Untersuchung im Rahmen der Informations- und Datenerhebung sowie der Erörterung der Ergebnisse und Handlungsempfehlungen (Rückkopplungsphase) umgesetzt. Die wissenschaftliche Begleitung übernahm in diesem Zusammenhang eine Daten/Informationen sammelnde, den Austausch moderierende und hinsichtlich des Themenfelds und Akteursnetzwerks neutrale Funktion (vgl. Kardorff 2003: 244).

Im gesamten Prozess wurde den Handelnden auf Programmgebietsebene – also dem von den Ergebnissen der Untersuchung insgesamt betroffenen Personenkreis – mit **Transparenz und Offenheit** begegnet. Die Akteure der Wirkungsanalyse wurden klar über den Untersuchungsauftrag, Möglichkeiten und Grenzen ihrer Mitwirkung sowie Ergebnisse informiert, um unterschwellige Bedenken und ggf. misstrauische Haltungen zu vermeiden.

Die methodische und inhaltliche Ausgestaltung der Untersuchung wurde (in Abstimmung mit der begleitenden Steuerungsgruppe) schrittweise konkretisiert und in Anlehnung an Zwischenergebnisse und an aktuelle Entwicklungen in den Programmgebieten angepasst. Die **Prozessorientierung** ermöglichte eine angemessene Schwerpunktsetzung und damit eine Vertiefung des Wissens über und der Analyse von „Schule im Stadtteil“.

Wissensvermehrung war auch der Hintergrund für die Realisierung der Untersuchung unter dem Stichwort **Triangulation**, also der Betrachtung des zu untersuchenden Gegenstands aus unterschiedlichen Perspektiven. Diese Vorgabe wurde im Rahmen der Fallstudie eingelöst durch (vgl. Flick 2003: 310 ff.):

- die Nutzung mehrerer Methoden bzw. Erhebungsformen und damit die Erhebung verschiedener Datenquellen (Interviewprotokolle, Projektberichte, amtliche Statistiken usw.) unter Beteiligung unterschiedlicher Akteursgruppen wie Schulen, Einrichtungen, sonstige Akteure und weitere Expertinnen/Experten (Between-Method- und Daten-Triangulation);
- die Einbeziehung mehrerer Interpretationen z.B. durch Akteure vor Ort, Ansprechpersonen aus den Programmgebieten, Teilnehmende der Steuerungsgruppe sowie „Über-Kreuz-Interpretationen“ der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen (Investigator-Triangulation).

### 7.2.2 Methodisches Vorgehen

Folgende Bearbeitungsschritte wurden in Absprache mit der Steuerungsgruppe und unter Berücksichtigung der jeweiligen Schwerpunktsetzung in den beteiligten Programmgebieten im Einzelnen durchgeführt:

- Ermittlung der zentralen **Themenfelder** der Evaluation und
- Formulierung der **Zielebenen** durch Rekonstruktion von Haupt- und Unterzielen in den Themenfeldern in den vier Programmgebieten (induktive Vorgehensweise), da umfassende Zielformulierungen auf Landes- und Programmgebietesebene fehlen (dazu: Analyse von Konzeptionen, Handlungsprogrammen und Projektberichten bzw. -auswertungen, Interviews mit den Stadtteilkoordinatorinnen/-koordinatoren, Austausch mit der Steuerungsgruppe),
- **Operationalisierungen** dieser Ziele und Zuordnung von möglichen Erhebungsformen, (qualitativen und quantitativen) Bewertungskriterien und Datenquellen (siehe 2.2 Analyserahmen),
- **Erhebung** der festgelegten Kriterien mit
  - Entwicklung der eingesetzten Erhebungsinstrumente,
  - Durchführung der Erhebung von Schul- und Stadtteilperspektiven durch Interviews mit Schulleitungen, Gruppeninterviews mit Vertreterinnen/Vertretern aus Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe und die schriftliche Befragung,
- Auswertung der Erhebungsphase, Vorbereitung und Durchführung der **Rückkopplungsphase** mit

- Diskussion der Ergebnisse, Erhebung von Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen im Rahmen von Gruppeninterviews bzw. -diskussionen,
- Auswertung und Erörterung der **Gesamtergebnisse** mit der Steuerungsgruppe und mit Stadtteilmanagerinnen/-managern des *Städtenetz Soziale Stadt NRW* sowie anschließender Berichtslegung.

Das beschriebene Untersuchungsverständnis, die entsprechende Konzeption und Umsetzung der Fallstudie bildet die Grundlage für **Ergebnisqualitäten** auf unterschiedlichen Ebenen und in unterschiedlicher Ausprägung.

### 7.2.3 Begleitung der Fallstudie durch Expertinnen und Experten

#### Begleitung durch die Steuerungsgruppe

Um die Konkretisierung der Fallstudie zu erörtern, wurden Arbeitsgespräche zur Projektsteuerung in das Konzept der Studie integriert. Ziel der Sitzungen der Steuerungsgruppe waren

- die Diskussion der inhaltlichen Ausrichtung,
- die Erörterung der von der wissenschaftlichen Begleitung jeweils vorgestellten Zwischenergebnisse sowie
- die Festlegung der einzelnen empirischen Bausteine.

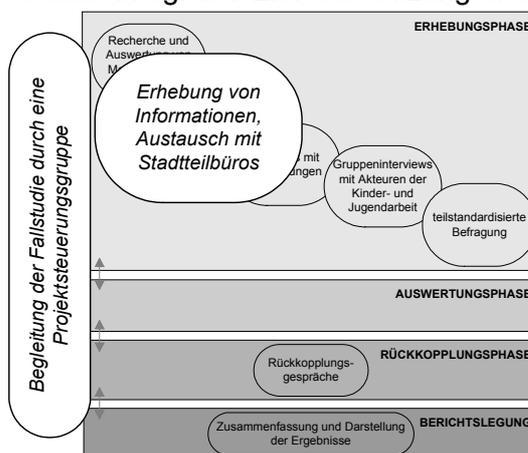
Die Steuerungsgruppe war besetzt mit Vertreterinnen/Vertretern des

Auftraggebers *Städtenetz Soziale Stadt NRW*, des *MSWKS* sowie des *MSJK* des Landes NRW, des *Instituts für Landes- und Stadtentwicklungsforschung und Bauwesen* (ILS NRW) und den Ansprechpersonen aus den vier Programmgebieten. Drei Arbeitsgespräche des Gremiums waren zu Beginn der Untersuchung geplant, letztlich haben fünf Sitzungen der Beratung und Begleitung statt gefunden:

1. Auftaktgespräch,
2. Erörterung der Zwischenergebnisse aus den qualitativen Befragungen in der Erhebungsphase,
3. Vorstellung und Diskussion der Ergebnisse der schriftlichen Befragung,
4. Erörterung der zentralen Ergebnisse und Handlungsempfehlungen der Studie insgesamt,
5. Beratung des Endberichtsentswurf.

Außerdem fand ein Treffen zur Vorbereitung der schriftlichen Befragung unter Beteiligung der Programmgebiete, des ILS und des *ies* statt.

Die relativ kontinuierliche Teilnahme bei erhöhter Sitzungsfrequenz wie auch die Mitwirkung an den Diskussionen ermöglichten einen intensiven Austausch über



Inhalte und Ausrichtung der Untersuchung. Die Steuerungsgruppe stellte damit ein wichtiges Expertengremium für die Konkretisierung der Untersuchungsbau- steine und die Ergebnisdiskussion dar.

### **Informationsaustausch mit und Unterstützung durch Vertreterinnen/Vertre- ter der Stadtteilbüros**

Die intensive Zusammenarbeit mit den Vertreterinnen/Vertretern aus den Stadt- teilbüros der vier ausgewählten Stadtteile diente dazu, die unterschiedlichen Akzentuierungen der Programmgebiete hinsichtlich der thematischen und struk- turellen Ausrichtung zu erfassen. Als Schnittstelle in den untersuchten Quartieren waren sie außerdem maßgeblich für die Auswahl von Interviewpartnerin- nen/-partnern sowie für die Organisation von Veranstaltungen verantwortlich.

Im Rahmen der Fallstudie

- wurde in jedem Programmgebiet ein Kennenlernertermin im Stadtteil mit ausführlichem Leitfadenterview der Vertreterinnen/Vertreter der Stadtteil- büros zum Einstieg sowie über die jeweiligen Ziele im Themenfeld durch- geführt;
- wurde mit den vier Ansprechpersonen ein laufender Austausch u.a. zur Fest- legung von Interviewpersonen an Schulen, Teilnehmerinnen/Teilnehmern der Gruppengespräche und organisatorischen Unterstützung realisiert;
- unterstützten die Stadtteilbüros nach ihren jeweiligen Möglichkeiten die Bereitstellung von Materialien über das Programmgebiet und einzelne Pro- jekte sowie die Erhebung von sozialstatistischen Daten über die unterschied- lichen kommunalen (Statistik-)Ämter;
- wurden die Ansprechpersonen aus den vier Programmgebieten an den Diskussionen der Steuerungsgruppe und ein Sondertreffen zur Erörterung des Erhebungsinstruments der schriftlichen Befragung eingebunden.

Über die Ansprechpersonen in den Untersuchungsgebieten wurden der laufende Informationsaustausch und die Absprachen vor Ort während des Erhebungs- und Auswertungsprozesses erreicht. Sowohl für die wissenschaftliche Begleitung als auch für die Ansprechpersonen aus den Programmgebieten stellte die Koordinie- rung der Zusammenarbeit deutliche Anforderungen an die zeitlichen Ressour- cen. Nach Einschätzung der wissenschaftlichen Begleitung hat sich die Zusam- menarbeit mit Ansprechpersonen vor Ort bewährt; eine Verbesserung der Er- gebnisqualität könnte durch die Bereitstellung von entsprechenden Ressourcen für die Mitwirkung im Rahmen einer Evaluation erzielt werden.

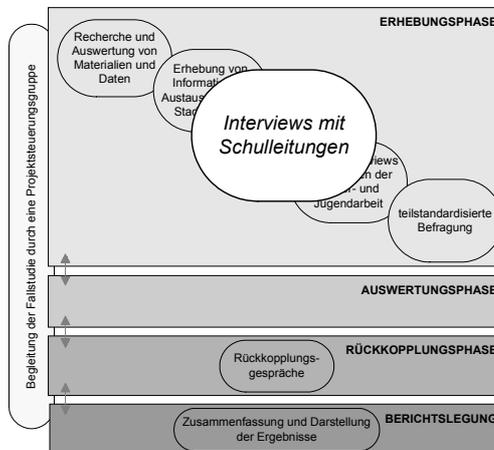
#### **7.2.4 Interviews mit Schulleitungen**

An erster Stelle der Erhebungsphase der Fallstudie stand die Ermittlung spezifi- scher Charakteristika, zentraler Problemstellungen und wahrgenommener Ent- wicklungstendenzen ausgewählter Schulen. Ziel war neben der Ermittlung der aktuellen Situation der jeweiligen Schule, die Erhebung des sog. Expertenwis- sens sowie der Einschätzungen im Feld „Schule“ im Kontext des Landes- programms. Die Gespräche waren als mündliche Leitfadenterviews mit je einer

Mitarbeiterin des **ies** konzipiert. Zielgruppe der Interviews waren Schulleitungen und/oder zuständige Lehrkräfte.

Der Interviewleitfaden enthielt folgende Bereiche:

- **Überblick über die aktuelle Situation der Schule** z.B. Problemlagen, Anforderungen, Erfolge, „Schulklima“;
- **Programm „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“** z.B. Einbindung der Schule in die Stadtteilarbeit, Impulse und Unterstützung für die Schule aus dem Programmkontext, Effekte des Programms auf die Schule, Einschätzung der Wirkungen auf die Bildungsvoraussetzungen sowie auf die soziale Infrastruktur;
- **Projekte** der Schule mit und ohne Zusammenhang zum Landesprogramm
- thematisch: z.B. Sprachförderung, Steigerung der Sozialkompetenz, Vermeidung von Konflikten, Beteiligung der Schülerinnen/Schüler; Stärkung der Erziehungskompetenz und Beteiligung von Eltern; zur Verbesserung der Freizeit- und Kulturangebote für Kinder und Jugendliche; zum Ausbau von Betreuungsangeboten; zur Gewährleistung des Übergangs von Schule und Beruf;
- strategisch-organisatorisch: Projektplanung z.B. durch Ermittlung inhaltlicher bzw. strategischer Schwerpunkte, Realisierung von Bedarfsanalysen, Zielplanung, Gestaltung der Umsetzung, Bewertung von Auslastungen; Organisation von Projekten; Finanzierung;
- Effekte von im Rahmen des Landesprogramms initiierten Projekten;
- **Kooperationen** mit und ohne Zusammenhang zum Landesprogramm z.B. Kooperationspartner, Inhalte von Kooperationen, „fehlende“ Kooperationspartner, misslungene Kooperationen, Arbeitsstrukturen und -gremien im Kontext des Landesprogramms, Organisation und Koordinierung der Kooperationen, Fixierung von Vereinbarungen, Erfolgsfaktoren für gelungene Kooperationen; Effekte von im Rahmen des Landesprogramms initiierten Kooperationen
- **Steuerungsstrukturen** z.B. Mitwirkung an stadtteilweiten Gremien der Programmsteuerung/-planung/-diskussion; Erfolgsfaktoren und Stolpersteine; Effekte
- **Informationen über die Schule** z.B. Schulprogramm, Veröffentlichungen über Stadtteilprojekte; Daten über Schülerinnen/Schüler (Gesamtzahl, davon mit Migrationshintergrund und sozial problematischem Familienhintergrund) und Kollegium (Anzahl Lehrkräfte, Anzahl nichtlehrendes Schulpersonal, Migrationshintergrund), Schulabschlussquoten.



An der Befragung haben je drei Schulen aus den vier Programmgebieten teilgenommen. Lediglich eine angesprochene Schulleitung war bereits im Vorfeld nicht zur Unterstützung der Fallstudie bereit; ein Ersatz konnte jedoch zügig gefunden werden. Befragt wurden jeweils ein bzw. zwei Personen (Schulleitung, stellvertretende Schulleitung, didaktische Leitung, engagierte Lehrkraft). Zwölf zwei- bis vierstündige Interviews wurden insgesamt durchgeführt, mitgeschnitten und protokolliert. Häufig bestand nach Durchführung des Gesprächs für die Interviewerinnen die Möglichkeit zu einem Rundgang durch die Schule.

Durch die Gruppe der befragten Schulleitungen werden repräsentiert:

- fünf Grundschulen,  
eine Hauptschule,  
eine Realschule,  
ein Gymnasium,  
zwei Gesamtschulen,  
zwei Schulen für Lernbehinderte (LB-Schulen).
- Hinsichtlich der Verteilung der Schulen auf die Programmgebiete ergibt sich folgendes Bild:  
fünf Grundschulen befinden sich in den vier Programmgebieten;  
drei Haupt- und LB-Schulen (weitgehend ohne Einfluss auf die Zusammensetzung der Schülerschaft) in den Programmgebieten DU-Hochfeld, E-Katernberg und OB-Knappenviertel;  
vier Gesamt-, Realschulen und Gymnasien in den Programmgebieten in E-Katernberg, GE-Bismarck/Schalke-Nord und OB-Knappenviertel.
- Bezogen auf die Beteiligung an der Stadtteilarbeit (Einschätzung der Stadtteilbüros) waren beteiligt:  
fünf hoch,  
vier mittel,  
zwei mittel/gering und  
eine gering aktive Schule.
- Nach Einschätzung der wissenschaftlichen Begleitung nach Durchführung der Intensivgespräche handelte es sich um  
fünf zum Stadtteil geöffnete Schulen,  
sechs teil-offene Schulen und  
eine eher nach innen gerichtete Schule.

Anhand der Interviewaufzeichnungen wurden als Basis für die Auswertung themenzentrierte Protokolle durch die jeweilige Interviewerin angefertigt. Einschätzungen z.B. über die Stadtteilorientierung der Schule wurden ergänzt. Die jeweils andere Mitarbeiterin im Projekt hat das Protokoll kritisch gelesen, um Unklarheiten oder auch „blinde Flecken“ aufzudecken. Hiernach folgte ggf. eine Ergänzung des Protokolltextes.

Die Informationen aus den Interviews wurden anonymisiert ausgewertet und lassen eine Zuordnung von Aussagen zu einzelnen Schulen nicht zu. Schulbezogene Ergebnisdarstellungen sind nicht intendiert. Auf Basis dieser Interview-

ergebnisse entstand ein Bild des Themenfelds „Schule im Stadtteil“ aus Schulperspektive. Die sachlichen Informationen der Schulleitungen wurden dabei ggf. durch Wahrnehmungen und Einschätzungen der wissenschaftlichen Begleitung ergänzt. Eine Zusammenfassung der Ergebnisse u.a. nach Schulformen wurde der Steuerungsgruppe präsentiert und dort mit Blick auf die folgenden Erhebungsschritte diskutiert.

Das Interesse der angefragten Schulleitungen und die ressourcenschonende Gestaltung der Erhebungssituation (Vorab-Information zum Gesprächsleitfaden, Besuch in der Schule) führten zu sehr positiver Resonanz hinsichtlich der Teilnahme und Mitwirkung an den Gesprächen. Für die Befragten bestand im Rahmen der Interviews die Möglichkeit zur Reflexion ihrer Aktivitäten in der Stadtteilarbeit. Es zeigte sich auch, dass es den Vertreterinnen/Vertretern wichtig war, insbesondere Erfolge der eigenen Schule zu präsentieren.<sup>1</sup> Vor dem Hintergrund der Summe der erhobenen Informationen hat sich die zeitintensive Methode der Leitfadeninterviews zur Erhebung der Schulperspektive bewährt.

### 7.2.5 Gruppeninterviews mit Akteurinnen/Akteuren der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe (Erhebungsphase)

Mit der Absicht, die Schulperspektive durch weitere Sichtweisen zu ergänzen, wurden Gruppeninterviews mit Akteurinnen/Akteuren der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe sowie weiteren Expertinnen/Experten von Thema und Stadtteil (z.B. Musikschulen, Freie Träger) durchgeführt. In Abstimmung mit den Stadtteilbüros wurden geeignete Einrichtungen bzw. Personen ausgewählt, im Vorfeld weitreichend über die Fallstudie informiert und eingeladen. Die Maximalzahl an Teilnehmenden der Gruppeninterviews wurde im Vorhinein auf zehn Personen begrenzt.

Neben der Erhebung von Sachinformationen ging es um die Ermittlung von Haltungen, Meinungen und ggf. Vorurteilen der (potenziellen) Kooperationspartner zu Schule. Um zu einem breiten Informationsspektrum zu gelangen, wurden Kartenabfragen und Bewertungen mit Punkten (Moderationstechniken) durch Phasen der (mitvisualisierten) Gruppendiskussion ergänzt.

Zentrale Fragestellungen zur Erhebung der Stadtteilperspektive waren:

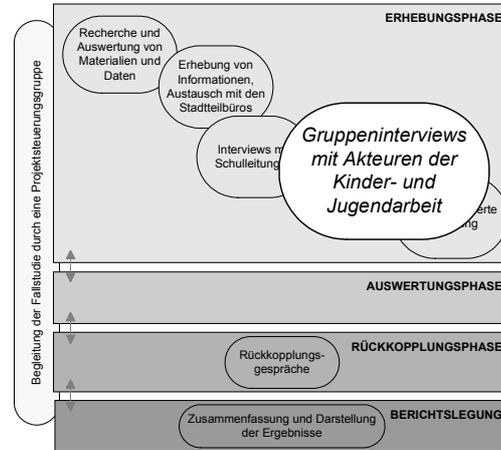
- Was sind aus Sicht der Akteurinnen/Akteure zentrale **Projekte, Kooperationen** und **Personen bzw. Einrichtungen** im Handlungsfeld „Schule im Stadtteil“ auf Stadtteilebene?
- Wie werden die genannten Projekte, Kooperationen und Akteure hinsichtlich ihrer Wirkung auf die Stadteilerneuerung eingeschätzt?
- Welche förderlichen bzw. hinderlichen Faktoren von Kooperationen und Vernetzung werden benannt?

<sup>1</sup> Durch die Zusammenführung der Informationen und Ergebnisse der einzelnen Erhebungsbau-  
steine ist davon auszugehen, dass individuelle Schwerpunktsetzungen und folgende Verzerrungen weitgehend ausgeschlossen werden können.

- Welche Effekte hat das Landesprogramm im Bereich der Projekte und Kooperationen im Handlungsfeld „Schule im Stadtteil“ im Stadtteil erzielt?

Vor diesem Hintergrund enthielt der Aufbau der 3,5-stündigen Gruppeninterviews folgende Phasen bzw. Methoden:

- Begrüßung durch die Vertreterinnen/Vertreter der Stadtteilbüros bzw. **ies**, Einstieg und Vorstellungsrunde;
- Erhebung von erfolgreichen Schul- bzw. Gemeinschaftsprojekten, Akteurinnen/Akteuren und zusammenhängenden Effekten (Kartenabfrage);
- offene Diskussion über Erfolgsfaktoren im Kontext der Projekte (visualisierte Diskussion);
- Analyse weniger erfolgreicher Projekte (visualisierte Diskussion über negative Erfahrungen und Stolpersteine);
- Vorher-Nachher-Analyse und anschließende visualisierter Diskussion zu den Aspekten
  - Stellung der Schulen im Stadtteil
  - Kooperationsbeziehungen und -strukturen im Themenfeld
  - Feedback der Teilnehmenden
  - Information über das weitere Vorgehen im Rahmen der Untersuchung
  - Verabschiedung



Nach Durchführung des ersten Gruppeninterviews zeigte sich, dass die Beteiligten große Zurückhaltung bei der detaillierten Aufarbeitung von Stolpersteinen an den Tag legten (geplante Fallanalyse in Kleingruppen) und dass das Arbeitsprogramm insgesamt zu umfangreich war. Die Ablaufplanung wurde dahingehend modifiziert, dass statt der exemplarischen Fallanalysen eine offene Diskussion zu Stolpersteinen geführt wurde, in der gleichwohl auch auf einzelne Beispiele Bezug genommen wurde.

Die Gruppeninterviews wurden mit jeweils fünf bis sechs Akteurinnen/Akteuren durchgeführt; insgesamt haben 22 Personen teilgenommen. Am häufigsten waren Vertreterinnen/Vertreter aus Einrichtungen der Jugendhilfe der ausgewählten Stadtteile bzw. des gesamtstädtischen Jugendamts (N = 6), der Politik (N = 3) sowie von Quartiersmanagements (N = 2) und RAAs (N = 2) anwesend.<sup>2</sup> Die Durchführung der Veranstaltungen wurde inhaltlich und methodisch an die Gegebenheiten in den Programmgebieten und die Schwerpunktsetzungen der Teilnehmenden angepasst. Mit Ausnahme des ersten Stadtteilgesprächs wurden

<sup>2</sup> Mit einer zum Termin verhinderten Person wurde ein ergänzendes Telefoninterview geführt, dessen Inhalte in die Auswertung einfließen.

die Gruppeninterviews auf Band mitgeschnitten und anschließend ausführlich protokolliert. Auch hier gab es in der Phase der Dokumentation den Arbeitsschritt der gegenseitigen Überprüfung der Wahrnehmungen durch die beiden Mitarbeiterinnen.

Die Gruppeninterviews wurden auf der einen Seite mit Blick auf die berichteten Sachinformationen ausgewertet. Auf der anderen Seite wurden sie hinsichtlich der Frage nach indirekten Aussagen und Akteurskonstellationen (u.a. Vertrautheit, Nähe zu Inhalten, Diskussionskultur untereinander) reflektiert. „Das, was gesagt, berichtet, diskutiert wird, also das, was *thematisch* wird, gilt es von dem zu trennen, was sich in dem Gesagten über die Gruppe *dokumentiert*. Dies ist die Frage danach, *wie* ein Thema, d.h. in welchem *Rahmen* es behandelt wird.“ (Bohnsack 2003: 383) Neben den Fragen nach positiven Projekten, Akteuren, Effekten, Stolpersteinen und dem Vorher-Nachher-Vergleich wurden im Rahmen der Auswertung demnach die Akteurskonstellation, das atmosphärische Stadtteilbild, Botschaften und angedeutete Problemlagen der Teilnehmenden dokumentiert.

Bei den Stadtteilgesprächen mit fünf bis sechs Personen handelte es sich um eine gelungene Größe für Gruppeninterviews. Die Anwesenden, die sich insgesamt gut auf die Erhebungssituation einstellten, konnten ihre Erfahrungen in angemessener Form berichten. Zugleich bestand die Möglichkeit der intensiven Diskussion ausgewählter Aspekte. Hinsichtlich der Auswahl der Beteiligten hat sich über die vier Programmgebiete hinweg gezeigt, dass Personen mit starkem Bezug zur gesamtstädtischen Ebene (z.B. aus kommunalen Ämtern) wie auch Vertreterinnen/Vertreter der Politik häufig Informationen und damit Bewertungsgrundlagen für die Stadtteilebene fehlen.

### 7.2.6 Teilstandardisierte schriftliche Befragung

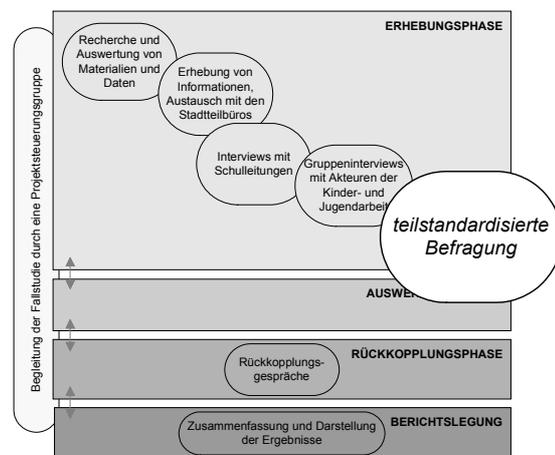
Mit dem Baustein der schriftlichen Befragung wurde das Ziel der Überprüfung und Absicherung der Ergebnisse und Hypothesen der qualitativen Erhebungen (Interviews mit Schulleitungen und Gruppeninterviews mit Akteurinnen/Akteuren der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe) innerhalb einer größeren Grundgesamtheit angestrebt. Thematische Schwerpunkte waren dabei das Landesprogramm selbst, die entsprechende Fördermittelpraxis und die Wirkungen auf die Situation der Kinder und Jugendlichen, Ansätze und Bewertungen der in diesem Kontext initiierten Kooperationen und Vernetzung sowie Projekte an Schulen und Einrichtungen.

Die Methode der postalischen Befragung wurde u.a. gewählt, weil sie durch die Vermeidung von Interviewverzerrungen im Gegensatz zu telefonischen und persönlichen Erhebungssituationen sowie aufgrund der Anonymität der Antwortsituation eher zu ehrlichen und überlegten Antworten führt (Schnell, Hill, Esser 1995: 333; Diekmann 1995: 439). Weiterhin ging die wissenschaftliche Bearbeitung davon aus, dass die Befragten in ihrer Mitwirkung (z.B. durch die Rückmeldung eigener Erfahrungen, Beteiligung an der Entwicklung von Handlungs-

empfehlungen für die unterschiedlichen Ebenen) tendenziell eher einen Nutzen und die Rücklaufquote eine für schriftliche Befragungen von Expertinnen/Experten zufriedenstellende Größenordnung von 50% erreichen würde.<sup>3</sup>

Die Erhebung, die sich zur Steigerung Rücklaufquote an der Total Design Method nach Dillman<sup>4</sup> orientierte (z.B. Anschreiben, frankierter Umschlag zur Rückantwort, Nachfassaktion), setzte sich aus folgenden Einzelschritten zusammen:

- Programmgebietsorientierte Konzeption und Design der Fragebögen in Abstimmung mit den Stadtteilkordinatorinnen/-koordinatoren sowie dem ILS;
- Versand der Fragebögen samt Anschreiben (mit Hinweis auf den Kontext der Fallstudie, die anonymisierte Auswertung, Nennung von Ansprechpersonen im Stadtteil sowie der wissenschaftlichen Begleitung für Rückfragen sowie die Möglichkeit in einer offenen Frage Rückmeldungen abzugeben) und frankiertem an das **ies** adressierten Rückumschlag über die Stadtteilbüros;
- Versand eines Dankes- bzw. Erinnerungsschreibens (mit Hinweis auf die Verlängerung der Antwortfrist) nach zwei bis drei Wochen über die Stadtteilbüros an das gesamte Sample<sup>5</sup>;
- Unterstützung der Erhebung durch persönliche Verteilung der Fragebögen und direkte Kontaktaufnahme zu Migrant\*innenorganisationen durch zwei Stadtteilbüros;
- telefonische Nachfassaktion durch ein Stadtteilbüro;
- Dokumentation des Rücklaufs;
- Codierung der offenen Fragen, Dateneingabe, Plausibilitätskontrollen, Datenbereinigung;
- Datenauswertung.



Um zu quantifizierbaren Aussagen über die Einschätzungen der betreffenden Akteurinnen/Akteure zu gelangen, umfasste die in Absprache mit den Stadtteilbüros festgelegte Stichprobe in den vier Programmgebieten:

- die Grundgesamtheit der Schulen,
- die Grundgesamtheit der Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe (z.B. KiTas, Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit),

<sup>3</sup> Zur Bedeutung der Abwägung von Kosten und Nutzen in der Entscheidung zur Teilnahme siehe Porst 2001; zu Ausschöpfungsquoten schriftlicher Befragungen siehe auch: Diekmann 1995: 441.

<sup>4</sup> Siehe auch Porst 2001; Dillmann 1978.

<sup>5</sup> Um möglichen Bedenken der Befragten hinsichtlich des Datenschutzes vorzubeugen, wurde in Abstimmung mit den Ansprechpersonen der Programmgebiete auf eine Paginierung der Fragebögen und damit auf die Möglichkeit der individuellen Rücklaufkontrolle verzichtet.

- eine Auswahl weiterer zentraler Akteurinnen/Akteure, sofern sie im Rahmen der stadtteilorientierten Kinder- und Jugendarbeit bereits aufgetaucht sind (z.B. Kirchen, Sportvereine, Migrantenvereine, Jugendämter),
- weitere Befragte aus dem Stadtteil bzw. mit gesamtstädtischer Perspektive mit ausgewiesenem Expertenstatus sowohl hinsichtlich des Themas „Schule im Stadtteil“ als auch des Programmgebiets.

Um dieser Befragungsgesamtheit in den einzelnen Fragestellungen gerecht zu werden, wurden im Hinblick auf die Erhebung von Informationen über die jeweilige Schule bzw. Einrichtung zwei Fragebogenvarianten<sup>6</sup> erstellt und z.B. eine Frage ausschließlich an Schulen gestellt. Insgesamt wurden 19 inhaltlich deckungsgleiche Fragekomplexe an Schulen und Einrichtungen gerichtet.<sup>7</sup> Das beschriebene Sample erhielt den zudem ggf. programmgebietsspezifisch angepassten, insgesamt zehnsseitigen Fragebogen (wiederum mit Hinweis auf den Kontext der Studie und Nennung der Ansprechpersonen im Programmgebiet sowie der wissenschaftlichen Begleitung) mit Fragen zu den Themenbereichen:

- **Landesprogramm:** Bekanntheit des konzeptionellen Ansatzes [Frage 1]; Impulse des Programms auf die eigene Schule/Einrichtung: [Frage 13; 19]; Effekte hinsichtlich der Verbesserung der Bildungssituation [Frage 17] sowie der Verbesserung der Freizeit- und Betreuungssituation [Frage 18];
- **Fördermittelakquise:** Beantragung aus dem Landesprogramm bzw. Co-Programmen, geförderte Bereiche und deren aktueller Status, Unterstützung bei der Projektmittelbeantragung und Bewertung von Aufwand und „Gewinn“ [Frage 4-8];
- **Ressourceneinsatz** [Fragen 3, 5, 6, 7, 8, 12, 14, 16];
- **Kooperation und Vernetzung:** aktuelle Kooperationen, Entstehungskontext, Zufriedenheit, Grundlagen und Bewertung der Kooperationsbeziehungen [Frage 10-12];
- **Arbeits- und Steuerungsgremien:** Mitwirkung der eigenen Schule/Einrichtung und Bewertung der Mitwirkung [Frage 1-3];
- **Projekte:** offene Frage nach erfolgreichen Projekten im Stadtteil bzw. Angeboten/Projekten insbesondere von Schulen unter Nennung der Beteiligten sowie der Finanzierung [Frage 14-15]; Probleme der Projektbearbeitung und Wirkungen von Projekten [Frage 16-18]; Einbindung von stadtteilbezogenen Themen bzw. Aktivitäten in den Schulalltag [Frage 9 ausschließlich an Schulen];

<sup>6</sup> Im Rahmen der Auswertung wurden die antwortenden Einrichtungen genauer spezifiziert in Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe wie z.B. Kinderbetreuungseinrichtungen, Offene-Tür-Angebote für Jugendliche und weitere Akteure mit ausgewiesenem Expertenstatus im Themenfeld wie z.B. Polizeidienststellen, gesamtstädtische Ämter im Bildungsbereich, RAAs. Insgesamt entstehen somit drei *Einrichtungstypen*: Schulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen, sonstige Einrichtungen/Träger. Die beiden erst Genannten sind zum engeren und der dritte zum weiteren Kreis der Expertinnen/Experten zu zählen.

<sup>7</sup> Der Großteil der Fragen bot neben Antwortalternativen zum Ankreuzen eine offene Kategorie „sonstiges“. Im Rahmen der Fragekomplexe 12, 13 und 19 wurde die Einschätzung von Aussagen erbeten (trifft voll und ganz zu/trifft eher zu/trifft eher nicht zu/trifft gar nicht zu).

- **Profil** der Schule bzw. Einrichtung [Frage 20-26 bzw. 20-25];
- **Anregungen** der Befragten [Frage 26 bzw. 27].

Insgesamt wurden 147 Fragebögen in den Programmgebieten verteilt. Nach Fragebogenversand, Erinnerungsaktion und etwa acht Wochen Antwortfrist lagen im *ies* 87 beantwortete Fragebögen vor; außerdem wurden drei sog. stichprobenneutrale Ausfälle wurden gemeldet. Die Summe setzt sich zusammen aus 25 Fragebögen aus Schulen, 28 aus Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit sowie 34 von weiteren Akteuren. 28 beantwortete Bögen wurden aus DU-Hochfeld, 24 aus E-Katernberg, 22 aus GE-Bismarck/Schalke-Nord und 13 aus Oberhausen-Knappenviertel zurück gesandt.

Der Gesamtrücklauf beträgt 60%; wobei Schulen die Befragung in allen vier Programmgebieten zu einem höheren Anteil als die Einrichtungen beantwortet haben (Schulen 93%, Einrichtungen 53% insgesamt). Dies ist vermutlich darauf zurück zuführen, dass Schulen im Fokus der Untersuchung standen und damit als die Experten der Fragestellungen zu betrachten sind. Für einen Teil der kontaktierten Einrichtungen stellt die Thematik keinen Arbeitsschwerpunkt dar, was möglicherweise zu der Position führt, dass eine Mitwirkung an der Fallstudie weder für die eigene Person/Einrichtung noch für die Erhebenden interessant sein kann und damit tendenziell eher eine Nichtbeantwortung erfolgt.

Die Ausschöpfungsquote variiert in den Programmgebieten von 50% (OB-Knappenviertel) bis 69% (GE-Bismarck/Schalke-Nord). Die angestrebte Größenordnung von 50% wird lediglich in E-Katernberg und OB-Knappenviertel durch den Rücklauf der Einrichtungen unterschritten. Die insgesamt verhältnismäßig zurückhaltende Beantwortung der Erhebung in OB-Knappenviertel ist auf die bereits seit Ende 2002 ausgelaufene Förderung durch das Landesprogramm zurückzuführen. Die Verbindungen zum Programm, seinen Projekten und insbesondere seinen Wirkungen sind für die Akteurinnen/Akteure aufgrund der zeitlichen Dimension schwierig wieder aufzunehmen. Der fehlende aktuelle eigene Bezug macht die Beantwortung für die Oberhausenerinnen/Oberhausener tendenziell zu einem altruistischen Akt. Für die ebenfalls niedrige Beteiligung in E-Katernberg kann möglicherweise die lange Laufzeit sowie die starke Vernetzung unterschiedlicher Förderansätze (auch über das Landesprogramm hinaus) im Stadtteilprojekt als Erklärung herangezogen werden, da sie die Beantwortung der Fragen erschweren. Nicht auszuschließen ist für diesen Stadtteil auch eine gewisse Befragungsmüdigkeit der Akteurinnen/Akteure.

Die eingegangenen Antworten wurden codiert, in das Programm SPSS 12.0 eingegeben und die Datenmatrix anschließend einer eingehenden Plausibilitätskontrolle unterzogen. Durch die sorgfältige Bearbeitung und Überprüfung steht ein fehlerfreier Datensatz als Basis für die Auswertung zur Verfügung.

Die Gruppe der Antwortenden (N = 87) setzt sich zusammen aus:

- **25 Schulen**
- darunter befinden sich  
14 Grundschulen,

4 LB-Schulen,  
3 Hauptschulen und  
je 1 Realschule, Gymnasium, Gesamtschule.<sup>8</sup>

- 23 Schulen sind nicht konfessionell, fünf katholisch und eine evangelisch ausgerichtet. Bei den meisten Schulen liegt die Größe des Kollegiums bei bis zu 24 Personen (N = 15); im Durchschnitt sind 24 Lehrerinnen/Lehrer, eine sozialpädagogische Kraft sowie vier sonstige Personen beschäftigt; darunter befinden sich zwei Personen mit Migrationshintergrund (Mittelwert). An zwölf der befragten Schulen werden sozialpädagogische Kräfte beschäftigt. An ebenfalls zwölf Schulen arbeiten Personen mit Migrationshintergrund. Bei zehn der befragten Schulen liegt die Zahl der Schülerinnen/Schüler zwischen 200-399, acht geben Zahlen unter 200 an. Sechs der Schulen haben 400 und mehr Schülerinnen/Schüler. Die durchschnittliche Anzahl beträgt etwa 360.

62 **Einrichtungen** (als Zusammenfassung von Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit sowie weiteren Akteuren), darunter

- 21 Kindertagesstätten,  
9 Bildungsträger,  
7 Offene-Tür-Angebote,  
3 Sportvereine,  
3 Moscheen bzw. Migrantenorganisationen,  
2 Kirchengemeinden und  
17 Sonstige.
- Die Mehrzahl der befragten Einrichtungen befinden sich in Trägerschaft von Kommunen (N = 20), Kirchengemeinden (N = 16) und Vereinen (N = 11).

Um sowohl zu übergeordneten als auch zu differenzierten Aussagen zu gelangen, wurden die vorhandenen Daten in unterschiedlichen Dimensionen ausgewertet. Folgende **Auswertungsdimensionen** wurden je nach Fragestellung berechnet:

- insgesamt,
- nach den vier Programmgebieten,
- nach den drei Einrichtungstypen (Schulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen, sonstige Einrichtungen und Träger).

Aufgrund der geringen Fallzahl in den einzelnen Feldern werden Aussagen nach Programmgebiet und nach Einrichtungstyp nicht betrachtet, da sie als zufällig zu bewerten sind. Vor dem Hintergrund der Aussagekraft der Antworten zu einzelnen Fragen ist auf den z.T. sehr hohen Anteil an Item-Nonresponses hinzuweisen. Gemeint sind in diesem Zusammenhang die Angaben „weiß nicht“, „keine Bewertung möglich“ und fehlende Antworten. Es ist davon auszugehen, dass es sich bei den befragten Personen (auch nach Einschätzung der Stadtteilbüros) um Expertinnen/Experten des Handlungsfeldes handelt, die fachlich in der Lage

<sup>8</sup> Eine Schule hat fälschlicherweise einen Einrichtungsfragebogen beantwortet, damit fehlt diese Angabe.



sind, den Fragebogen kompetent auszufüllen. Es liegt jedoch die begründete Vermutung nahe, dass dieser Personenkreis z.B. aufgrund fehlender Zielformulierungen und Bewertungskriterien Schwierigkeiten bei der Beantwortung sieht. Die mit der Nichtantwort einhergehende Veränderung der Fallzahl bezogen auf die einzelnen Fragestellungen ist bei der Bewertung der Aussagen zu berücksichtigen; im Rahmen der Ergebnisbeschreibungen und -darstellungen werden von daher die jeweiligen absoluten Zahlen vermerkt.

### **Exkurs: Auswertung der Kommentare der Befragten**

Um „blinde Flecken“ zu vermeiden und Rückmeldungen der Befragten zu berücksichtigen, schloss die schriftliche Befragung mit der offenen Frage „Haben Sie weitere Anmerkungen und Hinweise für uns? Wir freuen uns über Ihre Anregungen.“ Insgesamt wurde die Möglichkeit der wissenschaftlichen Begleitung Anregungen „auf den Weg zu geben“, von den Befragten kaum genutzt. Auch Randbemerkungen, die über inhaltliche Ergänzungen der Antworten hinausgingen, tauchten nicht in erwähnenswertem Umfang auf.

Von den insgesamt 87 beantworteten Fragebögen enthielten dreizehn (15%) insgesamt achtzehn unterschiedliche Anregungen. Zwei Antworten waren unverständlich und konnten nicht ausgewertet werden. Die Anregungen der Befragten bezogen sie sich auf:

- Schwierigkeiten beim Ausfüllen des Fragebogens (Problematik der Bewertung von Wirkungen, keine Zuständigkeit), Beantwortungsaufwand (n = 6);
- inhaltliche Anregungen in Bezug auf „weitere Problemlagen“ (n = 5);
- inhaltliche Anregungen in Bezug auf „Ressourcen“ (n = 3);
- sonstiges (n = 4).

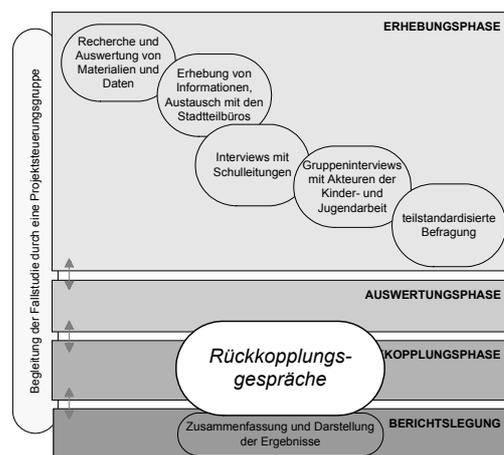
Die insgesamt geringe Zahl an Anmerkungen sowie auch ihre jeweilige Ausrichtung weist darauf hin, dass die Befragten grundsätzlich den Ansatz der Erhebung für angemessen erachten. Die inhaltlichen Hinweise sind in die Auswertungen eingeflossen.

Die Beantwortung der schriftlichen Befragung von gut der Hälfte der kontaktierten Personen/Einrichtungen spricht für ein hohes Interesse in den vier Programmgebieten am Thema „Schule im Stadtteil“. Insgesamt kann der Rücklauf dieser ausführlichen schriftlichen Befragung von Expertinnen/Experten in einem komplizierten Themen- und Wirkungsfeld als fundierte Teilbasis für eine Wirkungsanalyse des Landesprogramms im Hinblick auf die Bewertung der Wirkungen auf Schulen und relevante Kooperationsbeziehungen betrachtet werden.

Gleichwohl kann nicht ausgeschlossen werden, dass durch die Ausfälle durch Nicht-Beantwortung (des Fragebogens insgesamt und einzelner Fragen) engagierte bzw. von der Thematik der Stadtteilentwicklung stärker betroffene Personen/Einrichtungen in der Gruppe der Antwortenden überrepräsentiert sind. Ihnen erscheint der Aufwand der Bearbeitung (u.a. durch Reflexion von Projekten und Wirkungszusammenhängen) vermutlich eher als vertretbar als Personen ohne Bezug zum Stadtteil bzw. Landesprogramm.

### 7.2.7 Stadtteilgespräche mit Vertreterinnen/Vertretern aus Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe in der Rückkopplungsphase

Nach der gesonderten Erhebung der Perspektiven von Schulen und Einrichtungen durch die Interviews bzw. Gruppeninterviews und schriftliche Befragung war die Phase der Rückkopplung auf gemeinsame Diskussions- und Entwicklungsprozesse ausgelegt.



Auf Basis der Präsentation der Ergebnisse bisher durchgeführter Erhebungs- und Auswertungsschritte in den Themenfeldern „Bildungsvoraussetzungen für Kinder und Jugendliche“ sowie „Kooperation und Vernetzung“ sollte den Teilnehmenden die Möglichkeit zu differenzierter **Diskussion**, programmgebietsbezogenen **Schlussfolgerungen** und Rückmeldungen gegeben werden. Zudem sollten in den Stadtteilgesprächen der Rückkopplungsphase **Handlungsempfehlungen** für die Ebenen Stadtteil, Kommune, Land entwickelt werden.

Zur Vorbereitung der Stadtteilgespräche wurden die Ergebnisse der Fallstudie und auch die konzeptionelle Gestaltung in der Steuerungsgruppe diskutiert und festgelegt. Aus Gründen der Zeitökonomie insbesondere der Stadtteilakteurinnen/-akteure wurden hier Ergebnisdarstellung und -diskussion auf die beiden genannten Themenfelder beschränkt.

Um eine effektive Diskussion zu ermöglichen, sollte die Zahl der Teilnehmenden 20-25 Personen nicht überschreiten. Der Einladungsverteiler für die Veranstaltungen umfasste

Um eine effektive Diskussion zu ermöglichen, sollte die Zahl der Teilnehmenden 20-25 Personen nicht überschreiten. Der Einladungsverteiler für die Veranstaltungen umfasste

- die Teilnehmenden des Gruppeninterviews in der Erhebungsphase und
- die im Rahmen der schriftlichen Befragung kontaktierten Personen/Institutionen.
- Ggf. konnten durch die Stadtteilbüros weitere wichtige Akteurinnen/ Akteure (z.B. Elternvertretungen) ergänzt werden.

Das Konzept der 3,5-stündigen Rückkopplungsgespräche setzte sich zusammen aus:

- Begrüßung durch die Vertreterinnen/Vertreter der Stadtteilbüros bzw. **ies**, kurze Einführung in den Kontext der Fallstudie und Vorstellungsrunde;
- Vorstellung der Ergebnisse im Bereich „**Verbesserung der Bildungsvoraussetzungen für Kinder und Jugendliche**“ und Erörterung der Fragestellungen (je nach Verlauf der Diskussion als Kartenabfrage, Zurufliste bzw. offene visualisierte Diskussion);
- Was bedeuten diese Ergebnisse für den Stadtteil und für das Programm „Soziale Stadt“?

- Welche Schlussfolgerungen ziehen Sie aus den Ergebnissen (für den Stadtteil, die Kommune, das Land)?
- Wo sollten zukünftige Schwerpunkte in der Förderung ansetzen?
- Mit welchen Strategien können erfolgreiche Modelle (von einzelnen Schulen bzw. Projekten) in das „Regelangebot“ überführt werden?
- Welche Handlungsempfehlungen ergeben sich für Sie auf den Ebenen Stadtteil, Kommune (Politik/Verwaltung), Land (Landespolitik/Landesprogramm)?
- Vorstellung der Ergebnisse im Bereich „**Vernetzung und Kooperation**“ und Erörterung der Fragestellungen (je nach Verlauf der Diskussion als Kartenabfrage, Zurufliste bzw. offene visualisierte Diskussion)
- Was bedeuten diese Ergebnisse für den Stadtteil und für das Programm „Soziale Stadt“?
- Welche Schlussfolgerungen ziehen Sie aus den Ergebnissen (für den Stadtteil, die Kommune, das Land)?
- Wie können belastbare und dauerhafte Kooperationsbeziehungen insbesondere zwischen Schulen und Einrichtungen (weiter) entwickelt werden? Welche strukturellen Voraussetzungen müssen gegeben sein, um dauerhaft funktionierende Kooperationen zwischen (weiterführenden) Schulen und Einrichtungen zu ermöglichen?
- Wo sehen Sie Möglichkeiten, „fehlende Akteure“ (insbesondere Migrantinnen/Migranten bzw. Migrantenorganisationen) in das Akteursnetzwerk einzubinden?
- Wie kann vor dem Hintergrund der Konkurrenz um Ressourcen ein fairer und produktiver Umgang im Netzwerk umgesetzt werden? Wie können Kooperationsbeziehungen/-strukturen effektiviert werden?
- Wie kann das Auslaufen der Förderphase im Hinblick auf die Informations-, Austausch- und Steuerungsgremien hinreichend und effektiv vorbereitet werden?
- Welche Handlungsempfehlungen ergeben sich für Sie auf den Ebenen Stadtteil, Kommune (Politik/Verwaltung), Land (Landespolitik/Landesprogramm)?
- Feedback-Runde
- Verabschiedung durch die Vertreterinnen/Vertreter der Stadtteilbüros bzw. **ies**

An den Stadtteilgesprächen haben in den vier Programmgebieten 7 bis 21 Akteurinnen/Akteure teilgenommen. Insgesamt waren 51 Personen in der Rückkopplungsphase vertreten. Auf die drei Einrichtungstypen verteilen sich die Teilnehmenden wie folgt:

- 25% kamen aus Schulen (N = 13);
- 27% aus Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe (N = 14) und
- 47% sind der Gruppe der sonstigen Akteure zuzurechnen (N = 24).

Die Gruppendiskussionen wurden bis auf eine Ausnahme mitgeschnitten, ausführlich protokolliert und ausgewertet.<sup>9</sup> Die Zusammenstellung der Ergebnisse wurde von den Projektmitarbeiterinnen getrennt voneinander kritisch durchgesehen, Einschätzungen ergänzt und Unklarheiten erörtert.

Die Auswertung dieser Gruppendiskussionen bezog sich zum einen auf die inhaltlichen Diskussionen der Teilnehmerinnen/Teilnehmer zu ihren Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen der Fallstudie und die entworfenen Handlungsempfehlungen. Auf der anderen Seite wurde der Umgang untereinander, die Gesprächskultur sowie unterschwellige Hinweise darauf, insbesondere zwischen Schulen und anderen Einrichtungen bzw. Akteurinnen/Akteuren, in den Blick genommen.

Das Interesse der Teilnehmenden an den Auswertungen der Fallstudie war hoch. Besonders positiv äußerten sich die Anwesenden über die Möglichkeit der Ergebnisdiskussion in der Rückkopplungsphase. Da sich die personelle Zusammensetzung der Stadtteilgespräche in den beiden Phasen (in allen beteiligten Programmgebieten) unterschied, konnte die wissenschaftliche Begleitung ihr Bild vom jeweiligen Akteursnetzwerk intensivieren. In einzelnen Bereichen konnten vertiefende Diskussionen geführt werden. In Einzelfällen dominierten allgemeine finanz- oder auch schulpolitische Aspekte die Diskussion und führten zu verhältnismäßig allgemeinen Aussagen mit nur geringem Bezug zum Thema. Insgesamt gesehen, stellt die Phase der Rückkopplung eine wichtige Ergänzung und Absicherung der Erhebungsphase der Fallstudie dar.

Zusammenfassend gibt die nachfolgende Übersicht in Tabelle 5 einen Überblick über die Beteiligten und Befragungspersonen.

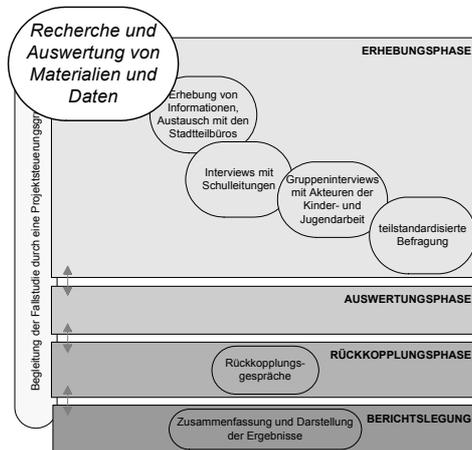
**Tab. 21:** Übersicht zu Beteiligten und Befragungspersonen insgesamt

Interviews mit Schulleitungen	Gruppeninterviews mit Akteuren der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe	Schriftliche Befragung	Stadtteilgespräche zur Rückkopplung
4 x 3 Interviews • insgesamt 12	4 x 1 Gruppeninterview mit 5-6 Teilnehmenden • insgesamt 22 Teilnehmende • einzelne ergänzende Telefonate	87 beantwortete Fragebögen; 60% Rücklauf • DU: 67%; N=28 • E: 55%; N=24 • GE: 69%; N=22 • OB: 50%; N=13	4 x 1 Gruppendiskussion mit 7-21 Teilnehmenden • insgesamt 51 Teilnehmende • einzelne ergänzende Telefonate

<sup>9</sup> Spezielle Themenzusammenhänge in einzelnen Programmgebieten wurden in ergänzenden Telefonaten erörtert.

### 7.2.8 Material- und Datenanalyse

Auftrag der wissenschaftlichen Begleitung war es, zur Beantwortung der Fragestellungen der Fallstudie in Ergänzung zu den qualitativen Erhebungen und in Zusammenarbeit mit den Stadtteilbüros vorhandene Materialien und Datenquellen zu ermitteln, Statistiken zusammenzustellen sowie sekundärstatistisches Datenmaterial aufzubereiten und entsprechende Analysen vorzunehmen.



Neben der Sichtung und Auswertung von vorhandenen Informationen über die Handlungsprogramme und von Berichten über die Programmgebiete, Darstellungen einzelner Schulen/Einrichtungen sowie Projektbeschreibungen/-dokumentationen wurde der Versuch gestartet, ein programmgebietsübergreifendes Basisgerüst soziodemografischer Statistiken zu erheben. Über die Ansprechpersonen in den vier Programmgebieten

wurden entsprechende Anfragen an die jeweilige kommunale Stelle (Ämter für Statistik, Jugendamt, Fachbereich Soziales) formuliert. Auf Basis dieser Angaben sollten über die vier beteiligten Stadtteile übergreifend vergleichbare Informationen in die Berichterstattung einfließen. Die Erhebung der Daten gestaltete sich u.a. aufgrund der räumlichen Abgrenzung, der Zugänglichkeit der Statistiken und der Arbeitsbelastung in den beteiligten Ämtern schwierig und aufwendig. Die bis Ende August 2004 vorliegenden Materialien und Daten konnten zusammengestellt und in die Gesamtauswertung der Fallstudie einbezogen werden. Sie dienen als Basis für die Beschreibung der Programmgebiete und umfassen:

- Bevölkerung nach Alter und Nationalität<sup>10</sup>;
- Personen mit laufender Hilfe zum Lebensunterhalt nach Alter und Nationalität;
- Arbeitslose nach Alter und Nationalität;
- Anzahl der Schulen und Schulformen;
- Schülerinnen/Schüler nach Schulformen und Nationalität für Schulstandorte in den Programmgebieten<sup>11</sup>;
- Schülerinnen/Schüler, die nach der Grundschule auf weiterführende Schulen wechseln nach Schulstandort;
- Schulabschlüsse nach Schulstandort;
- Anzahl der Einrichtungen für Kinder und Jugendliche;
- Anzahl der Betreuungsplätze für 0 bis 2- bzw. 3 bis 5-Jährige.

Die Daten aus den vier Programmgebieten unterscheiden sich jedoch hinsichtlich der räumlichen Abgrenzung der Programmgebiete, der zur Verfügung stehenden

<sup>10</sup> Zusammengefasst wird die Kategorie als „deutsch“ bzw. „nicht-deutsch“ dargestellt.

<sup>11</sup> Schulen mit Bedeutung für die Kinder und Jugendlichen des Programmgebiets, die außerhalb der räumlichen Begrenzung liegen, werden hier nicht berücksichtigt.

Angaben usw. Folgende Besonderheiten/Einschränkungen sind zu berücksichtigen:

- **DU-Hochfeld**

Von Seiten der Stadtverwaltung stehen für das Programmgebiet Duisburg-Hochfeld keine Statistiken zur Verfügung. Zugänglich sind Daten für den Ortsteil Duisburg-Hochfeld (Nr. 508), der Teilgebiete außerhalb des Programmgebiets einbezieht und kleinere Bereiche des Programmgebiets auslässt. Nach Einschätzung des Amts für Statistik der Stadt Duisburg und der Ansprechpersonen innerhalb der EG DU gleichen sich unterschiedliche Entwicklungstrends dieser Gebiete jedoch weitgehend aus, so dass die bereitgestellten Daten ohne weitere Einschränkung zur Beschreibung des Programmgebiets Duisburg-Hochfeld genutzt werden können.

Hinsichtlich der zum Programmgebiet zugehörigen Schulen unterscheiden sich die Einschätzungen der Befragten und der Statistik. Im Rahmen der qualitativen Erhebungen werden Schulen außerhalb des eigentlichen Programmgebiets einbezogen, die in der Statistik nicht auftauchen (Gesamtschule GLOBUS, Schule für Lernbehinderte/Eschenstraße, Grundschule/Klosterstraße). Entsprechend eingeschränkt sind die vorliegenden Zahlen zu Schülerinnen/Schüler nach Schulformen, Schulübergang und Schulabschlüssen zu betrachten. Aussagen zur Anzahl der Einrichtungen für Kinder und Jugendliche sowie zur Anzahl der Betreuungsplätze liegen nicht vor. Die Informationen zu Schülerinnen/Schülern sind nach Schulstandorten erhoben.

- **E-Katernberg**

Das Programmgebiet umfasst die Stadtteile Katernberg (Nr. 39), Schonneck (Nr. 37) und Stoppenberg (Nr. 38), die wiederum den Stadtbezirk VI bilden. Die Stadtteile selbst setzen sich auf kleinteiliger Ebene aus Stadtteilbereichen zusammen. Die Beschreibung des Programmgebiets ist anhand dieser Angaben ohne Informationsverlust/-verzerrung möglich.

Informationen zu Schülerinnen/Schülern sind nach Schulstandorten erhoben; so ist ein privates Gymnasium enthalten, das einen programmgebietsübersteigenden Einzugsbereich hat. Die Statistiken der Kommune Essen erfassen im Rahmen der Kategorie „deutsch“ Personen mit zweiter nicht-deutscher Staatsangehörigkeit. Auf diese Weise nähert man sich der Zahl an Personen mit Migrationshintergrund an.

- **GE-Bismarck/Schalke-Nord**

In der Stadt Gelsenkirchen wurden Daten bisher auf der Ebene der Stadtteile ausgewertet; die Stadtteile bilden zusammengefasst vier Stadtbezirke (Nord, Ost, Süd, West).<sup>12</sup> In 2004 werden die Statistiken zum ersten Mal kleinräumig zusammengestellt. Angaben zur Kinderbetreuung bzw. zum Erhalt von Hilfe zum Lebensunterhalt wurden im Rahmen der Fallstudie im Vorstandsbereich Kultur, Bildung, Jugend und Sport bzw. Soziales, Gesundheit und Verbrau-

<sup>12</sup> Siehe Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen (Hg.) (o.J.): Statistikatlas 2003. Gelsenkirchen.



cherschutz bereit gestellt. Wobei im Bereich „Jugend“ die Daten mit dem räumlichen Bezug „Wohnbereich“ aufbereitet werden. Sie orientieren sich u.a. an Einzugsbereichen von Grundschulen, den Bezirken des Allgemeinen sozialen Dienstes sowie an der Verkehrsführung. Eine Harmonisierung der unterschiedlichen Erfassungs- und Aufbereitungssystematiken ist geplant.

Lediglich die Zahlen zu Bevölkerung (2003), Arbeitslosigkeit und Schülerinnen/Schüler nach Schulformen liegen auf Ebene des Programmgebiets vor; alle übrigen Daten beziehen sich auf die Stadtteile Bismarck und Schalke-Nord. Eine Aufschlüsselung der Gebiete nach Mittelblöcken ermöglicht die Berechnung der Anzahl der Bewohnerinnen/Bewohner und den Anteil an Ausländerinnen/Ausländer für die jeweiligen Bereiche des Programmgebiets in Bismarck und Schalke-Nord.

Nach Einschätzung der Stadtplanung der Stadt Gelsenkirchen können Angaben zum Stadtteil Bismarck weitgehend auf den entsprechenden Bereich des Programmgebiets übertragen werden, da der Soziale-Stadt-Bereich mit dem Stadtteil annähernd deckungsgleich ist. Dies trifft auf den Stadtteil Schalke-Nord nicht zu, da hier lediglich 56 % der Einwohnerinnen/Einwohner innerhalb und 44 % außerhalb des Programmgebietes leben. Vor diesem Hintergrund empfiehlt das Referat Stadtplanung eine Beschränkung auf die Auswertung der Daten zum Stadtteil Bismarck.

- **OB-Knappenviertel**

Das Programmgebiet umfasst exakt die Mittelblöcke 405, 407 und 501 und kann durch die Statistik entsprechend genau dargestellt werden. Die Angaben zu Schülerinnen/Schülern beziehen sich auf die Schulformen innerhalb des Programmgebiets; eine Schule außerhalb des Programmgebiets, die im Rahmen der qualitativen Erhebungen Bedeutung hat, taucht damit an dieser Stelle nicht auf.

Der Versuch, im Rahmen der Fallstudie mit vertretbarem Aufwand eine programmgebietsübergreifend einheitliche Datenstruktur zur Beschreibung der soziodemografischen Situation zu erheben, ist nur bedingt gelungen. Aufgrund der in den beteiligten Kommunen unterschiedlichen Erhebung und Aufbereitung der Statistiken sowie Bereitschaft stehen kaum vergleichbare Angaben zur Verfügung.

### 7.2.9 Methodisches Fazit

Die beteiligungsorientierte Konzeption und prozessorientierte Gestaltung der Fallstudie haben sich in Anbetracht der erlangten Ergebnisqualität bewährt. Auch die Wahl und Umsetzung der einzelnen methodischen Bausteine kann als gelungen bezeichnet werden. Mit Ausnahme der Datenanalyse sind lediglich einzelne methodische Einschränkungen zu machen:

- Für die Beteiligten, dies gilt für die in den unterschiedlichen Schritten Befragten aber auch für die Ansprechpersonen aus den Programmgebieten, war die Mitwirkung an der Untersuchung mit persönlichem Engagement und Kosten im weiteren Sinne (z.B. Bewerbung um die Teilnahme an der Fallstudie durch

die Programmgebiete, Beantwortung des ausführlichen Fragebogens, Mitwirkung an den Stadtteilgesprächen) verbunden. Es ist davon auszugehen, dass sich insbesondere engagierte Stadtteilakteure für eine Mitwirkung entscheiden haben und damit die Auswahl der untersuchten Gegenstände beeinflussen. **Effekte der Selbstrekrutierung** sind von daher nicht auszuschließen.

„Durch die in Sampling-Entscheidungen getroffene Auswahl wird jeweils ein spezifischer Zugang zum Verstehen des Feldes und der ausgewählten Fälle realisiert. [...] In Auswahlentscheidungen wird die untersuchte Wirklichkeit auf spezifische Weise konstruiert – bestimmte Ausschnitte und Aspekte werden hervorgehoben, andere werden ausgeblendet.“ (Flick 2002: 114 f.) Gleichwohl geht die wissenschaftliche Bearbeitung davon aus, dass die Beteiligten mit ihrem Engagement eine hinreichende Grundlage für die Ausleuchtung des Themenfelds „Schule im Stadtteil“ bilden. Perspektivisch sind weitere Untersuchungen mit tendenziell repräsentativem Charakter denkbar.

- Aus Gründen beschränkter Kapazitäten konnte die Fallstudie in ihrer Erhebung die Ebene der Zielgruppen von Maßnahmen, Projekten und Angeboten, also die **Nutzerinnen/Nutzer**, nicht berücksichtigen. Als Bestandteil einer Wirkungskontrolle sollte dies – auch unter dem Aspekt einer „echten“ Beteiligung – in den Stadtteilen methodisch entwickelt und umgesetzt werden, z.B. durch Einbindung von Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern.
- Im Bereich der Material- und Datenanalyse mehren sich Einschränkungen: Um zu Aussagen über Programmgebiete und Projekte zu gelangen, wurden unterschiedliche Materialien betrachtet, die prioritär der **Öffentlichkeitsarbeit** dienen und „Fallstricke“ tendenziell aus dem Blick lassen.

Als Problem hat sich in zwei der betrachteten Stadtteile (DU-Hochfeld, GE-Bismarck/Schalke-Nord) gezeigt, dass die **räumliche Abgrenzung des Programmgebiets** durch die vorhandenen kommunalen Statistiken nicht trennscharf abgebildet werden kann. Für kleinräumige Planungen und Wirkungsanalysen in Gebieten der „Sozialen Stadt“ sind Statistiken zum entsprechenden Quartier jedoch unerlässlich.

Im Programmgebiet GE-Bismarck/Schalke-Nord betrifft dies auch die interne Kompatibilität von Statistiken. Die Datengrundlagen im Zuständigkeitsbereich des Jugendamtes, die die Ebene der Stadtteile nach jugendhilfebezogenen Kriterien kleinräumig unterteilen, „passen“ nicht zu den sonstigen statistischen Bezirken.<sup>13</sup>

Eine Untersuchung mit schulbezogenen Daten im Fokus steht darüber hinaus vor dem Problem, dass **Schuleinzugsbereiche** einer weiteren räumlichen Logik unterliegen. Der Einzugsbereich von Grundschulen liegt häufig innerhalb der Grenzen eines Programmgebiets. Die Schülerschaft insbesondere weiterführender Schulen setzt sich jedoch nicht ausschließlich aus Jugend-

<sup>13</sup> Die „Wohnbereiche“ orientieren sich z.T. an Einzugsbereichen von Grundschulen, aber z.B. auch an der Verkehrsführung, um zu vermeiden, dass Kinder auf dem Weg zu einer Einrichtung breite Hauptverkehrsstraßen überqueren müssen.

lichen zusammen, die im Stadtteil leben bzw. Schülerinnen/Schülern aus dem Programmgebiet können auch Schulen außerhalb des Programmgebiets besuchen. In Einzelfällen haben Schulen mit überregionalem Bezug (z.B. Schulen für Sehbehinderte) ihren Sitz in Programmgebieten, ohne allerdings für dessen Bewohnerinnen/Bewohner von besonderer Bedeutung zu sein. Schulbezogen ist von den befragten Expertinnen/Experten des jeweiligen Gebiets entschieden worden, welche Institutionen für die Kinder und Jugendlichen des Stadtteils von Bedeutung sind und entsprechend in die Überlegungen zur Fallstudie einbezogen werden sollten – ohne dass diese Einschätzungen jedoch Einzug in die Datenerhebung finden konnten.

Eine weitere grundsätzliche Unschärfe der Statistik ergibt sich aus der **Kategorie „Nationalität“**, die in der Unterscheidung von „deutsch“ und „nicht-deutsch“ den Migrationshintergrund von Personen nicht abbildet. „Zwar ist die Zahl der Ausländer bekannt, sie entspricht aber immer weniger der Zahl der ausländischen Zuwanderer und deren Kinder“ (Härle 2004: 16). „Die Staatsangehörigkeit erhält in vielen Auseinandersetzungen eine große Bedeutung. Als einziges Beschreibungskriterium und damit als einzige Planungsgrundlage zeigt sie sich jedoch häufig als unzureichend.“ (Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforchung 2002: 1) In diesem Zusammenhang zu nennen sind z.B. Aussiedlerinnen/Aussiedler mit deutschem Pass, Kinder mit Migrationshintergrund und deutschem Pass<sup>14</sup>, Kinder mit ausländischem Pass, die jedoch das Herkunftsland ihrer (Groß-)Eltern nicht kennen usw.

Es ist davon auszugehen, dass die Ausgangssituation für die zuletzt beschriebene Personengruppe und die mit ihr verbundenen Anforderungen durch eine Kategorie „Personen mit Migrationshintergrund“ wesentlich treffsicherer abgebildet werden.<sup>15</sup> Dies wird z.B. im Zusammenhang im Feld der Sprachförderung deutlich; eine Bezugsgröße für den jeweiligen Bedarf sollte nicht allein von der Anzahl der „Ausländerinnen/Ausländer“ abhängig sein, sondern von differenzierteren Angaben wie Personen mit Migrationshintergrund, Familien, in denen überwiegend nicht deutsch gesprochen wird, und Familien mit niedrigem Bildungsstand der Eltern usw.

<sup>14</sup> Zu Unschärfen führen in diesem Zusammenhang auch die kürzlichen Veränderungen des Einbürgerungsrechts insbesondere bei Säuglingen und Kleinkindern.

<sup>15</sup> Entsprechend wird in diesem Bericht bewusst von Personen mit Migrationshintergrund gesprochen.

### 7.3 Glossar der Förderprogramme im Kontext „Soziale Stadt NRW“

#### **13plus**

Mit dem Programm „13plus“ werden flexible und verlässliche Ganztagsangebote in der Sekundarstufe I gefördert.

Ministerium: MSJK

#### **BUS – Betrieb und Schule**

Präventive Hilfe für leistungsschwache Schülerinnen und Schüler im letzten Pflichtschuljahr durch einen kontinuierlichen Wechsel zwischen Schulunterricht und betrieblichen Praktika. Angebote an Haupt-, Gesamt- und Sonderschulen sowie Berufkollegs.

Ministerien: MWA, MSJK

#### **E&C – Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten – ein Bundesmodellprogramm**

Ziel von E&C ist es, Mittel und Aktivitäten zu bündeln, um die Lebensbedingungen und Chancen von Kindern und Jugendlichen zu verbessern, den Niedergang von Stadtteilen und ländlichen Regionen aufzuhalten und nachhaltige Entwicklungen anzustoßen.

Im Zentrum des Bundesmodellprogramms E&C stehen die Entwicklung und Chancen von benachteiligten Kindern und Jugendlichen in sozialen Brennpunkten und strukturschwachen ländlichen Regionen.

#### **GÖS – Gestaltung und Öffnung des Schullebens**

Projektförderung für Projekte zur Gestaltung und Öffnung des Schullebens mit außerschulischen Partnern u.a. mit den Themenschwerpunkten Beruf und Arbeitswelt, Gemeinwesen und soziale Verantwortung und innovative Ganztagsprojekte.

Ministerium: MSJK

#### **KuQ – Kompetenz und Qualifikation für junge Menschen**

KuQ war ein Programm zur sozialen und beruflichen Integration von Jugendlichen in sozialen Brennpunkten/Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf.

Den Jugendämtern wurden sozialraumbezogene Verfügungsfonds zur Verfügung gestellt, die für eine Vielzahl von Einzelmaßnahmen im Kinder- und Jugendhilfe- und im Bildungsbereich zum Einsatz kamen.

Das Bundesmodellprogramm "Kompetenz und Qualifikation für junge Menschen in sozialen Brennpunkten" wurde abgeschlossen.

Ministerium: BMFSFJ



### **LOS – Lokales Kapital für soziale Zwecke**

Bundesmodellprogramm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) mit einer Laufzeit bis zum 30.06.2006. LOS finanziert sogenannte Mikroprojekte zur Verbesserung der sozialen und beruflichen Integration von Menschen in Gebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf.

LOS korrespondiert eng mit dem Bund-Länder-Programm „Die Soziale Stadt“ bzw. seiner komplementären Programmplattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten (E&C)“.

Ministerium: BMFSFJ

### **mus-e – Multikulturelles soziales Schulprojekt für Europa**

Gegenstand der Förderung ist kunst- und kulturpädagogische Arbeit in Grundschulen der „Sozialen Stadt NRW“ zur Stärkung von Persönlichkeit, künstlerischer Ausdrucksfähigkeit sowie sozialer Kompetenz. Unter anderem trägt „mus-e“ zur Verminderung von Gewalt und Rassismus bei.

Ministerium: MSWKS in Kooperation mit der Yehudi Menuhin Stiftung Deutschland

### **Offene Ganztagsgrundschule**

Förderung von außerunterrichtliche Angeboten im Primarbereich: Förder-, Beratungs- und Freizeitangebote, besondere Förderangebote für Kinder aus bildungsbenachteiligten Familien und für Kinder mit besonderen Begabungen und Angebote zur Verstärkung der Familienerziehung.

Die Förderung erfolgt als Festbetrag pro teilnehmendes Kind (615 Euro im Jahr) zzgl. einer anteiligen Lehrerstelle (0,1 Stelle pro 25 Kinder oder Festbetrag von 205 Euro pro Kind).

Ministerium: MSJK

### **RAA – Regionale Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien**

Die Regionalen Arbeitsstellen sind Einrichtungen von Kommunen und Kreisen, gefördert durch das Land NRW. Zentrale Koordinierungs- und Servicestelle ist die Hauptstelle in Essen. Die bisher 27 RAAs setzen sich für interkulturelles Zusammenleben und gleichberechtigte Teilhabe der Zuwanderer in allen gesellschaftlichen Bereichen, insbesondere im Erziehungs-, Bildungs- und Sozialwesen ein. Dafür werden Programme und Projekte entwickelt und in Kooperation mit Partnern wie Kindertagesstätten, Schulen, Jugendämtern, Kammern von Industrie und Handwerk sowie Berufberatung vor Ort umgesetzt.

Ministerien: MGSSFF, MSJK

### **Rucksack – Ein elternbegleitendes Sprachförderungsprogramm**

„Rucksack“ ist ein Projekt der Regionalen Arbeitsstellen zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien in NRW (RAA). Ziel ist die Förderung der Muttersprachenkompetenz, die Förderung der allgemeinen kindlichen Entwicklung und die parallele Förderung der Zweitsprache in der Kindertageseinrichtung sowie in der Grundschule.

### **Schule von acht bis eins**

Verlässliche Grundschule mit Betreuungsangeboten vor und nach dem Unterricht zwischen 8.00 und 13.00 Uhr (bis zum Schuljahr 2007/2008 als paralleles Angebot zur offenen Ganztagsgrundschule).

Ministerium: MSJK

### **Silentien**

Hausaufgabenbetreuung von Schülerinnen und Schülern zusätzlich zum regulären Unterricht in Quartieren der Sozialen NRW und in sozialen Brennpunkten.

Ministerium: MSJK

### **Sprachförderung für Kinder**

Zur Förderung des Erwerbs der deutschen Sprache werden folgende Maßnahmen für Kinder im Vorschulalter gefördert: Maßnahmen in Tageseinrichtungen für Kinder, Maßnahmen in Tageseinrichtungen und Grundschulen für Kinder im Halbjahr vor der Einschulung und Maßnahmen für Kinder, die nicht den Kindergarten besuchen.

Ministerium: MSJK

### **Sprachförderung für Kinder (ergänzendes Angebot)**

In den Gebieten der Sozialen Stadt NRW besteht die Möglichkeit, Sprachförderangebote zu fördern für Eltern begleitend zu Sprachkursen ihrer Kinder in den Tageseinrichtungen (Eltern-Kind-Kurse) sowie außerschulische Angebote zur Sprachförderung für Kinder und Jugendliche im Schulalter.

Ministerium: MSWKS

### **Werkstatt Sport**

Projekte zur Schaffung neuer Bewegungsangebote in der Sozialen Stadt NRW. Gefördert werden Ideenworkshops, neue Aktivitäten im Bereich "Bewegung, Spiel und Sport", Baumaßnahmen und Beschäftigungsmaßnahmen.

Ministerium: MSWKS in Kooperation mit dem LandesSportBund NRW und der Sportjugend NRW



### **Zeitbudget – Lehrer für besondere Aufgaben**

Mit Beginn des Schuljahres 2003/2004 werden 1300 Lehrerstellen für die Bereiche Sprachförderung in den Klassen 5 und 6 an Haupt- und Gesamtschulen, Berufsförderkonzept BUS und Fördermaßnahmen zur Steigerung der Berufsfähigkeit an Sonderschulen finanziert.

Ministerium: MSJK

### 7.4 Abbildungsverzeichnis

Abb. 1 Übersicht zur methodischen Gesamtgestaltung .....	33
Abb. 2 Bewertung von Kooperation und Vernetzung (DU-Hochfeld) .....	45
Abb. 3 Zufriedenheit mit den Kooperationen (DU-Hochfeld) .....	47
Abb. 4 Entstehung der Kooperationen im Programmkontext „Soziale Stadt“ (DU-Hochfeld) .....	48
Abb. 5 Bewertung von Kooperation und Vernetzung (E-Katernberg) .....	69
Abb. 6 Zufriedenheit mit den Kooperationen (E-Katernberg) .....	72
Abb. 7 Entstehung der Kooperationen im Programmkontext „Soziale Stadt“ (E-Katernberg) .....	73
Abb. 8 Bewertung von Kooperation und Vernetzung (GE-Bismarck/Schalke-Nord) .....	91
Abb. 9 Entstehung der Kooperationen im Programmkontext „Soziale Stadt“ (GE-Bismarck/Schalke-Nord) .....	92
Abb. 10 Zufriedenheit mit den Kooperationen (GE-Bismarck/Schalke-Nord) .....	93
Abb. 11 Zufriedenheit mit den Kooperationen (OB-Knappenviertel) .....	112
Abb. 12 Entstehung der Kooperationen im Programmkontext „Soziale Stadt“ (OB-Knappenviertel) .....	113
Abb. 13 Bewertung von Kooperation und Vernetzung (OB-Knappenviertel) .....	114
Abb. 14 Maßnahmenbereiche der Förderung nach Einrichtungstypen (absolute Nennung).....	129
Abb. 15 Prozentuale Verteilung „besonders erfolgreicher“ Projekte nach Maßnahmebereichen .....	131
Abb. 16 Bewertung des Beitrags „Soziale Stadt“ zur Verbesserung der allgemeinen Situation von Kindern und Jugendlichen nach Einrichtungstypen.....	133
Abb. 17 Bewertung des Beitrags „Soziale Stadt“ für einzelne bildungsbezogene Merkmale .....	134
Abb. 18 Bewertung von Kooperation und Vernetzung .....	141
Abb. 19 Bewertung des Programms „Soziale Stadt“ für die eigene Schule .....	148
Abb. 20 Bewertung des Programms „Soziale Stadt“ für die eigene Institution .....	153
Abb. 21 Zufriedenheit mit den Kooperationen .....	154
Abb. 22 Bewertung des Aufwands für Mittelbeantragung.....	158
Abb. 23 Aktueller Status der letzten durchgeführten/abgeschlossenen Maßnahme nach Maßnahmebereichen .....	161
Abb. 24 Beteiligung der Schulen und Einrichtungen in Arbeits- bzw. Steuerungsgremien.....	162

### 7.5 Tabellenverzeichnis

Tab. 1	Hauptziel „Verbesserung der Bildungsvoraussetzung“ .....	29
Tab. 2	Hauptziel „Verbesserung der sozialen Infrastruktur für Kinder und Jugendliche“ .....	30
Tab. 3	Hauptziel „Vernetzung und Kooperation/Bündelung von Ressourcen“ .....	31
Tab. 4	Hauptziel „Beteiligung“ .....	32
Tab. 5	Programmgebiete – Übersicht .....	35
Tab. 6	Schulen in DU-Hochfeld .....	41
Tab. 7	Ausgewählte Akteure bzw. Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe in DU-Hochfeld .....	42
Tab. 8	Ausgewählte Arbeitsgremien und Steuerungsstrukturen in DU-Hochfeld .....	43
Tab. 9	Schulen in E-Katernberg .....	62
Tab. 10	Ausgewählte Akteure bzw. Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe in E-Katernberg .....	63
Tab. 11	Ausgewählte Arbeitsgremien und Steuerungsstrukturen in E-Katernberg .....	65
Tab. 12	Schulen in GE-Bismarck/Schalke-Nord .....	86
Tab. 13	Ausgewählte Akteure bzw. Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe in GE-Bismarck/Schalke-Nord .....	87
Tab. 14	Arbeitsgremien und Steuerungsstrukturen in GE-Bismarck/Schalke-Nord .....	88
Tab. 15	Schulen in OB-Knappenviertel .....	105
Tab. 16	Ausgewählte Akteure bzw. Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit/-hilfe in OB-Knappenviertel .....	106
Tab. 17	Ausgewählte Arbeitsgremien und Steuerungsstrukturen in OB-Knappenviertel .....	107
Tab. 18	Kooperationspartner von Schulen (absolut).....	151
Tab. 19	Kooperationspartner von Kinder- und Jugendeinrichtungen (absolut).....	151
Tab. 20	Kooperationspartner von sonstigen Akteuren (absolut).....	152
Tab. 21	Übersicht zu Beteiligten und Befragungspersonen insgesamt .....	211